

Ministerium für Hoch- und Fachschulbildung
der Republik Usbekistan

Usbekische Staatliche Weltsprachenuniversität
Fakultät für roman germanische Philologie
Lehrstuhl für Theorie und Praxis der deutschen Sprache

Bestätigt

Dekan _____ T.Dsh. Oltiev

**Vorlesungen
in der Landeskunde**

Vorlesungen – 38 St.

Seminare - 38 St.

Selbständige Arbeit -54 St.

Zusammengestellt: Dadachodshayeva M.S.

Taschkent -2014

Chefredakteur: Herr Prof. Churram Rahimow

Gutachter: Frau Dr. Mavluda Qosimova
Herr Dr. Yusuf Ismoilov

INHALTSVERZEICHNIS

I. Das Fach Landeskunde

- 1.1. Die Stelle und Aufgaben der Landeskunde im Unterricht.
- 1.2. Die landeskundlichen Ansätze.

II. Deutschland.

- 2.1. Geographischer Überblick.
- 2.2. Die Deutschen Bundesländer.
- 2.3. Die Geschichte von Deutschland.
- 2.4. Der Staatliche Aufbau Deutschlands.
- 2.5. Die Wirtschaft Deutschlands.
- 2.6. Das Bildungssystem Deutschlands.

III. Österreich.

- 3.1. Geographischer Überblick.
- 3.2. Die Österreichischen Bundesländer.
- 3.3. Die Städte von Österreich.
- 3.4. Die Geschichte von Österreich.
- 3.5. Der Staatlicher Aufbau Österreichs.
- 3.6. Die Wirtschaft Österreichs.
- 3.7. Die Kultur von Österreich.
- 3.8. Das Bildungssystem von Österreich.

IV. Liechtenstein.

- 4.1. Geographischer Überblick.
- 4.2. Die Verwaltungsgliederung.
- 4.3. Die Geschichte von Liechtenstein.
- 4.4. Der Staatliche Aufbau.
- 4.5. Die Wirtschaft Liechtensteins.
- 4.6. Das Bildungssystem von Liechtenstein.

V. Die Schweiz.

- 5.1. Geographischer Überblick.
- 5.2. Die Kantone von der Schweiz.
- 5.3. Die Städte der Schweiz.
- 5.4. Die Geschichte der Schweiz.
- 5.5. Der Staatliche Aufbau.
- 5.6. Die Wirtschaft der Schweiz.
- 5.7. Das Bildungssystem der Schweiz.

Vorlesung 1.

Die Stelle und Aufgaben der Landeskunde im Unterricht.

Plan:

1. Die Stellung der Landeskunde als Bestandteil des Fremdsprachenunterrichts.
2. Die Aufgaben der Landeskunde.
3. Das landeskundliche Wissen.
4. Landeskunde – als wichtiger Bestandteil des Spracherwerbs.
5. Die landeskundlichen Ansätze.

Stichwörter: Kommunikationsmittel, Spracherwerb, primäre Aufgaben, sprachliches und außersprachliches Wissen, Sachwissen, Sensibilisierung, berücksichtigen, motivieren, sich verhalten, Lebenswelten, Anregung.

Landeskundliches Wissen über das Verbreitungsgebiet der Zielsprache ist ein wesentlicher Bestandteil des Fremdsprachenunterrichts. Es handelt sich dabei vor allem um Aussagen über die politische, sozialökonomische und kulturelle Entwicklung des betreffenden Landes bzw. der Länder, das Leben seiner Bewohner ihre Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten, Sitten, Bräuche und Traditionen.

Die Stellung der Landeskunde im Unterricht ergibt sich vor allem aus drei Aufgaben, die eng miteinander verbunden sind. Die Landeskunde soll:

- Die Kenntnisse vermitteln, über die der Lernende als Voraussetzung für einen Gebrauch der deutschen Sprache als Kommunikationsmittel verfügen muß.
- einen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung des Lernenden, ins besondere zu seiner politisch-ideologischen Erziehung leisten.
- die Motivation zum Erlernen der deutschen Sprache verstärken.

Die sprachliche Kommunikation vollzieht sich jeweils unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen. Die Sprache spiegelt dabei die objektive Realität im Bewusstsein der Menschen wieder.

Daraus ergibt sich für den Fremdsprachenunterricht die Schlußfolgerung, dass Landeskunde im Fremdsprachenunterricht ein Prinzip ist, das sich durch die Kombination von Sprachvermittlung und kultureller Information konkretisiert und durch besondere Aktivitäten über den Deutschunterricht hinaus wirken soll, z.B. durch Austausch und Begegnung. Insofern ist Landeskunde kein eigenes Fach. Landeskunde ist nicht auf Staaten – und Institutionenkunde zu reduzieren, sondern bezieht sich exemplarisch und kontrastiv auf den deutschsprachigen Raum mit seinen nicht nur nationalen, sondern auch regionalen und grenzübergreifenden Phänomenen.

Der Deutschunterricht leistet einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Menschen im Sinne der Charta der Vereinten Nationen. Der Landeskunde kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu

in dem sie die Wirklichkeit der Zielsprachenländer und die kulturelle Identität der dort lebenden Menschen zum Thema macht.

Der Begriff „Landeskunde“ umfasst also ganz unterschiedliche Bereiche: Kultur, Geschichte, Geographie, Politik, das Wissen um Alltagssituationen wie etwa den Kauf einer Fahrkarte, das Verhalten in einem Cafe bei einer Einladung, kurz, alles, was man braucht, um sich in einem fremden Land weniger fremd zu fühlen.

Für alle genannten Bereiche gilt: bei der Landeskunde geht es nicht nur um Fakten über die Zielkultur, des Ziellandes, wie die Zahl der Einwohner, sondern auch um Vorstellungen, Glauben, Konzepte von Raum und Zeit, um Einstellungen.

Primäre Aufgabe der Landeskunde ist also nicht die Information, sondern die Sensibilisierung der Lernenden sowie die Entwicklung von Fähigkeiten, Strategien und Fertigkeiten im Umgang mit fremden Kulturen. Landeskunde steht in engem Zusammenhang mit dem Spracherwerb. Als integraler Bestandteil des Sprachunterrichts erfordert sie Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer, die durch eigene Erfahrung, vielfältige Materialien, eine gute Ausbildung und entsprechende Fortbildung in die Lage versetzt werden, alle deutschsprachigen Regionen im Deutschunterricht lebendig werden zu lassen.

Landeskundevermittlung im Rahmen des Deutschunterrichts vollzieht sich als Prozess der aktiven Auseinandersetzung mit fremden Kulturen. Das bedeutet, die Lernenden an der Auswahl der Materialien und der Gestaltung des Unterrichts zu beteiligen und sie zu schöpferischer Arbeit anzuregen und zu ermutigen.

Informationen über die deutschsprachigen Regionen sollten möglichst anhand authentischer Materialien erarbeitet und vermittelt werden.

Bei den Lernenden sollen Neugier und der Lust auf Entdeckungen erweckt werden. Die Möglichkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden, darf nicht durch manipulierende Kommentare der Autoren verstellt werden. Die Vielfalt von regionalen Varianten der deutschen Sprache stellt, eine wichtige Brücke zwischen Spracherwerb und Landeskunde dar.

Diese Vielfalt darf nicht zugunsten einheitlicher Normen (weder phonologischen, noch lexikalischen, morpho-syntaktischen) aufgegeben werden, sondern soll für die Lernenden am Beispiel geeigneter Texte und Materialien erfahrbar werden.

Landeskunde ist in hohem Maße auch Geschichte im Gegenwärtigen. Daher ergibt sich die Notwendigkeit, auch historische Themen und Texte im Deutschunterricht zu behandeln.

In der Begegnung mit fremden Kulturen wird dem Lernenden die eigene Kulturbewusst. Der Landeskundeunterricht soll daher an Spuren der fremden Kultur im eigenen Land anknüpfen, Vorkenntnisse und Klischees aufgreifen und Gelegenheit zur Überprüfung und Korrektur geben, d.h. kontrastiv angelegt sein.

Eine fremde Kultur wird von den Lernenden oft eher emotional und subjektiv erfahren. Der Landeskundeunterricht muss daher eine Verarbeitung von Erlebnissen und subjektiven Meinungen ermöglichen und einen emotionalen Zugangsraum geben.

Landeskunde weist über den Sprachunterricht hinaus und vernetzt ihn mit anderen Lernbereichen und Unterrichtsfächern, in denen korrespondierende Aufgaben entwickelt werden sollten. Methodenvielfalt im Sprachunterricht wie in den anderen Lernbereichen ist hierfür eine ebenso wichtige Voraussetzung wie die Förderung des selbstständigen und autonomen Lernens.

Bei der Entwicklung landeskundlicher Materialien ist die Kooperation der deutschsprachigen Länder notwendig. Eine besonders wichtige Rolle kommt dabei dem Informationsaustausch, der Bereitschaft zur Berücksichtigung der erhaltenen Informationen und ihrer korrekten Wiedergabe zu.

Personen und Institutionen, die ein fachliches Interesse an Informationen über ein deutschsprachiges Land haben, sollten auf ihr Verlangen hin von diesem mit den erforderlichen landeskundlichen Materialien versorgt werden können. Dafür ist eine entsprechende Infrastruktur in allen deutschsprachigen Ländern Voraussetzung. Für die Lehreraus- und -fortbildung sind zu fordern:

- landeskundliche Themen, die sich an allen deutschsprachigen Regionen orientieren;
- eine entsprechende Didaktik und Methodik landeskundlichen Unterrichts;

Fachleute verschiedener deutschsprachiger Länder sollten an solchen Fortbildungsveranstaltungen aktiv beteiligt sein. Wenn, immer möglich, sollten solche Veranstaltungen gemeinsam mit Partnern dieser Länder geplant und durchgeführt werden. Die Deutschlehrerverbände und der internationale Deutschlehrerverband sollten es als eine ihrer vordringlichen Aufgaben betrachten, internationale Kooperation auf landeskundlichem Gebiet anzuregen, entsprechende Wünsche ihrer Mitglieder und Lehrbuchautoren weiterzugeben, bi- und multilaterale Fortbildung zu fördern sowie Fortbildungsveranstaltungen in den verschiedenen deutschsprachigen Ländern bekanntzugeben und terminlich zu koordinieren.

Landeskunde will u.a. Kenntnisse vermitteln,

- a) die der Lehrer benötigt, um die fremde Sprache als Kommunikationsmittel angemessen verwenden zu können und sich im fremden Land zu behaupten,
- b) die ihm erlauben, das fremde Land und seine Bewohner besser zu verstehen und sich mit dessen Gegebenheiten und Entwicklungen auseinander zu setzen,
- c) sie will auch durch das Verständniss des fremden Landes und seiner Bewohner die Motivation des Lernalerns zum Erwerb der Fremdsprache stärken.

Aus all dem folgt, dass Landeskunde ein untrennbarer Bestandteil des Fremdsprachenunterrichts sein sollte.

Deutschunterricht und jeder Sprachunterricht bleiben unvollständig ohne Landeskunde. Die Bedeutung von Wörtern wie „Frühstück“, „Währungsreform“, „Gymnasium“, „Bundestag“ – ist Landeskunde – ohne Landeskunde kann man diese Wörter nicht richtig verstehen.

Damit fängt Landeskunde an.

Und natürlich soll sie auch darin bestehen, möglichst systematisch Kenntnisse über das Land zu erwerben, dessen Sprache man lernt. Ohne Landeskunde muss Sprachunterricht blass und formal bleiben.

Tatsächlich gibt es auch keinen Sprachunterricht ohne Landeskunde.

Bilder und Inhalte verbinden sich immer mit Wörtern und Aussagen.

Um die Zielsprache und Zielkultur „richtig“ zu verstehen, benötigen wir Quellen, möglichst „Authentische Quellen“.

Solche Quellen können natürlich die Medien des eigenen Landes sein:

Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen oder Film.

Das Beste ist natürlich, man lernt das Land der Zielsprache durch einen Besuch kennen.

Zukünftige Deutschlehrer, Dolmetscher und Übersetzer haben Landeskunde als selbstständiges Fach in ihrem Sprachprogramm. Aber auch schon in Alltagssituationen ist oft eine landeskundliche Komponente enthalten.

So muss man z.B. lernen, welche Anredeformen man verwenden kann, wie man sich am Telefon meldet, was man sagt, wenn man eine Fahrkarte kaufen möchte.

Neben sprachlichem Wissen benötigt man aber auch das Wissen darüber, welches außersprachliche Verhalten angemessen ist.

(Begrüßt man sich mit Hände schütteln oder mit Kuß, oder einfach mit Kopfnicken, oder wie?)

Man muss wissen, wann eine Einladung ernst gemeint ist und ob man pünktlich oder lieber etwas später kommen sollte; man muss soziale Stellung des Gesprächspartners richtig einschätzen können; man muss Gestik und Mimik verstehen können (Bedeutet Kopfschütteln „Ja“ oder „Nein“, oder was bedeutet es?)

Neben sprachlichem und außersprachlichem Wissen benötigen die Lerner aber auch Sachwissen, wenn sie mit Erfolg kommunizieren wollen.

Zum Sachwissen gehören auch Informationen darüber, wie man in spezifischen Kommunikationssituationen angemessen reagiert und welche sprachlichen Mittel man verwenden kann. z.B.:

- d) in Bezug auf die Absicht des Sprechers
- e) in Bezug auf den Kommunikationspartner;
- f) in Bezug auf den Kommunikationsgegenstand.

In bestimmter Kommunikationssituation müssen ganz bestimmte sprachliche Mittel verwendet werden. Anhand einiger Beispiele aus verschiedenen Lehrwerken zum Thema „Essen“ möchte ich Sie mit unterschiedlichen Konzeptionen zur Landeskunde vertraut machen.

Beispiel: Wo essen die Studenten?

1.2. Landeskundliche Ansätze.

Faktischer Ansatz

Zur Verdeutlichung dieses landeskundlichen Ansatzes geben wir einen Text als Beispiel für den faktischen Landeskundeansatz.

Beispiel 1:

Die Bundesrepublik produziert, exportiert und importiert viele Waren. Der Verkehr verbindet Norden und Süden, Osten und Westen. Lastkraftwagen (LKW)s transportierend die Produkte nach Nord-, Ost-, Süd- und Westeuropa und bringen die Importe in die Bundesrepublik. Im Sommer fahren Millionen Urlauber von Holland, Belgien und Skandinavien durch die Bundesrepublik nach Österreich, Italien, Jugoslawien und Griechenland. Und vor allem: jeder vierte Bundesdeutsche hat ein Auto, und jeder siebte lebt vom Auto.

Beispiel 2:

Das große Fest in Deutschland ist Weihnachten. Man feiert es, wie in fast allen europäischen Ländern, am 25. und 26. Dezember. Aber schon der 24. Dezember, der Heilige Abend, ist ein halber Feiertag. Die Geschäfte sind nur bis mittags geöffnet, und am Abend dieses Tages versammelt sich die Familie unter dem Weihnachtsbaum. Feierliche Gottesdienste finden schon am späten Nachmittag oder um Mitternacht statt. Am Heiligabend sind Kinos, Cafes und Tanzlokale geschlossen, denn alle verbringen den Abend mit Verwandten und Freunden. Man macht seinen Anehörigen Geschenke, besonders viele Geschenke bekommen natürlich die Kinder, die schon wochenlang ungeduldig auf Weihnachten gewartet haben.

Weihnachten ist ein stilles Fest, aber im Silvesterabend, dem letzten Abend im alten Jahr, hört man auf den Straßen viele Lärm. Man feiert den Beginn des neuen Jahres mit Rufen, Schießen und Raketen; man ist fröhlich und lustig.

Beispiel 3:

In der Umgebung der Universitäten gibt es meist preiswerte, am billigsten ist aber die Mensa. Mensa heißt auf lateinisch „Tisch“ und ist ein Restaurant für die Studenten.

Es gibt dort meist zwei oder drei verschiedene Menüs: ein Stammessen für etwa zwei Euro und ein oder zwei teurere Menüs.

Das Essen ist nicht nur preiswert, sondern man bekommt das Essen auch sehr schnell. Man gibt eine Essenmarke ab, nimmt ein Plastiktablett mit dem Essen und sucht sich einen Platz an einem Tisch.

Anschließend bringt jeder sein leeres Tablett weg. So „schaffen“ viele Studenten das Essen in einer Viertelstunde. Wer etwas mehr Zeit hat, geht noch in die Studentencafeteria und trinkt Kaffee.

In unseren drei Beispielen steht die Vermittlung von „Information“ im Mittelpunkt. Wir haben diese Beispiele ausgewählt, um zu zeigen, dass im faktischen Landeskundeansatz Information hauptsächlich gleichzusetzen ist mit: Fakten, Zahlen und Datenmaterialien zur politischen Struktur, Geographie oder Wirtschaft.

Zu der Vermittlung von Tatsachen gehören nicht nur Informationen über Politik, Wirtschaft, Geographie usw., sondern auch die Beschreibung bestimmter kultureller Phänomene. Im faktischen Landeskundeansatz werden unter Kultur zumeist Zeugnisse der „Hochkultur“ verstanden.

Kommunikativer Ansatz.

In diesem kurzen Text geht es nicht mehr nur um die Information, was man in Deutschland bestellen kann, sondern auch darum, wie man sich in einer bestimmten Situation verhalten kann, wie man die Situation auf Deutsch ausdrückt. Diesen Ansatz nennt man **kommunikative Landeskunde**.

Beispiel 1

Im Restaurant

A: Wir möchten gern bestellen.

B: Bitte, was bekommen Sie?

A: Ich nehme eine Gemüsesuppe und einen Schweinebraten.

B: Und was möchten Sie trinken?

A: Ein Glas Weißwein, bitte.

B: Und Sie, was bekommen Sie?

A: Ein Rindersteak, bitte. Aber keine Pommes frites, ich möchte lieber Bratkartoffeln. Geht das?

B: Ja, natürlich! Und was möchten Sie trinken?

A: Einen Apfelsaft, bitte.

Den oben zitierten Dialog kann man nachspielen. Dabei können sowohl die sprachlichen Strukturen wie das Verhalten in der vorgegebenen Situation verändert werden. Dieses Nachspielen von fiktiven Handlungssituationen fördert die kommunikative Kompetenz Ihrer Schüler/innen, d. h. die Fähigkeit, sich in einer Situation angemessen verhalten zu können.

Die Fähigkeit, in den Situationen des Alltags kommunizieren zu können, wird das neue globale Lernziel in der Fremdsprachendidaktik.

Beispiel 2

Auf dem Postamt

Herr Moll (M), der Beamte (B)

M: Kann ich hier ein Telegramm aufgeben?

B: ja. Haben sie das Formular schon ausgefüllt?

M: Hoffentlich habe ich das richtig gemacht.

B: Sie haben aber sehr undeutlich geschrieben, und die Unterschrift kann ich nicht lesen. Die Adresse müssen Sie besonders deutlich schreiben.

M: Entschuldigen Sie bitte, ich mache es noch mal. – Ist es nun gut so?

B: Ja. Das Telegramm hat nun 10 Wörter. Es kostet 8 Euro.

M: Wann kommt das Telegramm an?

B: Ein Telegramm von hier nach Hamburg braucht etwa zwei Stunden.

M: Kann ich bei Ihnen auch Geld einzahlen.

B: Ein am Schlatter vier biette!

Beispiel 3

Am Schalter vier:

M: Ich mööchte Geld einzahlen wie mache ich das?

B: Hat der Empfänger ein Postscheckkonto?

M: Ich weiß es leider nicht.

B: Dann füllen Sie diese Postanweisung aus, da genügt die Adresse des Empfängers. Den Absender müssen Sie zweimal schreiben, oben in die Mitte und hier links auf diesen Abschnitt. Den Betrag und die Adresse des Empfängers schreiben Sie in die Mitte und auf den Abschnitt rechts. Dann bekommen Sie, Ihre Quittung.

M: Haben Sie auch Briefmarken? Ich habe hier drei Briefe.

B: Wohin?

M: ich habe einen Brief nach Frankfurt, einen nanch London und einen nach Usbekistan.

B: im Inland sowie innerhalb der EU kostet ein Brief 1 Euro. Den Brief nach Usbekistan schicken Sie mit der Luftpost, sonst dauert es zu lange. Zusammnen 6,40 Euro.

M: Hier ist das Geld, bitte!

B: Danke! Werfen Sie die Briefe bitte dort in den Briefkasten. Hier habe Sie noch einen Zettel mit den Postgebühren.

M: Danke schön!

Mit dem Vergleich der Beispiele wollten wir Ihnen die unterschiedlichen landeskundlichen Ansätze und vor allem die jeweils dahinter stehende andere Perspektive verdeutlichen. Obwohl die Überschriften in den 2 und 3. Beispielen fast gleich sind sie werden und in landeskundlicher als auch in sprachlicher Hinsicht mehr Informationen gegeben haben und vor allem Sprache und die Rolle der Lernenden anders definiert.

Das Gelingen sprachlicher Handlungen soll ebenso gefördert werden, wie das Verstehen alltagskultureller Phänomene. Die Vermittlung landeskundlichen Wissens und Verhaltens

berücksichtigt, dass die Lernenden über bestimmte Handlungsabläufe bereits Erfahrungen mitbringen. (Alltags- und Weltwissen).

Unsere Beispiele bieten dem Lernenden landeskundliche Informationen aber in den Dialogen kann man einige nützliche Wendungen finden. **z.B.** Kann ich hier ein Telegramm aufgeben? Ich möchte Geld einzahlen.

Also, bei der kommunikativen Landeskunde ist es notwendig bestimmte deutsche Redemittel zu Realisierung entsprechenden Sprechintention.

Redemittel sollen so angeboten werden, wie sie von den meisten Sprechern der deutschen Sprache in bestimmten Situationen verwendet werden können.

Daraus ergibt sich dass sich Landeskunde an dem übergeordneten Ziel der kommunikativen Kompetenz orientiert.

Interkultureller Ansatz.

Interkulturelles Lernen im Sprachunterricht hat die Aufgabe, Bedingungen mit Sprechern anderer Sprache innerhalb und außerhalb des eigenen Landes vorzubereiten. Globales Ziel ist es, fremde Lebenswelten und Verhaltensweisen besser zu verstehen, „Brücken zur Verständigung“ zu bauen. Der Versuch den anderen zu verstehen, schließt aber gleichzeitig die Beschäftigung mit der eigenen Kultur und Gesellschaft ein.

Das Ziel der interkulturellen Landeskunde ist die interkulturelle Kompetenz, d.h. die Fähigkeit zur Verständigung zwischen Angehörigen verschiedener Kulturkreise und Nationen. Eine Methode, um dies zu erreichen, ist das interkulturelle Lernen. Es geht über die nur sprachliche Kommunikation hinaus: Nicht nur die Sprache eines anderen Landes soll gelernt werden, sondern auch die Fähigkeit, die Kultur eines anderen Landes zu verstehen. Dazu ist es notwendig, auch über eigene Kultur nachzudenken, über Begriffe (wie Frühstück), über Verhaltensweisen (z.B. im Café), Rituale (etwa sich begrüßen), über Gebräuche u.s.w.

Fremdsprachen im Unterricht werden häufig in nicht authentischen Situationen geübt. Um Ziele des interkulturellen Lernens zu erreichen, muss sich die Institution Schule nach außen öffnen: Schüler sollen vom Leben in anderssprachigen Ländern so direkt wie möglich etwas erfahren.

Klar ist aber, dass ein großer Prozentsatz aller Deutschlehrer nicht die Möglichkeit haben wird, ein deutschsprachiges Land zu besuchen.

Im Unterricht kann man Anregungen geben, wie man Kontakt zu deutschsprachigen Kulturraum aufnehmen können. Im Unterricht können deutsche Kalender, deutsche Produkte, deutsche Briefmarken, deutsche Zeitungen und Zeitschriften, deutsche Prospekte, deutsche Anzeigen verwendet werden.

Insgesamt plädieren wir für eine Verwendung des interkulturellen Ansatzes, weil er eine Verständigung zwischen Angehörigen verschiedener Kulturkreise ermöglicht. Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen, bietet die Aufnahme direkter Kontakte zu Menschen aus anderen Kulturen.

Das Verhältnis Fremdsprachenunterricht – Landeskunde lässt sich durch folgende Punkte charakterisieren:

- Der Fremdsprachenunterricht und die Vermittlung landeskundlicher Inhalte sind voneinander abhängig, da Sprache ein elementarer Bestandteil der jeweiligen Kultur ist. Sprache wird für die Konkretisierung und Bildung von Meinungen, Einstellungen, Werten, Erwartungen, Ritualen und vor allem von Wissen gebraucht/verwendet.

- Ein Sprachunterricht, der sich darauf konzentriert, die Schüler im Bereich des interkulturellen Lernens zu fördern, kann dazu beitragen, existierende Klischeevorstellungen und Vorurteile über die andere Nation zu beseitigen.

- Der Fremdsprachenunterricht muss sich bemühen, den Schülern durch die Erfahrung anderer Kulturkreise Gelegenheit zu geben, im Vergleich mit der Zielkultur die Werke der eigenen Gesellschaft deutlich herauszuarbeiten. Die Schüler entwickeln auf diese Art und Weise ein kritisches Bewusstsein, in dem sie beide Länder miteinander vergleichen, Unterschiede abwägen, Gemeinsamkeiten entdecken und vor allem auch aus dieser Auseinandersetzung lernen die Fremde als etwas „anderes“ zu akzeptieren. Toleranz, Verständnis und Einfühlungsvermögen in andere Gesellschaften sowie Flexibilität, tragen zur internationalen Völkerverständigung bei. **Fragen:**

1. Was versteht man unter der Landeskunde?

1. Welche Aufgaben hat die Landeskunde?

2. Spielt die Landeskunde eine wichtige Rolle im Fremdsprachenunterricht?

3. Worin besteht die primäre Aufgabe der Landeskunde?

4. Hat die Landeskunde eine Beziehung zu Fremdsprachenunterricht?

5. Welche Kenntnisse vermittelt Landeskunde?

6. Was erfahren Sie aus den Beispielen 1,2,3?

a. Wie muss man sich in einer bestimmten Situation verhalten?

b. Was verstehen Sie unter „Brücken zur Verständigung“?

c. Also, welche Kenntnisse vermittelt Landeskunde?

Aufgaben:

1. Was stellen Sie sich unter Landeskunde vor? Notieren Sie spontan einige Ideen.

2. Vergleichen Sie Ihre Auffassung Ihrer Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie die Möglichkeit dazu haben.

3. Führen Sie ein Beispiel zu jedem landeskundlichen Ansatz.

4. Vergleichen Sie die Kulturkreise der beiden Länder (Deutschland und Usbekistan). Sprechen Sie über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Worterklärungen

1. Gelegenheit – eine Situation, die günstig für jemanden ist.
2. Voraussetzung – eine Erwartung, die das weitere Tun oder Denken leitet.
3. Kommunikation – Verständigung zwischen Menschen mit Hilfe der Sprache oder Zeichen.
4. Sensibel – sehr empfindsam, feinfühlig.

Vorlesung II

II. Deutschland.



Fläche:	357112 km ²
Einwohner:	82 110 000
Hauptstadt:	Berlin
Amtssprache:	Deutsch
Währung:	Euro

2.1. Geographischer Überblick.

Plan:

1. Die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland.
2. Die Fläche
3. Die Bevölkerung
4. Landschaften

Stichwörter: *grenzen an, die Grenzelänge, die Küste, die Fläche, Die Ausdehnung, der Altersaufbau, die Bevölkerungsdichte, dicht besiedelt, die Gesamtbevölkerung, die Gemeinde*

Die Bundesrepublik Deutschland liegt im Herzen Europas. Sie ist umgeben von neun Nachbarstaaten: Dänemark im Norden, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Frankreich im Westen, der Schweiz und Österreich im Süden und der Tschechischen Republik und Polen im Osten. Das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland umfasst rund 357 000 km². Die größte Nord-Süd-Ausdehnung beträgt 876 km. Die äußersten Grenzpunkte sind: List auf der Insel Sylt im Norden, das

sächsische Deschka im Osten, das bayerische Oberstdorf im Süden und Selfkant (Nordrhein-Westfalen) im Westen. Die Grenzen der Bundesrepublik haben eine Länge von insgesamt 3758 km.

Deutschland zählt rund 82,1 Millionen Einwohner. Die Bundesrepublik ist nach der Russischen Föderation (rund 148 Millionen) der bevölkerungsreichste Staat Europas, vor Großbritannien und Nordirland mit 59, Frankreich mit 58,6 und Italien mit 57,5 Millionen Menschen. Flächenmäßig ist Deutschland allerdings kleiner als Frankreich mit 544 000 km² und Spanien mit 506 000 km².

Die deutschen Landschaften sind außerordentlich vielfältig und reizvoll. Niedrige und Hohe Gebirgszüge wechseln mit Hochflächen, Stufenländern, Hügel-, Berg- und Seelandschaften sowie weiten, offenen Ebenen. Von Norden nach Süden unterteilt sich Deutschland in fünf große Landschaften: das Norddeutsche Tiefland, die Mittelgebirgsschwelle, das Südwestdeutsche Mittelgebirgsstufenland, das Süddeutsche Alpenvorland und die Bayerischen Alpen.

Klimatisch liegt Deutschland im Bereich der gemäßigt-kühlen Westwindzone zwischen dem Atlantischen Ozean und dem Bereich des Kontinentalklima im Osten.

Deutschland wird von rund 82,1 Millionen Menschen (darunter 7,3 Millionen Ausländern) bewohnt und gehört mit einer Bevölkerungsdichte von 230 Menschen pro Quadratkilometer zu den am dichtesten besiedelten Ländern Europas. In Belgien, den Niederlanden und Großbritannien ist die Bevölkerungsdichte noch größer.

Die Bevölkerung in Deutschland ist regional sehr unterschiedlich verteilt. Der seit der deutschen Vereinigung schnell wachsende Einzugsbereich von Berlin umfasst derzeit mehr als 4,3 Millionen Einwohner. Im Industriegebiet an Rhein und Ruhr, wo die Städte ohne deutliche Abgrenzung ineinander übergehen, leben mehr als elf Millionen Menschen – etwa 1100 pro Quadratkilometer.

Der Westen Deutschlands ist wesentlich dichter besiedelt als der Osten. Dort leben auf rund 30 Prozent der Fläche weniger als ein Fünftel (15,3 Millionen) der Einwohner Deutschlands. Von den 20 Städten mit mehr als 300 000 Einwohnern liegen nur drei im östlichen Teil Deutschlands.

Deutsch gehört zur Großgruppe der indogermanischen Sprachen, innerhalb dieser zu den germanischen Sprachen, und ist mit der dänischen, der norwegischen und der schwedischen Sprache, mit dem Niederländischen und Flämischen, aber auch mit dem Englischen verwandt. Die Ausbildung einer gemeinsamen Hochsprache geht auf die Bibelübersetzung durch Martin Luther zurück.

Außerhalb Deutschlands wird Deutsch als Muttersprache in Österreich, in Liechtenstein, im größten Teil der Schweiz, in Südtirol (Norditalien), in Nordschleswig (Dänemark) und in kleineren Gebieten in Belgien, Frankreich (Elsass) und Luxemburg entlang der deutschen Grenze gesprochen. Auch die deutschen Minderheiten in Polen, Rumänien und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion haben die deutsche Sprache zum Teil bewahrt. Deutsch ist die Muttersprache von mehr als 100 Millionen Menschen. Etwa jedes zehnte Buch, das weltweit erscheint, ist in deutscher Sprache

geschrieben. Unter der Sprachen, aus denen übersetzt wird, steht Deutsch nach Englisch und Französisch an dritter Stelle, und ins Deutsche wird am meisten übersetzt.

Fragen

1. Wie groß ist das Territorium Deutschlands?
2. Wo liegt Deutschland klimatisch?
3. Wie hoch ist die Bevölkerungsdichte Deutschlands?
4. Zu welcher Sprachgruppe gehört Deutsch?

Aufgaben

1. Vergleichen Sie Deutschlands Territorium und Einwohnerzahl mit Usbekistan.
2. Führen Sie ein Beispiel zu einem landeskundlichen Ansatz anhand des Textes.

Vorlesung III

DIE DEUTSCHEN BUNDESLÄNDER.

Die Bundesrepublik Deutschland besteht aus 16 Ländern jeweils mit Verfassung, Parlament und Regierung:

Baden- Württemberg (Stuttgart), Bayern (München), Berlin, Brandenburg (Potsdam), Bremen, Hamburg, Hessen (Wiesbaden), Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin), Niedersachsen (Hannover), Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf), Rheinland-Pfalz (Mainz), Saarland (Saarbrücken), Sachsen (Dresden), Sachsen- Anhalt (Magdeburg), Schleswig-Holstein (Kiel), Thüringen (Erfurt). Berlin, Bremen und Hamburg sind Stadtstaaten.

Deutschland war immer in Länder gegliedert, aber die Landkarte änderte im Laufe der Jahrhunderte häufig ihre Gestalt. Die größten Veränderungen brachten in neuerer Zeit die Napoleonischen Kriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der Preußisch Österreichische Krieg von 1866, der Erste und der Zweite Weltkrieg. Dieser hatte die Besetzung und Teilung Deutschlands und die Auflösung Preußens, des größten deutschen Landes, zur Folge. Die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt sind größtenteils nach 1945 gebildet worden; alte landmannschaftliche Zusammengehörigkeit und geschichtliche Grenzziehungen wurden dabei zum Teil berücksichtigt.

Bis zur Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990 bestand die Bundesrepublik aus 11 Ländern, die in den ehemals westlichen Besatzungszonen gegründet wurden und sich in den Jahren zwischen 1946 und 1957 demokratische Verfassungen gegeben hatten.

Auch in der sowjetischen Besatzungszone wurden auf dem Gebiet der späteren DDR fünf Länder gebildet, die aber bald einer zentralistischen Gebietsverwaltung weichen mußten. Nach der ersten freien Wahl am 18. März 1990 wurde beschlossen, fünf neue Bundesländer zu bilden. Sie

erhielten im wesentlichen die Gestalt aus der Zeit vor 1952. am 3. Oktober 1990 wurde der Beitritt der DDR und damit der Länder Brandenburg, Mecklenburg- Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Bundesrepublik vollzogen; Ost-Berlin wurde mit West-Berlin vereinigt.

FREISTAAT THÜRINGEN

Plan:

1. Deutschlands Mitte
2. Kleinstaaterei und Kultur
3. Industrie und Handwerk
4. Deutschlands „Grünes Herz“

Stichwörter: die Kernlandschaft, die Zersplitterung, die Industrialisierung, die Kulturschätze, die Publikumskunst, die Sonierung, die Ackerfläche

Thüringen liegt in der geographischen Mitte Deutschlands und umfasst als Kernlandschaft das schüsselförmige Thüringer Becken und den Thüringer Wald. Im Westen reicht das Land bis zur Werra, im Südosten über die Saale hinweg bis zur Weißen Elster.

Im Südwesten liegt die Rhön, und im Süden grenzt der Frankenwald an.

Thüringen ist Nachbar von fünf Ländern; der weitere Ausbau des Verkehrsnetzes ist deshalb eines der vordringlichsten Ziele der Landesregierung. Die beiden Autobahnen A4 und A9, die Thüringen in West-Ost- und Nord-Süd-Richtung durchziehen, werden derzeit sechsspurig ausgebaut. Mit dem Bau einer neuen Verkehrsachse durch den Thüringer Wald entsteht eine dringend notwendige Verbindung, die der zentralen Lage Thüringens gerecht wird und die ohne die Teilung Deutschlands schon sehr viel früher verwirklicht worden wäre. Landeshauptstadt ist das als “Blumenstadt” bezeichnete Erfurt (208 000 Einwohner) mit seiner an Patrizierhäusern, Kirchen und Klöstern ungewöhnlich reichen Altstadt – ein architektonisches Freilichtmuseum.

In Thüringen war einst die territoriale Zersplitterung Deutschlands besonders stark ausgeprägt. Die Herrscher wetteiferten vor allem auf kulturellem Gebiet miteinander und ließen sich als Mäzene der Schönen Künste feiern. Ihr bedeutendster war Herzog Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach (1757-1828). Er holte den Schriftsteller und Shakespeare-Übersetzer Christoph Martin Wieland (1733-1813), den Dichter und Sprachforscher Johann Gottfried Herder (1744-1803) und vor allem Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) in seine Residenzstadt, die um 1800 zu einem Zentrum des deutschen und europäischen Geisteslebens wurde. In Weimar entstanden einige von Goethes berühmtesten Werken, so zum Beispiel die endgültige Fassung des „Faust“. Von 1787 bis 1789 und von 1799 bis 1805 lebte auch Friedrich Schiller in Weimar und schrieb hier u.a. seiner „Wilhelm Tell“. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts konzertierte und komponierte Franz Liszt (1811-1886) in der kunstsinnigen Stadt. 1919 wurde hier von Walter Gropius das „Bauhaus“ gegründet, eine Unterrichtsstätte, in der die Trennung von Kunst, Handwerk und Technik überwunden werden sollte. Das “Bauhaus” siedelte 1925 nach Dessau über, einige Jahre später nach Berlin, wo es der im Jahr 1933 mit Hitlers Machtergreifung einsetzenden Barbarei zum Opfer fiel. Sie besiegelte den Untergang

der ersten deutschen Republik, der “Weimarer Republik”, deren Verfassung 1919 in Weimar ausgearbeitet und verabschiedet worden war.

Weimar wurde 1999 zur Kulturstadt Europas gewählt, dem Jahr, in dem sich Goethes Geburtstag zum 250. Mal jährt. In Eisenach wurde 1685 Johann Sebastian Bach als Sohn einer bekannten Musikerfamilie geboren. Auf der nahegelegenen Wartburg übersetzte 1522 Martin Luther das Neue Testament ins Deutsche – ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur neuzeitlichen deutschen Schriftsprache. Der 450. Todestag des Reformators war Anlass eines „Luther-Jahres 1996“ in Thüringen.

Auf der Wartburg beschworen 1817 Vertreter der studentischen Burschenschaften ein einiges Deutschland.

Am Schnittpunkt wichtiger Handels-Straßen fanden Handel und Handwerk in Thüringen einen guten Nährboden; die Grundlage des früheren Reichtums bildete der Waid, eine Pflanze, aus der blauer Farbstoff gewonnen wurde. Aus handwerklicher Tradition heraus entwickelte sich die Stadt Suhl zur „Waffenschmiede“ für Jagd- und Sportwaffen.

Die Industrialisierung in Deutschland im 19. Jahrhundert nahm ihren Anfang in Sachsen und in Thüringen; bedeutende Branchen waren Bergbau (Kali), Porzellan, Glas, Spielwaren, vor allem aber Werkzeugmaschinenbau und die optische Industrie, die mit den Namen Zeiss und Schott in Jena verbunden ist.

An diese Traditionen hat Thüringen angeknüpft. Nach dem Ende der DDR und dem Umbruch der Wirtschaft in Folge der Wende wurden neue, marktgerechte Strukturen entwickelt, die es ermöglichen, zukunftsweisende Technologien in den Freistaat zu holen. So hat die “Jenoptik” nach ihrer Sanierung den Aufstieg zum international handelnden High-Tech-Konzern geschafft. Mit vier Universitäten (Jena, Weimar, Erfurt, Ilmenau), weiteren Fachhochschulen, rund 50 Forschungseinrichtungen und 20 Technologiezentren weist Thüringen eine dichte Wissenschaftslandschaft auf. In Jena (100 000 Einwohner) hat heute weiterhin die optische Industrie ihr Zentrum. Maschinen werden vor allem in Gera und Erfurt gebaut. In der Landeshauptstadt hat auch die Mikroelektronik ihren Schwerpunkt. In Eisenach überwiegt traditionell die Automobilindustrie mit ihren Zulieferern; das neue Opelwerk ist das Automobilwerk mit der höchsten Produktivität in Europa. Als weitere Großindustrien finden sich in Thüringen Elektrotechnik, Glashütten, Feinkeramik, Holzverarbeitung, Textil- und Bekleidungs- sowie chemische Industrie.

Die Fläche Thüringens wird zur Hälfte landwirtschaftlich genutzt, die Ackerflächen haben zum Teil höchste Bodenqualität. Angebaut werden Getreide, Raps, Kartoffeln und Zuckerrüben. Das Land genießt seit jeher auch einen ausgezeichneten Ruf in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte zu Lebensmitteln.

Ausgedehnte Wälder und weite Wiesenflächen, romantische Täler und Schluchten machen den Thüringer Wald zu einem attraktiven Wander und Wintersportgebiet. Der Rennsteig, auf 168 Kilometern Länge über die Kammlagen des Thüringer Waldes führend, ist neben dem Eselsweg im Spessart Deutschlands ältester und berühmtester Wanderweg. In der Nähe der reichen Vorkommen von Heil- und Mineralquellen haben sich viele Kurorte entwickelt. Rund 170 Talsperren bieten beste Bedingungen für Wassersportler. Natürlich kommen die Besucher auch wegen der reichen Kulturschätze. Die 1992 eröffnete, 300 km lange „Klassikerstraße Thüringen“ führt zu den schönsten Plätzen, zu Burgen und Schlössern, zu Museen und Gedenkstätten, immer in Erinnerung an die Zeit, als Thüringen das Zentrum des deutschen Geisteslebens war.

In Meiningen ist das Theater zu neuer Blüte erweckt worden, nachdem die Stadt durch das Ensemble ihres Hoftheaters, „Die Meininger“, im vergangenen Jahrhundert in ganz Europa Berühmtheit erlangt hatte. Der spektakuläre Erfolg war Herzog Georg? Von Meiningen zu verdanken, der als Regent auch das künstlerische Zepter übernommen hatte. Heute steht das Theater mit an der Spitze der Publikumskunst in Deutschland.

Die Fragen:

1. Welche Stadt bezeichnet man mit seiner Altstadt voller Patrizierhäusern, Kirchen und Klöstern als „Blumenstadt“?
2. Welche bedeutende Branchen waren im 19. Jahrhundert in Thüringen?
3. Warum nennt man Freihstatt Thüringen als Deutschlands „Grünes Herz“?

Die Aufgaben:

1. Nennen Sie die hervorragenden, prominenten Wissenschaftler Deutschlands. Surfen Sie Internet.
2. Nennen Sie den Schriftsteller, der in Weimar lebte und hier seinen „Wilhelm Tell“ schrieb.
3. Wo befindet sich das neue Opelwerk- das Automobilwerk mit der höchsten Produktivität in Europa? Erzählen Sie darüber.

Worterkklärungen

1. Freistaat – die Bezeichnung für ein die Zustimmung
2. Herzog – germanischer Herführer, dem König verantwortlicher fränkischer Beamter mit den Rechten eines Grafen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Plan :

1. Drehscheibe im Ostseeraum
2. Städte mit Tradition
3. Wirtschaft im Wandel
4. „Sanfter Tourismus“
5. Museen und Musik

Stichwörter: Drehscheibe, der Naturschutz, die Umwelttechnik, das Urlaubsparadies, die Informations- und Kommunikationsbranche

Schleswig-Holstein liegt als einziges deutsches Land an zwei Meeren: an Nord und Ostsee. Das mit 2,7 Mio. Einwohnern dünn besiedelte Land nutzt seine geographische Lage zwischen Skandinavien und Osteuropa. Es ist Drehscheibe für die Länder rund um die Ostsee, die mit mehr als 50 Mio. Einwohnern zu den Zukunftsregionen Europas gehören. Damit die natürliche Schönheit dieses Landes bewahrt werden kann, wird der Erhaltung der Umwelt große Bedeutung beigemessen. Anstrengungen zur Reinhaltung der Meere, aber auch Natur und Bodenschutz sind deshalb wichtige Ziele der Landespolitik.

Bereits 1460 heißt es in einem Vertrag, die beiden Landesteile Schleswig und Holstein sollten auf ewig ungeteilt bleiben*. In Schleswig Holstein wird nicht nur Deutsch und Niederdeutsch, sondern auch Dänisch und Friesisch gesprochen. Die friesische Volksgruppe zählt 40 000 Menschen, die an der Westküste mit ihren Inseln und Halligen zu Hause sind. Die historischen Verflechtungen sind Grund dafür, dass 50 000 Dänen in Schleswig Holstein leben. Diese Mischung der Nationalitäten bringt es mit sich, dass das Land Besuchern weltoffen gegenübersteht: Rund 13 Mio. Gäste kommen jedes Jahr ins Land.

Die Landeshauptstadt Kiel wird alljährlich während der „Kieler Woche“ im Sommer zum Treffpunkt für die internationale Segler-Elite, verbunden mit einem großen Volksfest. Schiffbau und Fährverkehr- vor allem nach Skandinavien- gehören zu Kiel ebenso wie das imposante Segelschulschiff „Gorch Fock“, das die Verbundenheit der Stadt zur Marine dokumentiert. Die „Königin der Hanse“, von der UNESCO wegen der sehenswerten mittelalterlichen Baukunst in die Liste des „Weltkulturerbes der Menschheit“ aufgenommen, ist Lübeck. In die Weltliteratur gingen die Romane der Lübecker Brüder Heinrich und Thomas Mann ein. Lübeck-Travemünde ist einer der wichtigsten europäischen Fährhäfen. Flensburg versammelt einmal im Jahr originalgetreu restaurierte oder nachgebaute Segelschiffe zur „Rum- Regatta“.

In den zurückliegenden Jahren hat sich in Schleswig-Holstein ein tiefgreifender Wandel vom Agrar- und Fischereiland zu einem modernen Wirtschafts- und Technologiestandort vollzogen. Die einst vor allem die Landeshauptstadt Kiel prägende Werftindustrie überstand die Strukturkrisen durch den Bau von Spezialschiffen. Rund eine Million Hektar des Landes werden landwirtschaftlich genutzt; die Zukunft gehört indessen den modernen Technologien wie Meeres- und Medizintechnik, Software-Produktion sowie Energie- und Umwelttechnik. Schleswig-Holstein ist mit über 1500 Anlagen Windenergie-Land Nummer 1 in Deutschland, nimmt eine der Spitzenpositionen bei der Ausstattung mit Technologiezentren ein und zählt allein im Bereich der Informations- und Kommunikationsbranche weit über 1000 Unternehmen. Gleichzeitig wurde die erforderliche Infrastruktur geschaffen. Autobahnen bilden nicht nur die wichtige Nord-Süd-Achse, auch die Anbindung an die Westküste ist für Fremdenverkehr und Wirtschaft gleichermaßen wichtig. Um den

* Spätere Kriege. Deutsches Reich 19 Jh.

wissenschaftlichen Nachwuchs im eigenen Land auszubilden, gibt es drei Universitäten und vier staatliche sowie zwei private Fachhochschulen.

Alles dies trägt dazu bei, dass Schleswig-Holstein eine anerkannt gute Position als Wirtschaftsstandort im Kreis der Länder genießt.

Die Nordseeinsel Helgoland mit dem berühmten roten Kliff bot dem Dichter Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1841 die Kulisse, als er das Deutschlandlied verfaßte. Urlaubsparadiese sind die Nordfriesischen Inseln, darunter das weltoffene Sylt, das familiäre Föhr und das sympatische Amrum, ebenso wie die Ostseebäder- das moderne Damp nicht anders als das verträumte Hohwacht oder das mondäne Timmendorf. Naturfreunde lockt der Nationalpark Wattenmeer an der Nordsee. Erholung im Binnenland bietet die Holsteinische Schweiz mit ihren zahlreichen Seen. Besuchenswert sind Orte wie die Till-Eulenspiegel-Stadt Mölln oder die Domstadt Schleswig mit dem 1514-21 von Hans Brügemann geschaffenen spätgotischen Bordesholmer Altar, einem Meisterwerk der Holzschnitzerei und selbstverständlich Lübeck.

Ein Heimatmuseum ist in jedem größeren Ort vorhanden, doch Schloß Gottorf bei Schleswig genießt als Landesmuseum bundesweit einen besonderen Ruf. Anziehungspunkte sind auch das Freilichtmuseum Molfsee bei Kiel, in dem man das Landleben vergangener Zeiten nicht nur sehen, sondern auch erleben kann, und das Museum auf dem Gelände der alten Wikingerstadt Haithabu. Acht Wochen im Sommer- 1998 bereits zum 13. Mal- verwandelt sich ganz Schleswig-Holstein in einen Konzertsaal. Das Schleswig-Holstein Musik Festival, von dem Pianisten Justus Frantz mit Hilfe der Landesregierung aus der Taufe gehoben, lockt Weltstars und Publikum in so ungewöhnliche Aufführungsorte wie Scheunen und Ställe, aber auch in Gutshöfe Herrenhäuser und Schlösser. Nicht nur Musiker zieht es in den Norden; zahlreiche prominente Literaten haben Schleswig-Holstein zu ihrem Wohnsitz erkoren: Günter Grass, Günter Kunert, Siegfried Lenz und Sarah Kirsch finden hier ihre Muse und Muße.

Die Fragen:

1. An welchen zwei Meeren liegt das Land Schleswig-Holstein?
2. Welche Stadt wird auch die „ Königin der Hanse“ genannt?
3. Welche Stadt wird alljährlich während der „Kieler Woche“ im Sommer zum Treffpunkt für die internationale Segler-Elite?
4. Warum nennt man Schleswig Holstein als Drehscheibe?

Die Aufgaben:

1. Charakterisieren Sie Drehscheibe Schleswig-Holstein.
2. Sprechen Sie über „Königin der Hanse“.
3. Was ist Heinrich Hoffmann von Fallersleben? Erzählen Sie von ihm.

Worterkklärungen.

1. Prominent – bekannt, gesellschaftlich herausragend.
2. Taufe – einen Namen geben.

SACHSEN-ANHALT

Plan:

1. Land im Herzen Deutschlands
2. Städte wie aus dem Bilderbuch
3. Landwirtschaft und Groß-Industrie
4. Musik, Kunst und Wissenschaft

Stichwörter: das Weinanbaugebiet, der Nationalpark, die Lebensmittelindustrie, die Reformation, die Sprachdenkmäler, große Investitionen, das Bismarck-Museum.

Sachsen-Anhalt erstreckt sich von der Altmark, die im Norden an Niedersachsen grenzt, über die Magdeburger Börde und die Industriereviere um Halle und Bitterfeld bis zu dem Rebhängen an Saale und Unstrut, dem nördlichsten Weinanbaugebiet Deutschlands. Die Elbe durchfließt auf einer Länge von rund 300 Km das Land. Im Südwesten der Magdeburger Börde erhebt sich der Harz, sein höchster Berg ist der Brocken mit 1142 Metern Höhe. Ausgedehnte Landschaftsschutzgebiete von großem Reiz sind der Nationalpark Hochharz und das Elbereservat, wo es noch freilebende Biber gibt. Sachsen-Anhalt als eigenständiges Land hat eine kurze Geschichte: Es bestand nur von 1947 bis 1952, bis es nach der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wieder gegründet wurde. Einzelne seiner Regionen gehören zu den ältesten deutschen Kulturlandschaften. Im Norden stand die Altmark lange unter brandenburgischem Einfluß, im Süden und Osten dominierte Sachsen. Anhalt entstand im Jahr 1212 unter den askanischen Fürsten und erlebte seine kulturelle Blüte vor allem unter dem Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau. Aus Anhalt –Zerbst stammte die russische Zarin Katharina die Große.

Die Landeshauptstadt Magdeburg, 805 erstmals urkundlich erwähnt, ist mit 246 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des eher dünn besiedelten Landes. Hier steht die erste auf deutschem Boden erbaute gotische Kathedrale: Sie wurde 1363 geweiht und beherbergt das Grab von Kaiser Otto Das Kloster Unser Lieben Frauen, 1160 fertiggestellt und nahezu unverändert erhalten, ist das älteste Gebäude der Stadt . Dom, Marktkirche und Roter Turm dominieren den historischen Marktplatz in Halle (270 000 Einwohner), das im Mittelalter durch Salzgewinnung zu Reichtum kam. In Dessau (90 100 Einwohner) setzte von 1925 an Walter Gropius mit dem “Bauhaus” weltweite architektonische Maßstäbe. Sehenswert sind die Harzstädte Halberstadt, Wernigerode und Quedlinburg mit ihren Fachwerkhäusern aus dem 16.-18. Jahrhundert. Die Altstadt von Quedlinburg wurde mit ihren mehr als 1200 Fachwerkhäusern, die heute Zug um Zug renoviert werden, in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen. In Naumburg ist der Dom Sankt Peter und Paul mit den Stifterfiguren Ekkehard und Uta aus dem 13. Jahrhundert sehenswert. Der 112 Hektar große Wörlitzer Park bei Dessau mit dem 1773 eingeweihten Schloß Leopolds zählt zu den schönsten Englischen Gärten

Europas. Eine beliebte touristische Attraktion ist die “Straße der Romantik”, die auf rund 1000 Kilometern Strecke Sachsen-Anhalt durchzieht und an mehr als 70 bedeutenden Baudenkmälern vorbeiführt.

Die Lößböden der Magdeburger Börde und des Harzvorlandes gehören zu den fruchtbarsten Ackerflächen Deutschlands, auf denen vor allem Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln und Gemüse angebaut werden. Hier hat sich eine umfangreiche Lebensmittelindustrie angesiedelt. Für Magdeburg und Dessau ist der Schwermaschinen- und Fahrzeugbau bestimmend. Große Investitionen, welche die neu entstehende Wirtschaftsstruktur des Landes vorwiegend prägen, sind zum Beispiel:

- Die neu eröffnete Erdölraffinerie “Leuna 2000” von Elf Aquitaine
- Der Olefineverbund Buna, Leuna, Böhlen des US-amerikanischen Konzerns Dow Chemical
- Das Projekt Zellstoffwerk bei Stendal eines skandinavisch-deutschen Konsortiums (Kvaerner, Thyssen, Klöckner).

Im Umfeld der großen industriellen Ansiedlungen*, wie zum Beispiel Bayer Bitterfeld, Heraeus oder Ausimont, haben sich im Chemiapark Bitterfeld/Wolfen inzwischen rund 350 mittelständische Unternehmen als Zulieferer, Weiterverarbeiter oder Dienstleister niedergelassen.

Der Süden Sachsen-Anhalts knüpft damit an eine lange und innovationsreiche industrielle Tradition an. Hier wurde mit dem ersten Ganzmetallkabinen-Verkehrsflugzeug der Dessauer Junkerswerke sowie der JU 52, dem meistgebauten Verkehrsflugzeug der dreißiger Jahre, Industriegeschichte geschrieben. 1936 wurde der erste Farbfilm der Welt von Agfa Wolfen vorgestellt. Die alljährlichen Händelfestspiele in Halle ziehen Musikfreunde von weit her an. Zu den bekanntesten 140 Museen im Land zählt die Staatliche Galerie Moritzburg mit zahlreichen Gemälden des deutsch-amerikanischen Malers Lyonel Feininger. Der Domschatz der Stiftskirche Sankt Servatius in Quedlinburg, einer der wertvollsten in Deutschland, gelangte nach seinem Raub im Zweiten Weltkrieg auf abenteuerlichen Wegen zurück in die Stiftskirche. Im Kernland der Reformation erinnern noch heute vielfältige Zeugnisse an das Wirken Martin Luthers und Philipp Melancthons, besonders in den Lutherstädten Wittenberg und Eisleben.

Die Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg ist die jüngste Hochschule Deutschlands. Sie wurde im Oktober 1993 durch die Zusammenführung der Technischen Universität, der Pädagogischen Hochschule und der Medizinischen Akademie errichtet. An der über 300 Jahre alten Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sind mehr als 12 000 Studierende immatrikuliert. Zunehmende Geltung erlangt die Hochschule für Kunst und Design in der Burg Giebichenstein in Halle.

Martin Luther (1483-1546) wurde in Eisleben geboren und ist auch dort gestorben. Die Schloßkirche zu Wittenberg, an deren Tür er 1517 seine 95 Thesen angeschlagen hat, wurde zu seiner letzten Ruhestätte. Auf der Burg Falkenstein schrieb Eike von Repgow im 13. Jahrhundert den

* große industrie Komplexe

„Sachsenspiegel“, das bedeutendste Rechtsbuch des Mittelalters. Die „Merseburger Zaubersprüche“, zwei althochdeutsche Sprachdenkmäler, stammen aus dem 10. Jahrhundert.

Georg Friedrich Händel wurde in Halle geboren, Georg Philipp Telemann stammt aus Magdeburg, und Johann Sebastian Bach komponierte am Fürstenhof in Köthen seine „Brandenburgischen Konzerte“. Aus Dessau stammt Kurt Weil, einer der ausdrucksstärksten Komponisten unseres Jahrhunderts.

Der Naturwissenschaftler Otto von Guericke, zeitweise Bürgermeister von Magdeburg, demonstrierte 1663 mit den Magdeburger Halbkugeln die Wirkung des Vakuums und entdeckte das Prinzip der Luftpumpe.

Aus Quedlinburg stammt die erste deutsche Ärztin, Dorothea Christiana Erxleben, die 1754 an der Universität Halle promovierte. Otto von Bismark, deutscher Reichskanzler von 1871 bis 1890, wurde 1815 in Schönhausen in der Altmark geboren. Anlässlich seines 100. Todestages wurde 1998 in seinem Geburtsort ein Bismarck-Museum eröffnet.

Die Fragen:

1. Wo befindet sich die beliebte touristische Attraktion die „Straße der Romantik“?
2. Wo befindet sich die erste auf deutschem Boden erbaute gotische Kathedrale?
3. Wie heißt der erste Farbfilm der Welt?
4. Welche bekannte Persönlichkeiten stammen aus diesem Bundesland?

Die Aufgaben:

1. Nennen und zeigen Sie den höchsten Berg des Harzes.
2. Nennen Sie die jüngste Hochschule Deutschlands und erzählen Sie davon.
3. Charakterisieren Sie die Städte Magdeburg und Dessau.
4. Zeigen Sie an der Karte Martin Luthers Heimatstadt.

Worterkklärungen.

1. Kathedrale – bezeichnung der Hauptkirche eines Bischofs in (England, Frankreich und Spanien).
2. Mittelalter – geschichtlicher Zeitraum zwischen Altertum und neue Zeit, etwa von 5. bis 15. Jh

FREISTAAT SACHSEN

Plan:

1. Industriezentrum Ost
2. „Elbflorenz“ und „Kleinparis“
3. Tradition und Moderne

Stichwörter: das Städtedreieck, die Öffentlichkeitsarbeit, die Kulturgeschichte, das Kunstwerk, der Touristenmagnet, der Wiederaufbau, die erste Spiegelreflexkamera.

Sachsen ist mit rund 247 Einwohnern pro Quadratkilometer das bevölkerungsreichste Land unter den neuen Ländern und weist eine lange industrielle Tradition auf. Das Städte-dreieck Dresden – Leipzig – Chemnitz war vor dem Zweiten Weltkrieg das industrielle Herz Deutschlands. Leipzig (457000

Einwohner) war einer der Brennpunkte des gewaltlosen Widerstandes gegen das Regime der DDR; die großen Montagsdemonstrationen gipfelten am 9. Oktober 1989 in dem Ruf: „Wir sind das Volk!“

In der sächsischen Wirtschaft hat nach der Wende ein massiver sektoraler Strukturwandel eingesetzt. Heute arbeiten rund 60 Prozent aller Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich. Mit mehr als 125 000 Betrieben ist ein vielfältiger und leistungsstarker Mittelstand entstanden. Im Vergleich mit den anderen neuen Ländern spielt dennoch die Industrie eine überdurchschnittliche Rolle. Je 1000 Einwohner sind in Sachsen rund 73 Personen in der Industrie beschäftigt; rund 32 Prozent der gesamten Industrieproduktion der neuen Länder entfallen auf Sachsen.

An der Gesamtproduktion der Industrie haben neben dem Ernährungsgewerbe (18%) der traditionsreiche Maschinenbau (14%), der Fahrzeugbau (13%) sowie die Metallerzeugung und –verarbeitung (12%) und die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und –einrichtungen (11%) die höchsten Anteile; dabei zeigt vor allem der Fahrzeugbau eine besonders dynamische Entwicklung. Zugleich entwickelt sich Dresden und sein Umland zu einem Zentrum der Mikroelektronik.

Ungebrochen ist seit 1710 die Kontinuität der Porzellanmanufaktur Meißen; das Markenzeichen, die gekreuzten blauen Schwerter, sind weltbekannt. Johann Friedrich Böttger (1682-1719) hatte 1708 in seinem Laboratorium unter der Brühlschen Terrasse in Dresden die Rezeptur des „Weißen Goldes“ entdeckt.

Die erste Spiegelreflexkamera der Welt wurde in Dresden konstruiert, und heute so alltägliche Dinge wie Zahnpastatube, Filterzigarette, Mundwasser, Bierdeckel und Kaffeefilter wurden hier entwickelt.

Vier Universitäten in Leipzig, Freiburg, Dresden und Chemnitz, fünf Fachhochschulen in Dresden, Leipzig, Zittau/Görlitz, Mittweida und Zwickau, vier Kunsthochschulen, das Internationale Hochschulinstitut Zittau oder die Akademie für Künstlerischen Tanz – die Palucca Schule Dresden – bieten die vielfältigste Hochschulstruktur in den neuen Ländern. Die Qualität der Ausbildung gewährleisten kleine Seminare, modernste Forschungseinrichtungen und Kooperationen mit der Wirtschaft. Die deutliche Ausrichtung der sächsischen Hochschulen auf die technischen und naturwissenschaftlichen Gebiete und die Qualität der Ausbildung stellen dabei einen besonderen Standortvorteil Sachsens bei der Entwicklung und Verbreitung technologischer Erzeugnisse und Systeme dar. Mit der Handelshochschule in Leipzig verfügt Sachsen über die einzige private universitäre Hochschule in den neuen Ländern.

Dresden (461 000 Einwohner) unternahm im Hinblick auf das 800jährige Stadtjubiläum im Jahr 2006 größte Anstrengungen, einen Teil seines historischen Stadtbildes wiederherzustellen, das im Zweiten Weltkrieg fast vollständig zerstört wurde. Über 200 Baukräne drehen sich heute in der ehemals wegen ihrer architektonischen Pracht und Eleganz liebevoller „Elbflorenz“ genannten Stadt; die privaten und öffentlichen Investitionen betragen zurzeit mehr als 50 Milliarden Mark. Bereits 1985 wurde die Oper

wiedereröffnet, die nach Entwürfen von Gottfried Semper 1870-1878 im Stil der italienischen Renaissance errichtet worden war. Einem privaten Investor verdankt das Taschenbergpalais seinen Wiederaufbau: Es ist heute ein Luxushotel. Dresden ist wieder ein Touristenmagnet und zählt jährlich mehr als fünf Millionen Besucher. Die barocke Frauenkirche (erbaut 1726-43 von George Bähr) wird derzeit in einer beispiellosen Anstrengung größtenteils durch Spenden neuerrichtet; fast 50 Jahre lang erinnerte die Ruine als Mahnmal an die Schrecken des Krieges. Rund ein Drittel der originalen Steine können dabei wieder an ihren ursprünglichen Platz gesetzt werden.

Ein weiteres Wahrzeichen der Stadt ist das Residenzschloß. Sein Wiederaufbau wird aus öffentlichen Mitteln finanziert. Es soll künftig als Museum der sächsischen Geschichte und Kultur genutzt werden.

Seit über 800 Jahren ist Leipzig, von Goethe im "Faust" als "klein Paris" bezeichnet, Messestadt. Die früheren Universalmesen haben in letzter Zeit einem ständig weiter ausgebauten Fachmessen-Konzept Platz gemacht. Mit einer Investition von rund 1,3 Milliarden DM ist 1996 auf dem ehemaligen Flughafen Mockau ein moderner Messeplatz entstanden.

Von alters her ist Leipzig ein Zentrum des Verlagswesens; die jeweils im März stattfindende Buchmesse hat sich neben Frankfurt/Main als Kontaktmesse vor allem zu Osteuropa etabliert. Die Universität wurde bereits 1409 gegründet; seit 1993 gibt es hier den ersten deutschen Lehrstuhl für Öffentlichkeitsarbeit / Public Relations.

Sachsen hat viele Kapitel der deutschen Kulturgeschichte mitgeschrieben. Die Komponisten Heinrich Schütz, Johann Sebastian Bach, Carl Maria von Weber, Felix Mendelssohn Bartholdy, Robert Schumann, Richard Wagner und Richard Strauss wirkten hier und führten bedeutende Werke erstmals auf. Heute haben die Namen Gewandhausorchester Leipzig, Kreuzchor, Semperoper und Staatskapelle Dresden sowie Thomanerchor Leipzig international einen guten Klang, der Dirigent Kurt Masur und der Trompeter Ludwig Güttler gehören weltweit zu den besten ihres Fachs.

Vielfältig sind die Museen im Land: Das „Grüne Gewölbe“ präsentiert die kunsthandwerklichen Schätze, welche die sächsischen Kurfürsten, vor allem August der Starke (1670-1733), anhäuften. Wertvolle Sammlungen enthalten die Galerie Alte Meister (mit der "Sixtinischen Madonna" von Raffael) und die Galerie Neue Meister mit ihren herausragenden Kunstwerken der Romantik. Erwähnenswert sind auch das Spitzenmuseum in Plauen, das Automobilmuseum in Zwickau, das Industriemuseum in Chemnitz, die mineralogische Sammlung in Freiberg, das Lessing-Museum in Kamenz, das Sorbische Museum in Bautzen, Zentrum der Lausitzer Sorben, einer slawischen Minderheit.

Sachsen bietet eine Vielzahl prunkvoller Schlösser, kunstvoller Parks und Gärten, meist aus der Barockzeit. Neben dem Dresdener Zwinger laden zum Beispiel Schloß Moritzburg, Schloß Rammenau, Wasserschloß Klaffenbach, Schloß und Park Pillnitz und der Garten von Heidenau-

Großsedlitz zur Besichtigung ein. Die „Silberstraße“ im Erzgebirge und die „Sächsische Weinstraße“ sind weitere touristische Attraktionen, wie auch der bunte Fächer an Festspielen, die im Lauf des Jahres stattfinden, so die Dresdner Musikfestspiele, das Internationale Dixielandfestival und das Elbhang-Fest in Dresden, die Karl-May-Festtage in Radebeul und die Kulturtage „Begegnungen“ in Chemnitz.

Die Fragen:

1. Welche Stadt wurde von Goethe im „Faust“ als „klein Paris“ bezeichnet?
2. Was für eine Rezeptur hat Johann Friedrich Böttger im Jahre 1708 in seinem Laboratorium in Dresden entdeckt?
3. Wie nennt man Dresden noch?
4. Wer ist Autor von „Sextinischen Madonna“?

Die Aufgaben:

1. Wer beherrschte nach dem zweiten Weltkrieg die größte Besatzungszone? Zeigen Sie die Bundesländer dieser Besatzungszone.
2. Erzählen Sie von den Sammlungen in der Galerie.
3. Diskutieren Sie über die Sehenswürdigkeiten von Dresden mit Ihren Gesprächspartner.

Worterklärungen.

1. Renaissance – Wiedergeburt, Erneuerung, kulturelle Bewegung (im 14. –16. Jh.).
2. Barock – eine Stilrichtung in der europäischen Kunst von ca. 1600 bis 1750.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Fläche: 35 75,48 km²
Eienwohner: 107449
Bevölkerungsdichte: 301
Hauptstadt: Stuttgart

Plan:

1. Vielfältige Landschaft-moderne Industrie
2. Zukunftsorientierte Interessen
3. Land der Philosophen und Künstler

Stichwörter: *ein bedeutender Medienstandort, Exportland, Aufwendungen für die Forschung, die Geistesgeschichte*

Baden-Württemberg gehört zu den landschaftlich reizvollsten Gegenden der Bundesrepublik. Der Schwarzwald ist eines der beliebtesten deutschen Erholungsgebiete. Der Bodensee, die abwechslungsreichen Flusstäler von Rhein, Donau und Neckar, die raue Schwäbische Alb, das sanfte Markgraeflerland und das markante Bergland des Kaiserstuhls in der Oberrheinischen Tiefebene sind vielbesuchte Urlaubsziele. Baden-wuerttemberg ist zugleich ein bedeutender Wirtschaftsstandort; hier sind Weltfirmen wie Daimler-Chrysler, Bosch, Porsche, SAP, IBM

angesiedelt. Die wirtschaftliche Stärke des Landes zeigt sich zum Beispiel darin, dass Baden-Württemberg nahezu das Exportvolumen von Spanien, Schweden oder Singapur erreicht und Exportland Nr.1 in Deutschland ist. Neben dem traditionellen Landbau ermöglicht das milde Klima auch den Anbau von Sonderkulturen wie Zierpflanzen, Hopfen und Tabak.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt nimmt das Land mit seinen Aufwendungen für die Forschung weltweit einen Spitzenplatz ein; Schwerpunktvorhaben sind die Informationstechnologie und die Energie – und die Umwelttechnik. Auch der Biotechnik und der Gentechnik kommt heute eine Schlüsselstellung zu: Baden-Württemberg verfügt auf diesem Gebiet über eine Forschungsinfrastruktur, die qualitativ und quantitativ an der Spitze Deutschlands und Europas steht. Auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften ist besonders das Deutsche Literaturarchiv in Marbach am Neckar hervorzuheben, das unter anderem den Nachlass der meisten deutschen Schriftsteller betreut. Wissenschaft und Forschung haben in Baden-Württemberg Tradition: Die 1386 gegründete Heidelberger Universität ist die älteste in Deutschland.

Die Lage der Hauptstadt Stuttgart (582 000) in einem malerischen Talkessel bewunderte einst schon Alexander von Humboldt. Von dem Konzerthaus “Liederhalle” bis zum Zoo “Wilhelma”, vom Flughafen bis zum Volksfest “Cannstatter Wasen”, vom Messegelände auf dem Killesberg bis zur postmodernen Neuen Staatsgalerie bietet sie alle Attribute einer modernen Metropole. Bauliche Besonderheit von Mannheim (309 000 Einwohner) ist der geometrische Grundriss des Stadtkerns, Kurfürst Friedrich von der Pfalz liess ihn 1607 als “Quadratstadt” anlegen. Mannheim ist ein bedeutendes Industriezentrum und zugleich mit seinen Kunstsammlungen in der Städtischen Kunsthalle und im Reissmuseum, dem Landesmuseum für Technik und Arbeit sowie mit dem traditionsreichen Nationaltheater auch eine Stadt mit bemerkenswerter kultureller Ausstrahlung.

Karlsruhe (277 000 Einwohner), Sitz der höchsten deutschen Gerichte – des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofes –, steht Mannheim in der Topografie nicht nach: 32 Strassen der ehemaligen barocken Fürstenstadt laufen fächerförmig auf das Schloss von 1715 zu. Heidelberg (139 000 Einwohner) ist wegen seines historischen Stadtzentrums mit der spätgotischen Heiliggeistkirche, den alten Brücken mit dem Neckartor, seines Schlosses und der originellen alten Studentenkneipen ein Touristenmagnet. Weitere bedeutende Städte in Baden-Württemberg sind Ulm (116 000 Einwohner), Heilbronn (120 000), Pforzheim (118 000), Reutlingen (110 000) und Tübingen (81 000).

Fast tausend Museen, zwei Staatstheater, 150 kommunale, freie und private Theater, Festspiele, Filmfestivals und die Akademie Schloss Solitude bei Stuttgart, die Kunst und Künstler in internationalem Rahmen fördert: Das kulturelle Leben findet in Baden-Württemberg vielfältigen Ausdruck. Literaturgedenkstätten und –preise erinnern an zahlreichen Persönlichkeiten der deutschen Geistesgeschichte, die hier ihre Heimat hatten – stellvertretend für viele seien nur Friedrich Schiller

(1759-1805), Friedrich Hölderlin (1770-1843), Wilhelm Hauff (1802-1827) und die Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770-1831), Friedrich Wilhelm Schelling (1775-1854) und Martin Heidegger (1889-1976) genannt. Heute genießen das Stuttgarter Ballett, die Internationale Bach-Akademie und das Zentrum für Kunst- und Medientechnologie in Karlsruhe weltweiten Ruf.

Baden-Württemberg ist auch ein wichtiges Medienzentrum und Standort großer Verlage; 33% der deutschen Zeitschriften und 22% der Bücher werden hier verlegt.

Die Fragen:

1. Welche Weltfirmen sind in Baden-Württemberg angesiedelt?
2. Nennen Sie bitte die älteste deutsche Universität.
3. Welche sehenswerten Städte in Baden-Württemberg kennen Sie? Wodurch sind sie bekannt?
4. Warum nennt man Baden Württemberg ein Medienzentrum?

Die Aufgaben:

1. Vergleichen Sie bitte die Landschaft von Baden-Württemberg mit den Landschaften der anderen deutschen Länder. Diskutieren Sie darüber im Plenum.
2. Überlegen Sie bitte, wie der Landbau und die Landschaft von Baden –Württemberg den Anbau von Sonderkulturen beeinflussen.
3. Luther, der Reformator ist untrennbar mit Württemberg verbunden. Warum? Äußern Sie Ihre Meinung dazu.

Wörterklärungen

1. Medien – (plural Massenmedien) Film, Funk, Fernsehen und Presse.
2. Spitze – der höchste Punkt von etwas.

BERLIN

Fläche: 891,54 km²

Einwohner: 344

Bevölkerungsdichte: 385 je km²

Plan:

1. Hauptstadt mit bewegter Vergangenheit
2. Kulturmetropole im Herzen Europas
3. Wirtschaft und Wissenschaft

Stichwörter: das Handelszentrum, der Zweite Weltkrieg, der kommunistische Machtblock, der Bau der Mauer, die Museumsinsel, Wirtschaft und Wissenschaft, Messe-und Kongressstadt.

Berlin, die heutige deutsche Hauptstadt, entwickelte sich von einem Handelszentrum am Spreeübergang innerhalb von wenigen Jahrhunderten zur preussischen Residenzstadt. 1237 wurde Cölln erstmals urkundlich erwähnt. Die Stadt wuchs mit ihrer Schwesterstadt Berlin zusammen, profitierte vom Aufstieg Preussens zur Grossmacht und wurde nach Gründung des Deutschen Reiches 1871 zum politischen, industriellen, wissenschaftlichen und kulturellen Zentrum Deutschlands. Im Jahre 1939 zählte die deutsche Hauptstadt über vier Millionen Einwohner. Der von den Nationalsozialisten entfesselte Zweite Weltkrieg hatte für Berlin verheerende Folgen und führte zu

weitgehender Zerstörung der Innenstadt und der Industriebezirke. Die Stadt wurde von den Siegermächten in vier Sektoren aufgeteilt. Der Versuch der Sowjetunion im Jahre 1948/49, mit einer elfmonatigen Blockade der Landwege die westlichen Alliierten zum Abzug zu zwingen, schlug wegen der von den Westalliierten eingerichteten Luftbrücke fehl. Der massenhafte Flucht von Menschen aus der DDR und dem Ostteil Berlins begegnete die kommunistische Führung 1961 mit dem Bau der Mauer. Sie fiel 1989, als der kommunistische Machtblock zerbrach. Am 3. Oktober 1990 wurde mit einem Staatsakt die Vereinigung Deutschlands in Berlin vollzogen. Das vereinte Berlin ist seitdem wieder Hauptstadt des geeinigten Deutschlands.

Berlins kulturelle Vielfalt hat eine lange Tradition. Dazu gehören die Museen und Sammlungen auf der Museumsinsel, die im März 2000 in die Liste des Kultur- und Naturerbes der UNESCO aufgenommen wurde, im Kulturforum oder im Stadtteil Dahlem. Drei Opernhäuser, die Philharmonie oder die vielen Theater, Konzertsäle und Bibliotheken sowie die Berliner Festwochen, die internationalen Filmfestspiele und das Theatertreffen bieten weitere Höhepunkte in dieser europäischen Kulturmetropole. Berlin hat sich aber nicht nur auf diesen klassischen künstlerischen Feldern einen Namen gemacht, sondern erfreut sich seit vielen Jahren auch großer Beliebtheit bei jungen Künstlern, die aus allen Teilen der Welt in die deutsche Hauptstadt kommen und die quicklebendige und progressive kulturelle Szene bereichern.

In Berlin entfaltet sich seit Jahren die größte Bautätigkeit in Deutschland. Unternehmen wie Debi, Sony und ABB waren die Bauherren spektakulärer Vorhaben am Potsdamer Platz. Die großen Neubauten des Bundes, wie das Bundeskanzleramt und die Gebäude für die Verwaltung des Deutschen Bundestages, gehen der Vollendung entgegen. Der vom Autoverkehr weitgehend befreite Tiergarten ist vom wieder entstehenden Botschaftsviertel, von Parteizentralen, Vertretungen der Bundesländer, Spitzenverbänden und Stiftungen geprägt. Die Konturen des neuen Lehrter Bahnhofs, des künftigen zentralen Bahnknotenpunkts in unmittelbarer Nähe des Regierungsviertels, sind schon erkennbar. Die Friedrichstraße hat sich zu einer attraktiven Einkaufsmeile in der Stadtmitte entwickelt. Aber auch in den äußeren Bezirken Berlins drehen sich Baukräne und werden Altbauten saniert.

Berlin ist eine bedeutende Messe- und Kongressstadt. Veranstaltungen wie die Internationale Funkausstellung, die Grüne Woche Berlin oder die Internationale Tourismus-Börse machen die Stadt zu einem attraktiven Treffpunkt für jährlich über 4,2 Millionen Besucher.

Die Fragen:

1. Was können Sie über die Geschichte Berlins sagen?
2. Warum kommen jährlich über 4,2 Millionen Besucher nach Berlin?
3. Wann wurden die Museen und Sammlungen auf der Museumsinsel in die Liste des Kultur- und Naturerbes der UNESCO aufgenommen?

4. Warum nennt man Berlin als Kulturmetropole?

Die Aufgaben:

1. Finden Sie bitte das Bundesland Berlin auf der Karte.
2. Überlegen Sie bitte, welche Rolle spielten die Siegermächten nach dem Krieg?
3. Beschreiben Sie Wirtschaft und Wissenschaft von Berlin.

Worterklärungen

1. UNESCO – Organisation der vereinten Nationen.
2. Metropole – Hauptstadt, Mittelpunkt, Zentrum: Handels-, Kultur.

BRANDENBURG

Fläche: 29480 km²

Einwohner: 2.511 Mio

Bevölkerungsdichte: 86 Einwohner je km²

Hauptstadt: Potsdam

Plan:

1. Preussisches Erbe
2. Naturreservate und Industriestandort
3. Theodor Fontane und Marlene Dietrich

Stichwörter: *Preussisches Erbe, Industriestandort, die Potsdamer Konferenz, Das hügelige Land, die Naturschutz*

Das Land Brandenburg umschließt die deutsche Hauptstadt Berlin; die Landeshauptstadt Potsdam (130 000 Einwohner) liegt im Südwesten der Metropole. Im Sommer 1945 fassten im Schloss Cecilienhof während der Potsdamer Konferenz die politischen Führer der USA, Grossbritanniens und der Sowjetunion weit reichende Beschlüsse über die Zukunft Deutschlands. Potsdam war mit der preussisch-deutschen Geschichte seit jeher verbunden. Vom Jahr 1157 an nannte sich Albrecht der Bär Markgraf von Brandenburg. 1640 übernahm der Hohenzoller Kurfürst Friedrich Wilhelm, später "Großer Kurfürst" genannt, die Regierung im größten Kurfürstentum Deutschlands. Er siedelte Hugenotten aus Frankreich, Holländer und Schweizer an und förderte auf diese Weise die Entwicklung von Handel und Gewerbe. Den Zuwanderern wurde 1685 mit dem Edikt von Potsdam Religionsfreiheit gewährt; das "Holländische Viertel " und die "Französische Kirche" in Potsdam erinnern noch heute an die freundlich aufgenommenen Ausländer. Kurfürst Friedrich III. begründete das preussische Königtum; die Mark Brandenburg wurde Teil von Preussen. Unter Friedrich II., dem Großen (1740-1786), wuchs Preussen zu einer Grossmacht von europäischer Bedeutung; er machte Potsdam zu einer Residenz und liess das Gesamtkunstwerk des Parkes von Sanssouci mit seinen Schloessern und weiteren Prunkgebäuden anlegen.

Im Vergleich zu anderen Ländern ist Brandenburg dünn besiedelt. Havel und Spree durchziehen das hügelige Land. Naturschutz wird in den zahlreichen Naturparks, Landschaftsschutzgebieten und Biosphärenreservaten praktiziert, etwa in der Uckermark, der Elbtalaue, der Schorfheide und im Spreewald. Im Nationalpark "Unteres Odertal" wird grenzüberschreitend mit dem Nachbarland Polen

Naturschutz in die Tat umgesetzt. “Streusandbuechsedes Heiligen Roemischen Reiches Deutscher Nation “ wurde das Land wegen seines kargen, sandigen Bodens vor Zeiten genannt. Heute verlagert sich die Wirtschaftsstruktur immer staerker von der Landwirtschaft mit traditionellem Roggen- und Oelfruechteanbau zur Industrie mit ihren Sektoren Fahrzeug- und Maschinenbau, Elektronik, Optik, Energiewirtschaft, Umwelttechnik, Lebensmittel- und chemische Industrie.

Theodor Fontane hat im vergangenen Jahrhundert in seinen “Wanderungen durch die Mark Brandenburg” die Schoenheit und Urschpruenglichkeit Brandenburgs beschrieben Rund 350 Schloesser und Herenhaeuser gibt es hier, von denen neben Sanssouci in Potsdam vor allem Rheisberg (von Kurt Tuchlsky zum Gegenstand einer Novelle gemacht) und Branitz (mit Fuerst-Pueckler-Museum) Ziel zahlreicher Besucher sind. Das ganze Jahr über gibt es Kulturfeste. Die Filmstadt Potsdam-Babelsberg knuepft mit ihren Film und Fernsehen, dem Hightech Center und zahlreichen Unternehmen der Medienbranche an die Tradition der Ufa an, die Zeit, als Stars wie Marlene Dietrich und Regisseure wie Friedrich Wilhelm Murnau, Ernst Lubitsch oder Fritz Lang hier ihre berühmten Filme drehten.

Die Fragen:

1. Wodurch ist der Schloss Cecilienhof in Potsdam bekannt?
2. Warum nennt man die Stadt Potsdam-Babelsberg “die Filmstadt”?
3. Woran erinnert Potsdam heute?

Die Aufgaben:

1. Überlegen Sie bitte, warum Brandenburg dünn besiedelt ist.
2. Vergleichen Sie bitte die Industrie von Brandenburg mit der Industrie von Bayern.
3. Nennen Sie bitte die berühmten Regisseure von Brandenburg.

Worterklärungen

1. Potsdamer Abkommen – völkerrechtliche Vereinbarung die im Ergebniss der 2. Potsdamer Konferenz der Regierungsschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens vom 17.07. bis 2.08. 1945 getroffen und in einer von der USA und Großbritanniens unterzeichneten „Mitteilung“ veröffentlicht wurde.

FREIE HANSESTADT BREMEN

Fäche: 404 km²

Einwohner: 661 716 Mio

Bevölkerungsdichte: 163 Einwohner km²

Plan:

1. Die zweitälteste-Stadtrepublik
2. Hafen und Hightech
3. Meeresforschung und bildende Künste

Stichwörter: Bremerhaven, der Selbstbestimmungsanspruch, die Zentren der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, das Renaissance-Rathaus, die internationale Herbstakademie, das Raumfahrtzentrum, die Grundlagenforschung, das deutsche Schifffahrtmuseum.

Die Freie Hansestadt Bremen gehört mit Bayern, Hamburg und Sachsen zu den schon vor 1945 gewachsenen Staatgebilden und ist nach San Marino die zweitälteste noch bestehende Stadtrepublik der Welt. Bremen besteht aus der Stadtgemeinde Bremen (543 000 Einwohner) und dem 65 Kilometer Weserabwärts gelegenen Bremerhaven (125 000). Zwischen beiden Städten liegt niedersächsisches Gebiet.

Vor mehr als 1200 Jahren, im Jahr 782, erstmals erwähnt, seit 787 Bischofssitz und von Kaiser Friedrich I. „Barbarossa“ 1186 mit städtischen Freiheitsrechten ausgestattet, tritt Bremen 1358 der Hanse bei. Mit dem Bau des Rathauses 1405 und der Errichtung der Roland-Statue ein Jahr zuvor demonstriert die Stadt ihren Selbstbestimmungsanspruch. 1646 wird Bremen zur unmittelbaren Freien Reichsstadt erhoben; Seit 1806 nennt es sich Freie Hansestadt. Bremerhaven wird 1827 gegründet und 1851 zur Stadt erhoben. Das Landesparlament trägt die traditionelle Bezeichnung „Bremische Bürgerschaft“, die Landesregierung heißt „Senat“, der Präsident des Senats ist der Ministerpräsident des Landes. Zur alljährlich am zweiten Freitag im Februar stattfindenden historischen „Schaffermahlzeit“ der Schiffer und Reeder werden bedeutende Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens in Deutschland in den Bremer Rathausaal geladen.

Hafen und Schifffahrt, internationale Handelsverbindungen und Spitzenprodukte hochmoderner Industrien sind Fundamente des Bremer Wirtschaftslebens. Der Containerterminal in Bremerhaven ist Europas größte zusammenhängende Containerumschlaganlage. 10 000 Schiffe verbinden Bremen Hafen jährlich mit rund 1000 Häfen in aller Welt. Bremerhaven ist mit einem Umschlag von weit über einer Million Fahrzeugen (1999) der bedeutendste Autoverladeplatz Europas. Die Werften sind Garanten für Qualität im Schiffbau. Bremen ist auch eines der Zentren der deutschen Nahrungs- und Genussmittelindustrie: Kaffee, Schokolade, Mehl, Milchzeugnisse, Gewürzte, Fischprodukte und Bier sind die bekanntesten Produkte. Im Luft- und Raumfahrtzentrum Bremen werden wesentliche Komponenten für Raketen, Satelliten und den Airbus entwickelt und gebaut. Elektro- und Elektronikindustrie sowie Hightech-Industrien kommen hinzu. Symbol für Bremens Kompetenz im Hightech-Bereich ist der 148 Meter hohe Fallturm, in dem Experimente unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit möglich sind. Die Bremer Wertpapierbörse - über 300 Jahre alt - und die Warenbörse bestreiten den Handel für ganz Nordwestdeutschland.

Die Bremer Universität zählt rund 18 000 Studenten; ihre Schwerpunkte liegen auf ingenieur- und naturwissenschaftlichem Gebiet. Führend in der Grundlagenforschung sind das Institut für angewandte Strahlentechnik und das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik. Das Zentrum für Marine Tropenökologie und das Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie entwickeln moderne Konzepte

zur Meeresforschung. Darüber hinaus hat hier das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung seinen Sitz. Bundesweit anerkannt ist auch die Bremer Hochschule für Künste mit den Schwerpunkten Design, bildende Künste und Musik. Anfang 1997 wurde die renovierte „Glocke“ wieder eröffnet, ein Konzertsaal mit außerordentlicher Akustik.

Die Sehenswürdigkeiten der Stadt ziehen alljährlich Mio. von Besuchern an: der Marktplatz mit dem Renaissance –Rathaus, der Roland-Statue und dem gotischen St.-Petri-Dom, die berühmte Böttcherstrasse und das historische Schnoorviertel. Der Bremer Freimarkt auf der Burgweide –mehr als 960 Jahre alt –ist einer der größten Jahrmärkte Deutschlands.

Die Kunsthalle, das Neue Museum Wesenburg, das Gerhard-Marcks-Haus und das Paula-Becker-Modersohn-Haus zeigen bedeutende Werke. Das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven bietet beeindruckende Sammlungen aus allen Zeiten der Seefahrt und Schiffsveteranen in einem eigenen Museumshafen. Das Theater am Goetheplatz, die Bremer Shakespeare Company, das jährliche Musikfest Bremen und die Internationale Herbstakademie sind für Musik- und Theaterliebhaber ein Begriff.

Die Fragen:

1. Welche Rolle spielt die Geschichte von Bremen für dieses Bundesland?
2. Welche Industriezentren befinden sich in der Freien Hansestadt Bremen und welche Bedeutung haben sie?
3. In der Freien Hansestadt Bremen gibt es ein Zentrum, in dem man moderne Konzepte zur Meeresforschung entwickelt. Was für ein Zentrum ist das?

Aufgaben:

1. Nennen Sie bitte die berühmtesten Sehenswürdigkeiten der Freien Hansestadt Bremen?
2. Erzählen Sie über die Besonderheiten von Bremen und Bremer Universität.
3. Diskutieren Sie über die Fundamente des Bremer Wirtschaftslebens mit Ihrem Gesprächspartner.

Wörterklärungen:

1. Hightech – Hochtechnologie, modernste anspruchsvollste Technik.
2. Bischof – leitender Geistlicher in christlichen Kirchen.

FREIE HANSESTADT HAMBURG

Fläche: 755 km²

Einwohner: 1.774 Mio

Bewölkerungsdichte: 234 Einwohner je km²

Plan:

1. Deutschlands Tor zur Welt
2. Grüne Industriestadt
3. Burgersinn und Passion für die Kunst

Stichwörter: *die Regierung ausüben, an die Tradition anknüpfen, zurückhaltend, Rundfunkanbieter der Stadt, Werbeagenturen, die Aufklärung, die Kaufmannsstadt, erste ständige Oper.*

Hamburg ist die zweitgrößte deutsche Stadt, der wichtigste Seehafen Deutschlands und ihr größter Außenhandelsplatz. Es heißt auch "Hamburgs Feld ist die Welt". Hier gibt es über 3000 Firmen, die im Import- und Exportgeschäft tätig sind. Traditionelle hafenbezogene Industrien sind Werften, Raffinieren und Veredelungsbetriebe für ausländische Rohstoffe. Durch konsequenten Strukturwandel hat sich die Hansestadt zu einer nordeuropäischen Dienstleistungsmetropole entwickelt. Es sind zukunftsorientierte Branchen wie die zivile Luftfahrtindustrie, die das moderne Fundament für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes bilden. Nach der Gründung zur Zeit Karls des Großen um 811 (als Hammburg) begann der Aufstieg Hamburgs zur Handelsstadt 1189 mit Zoll- und Wirtschaftsprivilegien. Als eines der ersten Mitglieder des Handelsbundes der "Hanse" war es deren wichtigster Umschlagplatz an der Nordsee. Die Kaiser Sigismund und Maximilian-Reichskammergericht erklärte Hamburg 1618 zur Freien Reichsstadt. Seine Eigenstaatlichkeit hat Hamburg bis heute bewahrt. Könige und Fürsten haben Hamburg nie regiert: Immer waren es die Bürger selbst, die die Regierung der Stadtrepublik ausübten. Der verheerende Brand von 1842, die Bereitschaft zu ständiger Modernisierung und der Zweite Weltkrieg haben wenig von der eng bebauten alten Handelsmetropole übrig gelassen.

Hamburg ist Deutschlands zweitgrößter Industriestandort und Zentrum einer Metropolregion von vier Mio. Menschen. Gleichwohl ist es eine der grünen Städte Deutschlands. 40 Prozent der Gesamtfläche sind Acker-und Gartenland, Parks und öffentliche Grünanlagen, Wald, Moor und Heide. Landschafts-und Naturschutzgebiete machen 28 Prozent der Stadtfläche aus.

Nach der Vereinigung Deutschlands und der Öffnung Osteuropas hat der Hafen sein altes Hinterland zurückerhalten. So kann der Stadtstaat wieder an seine Tradition anknüpfen, Drehscheibe zwischen Ost und West und zugleich "die südlichste Metropole Skandinaviens" zu sein.

Der Hafen, einer der größten der Welt, nimmt mit 75 Quadratkilometer Fläche ein Zehntel des Hamburger Stadtgebietes ein. Über 200 Liniendienste, davon mehr als 100 Container- und Roll-on-roll-off- und Rund-um-die-Welt-Dienste, bieten vom Hamburger Hafen aus jährlich etwa 12 000 Abfahrten in alle Welt. Hamburg ist das Zentrum der deutschen Medienwirtschaft. In wachsendem Maße sind hieran die elektronischen Medien beteiligt: die bedeutenden Rundfunkanbieter der Stadt wie auch die zahlreichen Unternehmen im Bereich der Produktion von audiovisuellen und multimedialen Programmen. Auch die Hamburger Werbewirtschaft und ihre mit Auszeichnungen überhaften Agenturen haben weiter an Boden gewonnen. Vier der zwölf größten deutschen Werbeagenturen haben hier Sitz, und neun der 25 umsatzstärksten Multimediaagenturen sind in Hamburg vertreten.

Die Kaufmannsstadt Hamburg war und ist als Ort der Freiheit und Toleranz zugleich eine Stadt der Kultur. 1678 wurde hier die erste ständige Oper Deutschlands gegründet: Georg Friedrich Händel (1685-1759), Georg Philipp Telemann und Karl Philipp Emanuel Bach wirkten hier. Ein berühmter Sohn Hamburgs ist der Komponist Johannes Brahms (1833-1897). Hamburg war, beeinflusst von England und Frankreich, ein Vorreiter der Aufklärung in Deutschland. 1767 wurde das mit Gotthold Ephraim Lessings Namen ("Hamburgische Dramaturgie", 1767 –69) verbundene Deutsche Nationaltheater gegründet.

Die Fragen:

1. Welche traditionellen hafenbezogenen Industrien sind in Hamburg angesiedelt?
2. Wie viele Kaiser regierten in Hamburg und welche Bedeutung spielten sie in der Geschichte von Hamburg?
3. Warum sagt man, dass es in Hamburg eine der grünsten Städte Deutschlands ist?

Aufgaben:

1. Nennen sie die berühmtesten Personen, die im Hamburg wohnten?
2. Fassen Sie kurz zusammen: Warum die Stadt Hamburg ist Deutschlands Tor zur Welt? Surfen Sie im Internet.

Worterkklärungen:

1. Branche – Geschäfte, Wirtschaftszweig.
2. Struktur – inneres Gefüge; Bau, Aufbau.

FREISTAAT BAYERN

Fläche: 70551 km²

Einwohner: 12.510

Bevölkerungsdichte: 177 Einwohner je km²

Hauptstadt: München

Plan:

1. Tradition in urwüchsige Natur
2. Landwirtschaft und Industrie
3. Lebensart und Hightech

Stichwörter: *Freistaat, Alpen mit der Zugspitze, die Landwirtschaft, die Industrie, internationale Messen, die Wissenschaft, die Kunstschütze.*

Die historische Bezeichnung "Freistaat" besagt, dass Bayern ein republikanischer, kein monarchischer Staat ist. Das flächengrößte Land und seine zwölf Millionen Einwohner sind stolz auf ihre Geschichte, die bis ins 6. Jahrhundert zurückreicht. Nirgendwo sonst in Deutschland wird das Brauchtum so selbstverständlich gepflegt wie hier; man trägt die Landestracht nicht nur während der großen Volksfeste wie zum Beispiel dem alljährlichen Münchner Oktoberfest. Dem reichen kulturhistorischen Erbe verdankt Bayern seine hohe touristische Attraktivität ebenso wie dem Reiz seiner beeindruckenden Naturschönheit. Die Alpen mit der Zugspitze, dem mit 2962 m höchsten Berg

Deutschlands, das Alpenvorland mit seinen zauberhaften Seen, wie dem Chiemsee und dem Königssee, der Bayerische Wald mit seinem Nationalpark, die Fränkische Alb, das Fichtelgebirge und viele weitere Landstriche bieten dem Touristen unvergleichliche Anreize zum Naturerlebnis und zur Erholung.

Bis 1950 überwog in Bayern die Landwirtschaft als Haupterwerbszweig. Aus dem agrarisch geprägten Land ist in den folgenden Jahrzehnten ein moderner Industrie- und Dienstleistungsstaat geworden. Bayern ist heute der Hightech-Standort Nummer eins in Deutschland. Der Freistaat verfügt eine erstklassige wissenschaftlich-wirtschaftlich-technische Kompetenz auf allen großen Zukunftsfeldern, angefangen von der Informations- und Kommunikationstechnologie über die Bio- und Gentechnologie bis zur Medizintechnik. Große Teile, nicht nur das Alpenvorland, sind aber auch heute noch von Land- und Fortswirtschaft geprägt. Das bayerische Bier (gebraut nach dem Reinheitsgebot von 1516) ist weltbekannt - der Hopfen dafür wird in Bayern selbst angebaut; fränkischer Wein wird von den Kennern sehr geschätzt. Heute stammen etwa 35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus dem produzierenden Gewerbe und weit über die Hälfte aus dem Dienstleistungssektor. Die Zwillingstädte Nürnberg (487 000 Einwohner) und Fürth (109000 Einwohner), 1835 durch Deutschlands erste Eisenbahnstrecke verbunden, bilden ein Industriezentrum mit Elektrotechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau, Druckereien, Kunststoff-, Spielwaren- und Nahrungsmittelindustrie. Internationale Messen wie "bauma" und "Systems" in München und die Spielzeugmesse in Nürnberg haben Weltruf.

Die Landeshauptstadt München (1,19 Millionen Einwohner) lässt als Metropole nichts vermissen, und doch hat die Stadt eine eigene, unverwechselbare Atmosphäre. Neben der sprichwörtlichen Geselligkeit, zum Beispiel im Hofbräuhaus, weisen Stadt und Region ein dynamisches pulsierendes Wirtschaftsleben auf: Auto- und Flugzeugindustrie, Elektro- und Elektronikindustrie, Versicherungs- und Verlagswesen. Mit den renommierten Universitäten und anderen Hochschulen, der Bayerischen Staatsbibliothek - mit über sechs Millionen Bänden eine der größten in Europa -, dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, dem Forschungsreaktor und vielen weiteren Einrichtungen ist die Stadt ein bedeutsames Zentrum für Wissenschaft und Forschung. München gilt heute als "Internet-Hauptstadt" Deutschlands. Auch der Medienstandort München braucht keinen Vergleich in Europa zu scheuen.

Zur Pflege seines kulturellen Erbes wendet Bayern jährlich weit über 100 Millionen Mark auf. München besitzt mit dem einzigartigen Deutschen Museum die weltgrößte Sammlung zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, dazu zahlreiche historische Bauten und Kunstmuseen wie die Alte und Neue Pinakothek, das Lenbach-Haus, die Schack-Galerie. Nürnberg, die Stadt von Albrecht Dürer (1494-1576), bewahrt in ihren Kirchen spätmittelalterliche Kunstschatze hohen Ranges. Juwelen des Barock und des Rokoko sind die Kirchen der Klöster Banz und Ettal, die Basilika Vierzehnheiligen und die Wieskirche bei Steingaden, die von der UNESCO in die Liste des

"Weltkulturerbes der Menschheit" aufgenommen wurden, wie auch die ehemalige fuerstbischöfliche Residenz in Wuerzburg. Ihr Treppenhaus, geschaffen von Balthasar Neumann (1687-1753) und ausgemalt von Giovanni Battista Tiepolo, gilt als eines der schoensten der Welt.

33 feste Bühnen und 34 Freilichtbühnen gibt es in Bayern. Alljährlich werden während der Bayreuther Festspiele die Opern Richard Wagners aufgeführt, der 1872-1883 hier lebte. Darüber hinaus gibt es zum Beispiel die Münchner Festspiele, die Europäischen Wochen in Passau, die Bachwoche in Ansbach, das Würzburger Mozartfest. Auch die Volksmusik ist in Bayern überall lebendig, besonders während der zahlreichen Feste, zum Beispiel der Toelzer Leonhardie-Fahrt, dem Augsburger Friedensfest, dem Wuerzburger Kiliansfest, der Kiefersfeldener Ritterspiele. Tradition seit 1634 hat das Oberammergauer Passionsspiel, das alle zehn Jahre aufgeführt wird (zuletzt im Jahr 2000).

Die Fragen:

1. Wie verstehen Sie das Wort "Freistaat"?
2. Nennen Sie bitte den höchsten Berg Deutschlands.
3. Welche internationale Messen werden in Bayern organisiert?

Die Aufgaben:

1. Vergleichen Sie die traditionellen Besonderheiten Bayerns mit anderen Ländern Deutschlands.
2. Überlegen Sie bitte, warum jährlich viele Touristen nach Bayern kommen.

Worterkklärungen:

1. Urwüchsig – auf natürliche Weise, einfach, naturhaft; bodenständig.

NORDRHEIN-WESTFALEN.

Fläche: 34088 km²

Einwohner: 17872 Mio

Bevölkerungsdichte: 526 Einwohner je km²

Hauptstadt: Düsseldorf

Plan:

1. Ein Europäisches Industrievier
2. Kohle, Stahl und Medien
3. Wissen, Kultur und Freizeit

Sichwörter: *Industrievier, der Preussische Rheinprovinz, Wirtschaftsleben, Kunstsammlung des Landes, Umwelttechnologie, Verlagsunternehmen, Ruhrfestspiele.*

Ein europäisches Industrievier. Industrielles Herz, modernes Technologiezentrum, Kultur- und Medienland: Nordrhein-Westfalen, das mit rund 18 Millionen Einwohner bevölkerungsreiches Land, früher fast nur von Fabrikschlotten, Fördertürmen und Hochöfen geprägt, hat in den letzten Jahrzehnten einen tiefgreifenden Strukturwandel vollzogen. Aus dem Land von Kohle und Stahl ist ein Land mit Kohle und Stahl und neuen, zukunftssträchtigen Branchen geworden, das nicht zuletzt wegen seiner hervorragenden Infrastruktur ein attraktiver Standort für einheimische und ausländische Investoren ist.

Fast die Hälfte der Menschen sind in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern zu Hause; die Bevölkerungsdichte zählt mit 527 Einwohnern pro Quadratkilometer zu den höchsten in Europa. Eine Forderung aus den Sechzigerjahren: „Blauer Himmel über der Ruhr“ ist seit langem erfüllt. Fast 52 Prozent der Fläche Nordrhein-Westfalens werden landwirtschaftlich genutzt, 26 Prozent sind Wälder. Gleichwohl ist das Ruhrgebiet Europas größtes Industriegebiet mit rund 4,8 Millionen Einwohnern. Zahlreiche Energieerzeuger und –versorger haben hier ihren Sitz. Außerdem ist das Land Standort der Großkraftwerksindustrie und der chemischen Industrie.

Die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen geht auf die Zeit der britischen Besatzungsmacht nach dem Zweitem Weltkrieg zurück, die 1946 den größten Teil der ehemaligen preußischen Rheinprovinz und der Provinz Westfalen vereinigte – später ergänzt um Lippe-Detmold.

Bonn am Rhein (305 000 Einwohner) wurde 1949 zur vorläufigen Hauptstadt der Bundesrepublik gewählt. Nach der Vereinigung Deutschlands wurde Berlin zur endgültigen Hauptstadt. Die „Bundesstadt“ Bonn besitzt auf der Grundlage des Berlin-Bonn-Gesetzes von 1994 gegenwärtig noch immer einen Großteil ihrer früheren Bedeutung im politischen Leben Deutschlands: Sechs Bundesministerien haben hier unverändert ihren ersten Dienstsitz. Mit drei UN-Organisationen, der traditionellen Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, dem entstehenden Forschungszentrum CAESAR und anderer Großforschungseinrichtungen, hat die Stadt auch auf internationaler Ebene eine große Zukunft.

Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen steht heute auf einem breiteren Fundament als je zuvor. Seit 1960 ist die Zahl der Beschäftigten im Montanbereich erheblich zurückgegangen; damals war noch jeder achte Arbeitnehmer hier beschäftigt, heute lediglich jeder 25. Im Ruhrgebiet arbeiten gegenwärtig nur noch 12 Kohlebergwerke, von denen vier in den nächsten Jahren stillgelegt oder mit anderen Bergwerken zusammengeführt werden. Viele neue Arbeitsplätze sind zum Beispiel auf dem Mediensektor entstanden, der inzwischen zur Branche mit den größten jährlichen Umsatzsteigerungen geworden ist. 1996 eröffnete der amerikanische Medienkonzern Time Warner in Bottrop-Kirchhellen einen Filmpark und Filmstudios für mehr als 360 Millionen Mark – die größte Investition, die es auf diesem Sektor in Deutschland je gab. Die Kunsthochschule für Medien in Köln, das Institut für Medienpraxis und Medientransfer an der Essener Folkwang-Hochschule, die Fortbildungsakademie Medien in Siegen sind nur wenige Beispiele der Aktivitäten des Landes in diesem Bereich.

Rund 66 Prozent der Beschäftigten Nordrhein-Westfalens sind heute im Dienstleistungssektor tätig. Der Strukturwandel war hier auch immer mit ökologischer Erneuerung verbunden: Mit seinen innovativen Unternehmen im Bereich des Umweltschutzes ist das Land ein in Europa führendes Zentrum der Umwelttechnologie geworden.

Das rege Wirtschaftsleben stützt sich auf ein engmaschiges Netz aus Autobahnen, Schienen und Wasserstraßen, das die zahlreichen Großstädte wie Köln (963 000 Einwohner), Essen (603 000),

Dortmund (592 000), Düsseldorf (568 000), Duisburg (523 000), Münster (264 000), Aachen (244 000) und Krefeld (243 000) miteinander verbindet. Hinzu kommen die Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn; Duisburg am Rhein besitzt den größten Binnenhafen der Welt.

44 der 100 größten Firmen in Deutschland haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Neben Industrieriesen wie Bayer Leverkusen, der E.ON AG oder dem Druck- und Verlagsunternehmen Bertelsmann produzieren hier rund 685 000 Mittel- und Kleinbetriebe. Düsseldorf ist einer der größten deutschen Bankenplätze. Bei den Versicherungsunternehmen nimmt Köln einen der vorderen Plätze in Deutschland ein. Mit Düsseldorf, Köln, Dortmund und Essen besitzt Nordrhein-Westfalen vier international konkurrenzfähige Messestandorte. Mehr als ein Fünftel aller deutschen Ausfuhren stammt aus Nordrhein-Westfalen, fast ein Viertel der Einfuhren in die Bundesrepublik nimmt es auf. Seit den Siebzigerjahren ist in Nordrhein-Westfalen eine der dichtesten und vielfältigsten Hochschullandschaften entstanden: 52 Hoch- und Fachschulen bereiten an 70 Standorten rund 500 000 Studentinnen und Studenten auf ihre berufliche Zukunft vor. Ein Netz von Technologiezentren und Transferstellen – darunter zehn Institute der Max-Planck-Gesellschaft, fünf der Fraunhofer-Gesellschaft sowie das Zentrum für Innovation und Technik “Zenit” in Mülheim/Ruhr – sorgt dafür, dass das Know-how der Hochschulen auch den mittleren und kleineren Betrieben zugute kommt.

Rund 13 Millionen Menschen besuchen jährlich die 602 Museen des Landes, so zum Beispiel die Bonner Museumsmeile, das Wallraf-Richartz-Museum und das Museum Ludwig in Köln, die Düsseldorfer Kunstsammlung des Landes, das Folkwang-Museum in Essen, die Kunsthalle Bielefeld oder das Westfälische Landesmuseum in Münster. Das Land trägt zur Erhaltung von mehr als 80 000 Bau- und Bodendenkmäler bei; nirgendwo sonst auf der Welt arbeiten so viele bedeutende Vertreter der modernen bildenden Kunst wie an den Kunstakademien in Düsseldorf und Münster. Die dichte Theaterlandschaft mit über 160 Bühnen sorgt für kulturelle Vielfalt und internationales Ansehen. Überregionale Ausstrahlung haben zum Beispiel die Ruhrfestspiele, das NRW-Theatertreffen, die Kurzfilmtage in Oberhausen, dazu das europäische Übersetzer-Kollegium in Straelen und die Bochumer Schauspielschule. Pina Bausch ist mit ihrem Tanztheater in New York und Tokyo ebenso bekannt wie im heimischen Wuppertal. Bei einem so reichhaltigen Angebot wundert es nicht, dass Nordrhein-Westfalen im Jahr fast 13,5 Millionen Gäste mit 34,7 Millionen Übernachtungen verzeichnet, die zum Beispiel als Messebesucher kommen oder in der unverbrauchten Landschaft des Münsterlandes mit seinen märchenhaften Wasserschlössern, beim Skilaufen im Sauerland oder beim Surfen auf einer der zahlreichen Talsperren ihren Urlaub verbringen.

Die Fragen:

1. Wodurch unterscheidet sich Nordrhein- Westfalen von anderen Bundesländern?
2. Welche Stadt wurde in welchem Jahr zur vorläufigen Hauptstadt der Bundesrepublik gewählt?
3. Welche Stadt besitzt den größten Binnenhafen der Welt?

Aufgaben:

1. Sprechen Sie über das Rhurgebiet: über die traditionelle Industrie und moderne Technologie.
2. „Made in Solingen“ steht auf vielen Messer, warum? Erklären Sie.

Worterklärungen:

1. Zenit – Schnittpunkt einer über dem Beobachtungspunkt gedachten senkrechten Linie mit der Himmelskugel.

HESSEN

Fläche: 21 114, 75 km²

Einwohner: 6061 Mio

Bevölkerungsdichte: 287 Einwohner je km²

Hauptstadt: Wiesbaden

Plan:

1. Zukunftsorientiertes Wirtschaftszentrum
2. Politische Einheit seit 1945
3. Moderne Industrie mit langer Tradition

Stichwörter: Die Technologienbranche, führender Messeplatz, die Aufteilung, das Großherzogtum, Vulkanlandschaften, optische Industrie, Knotenpunkte für die Verkehrsträger Luft, Schiene und Wasser, die Avantgardekunst, das Druckerzeugnis.

Hessen ist das fünftgrößte Land des Deutschlands. Es ist heute eines der großen Wirtschaftszentren Deutschlands und zählt zu den dynamischsten Regionen Europas. Bekanntester als die Hauptstadt Wiesbaden ist Frankfurt am Main als internationaler Finanzplatz. Wie bisher die Deutsche Bundesbank hat seit dem 1. Januar 1999 auch die Europäische Zentralbank hier ihren Sitz. Frankfurt ist zudem Standort bedeutender Industrie- und Technologiebranchen und ein führender Messeplatz. Der Frankfurter Rhein- Main- Flughafen verzeichnet das höchste Fracht- und zweithöchste Passagieraufkommen aller europäischen Flugplätze.

Die Region weist eine wechselhafte Geschichte auf. Zur nationalen Gedenkstätte ist die Frankfurter Paulskirche geworden, in der 1848-49 die Nationalversammlung tagte, das erste demokratisch legitimierte deutsche Parlament, das jedoch an der Macht der in Deutschland regierenden Fürsten scheiterte. Vor Bismarcks Einigungskriegen bot Hessens territoriale Aufteilung mit vier Fürsten- und Herzogtümern, einer Grafschaft und der freien Stadt Frankfurt das für diese Zeit typische Bild eines Flickenteppichs. Nach dem Deutschen Krieg von 1866 verleihte sich Preußen das Land mit Ausnahme des Großherzogtums Hessen-Darmstadt ein. Mit der „Proklamation Nr.2“ vom 19. September 1945, verkündet im Frankfurter IG-Farben-Haus, legte die amerikanische Militärregierung Hessen-Darmstadt und den Grossteil des bislang preußischen Gebietes zum Land Hessen zusammen.

Beschreiben die Historiker Hessen als „Einheit aus der Vielfalt“, so wird das Land zwischen Diemel und Weser im Norden und dem Neckar im Süden geografisch als „verwirrendes buntes Nebeneinander von Gebirgs- und Senkenlandschaften“ charakterisiert. Typisch für die Region sind die Vulkanlandschaften. Alte Massive finden sich im Westerwald, in der Rhön, auf dem Hohen Meissner,

im Kaufungen Wald und im Knüll. Landschaftlich reizvoll liegen die Universitätsstädte Marburg (77 400 Einwohner) und Giessen(72 400)sowie die Stadt Wetular (52 800), bekannt durch optische Industrie. Die Bergstrasse und der Rheingau gehören zu den besten deutschen Obst- und Weinbaugebieten. In Osthesse blickt die Barockstadt Fulda (62 300)auf eine bedeutende Geschichte zurück. Die Landeshauptstadt Wiesbaden (267 000)ist nicht nur ein Verwaltungszentrum, sondern auch ein elegantes Heilbad.

Vier Industriebranchen-Chemie, Flugzeug- und Maschinenbau sowie Elektroindustrie- haben zusammen mit der Dienstleistung- und Bankenmetropole Frankfurt (644 000 Einwohner)dem Land zu seiner ökonomischen Stärke verhelfen. Fahrzeughersteller rund um den Globus nutzen die astbestfreien Bremsbeläge der Firma Tevels in Frankfurt, VDO ist zweitgrößter Produzent der Welt von Autoarmaturen und elektronischen Regel- und Kontrollinstrumenten für die Fahrzeugtechnik.

Entscheiden zum wirtschaftlichen Erfolg trägt die zentrale Lage Hessens mit ihren Knotenpunkten für die Verkehrsträger Luft, Scheine und Wasser bei. Wirtschaft Wissenschaft und Landesregierung arbeiten in der Hessischen Technologisstiftung im Interesse der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zusammen.

Frankfurt, die Geburtsstadt Johann Wolfgang von Goethes, zeigt sich dem Buch in besonderer Weise zugetan. Die Deutsche Bibliothek, Pflichtstelle für jedes deutschsprachige Druckerzeugnis seit 1945, ist „Deutschlands größter Bücherschrank“. International herausragende kulturelle Ereignisse in Hessen sind die grösste Buchmesse der Welt in Frankfurt und die Kunstschaum „documenta“ in Kassel. Bekannte Fastspiele werde in Bad Hersfeld, Wetzlar, Wiesbaden und im Rheingau ausgerichtet. Künstlerische Impulse gehen von Junge Literaturforum Hessen aus. Hessen bietet eine Fülle interessanter Museen und Ausstellungen: Frankfurter Museums-Ufer, das Brüder-Grimm-Museum in Kassel, das Freilichtmuseum Hessenpark Eine Freilichtausstellung besonderer Art ist die Jugendstilsiedlung Mathildenhöhe in Darmstadt.

Die Fragen:

1. Warum nennt man Hessen ``Zukunftsorientiertes Wirtschaftszentrum``?
2. Wann und wo wurde ``Proklamation Nr. 2``verkündet?
3. Wodurch ist das Land Hessen bekannt?

Die Aufgaben:

1. Wodurch ist Hessen bekannt? Erläutern Sie.
2. Nennen Sie bitte die Personen, die für Hessen sehr große Rolle gespielt haben?
3. Rechershieren Sie Materialien zu den kulturellen Ereignissen in Hessen.

Worterkklärungen:

1. Graf – Verwaltungsbeamter des Königs; Vorsteher einer Berufsgenossenschaft; Angehöriger des mittleren Adels.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Fläche: 23 186 km²

Einwohner: 1.6 Mio

Bevölkerungsdichte: 72 Einwohner je km²

Hauptstadt: Schwerin

Plan:

1. Das „Land der tausend Seen“
2. Die wirtschaftlichen Grundlagen
3. Bekannte Persönlichkeiten

Stichwörter: *vorwiegend landschaftlicher Charakter, die Binnenseen, ein eigenständiger Teil Deutschlands, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, die Alltagssprache, das Staatliche Museum und Theater, Rostock, die Branchen Schiffbau, die Nahrungsmittelindustrie, die Holzindustrie usw., der Hafen Mukran, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist der Tourismus.*

Mecklenburg-Vorpommern ist ein dünn besiedeltes Land mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter. Weite Horizonte bietet seine vielgestaltige Küstenlandschaft ebenso wie sein abwechslungsreiches Hinterland mit sanftgewellten Hügeln, weiterläufigen Acker- und Weideflächen sowie ausgedehnten Wäldern. Die beiden Teile des Landes, Mecklenburg und Vorpommern, haben eine unterschiedliche Geschichte als eigenständige Teile des Deutschen Reiches. Seit 1701 war sie in zwei Länder aufgespalten: Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Erst 1934 kamen die beiden mecklenburgischen Länder wieder zusammen. Bekannt ist der Staat wegen ihres Seebades Warnemünde und der „Hanseatischen Hafentage“.

Die wichtigsten Branchen sind der Schiffbau, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Bauwirtschaft, der Maschinenbau, die Baustoffindustrie und die Holzindustrie. Nach wie vor von beträchtlicher wirtschaftlicher Bedeutung sind die Seehäfen. Grösster Hafen ist Rostock. Zunehmend an Bedeutung gewinnt auch der Hafen Mukran auf Rügen, der eine schnelle Verbindung ins Baltikum gewährleistet. Ein gut ausgebautes Strassen- und Schienennetz verbindet Mecklenburg-Vorpommern mit seinen Nachbarn.

Produziert werden vor allem Getreide, Ölfrüchte (Raps) und Kartoffeln. 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche von insgesamt 1.3 Millionen Hektar werden von Betrieben mit mehr als 500 Hektar Grösse bewirtschaftet.

Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Mecklenburg Vorpommern ist der Tourismus. Der bekannteste Touristenmagnet ist Rügen, Deutschlands grösste Insel. Eine besondere Faszination üben die weissen Kreidefelsen aus.

Zu den bekannten Persönlichkeiten aus dem Gebiet des heutigen Mecklenburg Vorpommern zählt der Maler Gaspar David Friedrich (1774-1840) aus Greifswald. Realistisch beschrieb Fritz Reuter (1810-1874) in plattdeutscher Sprache Land und Leute. Der Bildhauer und Dichter Ernst Barlach (1870-1938) schuf sein Lebenswerk in Gustrow. Uwe Johnson (1934-1984) setzte in Romanen und Erzählungen seiner Heimat ein literarisches Denkmal.

Die Fragen:

1. Was wissen Sie über die Geschichte der beiden Teile des Landes?
2. Wie nennt man ein grösster Hafen in Mecklenburg-Vorpommern?
3. Welche Rolle spielt dieser Hafen für das Land?

Aufgaben:

1. Mehrere Bundesländer haben Doppelnamen, nennen Sie sie.
2. Nennen Sie die bekannten Persönlichkeiten aus dem Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern.
3. Diskutieren Sie über die wichtigsten Branchen von Mecklenburg-Vorpommern im Plenum.

NIEDERSACHSEN

Fläche: 47 626 km²

Einwohner: 7.9 Mio

Bevölkerungsdichte: 167 Einwohner je km²

Hauptstadt: Hannover

Plan:

1. Wattenmeer und Heidelandschaften
2. Heimat des „Käfers“- Zentrum alternativer Energieerzeugung
3. Entdecker und Erfinder. Geist und Politik

Stichwörter: *Der Ballungsraum Hannover, Wattenmeer, EXPO 2000, Braunschweig, die erste Rechenmaschine, Göttinger Universität, das PAL-Color-System.*

Wattenmeer und Heidelandschaften. Niedersachsen ist das zweitgrößte Land der Bundesrepublik (47 338 km) und damit größer als die Schweiz. Es reicht von der Nordseeinsel Borkum mit ihrem Hochseeklima bis zum Harzgebirge mit seinen schneesicheren Wintersportgebieten. Dazwischen liegen der Ballungsraum Hannover, einsame Heidegebiete und die Hildesheimer Börde mit den fruchtbarsten Ackerböden der Bundesrepublik. Niedersachsen hat rund 7,8 Mio. Einwohner. Hinzu kommen jedes Jahr Millionen von Gästen, die Erholung auf den sieben ostfriesischen Insel Borkum, Juist, Norderney, Baltrum, Langeoog, Spiekeroog und Wangerooge, im Harz, im Weserbergland, im Teutoburger Wald oder in der Lüneburger Heide (dem ältesten deutschen Naturpark) suchen oder sich auf den beiden größten Messen der Welt in der Landeshauptstadt informieren wollen. Attraktiv für die Besucher ist auch das Alte Land, das größte Obstanbaugebiet Europas vor den Toren Hamburgs, besonders zur Zeit der Apfelblüte. Dort beginnt das „nasse Dreieck“: flaches Land zwischen Elb- und Wesermündung mit dem Wattenmeer, dem größten Naturpark Deutschlands, der Fischereistadt Cuxhaven und der Künstlerkolonie Worpswede. Radwanderern bietet Niedersachsen das längste Radwegenetz in Deutschland.

Heimat des „Käfers“ – Zentrum alternativer Energieerzeugung. Die Landeshauptstadt Hannover (516 000 Einwohner) ist Industrie- und Dienstleistungszentrum, Sitz eines weltbekannten Schreibwarenherstellers und Europas größtem Reiseunternehmens TUI. Die größte Industriemesse der

Welt und die “CeBIT”, die internationale Großschau der Kommunikationstechnik, zeigen alljährlich die neuesten Entwicklungen. Die Weltausstellung “EXPO 2000” hat vom 1. Juni bis zum 31. Oktober 2000 unter dem Motto “Mensch – Natur – Technik” in Hannover stattgefunden.

Zwei Drittel der Landesfläche werden landwirtschaftlich genutzt; die Erzeugnisse der Nahrungsmittelerzeugung sind breit gefächert und reichen vom Oldenburger Schinken bis zum Lüneburger Honig. Gleichwohl lässt sich Niedersachsen nicht als Agrarland klassifizieren: Neben die traditionellen Sparten Schiffbau (zum Beispiel Meyer in Papenburg, Produzent von Luxuslinern), Stahl- und Chemieindustrie treten heute vor allem die Elektronik- und Computerindustrie. Der VW-Käfer, made in Wolfsburg, ist das meistgebaute Auto der Welt; Er wird heute aber nur noch in Mexiko produziert. Die Volkswagen AG ist das größte Unternehmen des Landes, sie hat bisher über 50 Mio. Automobile in Niedersachsen hergestellt. Die VW-Stiftung ist die größte nichtstaatliche deutsche Stiftung zur Förderung der Wissenschaft.

In Braunschweig (247 000 Einwohner) werden die weltbekannten Rollei-Kameras und die Schimmel-Pianos hergestellt. Die Stadt ist Sitz der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, einer Bundesbehörde für das Prüfungs-, Eich- und Zulassungswesen, die unter anderem per Funksignal die exakte mitteleuropäische Zeit festlegt. In Peine und Osterode werden Videorecorder und CD-Player gebaut. MAN in Salzgitter (114 000 Einwohner) produziert unter anderem Lastkraftwagen; Niedersachsen deckt ein Fünftel des Verbrauchs der Bundesrepublik. Die Niedersächsische Energieagentur projiziert zwischen Ems und Elbe bereits die Alternativen für das nächste Jahrtausend: Strom aus Wind, aus Sonnenlicht, aus Deponiegas und aus Biomasse.

Entdecker und Erfinder, Geist und Politik. Diederik Pining aus Hildesheim landete in dänischen Diensten 19 Jahre vor Columbus in Amerika, und zwar auf dem Festland. Der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz entwickelte in Hannover das binäre Zahlensystem und baute die erste funktionsfähige Rechenmaschine der Welt. Carl Friedrich Gauß aus Braunschweig erfand den Telegrafen, Robert Wilhelm Bunsen aus Göttingen die Zink-Kohle-Batterie, Werner von Siemens aus Lenthe die Stromerzeugung per Dynamo, Emil Berliner aus Hannover das Grammophon. Karl Jatho glückte auf der Vahrenwalder Heide in Hannover der erste Motorflug der Geschichte – drei Monate vor den Versuchen der amerikanischen Brüder Wright. Walter Bruch, ebenfalls aus Hannover, entwickelte das PAL-Color-System für das Farbfernsehen. 1961 erschien der letzte Band des “deutschen Wörterbuches”: 123 Jahre lang wurde daran gearbeitet. Begonnen hatten dieses Jahrhundertwerk die Brüder Grimm 1838 an der Göttinger Universität. Ein Jahr zuvor hatten sie und fünf weitere Professoren, die “Göttinger Sieben”, gegen die Aufhebung der Landesverfassung durch die Landesherren protestiert. Die “Göttinger Achtzehn” warnten 1957 vor der atomaren Aufrüstung, unter ihnen die Nobelpreisträger Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max von Laue.

Steinerne Zeugen der Macht. Hildesheim (105 000 Einwohner) war um die Wende zum 10. Jahrhundert das Zentrum des ottonischen Reiches, Bardowick – heute fast unbekannt – im 12. Jahrhundert der wichtigste Handelsplatz zwischen Ost und West. Später wurde Braunschweig zu einer der vier bedeutendsten Metropolen des späten Mittelalters. Emden hatte Ende des 16. Jahrhunderts den schiffreichsten Hafen Europas; im 18. Jahrhundert zählte Clausthal-Zellerfeld im Harz wegen der reichen Erzvorkommen zu den bedeutendsten Industriezentren der Welt. Allenthalben gibt es steinerne Zeugen der Vergangenheit: Die 900 Jahre alte Kirche in Idesen gilt als bedeutendster Sakralbau ihrer Zeit in Deutschland. Die größte mittelalterliche Bibliothek der Welt steht in Wolfenbüttel; an ihr wirkten Gottfried Wilhelm Leibniz und Gotthold Ephraim Lessing. Goslar, eine der wenigen deutschen Städte, die den Zweiten Weltkrieg unversehrt überstanden, weist mit der Kaiserpfalz den größten deutschen Profanbau des Mittelalters auf. Beeindruckend ist die romanische Kirche St. Michael in Hildesheim.

Das Braunschweiger Herzog-Anton-Ulrich-Museum ist das älteste Kunstmuseum des europäischen Kontinents. Das älteste bespielte Theater in Deutschland steht in Celle. Bedeutende Sammlungen moderner Kunst beherbergen die Kunsthalle in Emden und das Sprengel Museum für moderne Kunst in Hannover, während Hildesheim mit dem Roemer- und Pelizaeus-Museum für altägyptische Kunst eine besondere Attraktion für archäologisch Interessierte aufweist. Die “Violinale” in Hannover ist einer der wichtigsten Violinwettbewerbe der Welt.

Die Fragen:

1. Wo finden die zwei größten Messen der Welt statt?
2. Wo liegt Niedersachsen und wie groß ist es?
3. Welche berühmte Entdecker und Erfinder lebten in Niedersachsen?

Aufgaben:

1. Nennen Sie eine Messe der Kommunikationstechnik.
2. Welche Bedeutung hat die EXPO? Sprechen Sie darüber.
3. Hannover – so sagt man – wird das reinste Hochdeutsch gesprochen. Diskutieren Sie darüber.

Worterkklärungen:

1. Heide – flache, baumlose, sandige mit Gräsern und kleinen Staucheln bewachsene Landschaft.

RHEINLAND-PFALZ

Fläche: 19853 km²

Einwohner: 4.0 Mio

Bevölkerungsdichte: 203 Einwohner je km²

Hauptstadt: Mainz

Plan:

1. Die dynamische Region Deutschlands
2. Ein altes europäisches Kulturland

3. Weinbau und Industrie

Stichwörter: *Heimat von Ex-Bundeskanzler, die Reformation Martin Luthers, Weinernte, Kultursommer Rheinland Pfalz.*

Das Land Rheinland-Pfalz wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges am 30. August 1946 von der französischen Militärregierung geschaffen. Sie orientierte sich nicht an gewachsene Strukturen. Es wurden vielmehr Teilen zusammengefügt, die zuvor niemals verbunden waren: Teile der preußischen Rheinprovinz, die linksrheinischen Gebiete Hessens und die bayrisch geprägte Pfalz. Im Laufe der Zeit wuchs Rheinland-Pfalz jedoch zusammen und entwickelte eine eigene Identität.

Vorteile zieht Rheinland-Pfalz schon aus seiner geografischen Lage. Das großräumige, modern ausgebauten Netz von Autobahnen und Bundesstraßen, die schnellen Bahnverbindungen zwischen den Städten Mainz, Kaiserlautern, Trier, Ludwigshafen und Koblenz, die großen Wasserstraßen Rhein und Mosel sowie die Nachbarschaft zu drei ökonomisch starken Zentren – Rhein – Main, Rhein – Neckar und Rhein – Ruhr – bieten beste Voraussetzungen dafür, dass Rheinland-Pfalz heute zu den dynamischsten Regionen Deutschlands zählt.

Am Rhein siedelten früher die Kelten, Römer, Burgunden und Franken. In Speyer, Worms und Mainz stehen die großen Kaiserdome aus dem Mittelalter. Der Mainzer Kurfürst war Erzkanzler des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“. Die älteste Synagoge Deutschlands wurde ab 1034 in romanischem Stil in Worms errichtet. In dieser Stadt lehnte der Reformator Martin Luther auf dem Reichstag von 1521 den Widerruf seiner Thesen ab. In Koblenz kämpfte 300 Jahre später die liberale Zeitung „Rheinischer Merkur“ gegen die napoleonische Herrschaft und gegen die Pressezensur. Auf dem Hambacher Schloss fand 1832 die erste demokratisch-republikanische Massenversammlung statt. Das Weltmuseum der Druckkunst, das Gutenberg-Museum in Mainz, zeigt seine Schätze in der Geburtsstadt des Erfinders des Buchdrucks mit beweglichen Lettern, Johannes Gutenberg (1400-1468), der 1999 weltweit zum „Mann des Jahrtausends“ gewählt wurde. In Trier wurde der Philosoph und Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Karl Marx (1818-1883) geboren.

Mit einer Exportquote von 41,2 % ist Rheinland-Pfalz deutscher Exportmeister. Die Wirtschaft ist hier außerordentlich vielseitig: Rheinland-Pfalz ist einerseits ein Zentrum des Weinbaus (zwei Drittel der deutschen Weinernte stammen von hier) und ein bedeutender Holzproduzent, andererseits einer der großen Chemiestandorte und Zulieferer für den Automobilbau. Spezialitäten sind die Edelsteinindustrie in Idar-Oberstein, die Keramik- und Glasprodukte aus dem Westerwald, die Lederindustrie aus Hunsrück und Pfalz mit dem Zentrum Pirmasens. Der Mittelstand ist Rückgrat der rheinland-pfälzischen Wirtschaft; bedeutendster industrieller Arbeitsgeber ist die chemische und kunststoffverarbeitende Industrie: Die Badische Anilin- und Soda-Fabrik (BASF) in Ludwigshafen ist das größte Chemiewerk Europas und gleichzeitig größte rheinland-pfälzischer Produktionsunternehmen. Anlieger am Rhein sind auch die vier nächstgrößten Unternehmen in

Rheinland-Pfalz: Boehringer (Pharma) in Ingelheim, Joh.A.Benckiser (Chemie / Kosmetik) in Ludwigshafen, SGE Deutsche Holding (Bau) in Ludwigshafen, Schott Glaswerke, Mainz. Europas größte Fernsehanstalt, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF), hat ihren Sitz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz, ebenso der Sender SAT.1.

Rheinland-Pfalz liegt im Zentrum des Rheinischen Schiefergebirges. Zu den schönsten Landschaften Deutschlands, ja der Welt zählt das sagenumwobene, burgengeschmückte, von zahllosen Dichtern, Malern und Musikern verklärte Rheintal zwischen Bingen und Bonn. Hier wie im Tal der Mosel wächst ein von Kennern in aller Welt geschätzter Wein, und auch an den weiteren Nebenflüssen des Rheins, Nahe, Lahn und Ahr, liegen Weinbaugebiete vom großem landschaftlichem Reiz. Am Fuß des Pfälzer Waldes verläuft die „Deutsche Weinstraße“.

Von altersher bildet der Rhein die Wirtschaftliche Schlagader der Region. Ludwigshafen (165 000 Einwohner), Mainz (186 000) und Koblenz (109 000) liegen am Strom. In Kaiserslautern (101 000) ließ Friedrich I. Barbarossa eine Pfalz errichten; 2000 Jahre alt ist die Römerstadt Trier (100 000). Ihre Römerbauten sind auf der UNESCO-Liste des „Weltkulturerbes der Menschheit“ zu finden, ebenso die Dome von Speyer, Worms und Mainz, die Abteikirche Maria Laach in der Eifel, die Burg Eltz, Oberwesel am Rhein, die Katharinenkirche in Oppenheim, St. Paulin in Trier und die Festung Koblenz-Ehrenbreitstein.

Künstler von gestern und heute. Das unverwechselbare Licht über der anmutigen Hügellandschaft der Pfalz haben die Maler Max Slevogt (1868-1932) und Hans Purrmann (1880-1966) eingefangen. Bedeutende zeitgenössische Künstler sind zum Beispiel die Maler Heijo Hangen, Karl-Otto Götz und Otto Greis sowie die Bildhauer Franz Bernhard, Erwin Wortelkamp und Michael Croissant. Ein landesweites, attraktives Kulturangebot bieten der „Kultursommer Rheinland-Pfalz“, der jedes Jahr vom 1.Mai bis zum 3.Oktober zu einem Forum der gesamten Kunstszene des Landes wird.

Die Fragen:

1. Welche 3 ökonomisch starken Zentren kennen Sie in Rheinland-Pfalz?
2. Wie viele Prozent der deutschen Weinernten stammen aus Rheinland-Pfalz?

Aufgaben:

1. Nennen Sie die Adjektive, die Wein charakterisieren.
2. Zeigen Sie bitte an der Karte Nebenflüsse des Rheins in Rheinland-Pfalz
3. Was war Martin Luther? Charakterisieren Sie ihn.

Worterklärungen:

1. Militär – Gesamtheit der Streitkräfte eines Landes.
2. UNESCO – Organisation der vereinten Nationen.

SAARLAND

Fläche: 2570 km²

Einwohner: 1.0 Mio

Bevölkerungsdichte: 401 Einwohner je km²

Hauptstadt: Saarbrücken

Plan:

1. Wechselvolle Geschichte
2. Stadt, Land , Fluß
3. Eine Europäische Kernlandschaft

Stichwörter: *Versailer Vertrag, die Gliederung, die Stadt Saarlouis, Aussöhnung, das Forschungszentrum.*

Die Politische Entwicklung des kleinsten deutschen Flächenlandes spiegelt die Wechselfälle der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert wieder. Das an Kohlegruben und Stahlwerken reiche Gebiet wurde mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages nach dem Ersten Weltkrieg 1920 vom Deutschen Reich abgetrennt und unter die Verwaltung des Völkerbundes gestellt. 1935 entschied sich die Bevölkerung mit über 90 % der Stimmen für die politische Rückeingliederung nach Deutschland. Ähnliches geschah nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Besatzungsmacht Frankreich schloss die Grenze des Saarlandes zum übrigen Deutschland. Die Saarländer entschieden sich in einer Volksabstimmung 1955 erneut mit großer Mehrheit für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik. Frankreichs Zustimmung zu diesem Wunsch setzte einen Meilenstein auf dem Weg zur deutsch-französischen Aussöhnung. Die Rückgliederung am 1. Januar 1957 erfolgte gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes – ein Präzedenzfall für den deutschen Einigungsprozess des Jahres 1990.

Die Saar, ein Nebenfluss der Mosel, hat dem Land den Namen gegeben; sie ist auch Namensteil der größten Städte. Die Saar fließt in landschaftlich reizvollen Mäandern – ein beliebtes Ziel von Touristen und Wanderern ist die Saarschleife bei Orscholz. Am Unterlauf des Flusses wird ein von Kennern hoch geschätzter Wein angebaut. Nicht nur ihn wissen die Saarländer zu genießen: Die einheimische Küche verbindet deutsche Tradition mit französischer Raffinesse – nur ein Beispiel der im Saarland harmonisch vereinten Lebensart der beiden Nachbarländer. Die Landeshauptstadt Saarbrücken (185 000 Einwohner) ist zugleich Industriestandort und Kongressstadt, sie richtet die Internationale Saarmesse aus. Ein schönes Bauwerk des Barock ist die Ludwigskirche, 1762-75 von Friedrich Joachim Stengel errichtet. Die Universität des Saarlandes in Saarbrücken sowie Musik-, Kunst- und weitere Hoch- und Fachhochschulen werden auch von vielen Studenten aus den Nachbarländern besucht. Saarbrücken bietet ein vielfältiges Kulturangebot mit Film- und Theaterfestspielen, Museen, Orchestern und Chören. Der in Saarbrücken geborene Regisseur Max Ophüls (1902-1957) hat mit zauberhaften Komödien Filmgeschichte geschrieben.

Der Name der Stadt Saarlouis erinnert daran, dass hier von rund 300 Jahren der französische König Ludwig 14. von seinem Baumeister Vauban eine Festung zum Schutz seiner Eroberungen im Westen

Deutschlands anlegen ließ. Heute ist Saarlouis eine wichtige Industriestadt (Automobil- und Stahlbau, Nahrungsmittel- und Elektroindustrie).

Völklingen ist von der 1873 gegründeten Eisenhütte geprägt, die bereits um 1890 zu den wichtigsten Eisenproduzenten des Deutschen Reiches gehörte. 1986 wurde die auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähige Hütte stillgelegt, zu großen Teilen aber erhalten. Heute ist sie Industriegemuseum und wird zu kulturellen Zwecken genutzt. 1995 wurde die Hütte von der UNESCO in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen.

„Die Saarländer leben uns vor, wie man gleichzeitig ein guter Saarländer, ein guter Deutscher, ein guter Europäer und ein guter Nachbar sein kann“ – so charakterisierte der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Menschen an der Saar. Der Raum Saarland, Lothringen und Luxemburg wächst unter dem Kürzel Saar-Lor-Lux – nicht zuletzt wegen umfangreicher neuer Verkehrsprojekte – immer weiter zusammen. Traditionelle Branchen mit überregionaler Bedeutung sind die Glas- und Keramikindustrie, hinzu kommen Maschinenbau, Metallverarbeitung und chemische Industrie. Darüber hinaus pflegt das Saarland Forschungsprojekte von großer Bedeutung. Die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnologie, Materialforschung, Elektrotechnik, Produktionstechnologie und Medizintechnik sind zukunftsorientierte Schwerpunkte. Eine Vielzahl hochkarätiger universitärer oder universitätsnaher Institute bilden die Schnittstelle zwischen Forschung und Praxis: zum Beispiel das Max-Planck-Institut für Informatik, das Deutsche Forschungszentrum für künstliche Intelligenz, die Fraunhofer-Institute für zerstörungsfreie Prüfverfahren und Medizintechnik, das Institut für Wirtschaftsinformatik und das weltbekannte Institut für Neue Materialien.

Die Fragen:

1. Woher stammt der Name des Landes?
2. Welche Rolle spielt die Lage des Saarlandes für das Land?
3. Welche traditionellen Branchen sind im Saarland vertreten?

Aufgaben:

1. 1957 mussten die Saarländer entscheiden, ob sie zu Frankreich oder zu Deutschland gehören wollen. Wofür entschieden sie sich?
2. Nennen Sie die Herkunft des Namens Saarland.
3. Saarland wurde in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen. Von wem und warum? Surfen Sie im Internet.

Wörterklärungen:

1. Aussöhnen – die Feindschaft nach einem Streit einstellen, Frieden schließen.
2. Meilenstein – Stein der am Rande von Wegen und Strassen die Entfernung angibt; ein hervorragendes Ereignis, wichtiger Punkt; ein Meilenstein in der Geschichte.

Vorlesung IV

2.3. Geschichte von Deutschland.

Plan:

1. Ein Fürst des germanistischen Stammes.
2. Der Übergang vom Ostfränkischen zum deutschen Reich.
3. Ein Habsburger – aus den Thron.
4. Die Revolution in Frankreich .
5. Der Wiener Kongreß.

Stichwörter: *Vorgänger, regieren, aus den Thron kommen, Wahlmonarchie, erblich sein, der Stoß, ausbrechen, zusammenbringen, übergreifen, scheitern, kläglich, Neuordnung, loser Zusammenschluss, handlungsfähig, übereinstimmen, Niederhaltung, in großem Elend sein, erbliche Kaiserkrone, der Norddeutsche Bund, der Reichstag, Ausbruch.*

Die Entstehung des deutschen Volkes war ein Prozeß, der der Jharhundert dauerte. Das Wort „deutsch“ ist wohl erst im 8. Jahrhundert ausgekommen, und bezeichnete zunächst nur die Sprache, die im östlichen Teil des Frankreichs gesprochen wurde. Dieses Reich, das unter Karl dem Großen seine größte Machtenfaltung erlangte, umfaßte Völkerschaften, die teils germanische, teils romanische Dialekte sprachen. Nach Karls Tod (814) brach es bald auseinander. Im Laufe verschiedener Erbteilungen entstanden ein West- und ein Ostreich, wobei die politische Grenze annähernd mit der Sprachgrenze zwischen Deutschen und Französisch zusammenfiel. Erst nach und nach entwickelte sich bei den Bewohnern des Österreichs ein Gefühl der Zusammengehörigkeit. Die Bezeichnung „deutsch“ wurde von der Sprache auf die Sprecher und schließlich auf ihr Wohngebiet („Deutschland“) übertragen.

Die deutsche Westgrenze wurde verhältnismäßig früh fixiert und blieb auch recht stabil. Die Ostgrenze hingegen war lahrhundertlang fließend. Um 900 verlief sie etwa an den Flüssen Elbe und Saale. In den folgenden Jahrhunderten wurde das deutsche Siedlungsgebiet weit nach Osten ausgehnt. Diese Bewegung kam erst in der Mitte des 14. J.h. zum Stillstand. Die damals erreichte Volksgrenze, zwischen Deutschen und Slawen hatte bis zum Zweiten Weltkrieg Bestand.

Den Übergang vom ostfränkischen zum deutschen Reich setzt man gewöhnlich mit dem Jahre 911 an, in dem nach Aussterben der Karolinger der Frankenherzog Konrad I. zum König gewählt wurde. Er gilt als der Erste deutsche König. (Der offizielle Titel war „fränkischer König“; der Reichsname lautete seit dem 11. J.h. „Römisches Reich“, im 15. J.h. kam der Zusatz „deutscher Nation“ auf). Das Reich war eine Wahlmonarchie; der König wurde vom hohen Adel gewählt. Der neue König sollte mit seinem Vorgänger verwandt sein. Konrads Nachfolger, der Sachsenherzog Heinrich 1. (919-936), dann Heinrich III., IV., V., VI. u.a.

1789 brach in Frankreich die Revolution aus. Unter dem Druck des Bürgertums wurde die seit dem Frühmittelalter bestehende feudale Gesellschaftsordnung beseitigt. Der Versuch Preußens und

Österreichs, mit Waffengewalt in die Verhältnisse im Nachbarland einzugreifen, führte zum Gegenstoß der Revolutionsarmeen.

Die Mittelstaaten waren die Gewinner. Die meisten von ihnen schlossen sich 1806 unter französischem Protektorat zum „Rheinbund“ zusammen. Im gleichen Jahr legte Kaiser Franz II. der Krone nieder ; damit endete das Heilige Römische Reich Deutscher Nationen. Die Französische Revolution griff nicht auf Deutschland über. Aus dem Kampf gegen Napoleon erwuchs vielmehr eine neue nationale Bewegung, die schließlich in den Befreiungskriegen gipfelte.

Nach dem Sieg über Napoleon regelte der Wiener Kongreß 1814/15 die Neuordnung Europas. Die Hoffnungen vieler Deutschen auf einen freien, einheitlichen Nationalstaat wurden nicht erfüllt . Der deutsche Bund , der an die Stelle des alten Reiches trat, war ein loser Zusammenschluss der souveränen Einzelstaaten. Einziges Organ war der Bundestag in Frankfurt, kein gewähltes Parlament , sondern ein Gesandtenkongress , handlungsfähig war der Bund nur, wenn die beiden Großmächte Preußen und Österreich übereinstimmen. Seine Aufgabe sah er in den folgenden Jahrzehnten in der Niederhaltung aller auf Freiheit gerichteter Bestrebungen.

1834 wurde der deutsche Zollverein gegründet und damit ein Einheitlicher Binnenmarkt geschaffen. 1835 wurde die erste deutsche Eisenbahnstrecke in Betrieb genommen. Die Industrialisierung nahm ihren Anfang. Mit den Fabriken entstand die neue Klasse der Fabrikarbeiter da zudem jegliche Sozialgesetzgebung fehlte , lebte die Masse der Fabrikarbeiter in großem Elend. Spannungen entluden sich gewaltsam wie etwa 1844 beim Aufstand der schlesischen Weber, der von preußischem Militär niedergeschlagen wurde.

Mit Rudolf I. (1273-1291) kam erstmals ein Habsburger auf den Thron. Materielle Grundlage des Kaisertums waren jetzt nicht mehr die verloren gegangenen Reichsgüter, sondern die „Hausgüter“ der jeweiligen Dynastie; Außenpolitik wurde das Hauptinteresse eines jeden Kaisers.

Seit 1438 war die Krone – obwohl das Reich formell eine Wahlmonarchie blieb – praktisch erblich im Hause Habsburg, das unterdessen zur stärksten Territorialmacht geworden war. Im 15. Jahrhundert erhoben sich zunehmend Forderungen nach einer Reichsreform. Maximilian I. (1493-1519), der als Erster den Kaisertitel ohne Krönung durch den Papst annahm, suchte eine solche Reform zu verwirklichen, aber ohne Erfolg . Die von ihm geschaffenen oder neu geordneten Einrichtungen – Reichstag, Reichskreise, Reichskammergericht – hatten zwar Bestand bis zum Ende des Reiches (1806), vermochten aber dessen fortschreitende Zersplitterung nicht aufzuhalten. Es entwickelte sich ein Dualismus von „Kaiser und Reich“ : dem Reichsoberhaupt standen die Reichsstände – Kurfürsten, Fürsten und Städte – gegenüber. Die Macht der Kaiser wurde durch „Kapitulationen“, die sich bei ihrer Wahl mit den Kurfürsten vereinbarten, begrenzt und zunehmend ausgehöhlt. Die Fürsten , insbesondere die großen unter ihnen, dehnten ihre Rechte auf Kosten der Reichsgewalt kräftig aus.

Dennoch hielt das Reich weiter zusammen: Der Glanz der Kaiserkrone war noch nicht verblichen, die Reichsidee war lebendig geblieben, und den kleinen und mittleren Territorien bot der Reichsverband Schutz vor Übergriffen mächtiger Nachbarn.

Zur Zeit des Augsburger Religionsfriedens war Deutschland zu vier Fünfteln protestantisch. Der Kampf zwischen den Konfessionen war damit jedoch nicht beendet. In den folgenden Jahrzehnten konnte die katholische Kirche viele Gebiete zurückgewinnen (Gegenreformation). Die konfessionelle Gegensätze verschärften sich; es kam zur Bildung von Religionsparteien, der protestantischen Union (1608) und der katholischen Liga (1609). Ein lokaler Konflikt in Böhmen löste den Dreißigjährigen Krieg aus, der sich im Laufe der Jahre zu einer europäischen Auseinandersetzung weitete, in der politische wie konfessionelle Gegensätze aufeinander prallten. Dabei wurden zwischen 1618 und 1648 weite Teile Deutschlands verwüstet und fast völlig entvölkert.

Seither hatte der deutsche König Anwartschaft auf die Kaiserwürde. Das Kaisertum war der Idee nach universal und verlieh seinem Träger die Herrschaft über das gesamte Abendland. Volle politische Wirklichkeit wurde diese Idee freilich niemals. Zur Kaiserkrönung durch den Papst musste sich der König nach Rom begeben. Damit begann die Italienpolitik der deutschen Könige. 300 Jahre lang konnte sie ihre Herrschaft in Ober- und Mittelitalien behaupten, wurden jedoch dadurch von wichtigen Aufgaben in Deutschland abgelenkt. So kam es schon unter den Nachfolgern Ottos zu schweren Rückschlägen.

Ein neuer Aufschwung trat unter der folgenden Dynastie der Salier auf. Mit Heinrich III. (1039-1056) stand das deutsche König- und Kaisertum auf dem Höhepunkt der Macht; vor allem behauptete es entschieden seinen Vorrang gegenüber dem Papsttum.

Heinrich IV. (1056-1106) konnte diese Stellung nicht halten. In der Auseinandersetzung um das Recht zur Bischofssetzung (Investiturstreit) siegte er zwar

Fragen:

1. Wann begann die deutsche Geschichte?
2. Wie wurde das deutsche Volk entstanden?
3. Wer wurde im Jahre 911 zum König gewählt?
4. Wie war der offizielle Titel des ersten deutschen Königs?
5. Womit ist verbunden der hohe Punkt der Macht?
6. Wer kam erstmal auf den Thron?
7. Wie wurde Reichstag gewählt?

Aufgaben:

1. Nennen Sie die Mittelstaaten. Sprechen Sie über ihre Geschichte.
2. Erzählen Sie vom Kampf zwischen den Konfessionen. Was wollten sie?

Wortklärung:

1. Kapitulation (f) – Vertrag über die Dienstverlängerung eines Soldaten; Vertrag, durch den sich ein Staat, eine Stadt oder eine Festung dem siegreichen Feind unterwirft.
2. Aufschwung (m) – Wechsel der Position an einem Gerät; eine Phase der Konjunktur, die dem unteren Wendepunkt folgt, aufsteigt; Entwickelt sich schnell und gut.

Die Revolution von 1848

Plan:

1. Die Nationalversammlung in der Paulskirche.
2. Die Zeit des großen Aufschwungs.
3. Der neuernannte Ministerpräsident
4. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers.

Stichwörter: Zsammentreffen, Reichsverwiser, die konstitutionelle Monarchie, erbliche Kaiserkrone, anbieten, Wiederherstellen , Aufschwung, auf die Kraftprobe eingehen, Genehmigung, aufgelöst sein, der Norddeutsche Bund, Der Reichstag, entlassen, Ausbruch, Kriegsziele.

Im Mai 1848 trat in der Frankfurter Paulskirche die Nationalversammlung zusammen. Sie wählte den österreichischen Erzherzog Johann zum Reichsverweser und setzte ein Reichsministerium ein, das allerdings keine Machtmittel besaß und keine Autorität gewann. Dann wurde eine demokratische Verfassung fertig gestellt. Es waren „großdeutschen „ und „kleindeutschen „.

Die Kleindeutsche Auffassung siegte und die Nationalversammlung bot, dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Die erbliche Kaiserkrone an. Der König lehnte ab; er wollte die Kaiserwürde nicht einer Revolution Verdankung

Im 1849 scheiterten in Sachsen, der Pfalz und Baden Volksaufstände, die die Durchsetzung der Verfassung „von unten“ erzwingen wollten. Damit war die Niederlage der deutschen Revolution besiegelt. 1850 wurde der Deutsch Bund wieder hergestellt.

Die Fünfzigerjahre waren eine Zeit großen wirtschaftlichen Aufschwungs. Deutschland wurde zum Industrieland. Es war zwar im Produktionsumfang noch weit hinter England zurück, überholte dieses aber im Wachstumstempo. Schrittmacher waren ohne Schwerindustrie und der Maschinenbau Preußen wurde auch wirtschaftlich zur Vormacht Deutschlands.

1861 entstandene Deutsche Fortschrittspartei wurde in Preußen die stärkste Partei im Parlament.

Der neuernannte Ministerpräsident Otto von Bismarck (1862) ging auf die Kraftprobe ein und regierte mehrere Jahrlang ohne die nach der Verfassung erforderliche Genehmigung des Haushalts durch das Parlament.

Seine innenpolitische prekäre Stellung konnte Bismarck durch außenpolitische Erfolge festigen.

Im Deutsch-Dänischen Krieg (1864) zwangen Preußen und Österreich die Dänen zur Abtretung Schleswig-Holsteins, das sie gemeinsam verwalteten.

Bismarck steuert den offenen Konflikt mit Österreich an. Im deutschen Krieg (1866) wurde Österreich geschlagen und musste die deutsche Szene verlassen. Der deutsche Bund wurde aufgelöst; an seine

Stelle trat der alle deutschen Staat nördlich des Mains umfassende Norddeutsche Bund mit Bismarck als Bundeskanzler.

Bismarck arbeitete auf die Vollendung der deutschen Einheit im kleindeutschen Sinne hin. Den Widerstand Frankreichs brach er im Deutsch-Französischen Krieg (1870/71), der durch einen diplomatischen Konflikt um die Thronfolge in Spanien ausgelöst wurde.

Frankreich sollte Elsass-Lothringen abtreten und eine hohe Reparationssumme zahlen. Die Süddeutschen Staaten schlossen sich mit dem Norddeutschen Bund zum Deutschen Reich zusammen. Im Versailles wurde am 18. Januar 1871 König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen. Die alte Einheit war nicht durch Volksbeschluss, „von unten“, zu Stande gekommen.

Der Reichstag wurde nach allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählt. Er hatte zwar keinen Einfluss auf die Regierungsbildung. Obgleich der Reichskanzler nur dem Kaiser und nicht dem Parlament verantwortlich war, musste er doch um seine Mehrheit für seine Politik im Reichstag bemühen. Die Entwicklung Deutschlands zu einem modernen Industrieland stärkte den Einfluss des wirtschaftlich erfolgreichen Bürgertums. Bismarck regierte 19 Jahre lang als Reichskanzler. Durch eine konsequente Friedens- und Bündnispolitik suchte er dem Reich eine gesicherte Stellung in dem neuen europäischen Kräfteverhältnis zu schaffen. Im Gegensatz zu dieser Außenpolitik stand seine Innenpolitik. Den demokratischen Tendenzen der Zeit stand er verständnislos gegenüber; politische Opposition galt ihm als „reichsfeindlich“. Erbittert, aber letztlich erfolglos bekämpfte er den linken Flügel des liberalen Bürgertums, den politischen Katholizismus und besonders die organisierte Arbeiterbewegung, die durch das „Sozialistengesetz“ zwölf Jahre lang (1878-1890) unter Ausnahmerecht gestellt war. Das mächtig anwachsende Arbeitervolk wurde so, trotz fortschrittlicher Sozialgesetze, dem Staat entfremdet. Bismarck fiel schließlich dem eigenen System zum Opfer, als er 1890 von dem jungen Kaiser Wilhelm II. entlassen wurde. Wilhelm II. wollte selbst regieren, doch fehlten ihm dazu Kenntnisse und Stetigkeit. Mehr durch Reden als durch Handlungen erweckte er den Eindruck eines friedensbedrohenden Gewaltherrschers. Unter ihm erfolgt der Übergang zur „Weltpolitik“.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914 führte zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die Frage nach der Schuld an diesem Krieg ist nach wie vor umstritten. Sicher haben ihn Deutschland und Österreich auf der einen, Frankreich, Russland und England auf der anderen Seite nicht bewusst gewollt, doch waren sie bereit, ein entsprechendes Risiko auf sich zu nehmen. Alle hatten von Anfang an fest umrissene Kriegsziele, für deren Verwirklichung eine militärische Auseinandersetzung zumindest nicht unwillkommen war. Der Kaiser trat seit Kriegsbeginn in den Hintergrund; die schwachen Reichskanzler mussten sich im Verlauf des Krieges immer stärker dem Druck der Obersten Heeresleitung mit Feldmarschall Paul von Hindenburg als

nomonellem Chef und General Erich Ludendorff als eigentlichem Kopf beugen. Der Kriegsantritt der USA 1917 brachte schließlich, die sich schon längst abzeichnende Entscheidung, an der auch die Revolution in Russland und der Friede im Osten nichts mehr zu ändern vermochten. Obwohl das Land völlig ausgeblutet war, bestand Ludendorff in Verknennung der Lage noch bis zum September 1918 auf einem „Siegfrieden“, verlangte dann aber überraschend den sofortigen Waffenstillstand. Mit dem militärischen Zusammenbruch ging der politische einher. Widerstandslos räumten Kaiser und Fürsten im November 1918 ihre Throne; keine Hand rührte sich zur Verteidigung der unglaublich gewordenen Monarchie.

Deutschland wurde Republik.

Die Macht fiel den Sozialdemokraten zu. Ihre Hauptaufgabe war darin den geordneten Übergang von der alten zur neuen Staatsform zu sichern.

Fragen:

1. Warum wurde der deutsche Bund wiederhergestellt?
2. Warum wurde der deutsche Bund aufgelöst und was trat an seine Stelle?
3. Welche Rolle spielt Otto von Bismarck in der Geschichte Deutschlands als Reichskanzler?
4. Was führte zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges?

Aufgaben

1. Erzählen Sie über den Deutsche- und Norddeutsche Bund, seine Rolle in der Geschichte.
2. Recherchieren Sie Materialien zu Otto von Bismarck, über innenpolitische präkere Stellung.
3. Sprechen Sie von Thron und Thronfolge.

Wortklärung

1. Thron – Punkt voller Sessel eines regierenden Fürsten für feierliche Anlässe; Sinnbild der Herrschenwürde, des Herrschers, der monarchischen Regierung.

Vorlesung V **Übergang von alten zur neuen Staatsform.**

Plan:

1. Die Nationalversammlung in Weimar
2. Hitler Reichskanzler und das Verbot aller Parteien
3. Der Niedergang Weimarer Republik.
4. Hitlers- außenpolitische Ziele.
5. Der zweite Weltkrieg und seine Folgen.

Stichwörter: *die Macht, zufallen, der geordnete Übergang, Staatsform, unangetastet bleiben, Anhänger, eine tiefe Skepsis entstellen lassen, die Wirren, Alleinherrschaft, verbieten, in die Emigration gehen, entfesseln, Kapitulation, vollziehen.*

Die Macht fiel den Sozialdemokraten zu Ihre Hauptaufgabe war den geordneten Übergang von der alten zur neuen Staatsform zu sichern. Das Privateigentum in Industrie und Landwirtschaft blieb unangetastet. Im Januar 1919 tagte die Nationversammlung in Weimar und sie beschloss eine neue

Reichsverfassung hatten drei republikanischen Parteien: Sozialdemokraten, Deutsche Demokratische Partei, und Zentrum - die Mehrheit. Die Weimarer war eine Republik ohne Republikaner. Sie war bekämpft von ihren Gegnern und nur halbherzig verteidigt von ihren Anhängern. Vor allem hatten die wirtschaftliche Not oder Nachkriegszeit und die drückenden Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles, den Deutschland 1919 unterschreiben musste, eine tiefe Skepsis gegenüber der Republik entstehen lassen. Eine wachsende innenpolitische Instabilität war die Folge. 1923 erreichten die Wirren der Nachkriegszeit ihren Höhepunkt. 1925/26 Jahren war für die Kunst und Wissenschaft eine kurze intensive Blütezeit. Der erste Reichspräsident des Sozialdemokraten Friedrich Ebert wurde gestorben und dann wurde 1925 der ehemalige Feldmarschal Hindenburg als Kandidat der Rechten zum Staatsoberhaupt gewählt. Er hielt sich zwar strikt an die Verfassung, fand aber nie ein inneres Verhältnis zum republikanischen Staat. Der Wiedergang der Weimarer Republik begann mit der Weltwirtschaftskrise 1929. Linker und rechter Radikalismus machten sich auch Arbeitslosigkeit und allgemeine Not zu Nutze. Im Reichstag fanden sich keine regierungsfähigen Mehrheiten mehr: die Kabinette waren abhängig von der Unterstützung des Reichspräsidenten. Die bisher bedeutungslose nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers gewann 1930 sprunghaft an Gewicht und wurde 1932 stärkste Partei. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler.

Hitler entledigte sich nach rasch Bundesgenossen, sicherte sich durch ein Ermächtigungsgesetz und verbot alle Parteien außer der eigenen. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen. Tausende verschwanden ohne Gerichtsverfahren in eilig errichteten Konzentrationslagern.

Als 1934 Hindenburg starb, vereinigte Hitler in seiner Person das Kanzler- und das Präsidentenamt. In den wenigen Jahren der weimarer Republik hatte das Verständnis für die freiheitlich – demokratische Ordnung bei der Mehrheit der Deutschen noch kleine tiefen Wurzeln geschlagen. Hitler gelang es, mit Arbeitbeschaffungs und Rüstungsprogrammen die Wirtschaft wieder zu beleben und die Arbeitslosigkeit schnell abzubauen. Dabei wurde er durch das Ende des der Weltwirtschaftskrieges begünstigt. 1938 wurde Österreich dem Reich einverleibt und gestatteten die Westmächte

Hitler die Annexion Sudetenlandes. Das alles erleichterte ihm die Verwirklichung seiner weiteren Ziele. Nach und nach wurden die Juden aller Menschen – und Bürgerrechte beraubt. Die Verfolgung politischer Gegner und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit trieben gleichfalls Tausende aus dem Lande. Viele der besten deutschen Intellektuellen, Künstler und Wissenschaftler gingen in die Emigration.

Doch Hitler wollte mehr. Er betrieb von Anfang an die Vorbereitung eines Krieges, denn er bereit war zu führen, um die Herrschaft über ganz Europa zu erringen. Dies stellte er bereits im März 1939 unter Beweis, als er seine Truppen in die Tschechoslowakei einmarschieren ließ.

Im März 1939 entfesselte er mit dem Angriff auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Zunächst besiegten die deutschen Armeen Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland: in der Sowjetunion drangen sie bis kurz vor Moskau vor. In den eroberten Ländern wurde ein hartes Besatzungsregime errichtet. 1942 begann das Regime „Endlösung“ der Judenfrage. Fast alle Juden wurden in Konzentrationslager gebracht und ermordet. Die Gesamtzahl der Opfer wird auf 6 Mill. geschätzt. Der Terror des Regimes und die militärischen Rückschläge stärkten den inneren Widerstand gegen Hitler.

Hitler überlebte ein Bombenattentat in seinem Hauptquartier und nahm blutige Rache. Der Krieg ging weiter. Unter riesigen Opfern setzte Hitler den Kampf fort, bis das ganze Reichsgebiet von den Alliierten besetzt war; am 30. April 1945 beging der Diktator Selbstmord.

Fragen:

1. Worin bestand die Hauptaufgabe der Sozialdemokraten?
2. Warum nennt man die Weimarer Republik eine Republik ohne Republikaner?
3. Worin bestand das Ziel A. Hitlers?
4. Was bedeutet „Entlösung“ der Judenfrage?

Aufgaben:

1. Sprechen Sie über die Sozialdemokraten und ihre Hauptaufgaben.
2. Erzählen Sie von Westmächte.

Worterklärung:

1. Skepsis (f) – Zweifel, Unglaubigkeit;
2. Reichstag (m) – Vertretung der Reichsstände zur Gesetzgebung; das machtlose Parlament des Reichs unter Hitler.

Vorlesung VI

Geschichte (von 1945 bis zur Gegenwart)

Plan

1. Die oberste Gewalt.
2. Auf der Konferenz von Jalta.
3. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland.
4. Die Errichtung des Sozialismus.
5. Der Eintritt der Bundesrepublik in die NATO.

Stichwörter: *Übernehmen, die oberste Gewalt, Aufteilung, Besatzungszone, Zuweisung, Handhabung, die Reparation, , ausschließen, manifestieren, Anschubhilfe, Vorangehen, durchsetzen, provisorieren, in Kraft treten.*

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Truppen am 8/9 Mai 1945 blieb die letzte Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz noch zwei Wochen im Amt. Dann wurde sie verhaftet.. Im Reichsgebiet übernahmen die Siegermächte – die USA , Großbritannien, die

Sowjetunion und Frankreich – am 5. Juni die oberste Gewalt. Ihr Kernziel war die totale Verfügungsgewalt über Deutschland. Grundlage dieser Politik bildete die Aufteilung des Landes in drei Besatzungszonen mit einer dreigeteilten Hauptstadt Berlin und einem gemeinsamen Kontrollrat der drei Oberbefehlshaber.

Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde Frankreich von der großen Drei in ihren Kreis als Vierte Kontrollmacht unter Zuweisung einer eigenen Besatzungszone aufgenommen.

Die Differenzen zwischen den Siegermächten vergrößerten sich immer mehr. Deshalb trat das ursprüngliche Ziel der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) – die Schaffung einer europäischen Nachkriegsordnung – bald in den Hintergrund: Einig war man sich nur in der Frage der Entnazifizierung, Entmilitarisierung, ökonomischen Dezentralisierung sowie der Erziehung der Deutschen zur Demokratie umstritten blieb. Die unterschiedlichen Entwicklungen in der sowjetischen besetzten und den westlichen besetzten Zonen Deutschlands sowie die Regelung der Reparationsfrage blieb eine einheitliche Behandlung praktisch ausschlossen.

Die Frage der Reparationen war besonders für die Sowjetunion, die durch den deutschen Überfall schwere Opfer erlitten hatte, von zentraler Bedeutung. Moskau forderte, dass Deutschland Gesamtereparationsleistungen – vor allem Demontagen und Entnahmen aus laufender Produktion – von 20 Milliarden Dollar, davon zehn für die UdSSR, erbringen sollte. Diese Regelung trug zur wirtschaftlichen Teilung Deutschlands bei. Tatsächlich hat die SBZ/DDR an die Sowjetunion auch westlichen Berechnungen insgesamt 14 Milliarden Dollar Reparationen und Besatzungskosten geleistet. Mit der Handhabung der Reparationen sowie mit der Anbindung der vier Zonen an unterschiedliche politische und wirtschaftliche Systeme wurde Deutschland zu dem Land, in dem sich nirgendwo in der Welt der kalte Krieg manifestierte.

In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1948 wurde jegliche Landverbindung zwischen den Westzonen und West Berlin gesperrt.

Bereits seit 1946 hatte Westdeutschland amerikanische Auslandshilfe erhalten. Aber erst mit dem Kampfprogramm gegen „Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos“ (Marshall-Plan) erhielt Westdeutschland die entscheidende Anschubhilfe von 1948 bis 1952 1,4 Mio. Dollar für seinen Wiederaufbau. Während in der sowjetischen besetzten Zone die Sozialisierung der Industrie voranging, setzte sich in Westdeutschland mit der Währungsreform zunehmend das Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ durch.

Das ausgearbeitete Verfassung wurde bewusst als „Grundgesetz“ bezeichnet, um den Profisorischen Charakter zu unterstreichen. Das Grundgesetz trat in Bonn am 23. Mai 1949 in Kraft. Im Juli 1951 erklärte Großbritannien, Frankreich und die USA den Kriegszustand mit Deutschland für beendet; die UdSSR folgte damit im Januar 1955. In der Sowjetischen Besatzungszone war am 7.

Oktober 1949 unter dem Namen „Deutsche Demokratische Republik“ ein eigener Staat proklamiert worden.

Seit 1952 begann – nun auch offiziell – die Errichtung des Sozialismus, parallel wurde die Grenze zur Bundesrepublik gesperrt. Als Ergebnis des Ost- West- Konflikts waren zwei Staaten im Deutschland entstanden.

Am 5. Mai 1955 trat die Bundesrepublik in die NATO ein. Parallel dazu betrieb man den gemeinsamen Ausbau der Europäischen Gemeinschaften. Beim NATO – Beitritt wurde zwischen der Bundesrepublik und der Westmächten der „Deutschland – Vertrag“ geschlossen.

Im Westen intensivierte sich die Zusammenarbeit zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft (EG , so bezeichnet seit 1967) aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EURATOM) und der Europäischen Wirtschafts-gemeinschaft (EWG; beide begründet durch die „Römischen Verträge“, 25. März 1957). Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel trotz panarabischen Protests war ein wichtiger Schritt deutscher Verständigungspolitik. Anfang 1967 nahm Bonn diplomatische Beziehungen zu Rumänien auf. Im Juni 1967 folgte die Errichtung von Handelsmissionen in Bonn und Prag.

Am 19. März 1970 trafen erstmals die Regierungschefs beider deutscher Staaten , Brandt und Stoph, in Erfurt zusammen. Die Begegnung fand am 21. Mai 1970 ihre Fortsetzung in Kassel. Im August 1970 konnte in Moskau der Vertrag über Gewaltverzicht und die Anerkennung des Status quo unterzeichnet werden. Beide Unterzeichner versicherten , keine Gebietsansprüche gegen „irgendjemand“ zu haben.

Am 7. Dezember desselben Jahres folgte die Unterzeichnung der bestehenden Grenze (Oder-Neiße-Linie) bekräftigt wurde. Warschau und Bonn versicherten, keine Gebietsansprüche gegeneinander zu haben, und bekundeten die Absicht, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu verbessern. In einer „Information“ über humanitäre Maßnahmen stimmte Warschau der Aussiedlung Deutscher aus Polen und ihrer Familienzusammenführung durch das Rote Kreuz zu.

Nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Brandt billigte der Bundestag am 17. Mai 1972 die Verträge mit der Sowjetunion und Polen. Die meisten Abgeordneten der CDU/ CSU enthielten sich der Stimme. Der Bundestag bekräftigte in einer „Interpretierenden EntschlieÙung“ zu den Verträgen, dass diese nicht im Widerspruch zur friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit stünden.

Ergänzt und abgerundet wurden die Ostverträge schließlich mit dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag, dem Gespräche und Verhandlungen seit Juni 1972 vorausgegangen waren. Nach Willy Brandts Wiederwahl zum Bundeskanzler am 14. Dezember 1972 war der Weg frei zur Vertragsunterzeichnung im Dezember desselben Jahres. In dem Vertrag schrieben die Partner den Verzicht auf die beiderseitige Androhung und Anwendung von Gewalt fest, ebenso

die Unverletzlichkeit der deutsch-deutschen Grenze sowie die Respektierung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit beider Staaten. Ferner bekräftigten sie die Bereitschaft zur Regelung praktischer und humanitärer Fragen. Auf Grund der besonderen Qualität ihrer Beziehungen wurde die Errichtung von „Vertretungen“ statt der üblichen Botschaften vereinbart. Das Bundesverfassungsgericht, von den Bayerischen Staatsregierung angerufen, bestätigte die Verfassungskonformität des Vertrages bei sachgerechter Interpretation: Die Bundesrepublik sei rechtlich identisch, territorial teildentisch mit dem rechtlich nicht untergegangenen „Deutschen Reich“; das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und die Vorbehaltsrechte der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes blieben durch den Vertrag unberührt. Die DDR könne nicht als Ausland, sondern nur als Innland gelten.

1973 wurde der Prager Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik unterzeichnet. Darin wurde das Münchener Abkommen von 1938 „nach Maßgabe dieses Vertrages“ als nicht erkannt. Die Unverletzlichkeit der Grenzen und der Gewaltverzicht gehören ebenfalls zu den Vereinbarungen.

Am 15. Januar 1990 demonstrierten in Leipzig 150.000 Menschen. Die Menschen in der DDR misstrauten ihrer neuen Regierung, die von Hans Modrow geführt wurde; der Sog des Westens verstärkte sich, die Destabilisierung der DDR nahm rapide zu.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 GG erfolgte am 3. Oktober 1990. Die – wieder neu geschaffenen – Länder der DDR, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, wurden Länder der Bundesrepublik Deutschland. Berlin wurde zur Hauptstadt bestimmt, und das Grundgesetz trat, mit gewissen Änderungen, für das Beitrittsgebiet in Kraft.

Die Einheit war möglich geworden, nachdem im Juli 1990 Gorbatschow bei seinen Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in Moskau und im Kaukasus seine Zustimmung zur Vereinigung beider deutscher Staaten gegeben hatte.

Fragen:

1. Worin bestand die Grundlage der Politik der Siegermächte?
2. Warum forderte Moskau Demontagen und Entnahmen?
3. Worauf wurde die neue wirtschaftliche Ausrichtung verhindert?
4. Wie wurde die Verfassung bezeichnet? Wann wurde sie in Kraft getreten?

Aufgaben:

1. Erzählen Sie von Deklaration über das befreite Europa.
2. Sprechen Sie über das Ziel der Potsdamer Konferenz.
3. Diskutieren Sie über Ost- West Konflikte.

Wortklärung:

1. Kapitulation (f) – Vertrag durch den sich ein Staat, eine Stadt, Festung dem siegreichen Feind unterwirft.
2. Demontage (f) – Abbau, Abbruch, besonders von Industrieanlagen.
3. Reperation (f) – dem besieigten auferlegte Geld-, Sach- oder Arbeitsleistungen als wieder Gutmachung von Kriegsschäden im feindlichen Staat.
4. Votum (n) – Abgabe der Stimme; Äußerung der Meinung; Gutachten; Urteil.

Vorlesung VI

Das Grundgesetz von Deutschland

Plan

1. Das Grundgesetz der Bundesrepublik 1969.
2. Die Grundrechte der Menschen.
3. Fünf Prinzipien der Staatsordnung
4. Die Verfassungsorgane.

Stichwörter: Die Verfassung, würdigen, Übergangszeit, prägen, Provisorium, aufgefordert bleiben, verkündet werden, Prämbel, Schlusssartikel, Entfaltung, unmittelbar, legitimiert sein, zulässig sein, abschließen, begnadigen, ernennen, entlassen, Ausschuss mitwirken bei + D, Gesetzgebung und Verwaltung, Bevollmächtigte, Befugniss, wahrnehmen, den Vorsitz führen.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 geschaffen, um den staatlichen Leben „für eine Übergangszeit“ eine neue, freiheitlich-demokratische Ordnung zu geben. Gedacht war das Grundgesetz nicht als entgültige Verfassung, sondern als Provisorium. Das deutsche Volk blieb aufgefordert. Organe der Verfassungsgebung waren 1948 die Landtage, die der Westzonen gebildeten Länder und der Parlamentarische Rat, der von den Landtagen gewählt wurde. Dieser Rat beschloss unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer das Grundgesetz, das nach der Annahme durch die Landtage am 23. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat verkündet wurde.

Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes wurde 1990 erfüllt. Auf der Grundlage des Einigungsvertrags, der den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik regelte, wurden Prämbel und Schlusssartikel des Grundgesetzes für das ganze Deutschland.

An erster Stelle der Verfassung steht der Grundrechtekatalog und der Verpflichtung des Staates, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Ergänzt wird diese Garantie durch das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Die Grundrechte befassen sich auch mit dem Schutz und der Garantie von sozialen Gemeinschaften wie Ehe, Familie, Kirche.

Fünf Prinzipien prägen die staatliche Ordnung des Grundgesetzes: Deutschland ist Republik und Demokratie, Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat.

Grundlage der demokratischen Staatsform ist das Prinzip der Volkssouveränität. Die Verfassung sagt, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Dabei hat sich das Grundgesetz für die mittelbare, die

repräsentative Demokratie entschieden. Das heißt: Die Staatsgewalt muss durch das Volk demokratisch legitimiert sein, sie wird aber außer bei Wahlen nicht unmittelbar durch Entscheidungen des Volkes ausgeübt.

Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland ist der Bundespräsident. Er wird von der Bundesversammlung gewählt, einem Verfassungsorgan, das nur zu diesem Zweck zusammentritt. Es besteht aus den Bundestagsabgeordneten sowie einer gleich großen Zahl von Delegierten, die von den Länderparlamenten gewählt wurden.

Gewählt wird der Bundespräsident mit der Mehrheit der Stimmen der Bundesversammlung für eine Amtszeit von fünf Jahren. Eine einmalige Wiederwahl ist zulässig.

Der Bundespräsident vertritt die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Bundes Verträge mit ausländischen Staaten ab; er beglaubigt und empfängt die Botschafter.

Der Bundespräsident ernennt und entlässt die Bundesrichter, die Bundesbeamten, die Offiziere und Unteroffiziere. Er kann Straftäter begnadigen.

Er schlägt dem Bundestag einen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vor und ernennt und entlässt auf Vorschlag des Kanzlers die Bundesminister und Bundesministerinnen.

Der Deutsche Bundestag ist die Volksvertretung der Bundesrepublik Deutschland. Er wird vom Volk auf vier Jahre gewählt. Die wichtigsten Aufgaben des Bundestages sind die Gesetzgebung, die Wahl des Bundeskanzlers und die Kontrolle der Regierung.

Das Plenum des Bundestages ist Forum der Großen parlamentarischen Auseinandersetzungen, vor allem, wenn dort entscheidende Fragen der Außen- und Innenpolitik diskutiert werden. In den Ausschüssen liegt auch der Schwerpunkt der parlamentarischen Kontrolle der Regierungstätigkeit.

Die Abgeordneten des deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Wer mindestens acht Jahre lang dem Parlament angehört hat, erhält nach Erreichen der Altersgrenze eine Pension.

Der Bundesrat, die Vertretung der 16 Länder, wirkt der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit. Im Gegensatz zum Senatsystem von Bundesstaaten wie den USA oder der Schweiz besteht der Bundesrat nicht aus gewählten Volksvertretern. Den Bundesrat bilden Mitglieder der Landesregierungen oder deren Bevollmächtigte. Je nach Einwohnerzahl haben die Länder drei, vier, fünf oder sechs Stimmen; sie können nur einheitlich abgegeben werden. Mehr als die Hälfte aller Gesetze benötigt die Zustimmung des Bundesrates. Im Bundesrat tritt das Landesinteresse immer wieder vor Parteiinteressen; die Abstimmungen können dann zu anderen Ergebnissen führen, als es die Mehrheitsverhältnisse der politischen Parteien erwarten lassen. Aus dem Kreis der Länder wählt der Bundesrat nach einem feststehenden Turnus für jeweils ein Jahr seinen Präsidenten. Der

Präsident des Bundesrates nimmt die Befugnisse des Bundespräsidenten wahr, wenn dieser verhindert ist.

Die Bundesregierung, das „Kabinett“ besteht aus dem Bundeskanzler, der innerhalb der Bundesregierung und gegenüber den Bundesministern eine selbständige, hervorgehobene Stellung einnimmt. Er führt im Bundeskabinett den Vorsitz. Ihm allein steht das Recht zur Kabinettsbildung zu: Er wählt die Minister aus und macht den für den Bundespräsidenten verbindlichen Vorschlag ihrer Ernennung oder Entlassung. Der Kanzler entscheidet außerdem über die Zahl der Minister und legt ihre Geschäftsbereiche fest. Einzelne Ministerien sind im Grundgesetz erwähnt; das Auswärtige Amt, die Bundesministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen und der Verteidigung. Die starke Stellung des Kanzlers beruht vor allem auf seiner Richtlinienkompetenz: Er bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik. Die Bundesminister leiten im Rahmen dieser Richtlinien ihren Geschäftsbereich selbständig und in eigener Verantwortung. Der Bundeskanzler ist das einzige vom Parlament gewählte Kabinettsmitglied, und er allein ist ihm verantwortlich.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes. Es wird nur auf Antrag tätig. Ein Katalog von Verfahrensarten schreibt vor, wann das Gericht angerufen werden kann. Jeder Bürger hat das Recht, eine Verfassungsbeschwerde einzulegen, wenn er sich durch den Staat in seinen Grundrechten verletzt fühlt. Zuvor muss er allerdings in der Regel die zuständigen Gerichte erfolglos angerufen haben.

Das Gericht entscheidet darüber hinaus um Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern oder zwischen einzelnen Bundesorganen. Nur dieses Gericht darf feststellen, ob eine Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet und deshalb verfassungswidrig ist; in diesem Fall ordnet es die Auflösung der Partei an. Es prüft Bundes- und Landesgesetze auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz; erklärt es ein Gesetz für nichtig.

Das Bundesverfassungsgericht hat bisher in über 127.000 Verfahren entschieden. Rund 122.000 davon betrafen Verfassungsbeschwerden, von denen aber nur rund 3100 erfolgreich waren (Stand: 31. Dezember 1999). Immer wieder wurden Fälle von hoher innen- und außenpolitischer Tragweite verhandelt, die in der Öffentlichkeit größtes Interesse fanden, zum Beispiel, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar ist, dass deutsche Soldaten an den Missionen der VN-Truppen teilnehmen. Bundesregierungen aller politischen Richtungen mussten sich dem Richterspruch aus Karlsruhe beugen. Gleichwohl hat das Gericht immer wieder betont, dass eine Arbeit zwar politische Wirkung habe, es aber kein politisches Organ sei. Maßstab sei allein das Grundgesetz, nach dem der verfassungsrechtliche Rahmen des politischen Entscheidungsspielraumes bestimmt wurde. Das Bundesverfassungsgericht besteht aus zwei Senaten mit je acht Richtern. Die Richter und Richterinnen werden je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; eine Wiederwahl ist nicht zulässig.

Am 10. Mai 1949 wurde die damals rund 100.000 Einwohner zählende rheinische Universitätsstadt Bonn vom Parlamentarischen Rat (gegen starke Konkurrenz, besonders von Frankfurt am Main) zur vorläufigen Bundeshauptstadt gewählt. Diese Entscheidung bestätigte der Bundestag am 3. November 1949, sprach sich aber gleichzeitig dafür aus, die Bundesorgane nach freien Wahlen in der DDR nach Berlin zu verlegen. Im Lauf der Zeit wurde Bonn indessen weltweit zum Synonym für die Bundesrepublik Deutschland und ihre demokratische Politik.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands beschloss der Deutsche Bundestag am 20. Juni 1991 mit 337 zu 320 Stimmen, Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin zu verlegen. Am 27. September 1996 hat auch der Bundesrat den Umzug nach Berlin beschlossen, der insgesamt im Sommer 1999 durchgeführt wurde. Bonn erhielt den Titel „Bundesstadt“; sechs Bundesministerien haben hier weiterhin ihren ersten Dienstsitz. Somit bleibt Bonn wichtige Verwaltungsstadt des Bundes und Sitz supranationaler und internationaler Institutionen. Mit Hilfe erheblicher Ausgleichszahlungen wird es darüber hinaus zu einem Zentrum für Wissenschaft und Kultur ausgebaut.

Die Parteien spielen eine maßgebliche Rolle bei der Gestaltung der Politik. In der modernen Demokratie haben miteinander konkurrierende politische Parteien konstitutive Bedeutung.

Im Grundgesetz wurde den Parteien ein eigener Artikel gewidmet. Im Bundestag der 17. Wahlperiode (2009) vertreten:

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/Die Grünen, Freie Demokratische Partei (FDP), Die Linke.

Die Länderparlamente werden in Bremen, Hamburg und Sachsen-Anhalt alle 4 j., in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen alle 5 J., neu gewählt.

Bei der Sitzverteilung wird der Stand der letzten Wahl angegeben. Es werden die Wahlergebnisse der Parteien genannt, die mindestens 1% der abgegebenen Stimmen erhalten haben.

Fragen:

1. Was wurde am 23. Mai 1949 proklamiert und ausgerufen?
2. Was stellt das Grundgesetz von 1990 dar?
3. Wer ist das Staatsoberhaupt der BRD und worin bestehen seine Aufgaben?
4. Welche Rolle spielt der Bundestag?
5. Was verkörpert der Bundesrat?
6. Wer nimmt eine gesonderte und übergeordnete Stellung in der Bundesregierung ein?
7. Wieviele Parteien gibt es in Deutschland und welche Rolle spielen sie?

8. Welche Staaten haben Senatsystem?

Aufgaben:

1. Nennen Sie den staatlichen Aufbau Deutschlands und vergleichen Sie mit Ihrer Heimat.
2. Nennen Sie die wichtigsten Aufgaben des Bundestages und vergleichen Sie mit entsprechendem Organ in Ihrer Heimat.
3. Sprechen Sie über die Stellung des Bundeskanzlers in Deutschland.
4. Erzählen Sie von den Annahmen der Verfassungen in Deutschland und Usbekistan.
5. Diskutieren Sie über die Parteien und ihrer Rolle in der Politik.

Worterklärung:

1. provisorisch – vorübergehend, vorläufig, behelfsmäßig
2. Präambel (f) – (feierliche) einleitende Erklärung zu einer Urkunde, einen Staatsvertrag
3. Senat (m) – (im alten Rom) oberste Regierungsbehörde; (in verschiedenen Staaten) eine Kammer des Präsidentes;
4. Entscheidungsgremium höherer deutscher Gerichte; Regierungsbehörde der Stadtstaaten (Länder) Berlin, Bremen und Hamburg.
5. Gremium (n) – Ausschuss, zu einem bestimmten Zweck gebildete Körperschaft.
6. Grundgesetz (n) – Statut, Gesetz, das die Grundlage aller übrigen Gesetze ist. 1-für die BRD vom 23. Mai 1949, Verfassung der BRD; entscheidendes, wichtigstes Gesetz.
7. Verfassung (f) – die Schriftlich fixierten Grundsätze über Form und Aufbau eines Staates sowie seine Rechte und Pflichten gegenüber seinen Bürgern und umgekehrt; auf Grund der Verfassung haben wir das Recht dazu.

Vorlesung VII

2.5. Wirtschaft von Deutschland.

Plan:

1. Die Volkswirtschaft.
2. Die wichtigsten Handelspartner.
3. Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Stichwörter:

Der wichtigste Markt, sich konzentrieren auf, der Außenhandel, der Exportvolumen, die Handelspartner, kontinuierlich, der Investor

Starker Wirtschaftsstandort im globalen Markt

Deutschland zählt zu den am höchsten entwickelten und leistungsfähigsten Industrienationen und ist nach den USA, Japan und China die viertgrößte Volkswirtschaft weltweit. Mit 82 Millionen Einwohnern ist Deutschland zudem der größte und wichtigste Markt in der Europäischen Union (EU). Die deutsche Volkswirtschaft konzentriert sich auf industriell hergestellte Güter und Dienstleistungen.

Vor allem die Produkte des deutschen Maschinenbaus, Kraftfahrzeuge und chemische Erzeugnisse werden international geschätzt. Rund jeder vierte Euro wird im Export verdient – mehr als jeder fünfte Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom Außenhandel ab. Mit einem Exportvolumen von 1121 Milliarden US-Dollar, rund einem Drittel des Bruttonationaleinkommens, war Deutschland 2009 nach China (1202 Milliarden US-Dollar) weltweit der zweitgrößte Exporteur von Gütern, nachdem das Land zwischen 2003 und 2008 sechs Mal in Folge „Exportweltmeister“ gewesen war. Deutschlands Anteil am gesamten Welthandel beträgt rund neun Prozent.

Aufgrund seiner hohen Exportausrichtung ist Deutschland wie kaum ein anderes Land mit der Weltwirtschaft verflochten und an offenen Märkten interessiert. Die wichtigsten Handelspartner sind Frankreich, die Niederlande, die USA und Großbritannien. Nach Frankreich sind 2009 Güter im Wert von 82 Milliarden Euro exportiert worden, in die USA und in die Niederlande im Wert von 54 Milliarden Euro und nach Großbritannien im Wert von 53 Milliarden Euro. Seit den Osterweiterungen der Europäischen Union (2004 und 2007) ist neben dem Handel mit den „alten“ EU-Staaten ein Aufschwung des Handelsvolumens mit den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern erkennbar. Gut zehn Prozent aller Exporte werden in diese Länder getätigt. Insgesamt liegt der Anteil des deutschen Exports in die Länder der Europäischen Union bei 63 Prozent.

Kontinuierlich wächst die Bedeutung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den asiatischen Schwellenländern. Asien ist mittlerweile der zweitwichtigste Absatzmarkt für Waren aus Deutschland. 2009 gingen 14 Prozent der deutschen Exporte in diese Region. Wichtigster Partner ist dabei China. Seit 1999 ist Deutschland zudem Chinas größter europäischer Investor. Rund 2500 deutsche Unternehmen sind dort mit Investitionen vertreten.

Das Bildungssystem Deutschlands

Plan:

1. Leitlinien der Bildungspolitik.
2. Kindergarten und Grundschule.
3. Haupt- und Realschule.
4. Berufliche Bildung.

Stichwörter: Das Grundgesetz, Chancengleichheit, Elternbeiträge, Kindergarten, Vorschule, Grundschule, Zeugnisse, Sekundarbereich I, II, erweiterte allgemeine Bildung, vertiefte allgemeine Bildung, die getrennten Schulformen, das duale System.

Das Grundgesetz Deutschlands gibt jedermann das Recht, seine Persönlichkeit frei zu entfalten und Schule, Ausbildungsstätte wie Beruf nach den jeweiligen Neigungen und Fähigkeiten frei zu wählen. Die Bildungspolitik verfolgt dabei das Ziel, jedem Einzelnen eine optimale Förderung und eine qualifizierte, seinen Interessen und Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu ermöglichen. Jedem soll sein Leben lang die Chance offen gehalten werden, sich persönlich, beruflich oder politisch zu

bilden. Zu den Leitlinien der Bildungspolitik gehört die Erziehung der jungen Menschen zu mündigen Bürgern, die zur Mitverantwortung in der Demokratie bereit sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Daher werden in Deutschland hohe Geldsummen in die Bildung investiert.

Nach Artikel 7 des Grundgesetzes steht das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates. Auf Grund des föderativen Aufbaus der BRD sind die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Für die Gesetzgebung und Verwaltung im Bildungswesen liegt der überwiegende Teil der Kompetenzen bei den Ländern. Dies gilt besonders für das Schulwesen, den Hochschulbereich und den Bereich der Erwachsenen Bildung und Weiterbildung.

Kindergarten und Grundschule

Etwa 80% aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren besuchen einen Kindergarten. Kindergärten werden von der örtlichen Gemeinde, der Kirche, aber auch von Privatpersonen unterhalten. Der Besuch eines Kindergartens ist freiwillig. Seit 1992 gibt es ein Gesetz, wonach jedem Kind von drei Jahren bis zum Schuleintritt ab 1996 ein Platz im Kindergarten garantiert werden. Dies entspricht aber noch nicht ganz der Wirklichkeit. Für den Besuch des Kindergartens werden Elternbeiträge erhoben, deren Höhe nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt ist. 1998 besuchten rund 78% aller Kinder zwischen drei und sieben Jahren einen Kindergarten oder Kinderkrippe.

Im letzten Jahr des Kindergartenbesuches werden die Kinder in einer Art Vorschule auf den Schulbesuch in der Grundschule vorbereitet. In der BRD besteht die allgemeine Schulpflicht, d.h., ab dem sechsten Lebensjahr müssen die Kinder die Grundschule besuchen. Um die Eignung festzustellen, werden ein Gesundheitstest und ein Schuleignungstest durchgeführt. Bestehen Bedenken gegen die Einschulung, so wird das Kind erst eine Jahr später eingeschult.

Die Grundschule umfasst im Allgemeinen vier Jahre, in Berlin und Brandenburg sechs Jahre. Dort werden die Kinder in den Fächern Deutsch, Mathematik, Sachkunde, Religion, Sport, Kunst und Musik unterrichtet.

Der Stundenplan der Kinder enthält 26-28 Wochenstunden. Eine Schulstunde dauert 45 Minuten. Die Schule beginnt frühmorgens um 7.30 oder 8.00 Uhr und dauert bis 12.30 oder 13.00 Uhr. Den Nachmittag haben die Schüler frei. In dieser Zeit müssen sie die aufgegebenen Hausaufgaben erledigen und sich auf die Klassenarbeiten vorbereiten, die ab der zweiten Klasse regelmässig stattfinden. Einige Grundschule haben am Nachmittag das zusätzliche Angebot für sportliche oder musikalische Aktivitäten.

Die Ergebnisse von Klassenarbeiten und die mündliche Mitarbeit entscheiden über die Noten in den einzelnen Fächern. Schüler ab der Klasse 2 erhalten zweimal im Jahr Zeugnisse: ein Halbjahrzeugnis und ein Jahresabschlusszeugnis.

In der BRD gibt es die Noten 1-6: 1=sehr gut, 2=gut, 3=befriedigend, 4=ausreichend, 5=mangelhaft, 6=ungenügend.

Nach der Grundschule können sich die Kinder –oder besser die Eltern zusammen mit den Lehrern –für eine von weiterführende Schulen entscheiden: die Hauptschule, die Realschule, das Gymnasium bzw. die Gesamtschule.

Etwa ein Fünftel aller Grundschüler besucht die Hauptschule. Von den verbleibenden Schülern entscheiden sich die meisten für Realschule und Gymnasium. Ein bisher nur kleiner Teil der Schüler besucht die Gesamtschule und bestimmte freie Schulen, wie z.B. Walddorfschulen.

In Deutschland gibt es Sekundarbereich 1 und 2.

Sekundarbereich 1 enthält die Sonderschule, die Hauptschule, die Realschule, die Gesamtschule und das Gymnasium.

Sekundarbereich 2 enthält die Berufsschule, die Fachoberschule, die Berufsoberschule und die gymnasiale Oberstufe.

Die Hauptschule Rund ein Fünftel der Kinder besucht im Anschluß an die Grundschule die Hauptschule. Sie dauert 5 bis 6 Jahre (je nach Bundesland). Die Hauptschule vermittelt ihren Schülern eine grundlegende allgemeine Bildung. Jeder Hauptschüler erhält Unterricht vor allem in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, einer Fremdsprache (meist Englisch) und in Arbeitslehre, um ihm den Weg in die Berufsausbildung zu erleichtern. Die Jugendlichen verlassen die Hauptschule mit ca. 15 Jahren und beginnen in der Regel eine Berufsausbildung, gleichzeitig müssen sie bis zum 18. Lebensjahr die Berufsschule besuchen. Sie haben ausserdem die Möglichkeit, ihre Schulausbildung an Realschule oder Gymnasium fortzusetzen, was auch einige tun, denn Schüler mit Hauptschuleabschluß haben nur noch wenige Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Sonderschule. Körperlich oder geistig behinderte Kinder werden in Sonderschulen aufgenommen, die auf ihre Schwächen abgestimmt sind, und die vorhandenen Fähigkeiten maximal zu fördern versuchen. Es gibt Schulen für die verschiedenen Behinderungsarten. Anderer Seits findet man in Deutschland Schulen mit ganz anderen pädagogischen Methoden und Strukturen als in herkömmlichen Schulen angewandten (Walddorfschulen, Montessorischulen).

Die Realschule. Die Realschule steht zwischen Hauptschule und Gymnasium und vermittelt ihren Schülern eine erweiterte allgemeine Bildung. Sie umfasst in der Regel sechs Jahre von der fünften bis zur zehnten Klasse und führt zu einem Mittleren Schulabschluss, der zum Eintritt in weiterführende schulische Bildungsgänge berechtigt, zum Beispiel spezielle Berufsfachschulen oder in die Fachoberschule.

Rund 40% aller Schulabgänger haben 1999 den Mittleren Schulabschluss erreicht.

Das Gymnasium Ein großer Teil der Grundschüler besucht nach dem 4. Schuljahr ein Gymnasium. Das in der Regel neunjährige Gymnasium vermittelt seinen Schülern eine vertiefte allgemeine

Bildung. Zunächst besuchen die Schüler das Gymnasium bis zur 10. Klasse. Danach entscheiden sie , ob sie bis zum Abitur drei weitere Jahre absolvieren oder mit der so genannten „mittleren Reife“ oder dem „mittleren Schulabschluss“ abgehen und z.B. eine mittlere Berufsaufbahn in Wirtschaft oder Verwaltung anstreben. Im Gymnasium müssen zwei Pflichtfremdsprachen erlernt werden. Die erste Fremdsprache ist meistens Englisch. Im 7. Schuljahr kommt entweder Latein oder Französisch als zweite Fremdsprache hinzu. Ab dem 9. Schuljahr können die Schüler wahlweise auch eine dritte Fremdsprache erlernen.

Die gymnasiale Oberstufe umfasst die Jahrgangsstufen 11-13; hier ersetzt ein Kurssystem die Klassenverbände. Innerhalb bestimmter Verpflichtungen für einzelne Fächer bzw. Fächergruppen hat der Schüler in der Oberstufe umfangreiche Möglichkeiten der individuellen Schwerpunktbildung auf Grund eines erweiterten Fächerangebots. Die Schulfächer sind jeweils einem Aufgabenfeld zugeordnet; es gibt das sprachlich-literarisch-künstlerische, das gesellschaftswissenschaftliche und das mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Aufgabenfeld. Jedes der drei Aufgabenfelder muss durchgänglich bis zum Abschluss der Oberstufe einschließlich der Abiturprüfung in der Schulaufbahn des Schülers vertreten sein. Der Pflichtbereich umfasst ausser den drei Aufgabenfeldern Religionslehre und Sport. Den Abschluss der gymnasialen Oberstufe bildet die Abiturprüfung, die in vier Fächern stattfindet. Mit der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfung wird das „Zeugnis der Allgemeinen Hochschulreife“ in der Regel nach 13 Schuljahren erworben. Es berechtigt zum Studium aller Fachrichtungen an den Hochschulen.

Da es viel mehr Abiturienten gibt als Studienplätze, wurde eine Aufnahmebeschränkung „Numerus clausus“ für viele Fächer eingeführt. Die Studenten müssen einen bestimmten Notendurchschnitt im Abiturzeugnis erreichen, um zum Studium für das betreffende Fach zugelassen zu werden.

Die Gesamtschule Die meisten Bundesländer haben dieses Schulsystem eingeführt. Es umfasst meist die drei bisher voneinander getrennten Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium). In dieser Schulart werden die Kinder in der Regel von der fünften bis zur zehnten Klasse unterrichtet. Einige Gesamtschulen haben eine eigene Oberstufe, die wie die gymnasiale Oberstufe gestaltet ist. Die drei Schulformen bilden in der Gesamtschule integrierter Form eine pädagogische und organisatorische Einheit. An der integrierten Gesamtschule wird der Unterricht in einem Teil der Fächer (Mathematik, erste Fremdsprache, Deutsch, Chemie/Physik) ab Klasse 7 nach Fächern unterschiedlich auf mindestens zwei Anspruchsebenen in Kursen erteilt. Das Niveau der Kurse richtet sich nach dem Abschluss, der am Ende der 9. oder 10. Klasse erlangt wird.

In einzelnen Ländern gibt es weitere Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Zu diesen Schularten gehören die „Regelschule“ (Thüringen), die „Mittelschule“ (Sachsen), die „Sekundarschule“ (Sachsen-Anhalt), die „integrierte Haupt- und Realschule“ (Hamburg), die „Regionale Schule“ (Rheinland-Pfalz) sowie im Saarland die „Erweiterte Realschule“.

Der zweite Bildungsweg bietet die Möglichkeit, schulische Abschlüsse nachzuholen. So bieten z.B. die Abendgymnasien und Realschulen befähigten Erwachsenen die Möglichkeit, sich neben ihrer Berufstätigkeit auf den Mittleren Schulabschluss bzw. Die Abiturprüfung vorzubereiten.

Berufliche Bildung In der BRD erlernen nach Beendigung der Schule einen staatlich anerkannten Ausbildungsberuf im dualen System. Diese Jugendlichen bezeichnet man als Auszubildende (früher Lehrling), in der Kurzform spricht man auch von „Azubi“.

Duales System der Ausbildung.

Die Ausbildungsberufe im dualen System werden nach dem Bedarf der Arbeitswelt in enger Zusammenarbeit von Bund, Ländern und den Sozialpartnern festgelegt. Je nach Beruf dauert die Ausbildung zwischen zwei und dreieinhalb Jahren.

Das duale System unterscheidet sich von der schulischen Ausbildung durch zwei charakteristische Merkmale:

- Lernen findet zu größtem Teil nicht in der Schule, sondern in den Produktionsstätten oder Dienstleistungsbetrieben der Wirtschaft, in einem Betrieb einer Praxis der freien Berufe statt. Der Auszubildende wird zeitweise für den Besuch einer Berufsschule freigestellt, ist also auch gleichzeitig Berufsschüler

- Die Ausbildung ist auf zwei Ausbildungsträger verteilt: Betrieb und Berufsschule. Für die Ausbildung im Betrieb gilt Bundesrecht: der schulische Bereich ist Ländersache.

Am stärksten gesucht sind Ausbildungsplätze in kaufmännischen Berufen. Angeboten werden aber derzeit mehr Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen Berufen. Die zehn am meisten gefragten Ausbildungsberufe sind: Kfz-Mechaniker, Elektroinstallateur, Berufe im Baugewerbe, Tischler, Maler und Lackierer, Gas- und Wasserinstallateur, Kaufmann im Groß- und Außenhandel Kaufmann im Einzelhandel, Verkäufer, Bankkaufmann

Alle schulentlassenen Jugendlichen in der BRD sollen eine möglichst qualifizierte Berufsausbildung erhalten. Der Zugang zur beruflichen Bildung ist für alle offen. Das duale System hat sich für die Qualifizierung des Fachkräftenachwuchses bewährt und wird weiterentwickelt. Dazu gehören besonders die Entwicklung neuer Ausbildungsberufe in neuen Beschäftigungsfeldern und die Modernisierung der Ausbildungsordnungen für bereits bestehende Berufe. Ein Problem stellt die Jugendarbeitslosigkeit dar: viele Jugendliche finden nach ihrer abgeschlossenen Berufsausbildung keinen Arbeitsplatz. Spezielle Förderprogramme sollen die Situation verbessern helfen.

Die Hochschulen In Deutschland gibt es rund 350 Hochschulen, darunter mehr als 90 Universitäten und 180 Fachhochschulen. Die Hochschulen nehmen ein weit gefächertes Aufgabenspektrum in Forschung, Lehre und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wahr.

Der Ausbau und Neubau der Hochschulen liegt nach der Verfassung in der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern. Hierdurch soll erreicht werden, dass die Hochschulen nach

Aufgabestellung, Fachrichtung, Zahl, Grösse und Standort ein zusammenhängendes System bilden, durch das ein ausreichendes und ausgeglichenes Angebot an Ausbildungs- und Forschungsplätzen gewährleistet ist. Nach dem die Phase der Erweiterung der Studienplatz- und Forschungskapazitäten in den westdeutschen Ländern heute weitgehend abgeschlossen ist, liegt der Schwerpunkt der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau heute auf der Modernisierung sowie der Erhaltung und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen. Hochschulreform 1998 wurde mit der vierten Novelle des Hochschulrahmengesetzes eine grundlegende Reform des Hochschulwesens eingeleitet. Wesentliche Bestandteile dieser Reform bilden unter anderen die Einführung einer leistungsorientierten Hochschulfinanzierung, einer Beurteilung von Forschung und Lehre, eines Leistungspunktsystems zur Sammlung und zum Transfer von Studien- und Prüfungsleistungen sowie die Verstärkung der Studienberatungspflicht der Hochschulen.

Die Hochschulen sind Einrichtungen der Länder. Die Hochschule hat das Recht zur Selbstverwaltung. Geleitet wird die Hochschule in der Regel von einem hauptamtlichen Rektor oder Präsidenten, der auf mehrere Jahre gewählt wird.

In der Selbstverwaltung gilt das Prinzip einer abgestuften Mitwirkung aller Hochschulmitglieder nach dem Modell der „Gruppenuniversität“.

Die immer noch grösste Säule des Hochschulwesens sind die Universitäten und ihnen gleichgestellte Hochschulen. Das Studium an diesen Hochschulen wird mit einer Diplom-, Magister- oder Staatsprüfung abgeschlossen; seit 1998 werden verstärkt auch Bachelor- und Masterabschlüsse angeboten.

Die Fachhochschulen als zweite Säule des deutschen Hochschulsystems vermitteln vor allem in den Bereichen Ingenieurwesen, Informatik, Wirtschaft, Sozialwesen, Design und Gesundheit eine praxisbezogene Ausbildung, die mit einer Diplomprüfung abschliesst; seit 1998 können auch Bachelor- und Masterstudiengänge eingerichtet werden.

Für fast alle Studiengänge gibt es Bundeseinheitliche Rahmenordnungen, auf deren Grundlage die örtlichen Studien- und Prüfungsordnungen erarbeitet und erlassen werden. Die Diplom- und Masterstudiengänge verlangen in der Regel Zwischenprüfung. Die Studierenden können bei vielen Studienfächern selbst entscheiden, welche Schwerpunkte und Lehrveranstaltungen sie wählen. Die Studierenden zahlen an den staatlichen Hochschulen grundsätzlich keine Studiengebühren.

Studierende haben Rechtsanspruch auf staatliche Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz „BaföG“, wenn ihnen die für den Lebensunterhalt und die Ausbildung notwendigen Mittel anderweitig, d.h. vorrangig aus dem Einkommen der Eltern, nicht zur Verfügung stehen.

Der gewaltige Andrang zu den Hochschulen hat trotz aller Ausbaumassnahmen dazu geführt, dass für einen Teil der Fächer bundesweite Zulassungsbeschränkungen (Numerus Clausus) eingeführt werden

mussten, da die Studienkapazität nicht ausreicht. In der Regel entscheiden die Durchschnittsnoten des Abiturzeugnisses und die Wartezeit über die Zulassung.

Heute noch verbringt ein Student an der Universität bis zum berufsqualifizierenden Abschluss durchschnittlich rund 12 Semester, also sechs Jahre, an der Fachhochschule knapp 10 Semester. Das ist im internationalen Vergleich zu lang. Zudem werden die Studienanfänger immer älter. Manche haben zum Beispiel vor dem Studium eine mehrjährige Lehre oder Wehr- bzw. Zivildienst absolviert.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst(DAAD).

Der 1925 gegründete DAAD als eine gemeinsame Einrichtung der deutschen Hochschulen hat die Aufgabe, die Hochschulbeziehungen mit dem Ausland vor allem durch den Austausch von Studierenden, Graduierten und Wissenschaftlern zu fördern. Seine Programme sind offen für alle Länder und alle Fachrichtungen und kommen Ausländern wie Deutschen zugute. 1999 wurden weltweit über 60 000 Personen gefördert. Zum Jahresende 1999 gehörten dem DAAD insgesamt 233 Hochschulen und 128 Studentenschaften an.

Die Aufgaben:

Vergabe von Stipendien an ausländische und deutsche Studierende, Praktikanten, jüngere Wissenschaftlern und Hochschullehrer zur Förderung sowohl der Aus- und Fortbildung im Hochschulbereich als auch von Forschungsarbeiten.

-Vermittlung und Förderung deutscher wissenschaftlicher Lehrkräfte aller Fachrichtungen zu Lang- und Kurzzeitdozenturen an ausländischen Hochschulen.

-Internationales Hochschulmarketing

-Betreuung der ehemaligen Stipendiaten, vor allem im Ausland, durch Wiedereinladung, durch Nachkontakt-Veranstaltungen und Publikationen, z.B. den „DAAD Letter-Hochschule und Ausland“

Das Goethe-Institut.

Das Goethe-Institut unterhält 128 Kulturinstitute in 76 Ländern sowie im palästinischen Autonomiegebiet und 15 Zweigstellen im Inland (Stand: Juni 2000). Seine Hauptaufgaben sind die Pflege der deutschen Sprache im Ausland und die Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit.

Die Erwachsenenbildung Weiterbildung im Sinne lebenslangen Lernens gewinnt immer größere Bedeutung. Diese Entwicklung gilt sowohl für die Allgemeine als auch für die berufliche Weiterbildung. Die Teilnahme an Lehrgängen, Kursen und Seminaren ist in Deutschland in den letzten Jahren gestiegen und erreichte 1997 den höchsten Stand seit Beginn der Erhebungen im Rahmen des „Berichtssystems Weiterbildung“ (BSW). Fast jeder zweite Erwachsene hat in diesem Jahr Angebote zur Weiterbildung genutzt.

In der BRD gibt es riesige Menge verschiedener Weiterbildungsträger und -organisationen.

Die Volkshochschulen sind Tages-Bildungsstätten. Sie konzentrieren sich auf die Weiterbildung und bieten ein umfassendes Grundangebot für die allgemeine und die berufsbezogene Weiterbildung aller interessierten Bürgerinnen und Bürger an.

Die Betriebe sind die wichtigsten Träger der beruflichen Weiterbildung.

Die privaten Institute bzw. kommerziellen Weiterbildungseinrichtungen sind besonders aktiv in den Bereichen berufliche Umschulung, Erwerb bzw. Erweiterung beruflicher Qualifikationen, EDV-Schulung, Erlernen von Fremdsprachen und Nachholen von Bildungsabschlüssen.

Die Hochschulen, Akademien und wissenschaftlichen Gesellschaften bemühen sich um die wissenschaftliche und fachspezifische Weiterbildung.

Die Kammern sowie die Verbände und Bildungswerke der Wirtschaft bieten die Möglichkeiten der beruflichen Anpassungs- und Aufstiegsfortbildung an und nehmen Prüfungen für anerkannte Abschlüsse ab.

Die Gewerkschaften konzentrieren sich auf die Befähigung zu aktiver politischer Mitwirkung und die betriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Sie tragen eine breitere politische und berufliche Weiterbildungsarbeit mit.

Von 215 privaten Fernlehrinstituten wurden Mitte 1999 in rund 1600 Fernlehrgängern zeit- und ortsunabhängige Weiterbildungsmöglichkeiten sowohl im allgemeinen wie im beruflichen Bereich angeboten.

Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung sowie die parteinahen Stiftungen: Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), Friedrich-Ebert-Stiftung (SDP), Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), Hanns-Seidel-Stiftung (CSU), Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) und Rosa-Luxemburg-Stiftung (PDS) bieten vielseitige Weiterbildungsveranstaltungen besonders zu aktuellen politischen Fragen und Grundproblemen des demokratischen Gemeinwesens an.

Bibliotheken, Museen, soziokulturellen Zentren, selbst organisierte Gruppen, Bürgerinitiativen, Buchhandlungen und weitere Einrichtungen versuchen außerhalb etablierter Weiterbildungsorganisationen spezifische Lernbedürfnisse zu befriedigen.

Von besonderer Bedeutung für die Erwachsenenbildung sind weiterhin :

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung e.V. ist eine Einrichtung der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Dienstleistung, Entwicklungsforschung, Vernetzung und internationale Aktivitäten sind die Eckpfeiler der Institutsarbeit. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) betreibt Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Weiterbildung und nimmt Dienstleistungs- und Beratungsfunktionen gegenüber der Bundesregierung und der Berufsbildungspraxis wahr.

Fragen:

1. Wie ermöglicht man in Deutschland eine Ausbildung?

2. Wie lange besuchen die Kinder den Kindergarten?
3. Umfassen die Grundschulen gleiche Dauer in allen Bundesländern?
4. Wie stellt man die Eignung der Kinder fest?
5. Was ist duales System? Welche charakteristische Merkmale hat das duale System?

Aufgaben:

1. Vergleichen Sie die Einschulung in Deutschland und in ihrer Heimat.
2. Beschreiben Sie die Noten in Deutschland und vergleichen Sie sie in den DACH-ländern.
3. Charakterisieren Sie Sekundarbereich I und II.
4. Sprechen Sie über den Unterschied der schulischen Ausbildung und dem dualen System.

Vorlesung IX REPUBLIK ÖSTERREICH.



Fläche: 83879 km²
Einwohner: 8.337000
Hauptstadt: Wien
Amtssprachen: Deutsch, Slowenisch (regional), Kroatisch (regional), Ungarisch (regional).
Währung: Euro
Staats-und Regierungsform – Parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik.
Parlament: Nationalrat, Bundesrat
Bundespräsident: Heinz Fischer, seit 8.7.2004

Plan:

1. Ein Bundesstaat in Mitteleuropa
2. Landschaften von Österreich
3. Die Berge, Seen, Flüsse, Klima von Österreich

Stichwörter *Bundesstaat, gebirgig sein, Großlandschaften, Flüsse entwässern, Tauwetter.*

Geographischer Überblick.

Die Republik Österreich ist ein Bundesstaat in Mitteleuropa mit der Staatsform einer demokratischen Republik. Das Land ist seit 1955 Mitglied in der UNO und seit 1995 in der Europäischen Union, wo es während des ersten Halbjahres 2006 die Ratspräsidentschaft innehatte. Es grenzt im Norden an

Deutschland und Tschechien, im Osten an die Slowakei und Ungarn, im Süden an Slowenien und Italien und im Westen an die Schweiz und Liechtenstein.

Etwa 60 Prozent des Landes sind gebirgig und haben Anteil an den Ostalpen (vor allem Tiroler Zentralalpen, Hohe Tauern und Niedere Tauern, Nördliche Kalkalpen, Südliche Kalkalpen und Wienerwald). In Ober- und Niederösterreich liegt, bereits nördlich der Donau, die Böhmisches Masse, ein altes Rumpfgebirge, das auch nach Tschechien und Bayern hinüberreicht, und an der Ostgrenze die Kleinen Karpaten.

Die fünf Großlandschaften Österreichs:

Die Ostalpen (52.600 km², 62,8 % der Staatsfläche), Das Alpen- und Karpatenvorlandes (9.500 km², 12,3 %), Die Randgebiete des Pannonischen Tieflands (9.500 km², 12,3 %), Granit- und Gneisplateau, das Mittelgebirgslandes der Böhmisches Masse (8.500 km², 10,1 %), Das Wiener Becken (3.700 km², 4,4 %).

Von der Gesamtfläche Österreichs (rd. 84.000 km²) entfällt etwa ein Viertel auf Tief- und Hügelländer. Nur 32 % liegen tiefer als 500 m.

Die sieben höchsten Berge Österreichs sind:

	Name	Höhe	Gebirge
1	Großglockner	3.798 m	Hohe Tauern
2	Wildspitze	3.768 m	Ötztaler Alpen
3	Weißkugel	3.739 m	Ötztaler Alpen
4	Großvenediger	3.674 m	Hohe Tauern
5	Hinterer Brochkogel	3.628 m	Ötztaler Alpen
6	Hintere Schwärze	3.624 m	Ötztaler Alpen
7	Similaun	3.606 m	Ötztaler Alpen

Die großen Ebenen liegen im Osten entlang der Donau, vor allem das Alpenvorland und das Wiener Becken mit dem Marchfeld, sowie in der südlichen Steiermark, die wegen ihrer Ähnlichkeit mit der Toskana auch oftmals Steirische Toskana genannt wird.

Der größte See ist der Neusiedler See im Burgenland, der mit ca. 77 % seiner Gesamtfläche von 315 km² in Österreich liegt, gefolgt vom Attersee mit 46 km² und dem Traunsee mit 24 km² in Oberösterreich. Auch der große Bodensee mit seinen 536 km² im Dreiländereck mit Deutschland (Freistaat Bayern und Land Baden-Württemberg) und der Schweiz liegt zu einem kleinen Anteil auf österreichischem Staatsgebiet. Allerdings sind die Staatsgrenzen innerhalb des Bodensees nicht genau bestimmt.

Für den Sommertourismus in Österreich haben die Seen neben den Bergen die größte Bedeutung, insbesondere die Kärntner Seen und jene des Salzkammerguts. Die Bekanntesten davon sind der

Wörthersee, der Millstätter See, der Ossiacher See und der Weißensee. Weitere bekannte Seen sind der Mondsee und Wolfgangsee an der Grenze von Salzburg und Oberösterreich.

Der größte Teil Österreichs wird über die Donau zum Schwarzen Meer entwässert, nur kleine Gebiete über Rhein oder Elbe zur Nordsee. Große Nebenflüsse der Donau sind (von Westen nach Osten):

Lech und Inn (entwässern Tirol) mit Salzach (entwässert Salzburg, sowie den Lungau und Teile des Pongaus).

Der Rhein entwässert die größten Teile Vorarlbergs entwässert, durchfließt den Bodensee und weiter in die Nordsee mündet.

Die Ager, Traun, Enns, Ybbs, Erlauf, Traisen, Wien, und Fischa entwässern die südlich der Donau gelegenen Gebiete von Oberösterreich und Niederösterreich sowie Wiens.

Die Große und Kleine Mühl, Rodl und Aist, der Kamp, Göllersbach und Rußbach, sowie die March an der Ostgrenze entwässern die nördlich der Donau gelegenen Gebiete von Oberösterreich und Niederösterreich

Die Mur entwässert den Salzburger Lungau, die Steiermark und mündet in Kroatien in die Drau, die wiederum Kärnten und Osttirol entwässert. Die Drau mündet in Kroatien in die Donau.

Das Klima wird vom Westen nach Osten immer trockener (In Wien sind die Niederschläge nur noch halb so hoch wie in Salzburg) und erreicht in den östlichen und südöstlichen Landesteilen das pannonische Kontinentalklima, das teilweise im südlichen Seengebiet mediterran beeinflusst wird. Die schneereichen Winter bringen dem Tourismus eine zweite Saison. Die Sonnenscheindauer ist etwa um 10 bis 20 Prozent länger als beispielsweise in Norddeutschland.

Die niederschlagsreichsten Gegenden sind das gesamte Alpenvorland sowie das Tiroler Unterland, das Außerfern und der Bregenzer Wald. Dort fallen bis zu 3.000 mm Regen pro Jahr (Durchschnitt 900 mm). In diesen Regionen kann es auch sehr oft zu Überschwemmungen kommen.

Österreichs Klima ist im Wesentlichen von zwei großen Faktoren abhängig: dem Einfluss des kontinentalen Klimas aus dem Osten (Pannonisches Klima) und jenem des ozeanischen Klimas aus dem Westen. Gemäß den Eigenheiten dieser Klimatypen ist der Osten Österreichs von kalten Wintern und heißen Sommern geprägt und es fällt ganzjährig nur mäßig Niederschlag. Der Westen des Landes unterliegt in der Regel weniger strengen Gegebenheiten, die Winter sind meist milder und die Sommer eher warm. Hier liegen auch die niederschlagsreichsten Gegenden. Es ist allerdings schwer, Österreich in diese zwei Klimazonen zu trennen und sie klar voneinander abzugrenzen, denn die Lage des Landes im Herzen Europas erlaubt weder dem einen noch dem anderen Extrem Fuß zu fassen. Erschwerend kommen geographisch bedingte Gegebenheiten hinzu: Die Winter wirken im Zentrum und im Westen Österreichs strenger als im Osten weil sich hier die Alpen erstrecken und weite Teile des Landes höher liegen als in den Ebenen des Ostens. Weitere Unsicherheitsfaktoren sind gelegentliche Nord- und Südeinflüsse, die einerseits polare Kälte, andererseits Saharastaub bringen können. Es ist demnach

angebracht, Österreich in die Zone des mitteleuropäischen Übergangsklimas einzuordnen, mit Rücksicht auf die Alpen im Zentrum und Westen und das Flachland im Osten.

Die unbeständigeren Jahreszeiten sind Frühling und Herbst, in denen von Schneefall bis großer Wärme alles möglich ist. Der Sommer ist die wärmste Jahreszeit und auch die niederschlagsreichste. Die Tagestemperaturen steigen im Juli und August nicht selten auf und über 30°C, die Luftfeuchtigkeit ist aber meist sehr hoch, was oft zur Bildung von Quellwolken und anschließenden Gewittern führt. Wenn ein stabiles Hoch aus dem Osten wirkt (Idealfall „Omega-Hoch“ in der Form des letzten Buchstabens des griechischen Alphabets) kann man mit langem, ungetrübtem Sonnenschein und bis zu 2 Wochen andauernder Hitze rechnen. Im Fall eines Westwettereinbruchs ist es zwar mild (20-25°C) aber oft regnerisch. Der Winter ist die kälteste und trockenste Zeit des Jahres und durch Schnee und Frost geprägt. Während die alpinen Regionen als „Schneelöcher“ bekannt und gefürchtet sind, fällt die weiße Pracht im Osten oft nur sehr spärlich. Im Winter kann der gleiche Fall wie im Sommer eintreten: ein Osthoch verspricht Sonnenschein und klirrende Kälte (bis -20°C), Westwetter bringt dagegen Niederschlag und gelegentlich **Tauwetter**.

Tiefste in Österreich gemessene Temperatur: Zwettl (NÖ), -36,6°C (11. Februar 1929)

Höchste in Österreich gemessene Temperatur: Dellach im Drautal (K), + 39,7°C (27. Juli 1983)

Die Heizperiode reicht von Mitte Oktober bis Mitte April und verursacht einen hohen Energieverbrauch.

In den letzten Jahren war Österreich, wie auch die Nachbarländer, häufig Opfer von Wetterkapriolen, die von vielen Experten auf eine Klimaerwärmung zurückgeführt werden (die Durchschnittstemperaturen werden beständig nach oben korrigiert). Durch heftige Regenfälle gab es mehrmals verheerende Überschwemmungen und Vermurungen, die auch Todesopfer forderten. Gelegentlich kam es zu orkanartigen Stürmen und gewaltigen Schneefällen, die dazu führten, dass viele Orte von der Außenwelt abgeschnitten wurden und vermehrt Lawinen abgingen. Aber auch Dürre plagte das Land manchmal in den letzten Jahren. Dennoch kann man sagen, dass das Klima, im Vergleich zu anderen Ländern, gemäßigt ist und Naturkatastrophen kaum statt finden.

Fragen:

1. Wo liegt Österreich?
2. Welche Staatsform hat Österreich?
3. Welche Landschaften gibt es in Österreich?
4. Wie heißt der größte See?
5. Worüber wird der größte Teil Österreichs entwässert?
6. Was ist charakteristisch für Österreichs Klima?

Aufgaben:

1. Beschreiben Sie die Großlandschaften Österreichs und zeigen Sie sie an der Karte.

2. Sprechen Sie über die größte Bedeutung der Bergen und Seen für den Sommertourismus.
3. Vergleichen Sie das Klima in Österreich und in Usbekistan.

Wortekklärung:

1. Tauwetter (n) – milde Witterung, bei der Schnee und Eis tauen.
2. Dürre (f) – große Trockenheit.

Die österreichischen Bundesländer

Plan:

1. Bundesländer
2. Metropolregion
3. Sprache
4. Zuwanderung
5. Prognose, Religion

Stichwörter: *Bundesländer, Metropolregion, Ballungsräume, Bevölkerungserwartung, Amts-, Muttersprache, Zuwanderung, Asylgesetze*

Die österreichischen Bundesländer: B - Burgenland, K - Kärnten, NÖ - Niederösterreich, OÖ - Oberösterreich, S - Salzburg, St - Steiermark, T - Tirol, V - Vorarlberg, W - Wien.

Die neun österreichischen Bundesländer sind in 84 Bezirke und 15 Statutarstädte aufgeteilt. Die Bezirke wiederum teilen sich in Gemeinden auf.

Burgenland:

Fläche	3965 km ²
Einwohner	275 282
Landeshaupsstadt	Eisenstadt 158
Amtsperiode	2010-15

Landeshauptmann:	Hans Niessl
Parlament	Landtag mit 36 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Mag. Franz Steindl (ÖVP)

Kärnten:

Fläche	9533 km ²
Einwohner	562 814
Landeshaupsstadt	Klagenfurt
Landeshauptmann:	Gerhard Dörfler (BZÖ)
Parlament	Landtag mit 36 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Dipl.-Ing. Uwe Scheuch (BZÖ) Dr. Peter Kaiser (SPÖ)

Niederösterreich:

Fläche	19 173 km ²
Einwohner	1, 52 Mio
Landeshaupsstadt	Pönten
Landeshauptmann:	Dr. Erwin Pröll (ÖVP)
Parlament	Landtag mit 56 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Mag. Wolfgang Sobotka (ÖVP); Dr. Josef Leitner (SPÖ)
Landesräte:	Dr. Petra Bohuslav (ÖVP); Mag. Johanna

	Mikl-Leitner (ÖVP); Dr. Stephan Pernkopf (ÖVP); Barbara Rosenkranz (FPÖ); Mag. Karin Scheele (SPÖ)
Fläche	Oberösterreich 11 979 km ²
Einwohner	1.38 Mio
Landeshauptstadt	Linz
Landeshauptmann:	Dr. Josef Pühringer (ÖVP)
Parlament	Landtag mit 56 für sechs Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Josef Ackerl (SPÖ); Franz Hiesl (ÖVP)
Landesräte:	Rudolf Anschöber (Grüne); Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ); Mag. Doris Hummer (ÖVP); Dr. Hermann Kepplinger (SPÖ); Viktor Sigl (ÖVP); Dr. Josef Stockinger (ÖVP)
Fläche	Salzburg 7154 km ²
Einwohner	509 409
Landeshauptstadt	Salzburg
Landeshauptfrau:	Mag. Gabi Burgstaller (SPÖ)
Parlament	Landtag mit 36 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Dr. Wilfried Haslauer (ÖVP); Mag. David Brenner (SPÖ)
Landesräte:	Walter Blachfellner (SPÖ); Doraja Elberle (ÖVP); Josef Eisl (ÖVP); Erika Scharer (SPÖ)
Fläche	Steiermark 16 387 km ²
Einwohner	1,2 Mio
Landeshauptstadt	Graz
Landeshauptmann:	Mag. Franz Voves (SPÖ)
Parlament	Landtag mit 56 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Hermann Schützenhöfer (ÖVP); Siegfried Schrittwieser (SPÖ)
Landesräte:	Dr. Christian Buchmann (ÖVP); Mag. Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP); Mag. Elisabeth Grossmann (SPÖ); Johann Seitinger (ÖVP); Dr. Bettina Vollath (SPÖ); Ing. Manfred Wegscheider (SPÖ)
Fläche	Tirol 12 648 km ²
Einwohner	660 228
Landeshauptstadt	Innsbruck
Landeshauptmann:	Günther Platter (ÖVP)
Parlament	Landtag mit 36 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Stellvertreter:	Anton Steixner (ÖVP); Hannes Gschwentner

Landesräte:	(SPÖ) Dr. Beate Palfrader (ÖVP); Gerhard Reheis (SPÖ); Christian Switak (ÖVP); Patrizia Zoller-Frischauf (ÖVP)
	Vorarlberg
Fläche	2601 km ²
Einwohner	344 048
Landeshauptstadt	Bregenz
Landeshauptmann:	Dr. Herbert Sausgruber (ÖVP)
Parlament	Landtag mit 36 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten
Landesstatthalter:	Mag. Markus Wallner (ÖVP)
Landesräte:	Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann (ÖVP); Mag. Karlheinz Rüdiss (ÖVP); Dr. Greti Schmid (ÖVP); Ing. Erich Schwärzler (ÖVP); Mag. Seigmund Stemer (ÖVP)
	Wien
Fläche	415 km ²
Einwohner	1.6 Mio
Landeshauptstadt	
Landeshauptmann und Bürgermeister:	Dr. Michael Häupl (SPÖ)
Vizebürgermeister:	Mag. Renate Brauner (SPÖ); Dr. Ludwig Michael (SPÖ)
Stadträte mit Ressort	Sandra Frauenberger (SPÖ); Dr. Andreas Mailath-Pokorny (SPÖ); Christian Oxonitsch (SPÖ); Dipl.-Ing. Rudolf Schicker (SPÖ); Mag. Ulli Sima (SPÖ); Mag. Sonja Wehsely (SPÖ)
Stadträte ohne Ressort	David Ellensohn (Grüne); Johann Herzog (FPÖ); Ing. Isabella Leeb (ÖVP); Dr. Monika Vana (Grüne); MAS Norbert Walter (ÖVP)
Parlament	Landtag mit 100 für fünf Jahre gewählten Abgeordneten

Städte von Österreich.

Das mit Abstand größte Siedlungsgebiet in Österreich ist die Metropolregion Wien mit einer Einwohnerzahl von 2.067.652 (Stand 1. Januar 2005). Damit konzentriert sich ein Viertel der Bevölkerung des Landes in der Hauptstadtregion. In Österreich besitzen rund 200 Gemeinden das Stadtrecht. Ein großes Problem, vor allem in wirtschaftlich schwachen Gegenden, ist die Abwanderung (Landflucht) der ländlichen Bevölkerung in die städtischen Ballungsräume.

Lebenserwartung

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Österreich beträgt zur Zeit (2005) bei den Frauen 82,1 Jahre und bei den Männern 76,4 Jahre (im Vergleich 1971: 75,7 Frauen und 73,3 Männer). Die Kindersterblichkeit beträgt 0,45 %. siehe auch: Österreichisches Gesundheitssystem

Deutsch ist Amts- und Muttersprache von etwa 98 % der österreichischen Bevölkerung. Die deutsche Sprache wird vielfach in Form eines der vielen oberdeutschen Dialekte gesprochen, die zu den Mundartfamilien des Alemannischen (gesprochen in Vorarlberg sowie dem Tiroler Außerfern) und Bairischen (gesprochen in allen anderen Bundesländern – siehe Sprachgebrauch in Österreich) gehören. Sieben Millionen Österreicher sprechen einen mittel- oder südbairischen Dialekt.

Daneben werden slawische und andere Sprachen von autochthonen Minderheiten gesprochen. Die alteingesessenen burgenlandkroatischen, slowenischen und ungarischen Bevölkerungsanteile in Österreich haben einen Anspruch auf muttersprachlichen Schulunterricht und Behördenverkehr. Burgenlandkroatisch und Slowenisch sind zusätzliche Amtssprachen in jenen Verwaltungs- und Gerichtsbezirken der Steiermark, des Burgenlandes und Kärntens mit kroatischer oder slowenischer, bzw. gemischter Bevölkerung. Weiters ist in den Gemeinden Oberpullendorf, Oberwart, Rotenturm und Unterwart Ungarisch neben Deutsch gleichberechtigte Amtssprache.

Auch die alteingesessene Roma-Bevölkerung hat ihre eigene Sprache.

Außerdem leben 35.000 Jenische in Österreich, wovon gerade noch 3.500 ein fahrendes Leben führen. Sie wurden in den 1960er Jahren im Burgenland, im Mühlviertel, im Waldviertel, auf dem Hausruck, im Toten Gebirge, in den Seetaler Alpen und Fischbacher Alpen angesiedelt.

Das Land beherbergt Menschen aus vielen anderen Ländern, die aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen ins Land gekommen sind. Diese Zuwanderer oder vorübergehend im Land lebenden Menschen stammen vornehmlich aus Russland, dem ehemaligen Jugoslawien (v.a. Serbien und Montenegro), Deutschland, Georgien, dem asiatischen Raum (Indien, Türkei, Afghanistan, Pakistan, China u.a.), aber auch aus anderen Weltregionen; Deren Anteil an der einheimischen Bevölkerung beträgt etwa 12,5 % (Anfang 2005). Bereits in den 1960er und 1970er Jahren wurden viele damals noch als Fremdarbeiter wegen des herrschenden Arbeitskräftemangels von den Unternehmen direkt in den Herkunftsländern angeworben um in Österreich zu arbeiten. Viele dieser Familien leben mittlerweile in der zweiten oder dritten Generation im Land.

Ungefähr die Hälfte aller Menschen mit Migrationshintergrund bzw. deren Nachkommen lebt im Großraum Wien, wo etwa ein Viertel der gesamten Bevölkerung Österreichs ansässig ist. Der Rest verteilt sich vorwiegend auf die übrigen Ballungszentren, in denen ihr Anteil zwischen 10 % und 20 % ausmacht. In einigen ländlichen Regionen liegt der Anteil der Migranten und Migrantinnen zwischen 0 und 5 %. In den vergangenen Jahren wurde pro Jahr an etwa 30.000 - 40.000 Menschen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen.

Die mit 1. Januar 2006 in Österreich in Kraft tretende Novelle neuer Asylgesetze bringt einerseits eine Festlegung der gängigen Praxis und andererseits eine massive Verschärfung nicht nur für künftige EinwanderInnen, sondern betrifft auch schon lange in Österreich lebende Menschen. Eine

Antragstellung auf einen Aufenthaltstitel (Aufenthalts- bzw. Niederlassungsbewilligung) ist nur mehr bei legaler Einreise möglich - oder über eine Ausreise und Antragstellung aus dem Ausland.

Abschiebehaft wird zukünftig länger dauern - statt wie bisher sechs, nun bis zu zehn Monaten - und ist während eines laufenden Asylverfahrens jederzeit anwendbar. Dies eröffnet den Beamten sehr viele Möglichkeiten. Allein der Verdacht, eine Person sei über einen sicheren Drittstaat bzw. Dublinstaat eingereist, reicht zur Verhängung von Abschiebe. Es werden in Zukunft wohl mehr Menschen in Abschiebe genommen werden, und auch die Bedingungen werden verschärft, was sich vor allem an der geplanten Anwendung von Zwangsernährung für Hungerstreikende zeigt.

So können nach dem neuen Fremden-gesetz wieder Menschen abgeschoben werden, die als Kinder von MigrantInnen in Österreich geboren und zu einer mindestens zweijährigen Haftstrafe verurteilt wurden. Hier tritt die Bedeutung des Geburtsortes zurück, um dem Prinzip des "ius sanguinis" Platz zu machen, nach dem die StaatsbürgerInnen-schaft einer Person an die ihrer Eltern gekoppelt wird. Die Aufnahme und Unterstützung illegalisierter Menschen wird mit bis zu einem halben Jahr Gefängnis geahndet. In jedem Fall mit einer Haftstrafe - und die kann bis zu zehn Jahre dauern - zu rechnen hat jemand, der/die Fluchthilfe gewährt.

Von den drei möglichen Arten von Arbeitsbewilligungen können AsylwerberInnen ab 1.1.2006 nur die maximal ein Jahr gültige Beschäftigungsbewilligung erhalten. Sie muss jedes Jahr neu vom Arbeitgeber beantragt werden und ist nur für dieses eine Unternehmen gültig. Auch Asylwerber, die jetzt bereits einen Befreiungsschein oder eine Arbeitserlaubnis besitzen, können diese nicht mehr verlängern. Nach Ablauf der Gültigkeit muss das Unternehmen um Ausstellung einer Beschäftigungsbewilligung ansuchen, will sie den Asylwerber oder die Asylwerberin weiter beschäftigen.

Insgesamt bedeutet die Gesetzesnovelle eine verstärkte Illegalisierung. So wird es bei der Ablehnung eines Asylantrages keine Möglichkeit zur Legalisierung mehr geben. Denn auch das Recht auf Familienleben von EU-StaatsbürgerInnen mit Nicht-EU-BürgerInnen wird massiv eingeschränkt.

Laut Prognosen der Statistik Austria, dem statistischen Amt der Republik Österreich, halten sich Geburten und Sterbefälle in Österreich noch für etwa 20 Jahre die Waage, danach werden die Geburten- voraussichtlich unter den Sterbezahlen liegen, was zu einem höheren Altersdurchschnitt führen wird. Durch Zuwanderung kann die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 auf rund 9 Millionen anwachsen und das Geburtendefizit teilweise ausgeglichen werden. Nur in Wien, als einzigem der neun Bundesländer, wird der Altersdurchschnitt niedriger und das Bevölkerungswachstum höher als im Bundesdurchschnitt sein; bis 2050 kann Wien demnach wieder zur Zweimillionenstadt werden. Als Grund führt Statistik Austria an, dass die Geburtenraten höher liegen und rund 40% der Immigration nach Österreich auf die Bundeshauptstadt entfallen.

73,6 % der Bevölkerung gehören der römisch-katholischen Kirche und 4,7 % einer der evangelischen Kirchen (Protestantismus; überwiegend Augsburgischer Bekenntnis, seltener Helvetisches Bekenntnis: Evangelische Kirche A.B. bzw. H.B.) an. Etwa 180.000 Christen und Christinnen sind Mitglieder orthodoxer Kirchen. Zum jüdischen Glauben bekennen sich etwa 8.140 Menschen (Stand: Volkszählung 2001); nach Angaben der Israelitischen Kultusgemeinde Wien sind es sogar 15.000. Rund 338.998 Personen gehören verschiedenen muslimischen Glaubensrichtungen an. Zum Buddhismus, der in Österreich 1983 als Religionsgemeinschaft anerkannt wurde, bekennen sich etwas über 10.000 Menschen. 20.000 Personen sind aktive Mitglieder der Zeugen Jehovas. Letztere streben die volle gesetzliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft an. Etwa 12 % der Bevölkerung gehören keiner der in Österreich gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften an.

Fragen:

1. Wie ist die administrative Gliederung von Österreich?
2. Worin besteht das Problem der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung?
3. Noch welche Sprachen gibt es neben dem Deutschen?
4. Wie ist Religion in Österreich?

Aufgaben:

1. Zeigen Sie an der Karte 9 Bundesländer von Österreich.
2. Was meinen Sie, aus welchen Gründen sind die Zuwanderer ins Land gekommen. Sprechen und diskutieren Sie darüber.
3. Charakterisieren Sie die Bundesländer von Österreich (Fläche, Einwohnerzahl, Hauptstadt, Sprache und Parlament)

Vorlesung IX Geschichte Österreich

Plan:

1. Franken- und Ostfrankenreich.
2. Heiliges Römisches Reich.
3. Kaisertum Österreich.
4. Doppelmonarchie.
5. Eine austrofaschistische Diktatur.

Stichwörter: Neue Herztümer und Markgrafschaften, Heiliges Römisches Reich, die Babenberger, die Habsburger, sein Überleben sichern, die Doppelmonarchie, Juliputsch, das Dritte Reich.

Weite Gebiete des heutigen Österreich gehörten im späten 8. Jahrhundert zum bayrischen Stammesherzogtum im fränkischen Reich Karls des Großen. Im folgenden Ostfrankenreich, in der Region des heutigen Niederösterreich, war seit 856 eine Marchia Orientalis den Karolingern unterstellt. Diese Grenzmark im Südosten des Reiches wurde zur Keimzelle des späteren Österreich. Dieses Gebiet ging 907 allerdings an die Ungarn verloren. Erst nach der Schlacht auf dem Lechfeld

955 konnte das ostfränkische Reich wieder nach Osten expandieren und es entstanden neue Herzogtümer und Markgrafschaften. Damit begann auch eine weitere Welle bajuwarischer (bayerischer) Siedlungstätigkeit.

Friedrich I. Barbarossa

Im Jahr 976 wurde die Marchia Orientalis von Kaiser Otto II. einem Babenberger-Grafen übereignet. In einer Urkunde von 996 wurde diese Marchia Orientalis erstmals Ostarrichi genannt; Aussprache und Schreibweise wandelten sich später zu Österreich. Das Gebiet wurde auch als Ostland (lat. Austria) oder Osterland bekannt und 1156 von Kaiser Friedrich I. (Barbarossa) zu einem Herzogtum erhoben.

Den Babenbergern folgten ab 1278 die Habsburger, die bis 1526 ihr Herrschaftsgebiet weiter ausdehnten und ein Erzherzogtum schufen, das ein bedeutender Faktor im Heiligen Römischen Reich wurde. Schon die späten Babenberger hatten die Steiermark mit Österreich verbinden können, die Habsburger schufen davon ausgehend mit der Erwerbung Kärntens, Tirols, Krains und anderer Gebiete einen Länderkomplex in den Ostalpen, der Herrschaft zu Österreich genannt wurde. Ab 1438 besaß das Fürstenhaus fast durchgehend die römisch-deutsche Königs- und die damit verbundene Kaiserwürde.

Vom späten 15. Jahrhundert bis 1690 waren die habsburgischen Länder von ständigen militärischen Auseinandersetzungen mit dem Osmanischen Reich geprägt. Die Reformation der Kirche konnte sich anfangs schnell durchsetzen, wurde aber im Laufe des 17. Jahrhunderts zurückgedrängt. 1713 wurde mit der Pragmatischen Sanktion erstmals ein für alle Länder gleichermaßen gültiges Grundgesetz in Kraft gesetzt. Im Österreichischen Erbfolgekrieg konnte das neue Haus Habsburg-Lothringen die Erbländer großteils für sich behaupten.

Die Kriege gegen Napoleon und seine Kaiserkrönung führten 1804 dazu, dass Kaiser Franz II. den Titel als Kaiser Franz I. von Österreich für seine Erbländer annahm und 1806 unter dem Druck Napoleons auf die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation verzichtete.

Das neue Kaiserreich Österreich war ein Vielvölkerstaat und reichte von Böhmen und Mähren über die heutige Republik hinweg weiter über Ungarn bis tief in den Balkan hinein. 1815 erhielt Österreich den Vorsitz im Deutschen Bund.

Mit der Niederschlagung der Märzrevolution 1848 sicherte sich das Kaiserreich sein Überleben. Auch der ungarische Aufstand gegen die österreichische Vorherrschaft wurde niedergedrungen. Der Krieg des Deutschen Bundes unter dem Vorsitz Österreichs gegen Preußen (Deutscher Krieg) führte 1866 nach dem Sieg Moltkes bei Königgrätz zur Auflösung des Bundes der deutschen Staaten.

1867 wurde im Zuge des Ausgleiches mit Ungarn eine österreich-ungarische Doppelmonarchie unter der Herrschaft vom österreichischen Kaiser Franz Joseph I. geformt, der zugleich als König von Ungarn galt und über 40 Jahre an der Macht bleiben sollte. Da hierbei die Forderungen der „K.u.K.“-

Völker nach mehr Selbstständigkeit außer Acht gelassen wurden spitzten sich die Nationalitätenprobleme zu und trieben das Reich an den Rand der Unregierbarkeit. Ausgelöst vom Attentat von Sarajevo und weitergetrieben von den europäischen Beistandspakten begann 1914 der erste Weltkrieg, der 1918 zum Ende der „kaiserlich-königlichen Monarchie“ führte.

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges wurde Österreich-Ungarn aufgelöst. Auf dem vorwiegend von Menschen mit deutscher Muttersprache bewohnten Gebiet der Doppelmonarchie entstand die Republik „Deutschösterreich“, wobei einige Gebiete, in welchen ebenfalls eine große Bevölkerungszahl vorwiegend Deutsch sprach (z.B.: Egerland, Südmähren, Südtirol) abgetrennt wurden. Im Vertrag von Saint-Germain wurde dieser Staatsname „Deutschösterreich“ und der von vielen angestrebte Zusammenschluss mit der neuen Deutschen Republik untersagt. Am 21. Oktober 1919 wurde der Name in „Republik Österreich“ geändert und 1920 die neue österreichische Verfassung beschlossen. In den folgenden Jahren führten die schlechte Wirtschaftslage und politische Auseinandersetzungen Österreich immer tiefer in eine Krise.

Nachdem Bundeskanzler Engelbert Dollfuß 1933 den Nationalrat aufgelöst hatte („Selbstausschaltung des Parlaments“), wurde in Österreich eine austrofaschistische Diktatur in Form eines autoritären Ständestaates etabliert. Im Februar 1934 fanden die bis dahin schwelenden Auseinandersetzungen zwischen den regierenden Christlichsozialen (Vaterländische Front) und den oppositionellen Sozialdemokraten im Österreichischen Bürgerkrieg ihren gewaltsamen Höhepunkt. Wenige Monate danach kam es zum Juliputsch von Anhängern der in Österreich seit 1933 verbotenen NSDAP. Einigen Putschisten gelang es in das Bundeskanzleramt vorzudringen, wo Dollfuß so schwer verletzt wurde, dass er kurz darauf verstarb. Der Putschversuch wurde innerhalb weniger Tage vereitelt. Neuer Bundeskanzler wurde Kurt Schuschnigg.

1938 erfolgte der Anschluss an das Deutsche Reich. Österreich blieb zunächst als Land erhalten, wurde dann aber ab Mai 1939 in 7 Reichsgaue und einen Verwaltungsbezirk (Vorarlberg) aufgeteilt. Österreich wurde zunächst als „Ostmark“ und bald danach als „Alpen- und Donaugau“ bezeichnet. Der gebürtige Österreicher Adolf Hitler führte nach seinem Scheitern als Künstler in seinem Heimatland und seiner politischen Karriere in Deutschland Österreich in die nationalsozialistische Willkürherrschaft und ließ in der Folge alle Hinweise auf eine Eigenständigkeit des Landes tilgen. Der 1939 ausgebrochene Zweite Weltkrieg führte schließlich zum Untergang des „Dritten Reiches“.

Mit dem Kriegsende 1945, der Niederlage des Großdeutschen Reiches und der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur Hitlers, wurde Österreich von den Siegermächten als Staatsgebilde wiederhergestellt. Bereits am 27. April trat eine provisorische Staatsregierung mit Karl Renner als Staatskanzler zusammen und proklamierte die Wiedererrichtung der Republik. Nach Renners Tod wurde Theodor Körner als Kandidat der SPÖ am 27. Mai 1951 zum Bundespräsidenten gewählt. Dies war die erste Volkswahl des Staatsoberhauptes in der österreichischen Geschichte.

Bis 1955 war das neue Österreich, wie auch die neue Bundesrepublik Deutschland und die neue DDR, in Besatzungszonen aufgeteilt. Mit der Unterzeichnung eines Staatsvertrages am 15. Mai 1955 durch die Bundesregierung und Vertreter der Siegermächte und mit dem Bekenntnis bzw. der Verpflichtung zur Neutralität und dem entgeltlichen Verzicht auf einen Anschluss an Deutschland, erlangte die Republik ihre volle Souveränität.

Bis zum 25. Oktober 1955 verließen die letzten alliierten Truppen das Land. Tags darauf wurde die „immerwährende Neutralität“ im Nationalrat in Form eines Verfassungsgesetzes festgeschrieben. Seit 1965 ist der 26. Oktober, in Erinnerung an den Beschluss der Neutralität, österreichischer Nationalfeiertag.

1960 war die Republik Mitbegründer der EFTA, die einen Wirtschaftszusammenhalt anstrebte. Bedingt durch die Neutralität konnten sowohl mit den westlichen Ländern als auch mit den damaligen Ostblockländern gute kulturelle und wirtschaftliche Bande geknüpft werden, was dem Land in der Zeit des Wiederaufbaues noch lange half. Nach dem Ende des Kalten Krieges 1991 wurde die strikte Neutralitätspolitik zwar gelockert, aber die angemessene Interpretation der Neutralität in der geänderten Weltordnung ist seitdem ein umstrittenes innenpolitisches Thema. 1995 trat Österreich der Europäischen Union (EU) bei. 1999 schaffte es seine bisherige Währung, den Schilling als Buchgeld ab und führte am 1. Januar 2002, zusammen mit anderen EU-Staaten, den Euro als Bargeld ein.

Fragen:

1. Was sind Franken- und Ostfrankenreich?
2. Was für eine Rolle spielten die Babenberger in Österreich?
3. Wozu führten die Kriege gegen Napoleon und seine Kaiserkrönung?
4. Was geschah in Österreich nach dem Ende des ersten Weltkrieges?
5. Ist Österreich heutzutage auch Neutralitätsland?

Aufgaben:

1. Erklären Sie den Begriff „Die Neutralität“.
2. Sprechen Sie über Doppelmonarchie.

Worterklärung:

1. Babenberger – fränkisches Grafengeschlecht, (976-1246); Herzog von Österreich.
2. Reich – großer Staat, großes Imperium, in dem alle Gebiete einem Herrscher unterstehen.
3. Habsburger – Angehörige des Geschlechts von Habsburg, Habsburg – im schweizerischen Kanton.
4. Neutralität – diese Staaten nehmen an einem Krieg zwischen anderen Staaten nicht teil; das Territorium neutraler Staaten ist unverletzlich; die Staaten dürfen den kriegführenden Staaten keine Durchmarschrechte gewähren und sie nicht mit Waffen oder Kriegsmaterial versorgen.

Vorlesung XII

Staatlicher Aufbau.

Plan:

1. Österreich ist eine föderale, parlamentarisch- demokratische Republik.
2. Das österreichische Parlament.
3. Politische Parteien in Österreich
4. Das Verfassungsgerecht.
5. Militärwesen und Staatsverschuldung.

Stichwörter: *Staatsoberhaupt, Bundesregierung, Nationalrat, die Politik, Wehrpflicht, Verschuldungsquote,*

Österreich ist nach der Bundesverfassung von 1920, die 1945 wieder eingeführt wurde, eine föderale, parlamentarisch-demokratische Bundesrepublik, bestehend aus neun Bundesländern. Staatsoberhaupt ist ein Bundespräsident, der für 6 Jahre direkt von der Bevölkerung gewählt wird. "Regierungschef" und Vorsitzender der Bundesregierung ist ein Bundeskanzler, der vom Bundespräsidenten, de facto entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im Nationalrat, ernannt wird. Die Bundesregierung kann durch ein Misstrauensvotum des Nationalrates abberufen oder durch den Bundespräsidenten (gem. Art. 70(1) B-VG) entlassen werden.

Das österreichische Parlament besteht aus zwei Kammern. Die Zusammensetzung des Nationalrates mit seinen 183 Mitgliedern wird alle 4 Jahre durch freie und allgemeine Bürgerwahlen bestimmt. Eine 4-Prozent-Hürde verhindert eine zu große Zersplitterung der Parteienlandschaft im Nationalrat.

Der Bundesrat wird von den einzelnen Landtagen (Parlamente der Bundesländer) beschickt.

Der Nationalrat ist die dominierende Kammer in der österreichischen Gesetzgebung. Der Bundesrat besitzt in den überwiegenden Fällen nur ein aufschiebendes Vetorecht, das durch einen Beharrungsbeschluss des Nationalrates außer Kraft gesetzt werden kann. Nur in Fällen in denen in die Rechte der Bundesländer eingegriffen wird, besitzt der Bundesrat ein absolutes Veto. Vom 1. Juli 2003 bis 31. Januar 2005 tagte ein Verfassungskonvent ("Österreich-Konvent") unter Franz Fiedler, der Vorschläge für eine Reform der österreichischen Bundesverfassung erarbeitete. Dabei kam man aber nicht zu einer einheitlichen Meinung über die zukünftige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Diese muss in Verhandlungen der verschiedenen politischen Ebenen ausgearbeitet werden.

Seit der Gründung der Republik Österreich wird die Politik von zwei großen Parteien, der christlich-konservativen Volkspartei ÖVP (vor dem 2. Weltkrieg unter dem Namen Christlichsoziale Partei) sowie der sozialdemokratischen SPÖ (vorher Sozialistische Arbeiterpartei Österreichs), geprägt. Beide entstanden schon während der Monarchie und erlebten jeweils nach dem 2. Weltkrieg eine Neugründung, der eine intensivierete Zusammenarbeit folgte. Die positiven Auswirkungen dieser Kooperation wurde unter dem Begriff der Sozialpartnerschaft, die negativen als Parteipolitischer Proporz bekannt. Drittes, allerdings wesentlich kleineres, parteipolitisches Kontinuum ist das

deutsch-nationale Lager, welches sich in der ersten Republik vor allem in der Großdeutschen Volkspartei, danach in der FPÖ, der Freiheitlichen Partei Österreichs, sammelte. In den ersten Jahren der zweiten Republik spielte auch die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) eine Rolle in der Politik des Landes, seit den 60er Jahren ist sie jedoch als Kleinstpartei auf Bundesebene relativ bedeutungslos. Bei regionalen Wahlen, wie z.B. in Graz, erreicht sie aber auch heute noch nennenswerte Stimmanteile.

In den 80er-Jahren brach das starre, manchmal auch als hyperstabil bezeichnete Parteiensystem (mit einer der höchsten Dichte an Parteimitgliedern weltweit) auf. Einerseits durch den Eintritt der Grünen Partei auf dem linken Parteienspektrum, andererseits durch die Forcierung der FPÖ als rechtspopulistische Partei. Von der bis zum Regierungseintritt im Jahr 2000 stark wachsenden Partei spaltete sich 1993 das Liberale Forum ab, das allerdings bald wieder von der politischen Bühne verschwinden sollte. Im Jahr 2005 erlebte die FPÖ mit der Gründung des BZÖ ihre zweite Spaltung.

Derzeit ist der Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler ist Werner Faymann. (SPÖ-Vorsitzender) seit 2. 12. 2008., Koalition aus SPÖ und ÖVP; Parlament: Wahlen zum Nationalenrat vom 28.9.2008: Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), Österreichische Volkspartei (ÖVP), Freiheitliche Partei Österreichs-Die Freiheitlichen (FPÖ), Bündnis Zukunft Österreich (BZO), Die Grünen – Die Grüne Alternative (Die Grünen).

Auch das Verfassungsrecht ist zersplittert, da es - im Gegensatz etwa zum deutschen Grundgesetz - kein Inkorporationsgebot gibt, wonach Verfassungsbestimmungen nur in den Text der Verfassungsurkunde aufgenommen werden dürfen. Als solche kann das Bundesverfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 angesehen werden, welches sozusagen den "Kern" des Bundesverfassungsrechts enthält; daneben bestehen jedoch mehr als 1.300 Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen in einfachen Gesetzen sowie Staatsverträge im Verfassungsrang. Als die wichtigsten sind das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867, das Finanz-Verfassungsgesetz vom 21. Januar 1948, das Neutralitätsgesetz vom 26. Oktober 1955 sowie die Europäische Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 zu nennen.

Das Strafrecht ist in einer modernen Kodifikation, dem Strafgesetzbuch vom 23. Januar 1974, geregelt. Es kennt außer Strafen auch "vorbeugende Maßnahmen" (= Unterbringung von geistig abnormen, entwöhnungsbedürftigen oder potentiell rückfälligen Tätern in entsprechende Anstalten), beide dürfen nur wegen einer Tat verhängt werden, die schon zur Zeit ihrer Begehung mit Strafe bedroht war (Nulla poena sine lege, §1 StGB). Die Todesstrafe ist im ordentlichen Verfahren seit 1950, im außerordentlichen Verfahren seit 1968 abgeschafft.

Die Gerichtsbarkeit wird in Zivilrechts- und Strafrechtssachen von Bezirksgerichten, Landesgerichten, Oberlandesgerichten und dem Obersten Gerichtshof als höchste Instanz wahrgenommen. Die

Gerichtbarkeit des öffentlichen Rechts wird vom Verwaltungsgerichtshof und vom Verfassungsgerichtshof wahrgenommen.

Die militärische Landesverteidigung fußt auf einer allgemeinen Wehrpflicht aller männlichen Staatsbürger im Alter von 17 - 50 Jahren. Frauen können einen freiwilligen Wehrdienst ableisten. Das Bundesheer besteht aus ca. 35.000 Mann im Präsenzstand und ca. 75.000 Mann der Miliz. Der Präsenzdienst dauerte bisher acht Monate und seit 1. Januar 2006 sechs Monate. Bis zum Jahr 2009 wird voraussichtlich die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und durch ein Berufsheer ersetzt. Das Militärbudget zählt mit 0,71% des BIP - rund 1,810 Milliarden Euro - zu den geringsten der Welt.

Wehrpflichtige, die einen Wehrdienst aus Gewissensgründen ablehnen, können einen Zivildienst ableisten. Dieser dauerte zwölf Monate und seit 1. Januar 2006 neun Monate.

Die Verschuldung des Gesamtstaates einschließlich Parafisken wird 2005 ihren bisher höchsten Stand mit 154,86 Mrd. EUR erreichen, danach sollen die Schulden über 154,5 (2006) auf 154,2 Mrd. EUR (2007) zurückgeführt werden.

Die Schuldenstandsquote wird für 2005 mit 64,3 % veranschlagt (durch die Revision der VGR (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) fällt der Quotient niedriger aus als bisher). Österreich wird damit im EU-Vergleich wie auch schon 2004 weiterhin an der 18. Stelle liegen. Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts hatte Österreich noch 69,2 % Schulden, gemessen am BIP. Der Grund für das absinken der Verschuldungsquote ist jedoch weniger der Schuldenabbau, welchem Österreich in der 2. Republik erst vor ein paar Jahren das einzige Mal mit einem Nulldefizit zumindest nahe kam, aber ansonsten jährlich neue Schulden aufwarf, sondern der stetige Anstieg des BIP, was wiederum zu einem großen Teil auf die starken Exportzuwächse seit dem EU-Beitritt, und noch mehr seit der EU-Osterweiterung, zurückzuführen ist.

Das Maastricht-Ziel eines Schuldenstands von höchstens 60% des BIP hatte Österreich zuletzt - vor dem Beitritt zur EU - 1992 erreicht.

Der Bundeshaushalt 2005 sieht bei Ausgaben in Höhe von 64,001 Mrd. EUR Einnahmen von 58,866 Mrd. EUR vor, so dass sich ein Defizit in Höhe von 5,135 Mrd. EUR oder 2,1% des BIP ergibt. Durch unerwartet höhere Steuereinnahmen wird das Defizit jedoch voraussichtlich nur 1,6 bis 1,7% des Bruttoinlandsproduktes betragen.

Fragen:

1. Wer ist der Regierungsschef und von wem wird er ernannt?
2. Nennen Sie das österreichische Parlament.
3. Von welchen Parteien bestand die Politik der Republik Österreich vor dem 2. Weltkrieg?
4. Welche Parteien vertreten im Nationalrat?

Aufgaben:

1. Was verstehen Sie unter dem Vetorecht? Erklären Sie.

2. Was bedeutet die Abkürzung „ABGB“? Sprechen Sie über seine Aufgaben.

Worterklärung:

1. Das Veto – (Einspruch) eine offizielle Erklärung durch ein Mitglied einer Organisation sagt, dass es mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist.
2. Quote – aus dem Verhältnis zum ganzen errechneter Anteil, Teilbetrag.

Vorlesung XIII

Wirtschaft Österreichs.

Plan:

1. Die größte Börse in Österreich.
2. Ein wichtiges landwirtschaftliches Exportprodukt Österreichs.
3. Offene Konkurrenz.
4. Dienstleistungen.
5. Österreich – ein typisches Transitland.

Stichwörter: Die Börse, konkurrenzfähig, der Weinbau, die Banken, der Rohstoff, Verkehrsinfrastruktur, Exportprodukt, Dienstleistung, offene Konkurrenz, das Transitland.

In Österreich waren 2001 3.420.788 Personen in 396.288 Arbeitsstätten beschäftigt. Die größte Börse in Österreich ist die Wiener Börse, dessen größter Index der ATX ist.

Österreich hat eine sehr kleinstrukturierte Landwirtschaft, die vor allem auf Qualität anstatt Quantität spezialisiert ist, weil sie im Billigbereich unter anderem durch den EU-Beitritt kaum mehr konkurrenzfähig ist. Deshalb setzt Österreich verstärkt auf biologische Landwirtschaft: Mit einem Gesamtanteil von knapp 10% hat Österreich die höchste Dichte von biologischen landwirtschaftlichen Betrieben in der Europäischen Union. Das landwirtschaftlich wichtigste Gebiet im Anbau von Feldfrüchten ist das Marchfeld in der Nähe von Wien

Wein ist ein wichtiges landwirtschaftliches Exportprodukt Österreichs. Der Hauptabnehmer des Weines ist, neben der Schweiz und den USA, zu zwei Dritteln Deutschland. Im Jahr 1985 wurde der Weinbau durch den so genannten Weinskandal zwar stark in Mitleidenschaft gezogen, in der Zwischenzeit haben die Weinbauern ihre Qualitätsweine jedoch wieder so stark verbessert, dass wesentlich mehr Wein exportiert werden kann als vergleichsweise vor dem Skandal.

Durch die großen Waldflächen ist auch die Forstwirtschaft ein bedeutender Faktor, die auch die verarbeitende Holz- und Papierindustrie dementsprechend beliefert. Holz als Rohstoff wird vor allem in den südeuropäischen Raum exportiert.

Österreich verfügt über eine sehr moderne und dynamische Industrie, die vor allem in der letzten Zeit durch die Privatisierung der Staatsindustrie und durch große Investitionen wie u.a. jene des Magna-Konzerns, gefördert wurden. Österreich hat nunmehr (2005) die niedrigsten Unternehmenssteuern der EU und tritt somit in offene Konkurrenz zur Slowakei.

Das größte österreichische Industrieunternehmen ist die OMV AG. In letzter Zeit wurden einige Industriebetriebe von ausländischen Investoren aufgekauft. Darunter fallen z.B. der Hersteller Steyr Daimler Puch und die Jenbacher Werke (GE Jenbacher).

Die Dienstleistungen machen in Österreich den größten Anteil der Wirtschaftsleistungen aus. Dies wird vor allem durch den Tourismus, den Handel und die Banken erzielt. Die österreichischen Banken profitieren noch heute vom sehr strengen österreichischen Bankgeheimnis. Nach dem EU-Beitritt wurde die Anonymität der Sparkonten abgeschafft. Aufrecht bleibt aber, dass Konten durch Behörden nicht ohne ausdrückliche richterliche Anordnung geöffnet werden dürfen.

Das Bruttosozialprodukt Österreichs betrug im Jahr 2004 231,8 Mrd. Euro. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurde im Vorjahr mit 235,1 Mrd. Euro beziffert, das entspricht einem BIP von ca. 28.880 Euro pro Einwohner. Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, dass rund 5% des BIP direkt oder indirekt mit dem Wintersport zusammenhängen.

Anteile am Bruttosozialprodukt und der Erwerbstätigkeit:

Bruttosozialprodukt	Beschäftigte	
Industrie	33%	27%
Landwirtschaft	2%	1%
Dienstleistungen	65%	68%

Im Januar 2006 sind in Österreich 326.747 Personen arbeitslos gemeldet, was nach nationalen Berechnungskriterien 7,7 Prozent entspricht (5,9 Prozent nach EU-Berechnung). Einschließlich den in Schulungen befindlichen Personen sind insgesamt rund 395.000 Personen ohne Arbeit (9,3 Prozent nach nationaler Berechnung, 7,1 Prozent nach EU-Berechnung). Die im europäischen Vergleich günstige Beschäftigungslage erkauft Österreich mit einer ungewöhnlich starken Verdrängung älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben: In Österreich stehen nur noch 30% der 55 - 64-jährigen in einem Beschäftigungsverhältnis (zum Vergleich: Deutschland 38,6 %, Schweden 68 %, Großbritannien 53,5 %). Die Zunahme der frühzeitigen Pensionierungen steht auch in einem – schwer zu beziffernden - Zusammenhang mit dem Personalabbau in Staatsunternehmen bzw. Unternehmen mit privatem Rechtsmantel, die dem Staat ganz oder zu bedeutenden Teilen gehören.

136.962 arbeitslosen Männern stehen 120.308 Frauen gegenüber im November 2005. Bedenklich ist aber die seit Jahren anhaltende starke Zunahme an arbeitslosen Frauen. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen (Personen unter 25 Jahren) liegt im Januar 2006 bei 49.948.

Am stärksten ist der Dienstleistungssektor betroffen. Viele Personen, die im Fremdenverkehr tätig waren, verloren im Jahr 2005 ihre Arbeit. Des Weiteren ist auch die Industrie betroffen, die wegen zu hoher Produktions- und Lohnkosten verstärkt in die neuen EU-Mitgliedsländer abwandert.

Die Verkehrsinfrastruktur ist geprägt einerseits durch die Lage in den Alpen und andererseits durch die zentrale Lage in Mitteleuropa. Dies gilt für Straßen- und Bahnverbindungen gleichermaßen. Die

logistische Erschließung der Alpen erfordert viele Tunnel- und Brückenbauten, die extremen Witterungsbedingungen standhalten müssen. Durch die zentrale Lage gilt Österreich als typisches Transitland, vor allem in Nord-Süd- und Nord-Südost-Richtung, durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs auch in Ost-Westrichtung. Das bedeutet aber oft eine wesentlich größere Dimensionierung der Verkehrswege, auch in ökologisch sensiblen Gebieten, was oft zu Widerständen der Bevölkerung führt.

Um diese Gratwanderung zwischen Ökonomie und Ökologie zu bewältigen, sind oft Maßnahmen notwendig, welche dem Land eine Vorreiterrolle im Umweltschutz gebracht haben, vor allem am Kraftfahrzeugsektor. Es wurde in der Alpenrepublik beispielsweise vergleichsweise früh gesetzlich vorgeschrieben, in jedem Kraftfahrzeug einen Katalysator einzubauen. Ebenso wurden auf bestimmten Strecken nur Lärmarme LKW zugelassen. Durch verschiedene Deregulierungen fühlen sich die Bewohner jedoch in bestimmten Regionen, wie im Inntal, von den verkehrsregelnden Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene, vor allem von der EU, im Stich gelassen.

Die Elektrische Energie wird zum größten Teil aus Wasserkraft (ca. 70%), sowohl aus Laufkraftwerken an der Donau, der Enns, Drau und vielen kleineren, als auch aus Pumpspeicherkraftwerken, wie dem Kraftwerk Kaprun oder den Maltakraftwerken gewonnen. Zur Deckung von Spitzenstrom werden auch Gasturbinenkraftwerke betrieben. Strom aus Atomkraftwerken wird auf Grund des Atomsperrgesetzes nicht hergestellt. Das einzige Kernkraftwerk wurde zwar in Zwentendorf errichtet, ging aber nach einer Volksabstimmung 1978 nie in Betrieb.

Die Verteilung erfolgt hauptsächlich durch neun Landesgesellschaften, die auch die letzte Meile zum Endverbraucher haben. Daneben gibt es einige kleinere Versorger, die meist auch im Besitz der öffentlichen Hand sind.

Bei der Erdgasversorgung ist Österreich weitgehend vom Ausland abhängig. Zwar gibt es auch in Österreich Erdgasvorkommen, hauptsächlich im Marchfeld und Weinviertel, wo sich auch unterirdische Pufferspeicher als Sicherheitslager befinden, doch tragen diese nur rund 20 % des Jahreserdgasverbrauchs Österreichs bei. Traditionellerweise erfolgt die Hauptversorgung aus Russland, von wo aus Österreich seit 1968 als erstes europäisches Land westlich des Eisernen Vorhangs sein Erdgas bezieht.

Im Falle eines Lieferausfalls von ausländischem Erdgas kann Österreich laut Angaben der OMV die Gasversorgung für 2 Monate durch eigene Lagertanks sicherstellen.

Hauptimportland bei Erdöl ist mit Stand 2003 Saudi-Arabien. Die einzige Raffinerie befindet sich in Schwechat und wird von der OMV AG betrieben.

In Österreich existieren für jeden Notrufdienst separate Leitzentralen. Notrufnummern können von jeder Telefonzelle kostenlos gewählt werden. Die Notrufnummern gelten österreichweit und lauten für die Feuerwehr „122“, für die Polizei „133“ und für den Rettungsdienst „144“. Zudem gibt es noch

weitere Notrufnummern, die ebenfalls kostenlos gewählt werden können, wie beispielsweise der Euronotruf „112“.

Österreichweit wurde 2005 die für ländliche Gebiete zuständige Bundesgendarmerie mit den in den Städten vorhandenen Bundessicherheitswachekorps und Kriminalbeamtenkorps zum neuen Wachkörper Bundespolizei zusammengelegt. Dadurch wurde versucht, Zweigleisigkeiten in der Organisation zu beseitigen und die Effizienz zu erhöhen. Der Beweis dieses Anspruchs konnte bis dato nicht erbracht werden.

Das österreichische Feuerwehrsystm basiert fast vollständig auf Freiwilligen Feuerwehren. Nur in den sechs größten Städten wird der Brandschutz von Berufsfeuerwehren wahrgenommen. Der Brandschutz fällt in die Kompetenz der einzelnen Bundesländer, während der Katastrophenschutz Kompetenz des Bundes ist, er wird aber neben dem Bundesheer über den Katastrophenhilfsdienst ebenfalls von den Feuerwehren wahrgenommen.

Bei Unfällen mit Verletzten wird in Österreich die Rettung informiert. Vor allem in den ländlichen Gebieten übernimmt das Österreichische Rote Kreuz den Rettungsdienst. Daneben unterhalten andere Hilfsorganisationen wie der Arbeiter-Samariter-Bund, die Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hospitaldienst Austria und das Grüne Kreuz Rettungswachen. In Wien teilen sich die städtische Wiener Rettung und die Hilfsorganisationen die Aufgabe. Rettungshubschrauber spielen eine sehr wichtige Rolle im österreichischen Rettungsdienst. Das Land dürfte über die größte Dichte an Rettungshubschraubern weltweit verfügen. Flächendeckend stellt der Christophorus Flugrettungsverein des ÖAMTC 16 Hubschrauber, daneben sind vor allem in den Tourismus-Regionen mehrere private Anbieter tätig.

Wetterstationen befinden sich übers ganze Land verteilt, in größeren Städten und in allen Landeshauptstädten. Die nationale Einrichtung für meteorologische und geophysikalische Dienste ist die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) mit mehreren Zweigstellen in den Bundesländern. Die aktuellen Wetterdaten und Wetterentwicklungen lassen sich, auf Internetseiten gesammelt, für viele Orte abrufen und außerdem über Radio und Fernsehen verfolgen. In Zukunft soll außerdem ein zuverlässiger Unwetterwarndienst im Internet angeboten werden. Zusätzlich gibt es noch die Flugwetterdienste oder spezielle Systeme, wie das Blitzortungssystem ALDIS, die auch mit der ZAMG zusammenarbeiten und Daten austauschen.

Fragen:

1. Was ist die größte Borse?
2. Warum wurde in Österreich auf biologische Landwirtschaft verstärkt?
3. Über welche moderne und dynamische Industrie verfügt Österreich?
4. Wodurch ist Verkehrsinfrastruktur geprägt?

Aufgaben:

1. Nennen Sie das wichtigste Exportprodukt von Österreich.
2. Führen Sie ein Gespräch über österreichische Banken. Wovon profitieren Sie?
3. Diskutieren Sie über die anderen Zweige der Wirtschaft.

Worterklärung:

1. Investition – staatlichen materiellen und finanziellen Fonds, Kreditsystem.
2. Dimension – Erstrückung; Abmessung; Ausdehnung;
3. Im Stich lassen – treulos verlassen; einem Schicksal Preis geben.

Kultur von Österreich

Plan:

1. Die bedeutenden Künstler.
2. Die bekanntesten österreichische Schriftsteller.
3. Die führenden Wissenschaftsnationen der Welt.
4. Die Filmindustrie in Österreich.
5. Der Sport.

Stichwörter: Die kulturellen Bereichen, die Friedensnobelpreis, Persönlichkeiten, die in Österreich gewirkt haben, Filmpreise, Filmemacher, Kabarettzene, die Melodie von österreichischen Künstlern.

Österreich ist international als große Kulturnation bekannt und bringt seine große Tradition in allen kulturellen Bereichen vor allem mit der Lebensweise seiner Einwohner, der Architektur seiner Sehenswürdigkeiten und seinem Nationalstolz zum Ausdruck. Stichworte wie Wiener Kaffeehauskultur und Kabarettzene sind für Österreich ebenso typisch wie der beliebte Wintersport, das Flair seiner Städte und Begriffe wie Heuriger oder Festspiele. Viele Bauten Österreichs zählen zum UNESCO Weltkulturerbe, im Jahr 2003 war Graz Kulturhauptstadt Europas. Zur Verbreitung der Österreichischen Kultur im Ausland dient das Österreichische Kulturforum.

Die Länder des ehemaligen Habsburgerreichs haben eine Reihe bedeutender Künstler aus allen kulturellen Bereichen hervorgebracht, vor allem aus der Sparte der Musik. Zu den berühmtesten Komponisten ihrer Zeit zählen unter anderem Wolfgang Amadeus Mozart, Joseph Haydn, Franz Schubert und Johann Strauß, der als einer der Begründer des Wiener Walzers gilt. Dieser Tradition folgten aus dem Genre der klassischen Musik auch viele berühmte Dirigenten wie Erich Kleiber, Herbert von Karajan, Karl Böhm oder Nikolaus Harnoncourt.

Aus dem heutigen Österreich haben die Sänger Peter Alexander, Hans Hölzl alias Falco und Udo Jürgens in den letzten Jahrzehnten ebenso internationale Bekanntheit erlangt wie die Musiker Joe Zawinul und Friedrich Gulda.

Zu den bekanntesten (alt-)österreichischen Schriftstellern zählen Franz Grillparzer, Joseph Roth, Johann Nestroy, Robert Musil, Karl Kraus, Friedrich Torberg, Felix Mitterer, Thomas Bernhard und Peter Handke, wie auch die 1905 mit dem Friedensnobelpreis geehrte Bertha von Suttner und die 2004 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnete Elfriede Jelinek. Zu den bekanntesten Schriftstellern der

österreichischen Volksgruppen zählen Janko Ferk, Gustav Janus und Florjan Lipus, der von Peter Handke in das Deutsche übersetzt wurde.

Ein weiteres Metier erfolgreicher Österreicher stellen die Sparten Film und Theater dar, in denen unter anderem Max Reinhardt, Karl Farkas, Curd Jürgens, Maximilian Schell, Romy Schneider, Senta Berger, Oskar Werner, O. W. Fischer, Otto Schenk, Klaus Maria Brandauer, Martin Kusej. Berühmtheit erlangten. Bekannte Filmregisseure aus Österreich waren bzw. sind u. a. Erich von Stroheim, Billy Wilder, Fritz Lang, Josef von Sternberg, Otto Preminger, Robert Dornhelm, Michael Haneke, Ulrich Seidl, Hans Weingartner.

Österreich war, vor allem in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts, eine der führenden Wissenschaftsnationen der Welt und brachte geniale Denker und Forscher wie Wolfgang Pauli und Erwin Schrödinger hervor, die als Begründer der Quantenphysik gelten. Heute wird ihre Arbeit unter anderem von Anton Zeilinger fortgeführt. Neben dem Mediziner Sigmund Freud waren auch der Automobilbauer Ferdinand Porsche, der Erfinder Viktor Kaplan und Ludwig Boltzmann, einer der Wegbereiter der Thermodynamik, berühmte Österreicher.

Bekannte österreichische Staatsmänner und Politiker sind unter anderem der Kaiser der österreichisch-ungarischen Monarchie, Franz Joseph I., sein Nachfolger, der seliggesprochene Karl I., Karl Renner und der ehemalige UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim. Traurige Berühmtheit erlangte außerdem der gebürtige Österreicher und in Deutschland tätige nationalsozialistische Diktator Adolf Hitler.

Persönlichkeiten, die nicht in Österreich geboren sind, aber hier gewirkt haben:

Johann Christof Bartenstein, Ludwig van Beethoven, Michael Heltau.

Das österreichische Filmwesen zählte um 1900 zu den weltweit aktivsten. Österreichische Stummfilme wurden weltweit vertrieben. Die Bedeutung in der weltweit stark wachsenden Filmindustrie nahm allerdings nach dem Ersten Weltkrieg stark ab, und erreichte in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg seinen absoluten Tiefpunkt. Danach wurde fast ausschließlich für den Heimmarkt oder den deutschsprachigen Raum produziert, und es entstanden bis in die späten 1960er unzählige Heimatfilme, wo Schauspieler wie Peter Alexander, Gunther Philipp, Marika Röck oder Hans Moser im ganzen Land zu hoher Beliebtheit gelangten und auch im Ausland große Bekanntheit erzielten. Ein wesentlicher Regisseur, dessen Karriere mehr als fünfzig Jahre überspannt, ist Franz Antel, der die unterschiedlichsten Filmgenres in seinem Schaffen vereint.

In den 1980er-Jahren entstanden mehrere Kultserien wie „Ein echter Wiener geht nicht unter“ oder „Kottan ermittelt“. Auch Fernsehshows waren damals sehr beliebt, und Moderatoren wie Heinz Conrads zählten zu den Lieblingen der Nation. In den 1980er Jahren erlangte Karl Moik mit seiner Sendung Musikantenstadl große Bekanntheit im gesamten deutschsprachigen Raum.

In den letzten Jahren, angefangen in den späten 1990ern, entwickelte sich zusehends eine Art Neuer Österreichischer Film. Meist junge und kaum bekannte Regisseure und Schauspieler verwirklichen

seitdem kreative Filme, oft mit sozial- oder gesellschaftskritischem Inhalt. Dies wird auch auf internationaler Bühne immer mehr wahrgenommen und in Form von Filmpreisen, von denen Österreich nicht unberechtigt Weise früher eher schwach gesegnet wurde, gewürdigt. Vor allem hat es Michael Haneke mit seinen die menschliche Befindlichkeit sezierenden Spielfilmen geschafft, sich international als einer der wichtigsten zeitgenössischen Filmemacher zu etablieren. Seine Arbeiten „Die Klavierspielerin“ sowie „Caché“ wurden mehrfach preisgekrönt und gelten als wesentliche Bestandteile des Weltkinos. Ebenfalls viel beachtet ist Ulrich Seidl, dessen in Venedig uraufgeführte und ausgezeichnete Arbeit „Hundstage“ ein großes Echo fand. Als diskussionswürdige Gestalter heutigen Filmschaffens haben sich außerdem Barbara Albert (Nordrand), Michael Glawogger (Slumming), Jessica Hausner (Hotel), Wolfgang Murnberger (Silentium), Paul Rosdy, Stefan Ruzowitzky (Anatomie) oder Hans Weingartner (Die fetten Jahre sind vorbei) empfohlen. Auf dem Experimentalfilmsektor hat sich seit den 1950er Jahren eine reiche Tradition entwickelt, die von Peter Kubelka, Valie Export oder Kurt Kren bis zu Virgil Widrich reicht. Auch bei erfolgreicher Koproduktion wie dem preisgekrönten Film Grbavica waren österreichische Produzenten maßgeblich beteiligt. Ein wichtiges Forum zur Außendarstellung der österreichischen Filmemacher stellen alljährlich die Filmfestspiele in Cannes dar. (Frankreich)

Die TV-Serie „Kommissar Rex“ des Wiener Produzenten Peter Hajek erwies sich als großer Erfolg und wurde in zahlreiche Länder verkauft.

Einen besonderen kulturellen Stellenwert in Österreich besitzt die Kabarettszene. Sie schafft es, mittels des landeseigenen, österreichischen Humors im Rahmen einer kulturellen Veranstaltung, meist mit politischem oder alltäglichem, manchmal auch kritischem Themeninhalt, ein eigenes Flair zwischen Comedy, Theater und Unterhaltung zu entwickeln, welches andersorts seinesgleichen sucht. Bekannte Kabarettisten sind unter anderem Lukas Resetarits, Josef Hader, Alfred Dorfer, Roland Düringer, Alf Poier, die teilweise schon seit Jahrzehnten die einschlägigen Bühnen besetzen und auch im deutschsprachigen Ausland rezipiert werden.

Österreich ist vor allem für seine großen Komponisten der vergangenen Jahrhunderte bekannt. Besonders das 18. und 19. Jahrhundert war in musikalischer Hinsicht eine sehr prägende Epoche, als sich unter den hier wirkenden Komponisten Beethoven, Mozart, Schubert, Joseph Haydn uvm. die Stilrichtung der Wiener Klassik entwickelte. Wien galt damals als eine Hauptstadt der Musik - besonders durch den Hof der Regenten und der Dynastie der Habsburger. Wer damals in der musischen Szene einen Namen hatte, gab in Wien seine Konzerte. Entstand die Musik der Wiener Klassik meist als Unterhaltung und Auftragsarbeiten des Adels, so erfährt die Musik im 19. Jahrhundert eine Öffnung zum Bürgertum, wo Werke der Strauß-Dynastie - wie Johann Strauß' Radetzky-Marsch oder die Tritsch Tratsch Polka seines gleichnamigen Sohns, welche gerne an Bällen

wie dem Wiener Opernball gespielt werden - populär wurden und noch heute neben der Wiener Klassik einen hohen Stellenwert einnehmen.

Abseits der klassischen Musik sind vor allem der Schlager, Bands aus dem Austropop wie Austria3 und deren Einzelkünstler (Wolfgang Ambros, Georg Danzer, Rainhard Fendrich) oder S.T.S. sowie die derzeit erfolgreichste Österreicherin im Chartsektor, Christina Stürmer, und natürlich auch Falco und Hubert von Goisern oder DJ Ötzi über die Grenzen hinaus bekannt. Große Tradition in Österreich haben außerdem die Volksmusik sowie die volkstümliche Musik.

Nationale sowie internationale Bekanntheit in ihren Genres erlangten außerdem die Linzer Hip Hop-Band Texta, Bauchklang, Petsch Moser und Heinz aus Wien. Daneben gibt es noch zahlreiche Melodien von österreichischen Künstlern die bis heute die Welt begeistern. Nennenswert wären zum Beispiel das Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“ oder der mit einer Zither gespielte Titelsong zu „Der dritte Mann“ von Anton Karas.

Traditionell wird zu Silvester um Mitternacht nach den Schlägen der Pummerin (Kirchenglocke des Stephansdoms) mit dem Donauwalzer das neue Jahr begrüßt.

Österreich ist bekannt für seine vielfältige Auswahl an traditionellen Gerichten, Getränken und Mehlspeisen. Zu den bekanntesten Speisen zählen unter anderem das berühmte Wiener Schnitzel, der Tafelspitz, die Kärntner Kasnudeln und alle Arten von Knödeln. Bierbrauerei und Weinanbau haben in Österreich ebenso Tradition wie die Herstellung von österreichischem Käse und Speck sowie der regionale Anbau von Spargel. Zu den berühmtesten Süßigkeiten zählen vor allem die Mozartkugeln, die Sachertorte, die Linzertorte, Salzburger Nockerln und verschiedene Variationen von Strudeln.

Die beliebteste Sportart der Österreicher ist das Skifahren, gefolgt von Fußball und Radfahren. Auch Wandern genießt, vor allem in älteren Personenkreisen, einen hohen Stellenwert. (Stand: 2005)

Aufgrund seiner Geografie zählt Österreich in zahlreichen Wintersportarten zur Weltspitze, wie etwa in alpinen Ski-Wetbewerben, im Skisprung oder im Snowboarden. Der Wintersport genießt in Österreich einen hohen Stellenwert und dessen Fernsehübertragungen, vor allem jene der Ski-Alpin-Wettbewerbe, erreichen weite Teile der Bevölkerung. Bekannte Ski-Sportler der letzten Jahre sind z.B. Hermann Maier, Renate Götschl, Michaela Dorfmeister, Alexandra Meissnitzer, Benjamin Raich, Michael Walchhofer und Rainer Schönfelder. An erfolgreichen Skifahrern der Vergangenheit wären Toni Sailer, Karl Schranz, Franz Klammer oder Annemarie Moser-Pröll hervorzuheben. So war z.B. TV-Moderator Armin Assinger einst Skirennläufer, auch der Volksmusik-Star Hansi Hinterseer fuhr früher als Profi Slalomhänge hinab.

Weitere erfolgreiche Wintersportler sind beispielsweise der Rodler Markus Prock und das österreichische Skisprung-Team um Andreas Widhölzl, Thomas Morgenstern und Martin Höllwarth, welches in den letzten Jahren zahlreiche Weltcup-Siege für sich verbuchen konnte. Nicht mehr aktive

Skisprung-Größen wie Anton Innauer, Hubert Neuper oder auch Andreas Goldberger sind heute als Trainer, bzw. TV-Co-Moderatoren tätig.

Auch im Sommersport, bzw. ganzjährig ausübbarer Sportarten kann Österreich immer wieder nennenswerte Erfolge für sich verbuchen, doch erreichen diese bis auf den Fußball bei weitem nicht die Reichweite in der Bevölkerung wie der Wintersport. Bei großen Siegen, wie bei den Olympischen Spielen oder Weltmeisterschaften etwa, gelangen diese Sportarten dann dennoch kurzzeitig ins mediale Rampenlicht. Zu nennen wäre diesbezüglich der Segelsport (Roman Hagara, Hans-Peter Steinacher), Judo (Peter Seisenbacher), Schwimmen (Mirna Jukic und Markus Rogan) sowie die Formel 1 (Ex-Rennfahrer Niki Lauda, Jochen Rindt, Gerhard Berger). Im Jahr 2003 holte Werner Schlager den Weltmeistertitel im Tischtennis, 1996 wurde Thomas Muster als erster Österreicher überhaupt Nummer 1 der Tennisweltrangliste, nachdem er ein Jahr zuvor den Grand-Slam-Titel von Paris - die French Open - gewann. Im Dezember 2005 erschwamm Markus Rogan bei der Kurzbahn-Schwimm-EM über 200m Rücken einen neuen Weltrekord, den ersten für Österreich seit 1912. Besonders hervorzuheben für ein Binnenland sind auch die zwei Olympiasiege der Tornadosegler Hagara/Steinacher bei den olympischen Spielen 2000 in Sydney und 2004 in Athen. Auch der Olympiasieg von Christoph Sieber im Windsurfen 2000 in Sydney ist etwas besonderes.

Der Vereinssport besitzt in Österreich einen sehr hohen Stellenwert. In manchen Gemeinden und Städte sind mehr als die Hälfte der Einwohner in Vereinen sportlich aktiv. Vor allem der Fußball besitzt, besonders in Wien, lange Tradition, aber auch weniger bekannte Sportarten stoßen mancherorts auf regen Zulauf. So zählt Österreich beispielsweise im Faustball zur Weltspitze, und manche der an der Donau oder an größeren Seen gelegenen Gemeinden haben eigene Wassersportvereine.

Hypo Niederösterreich zählt im Frauenhandball zur Zeit ebenso zur Weltspitze wie die Chrysler Vienna Vikings im Amateur-Football. Auf internationaler Ebene erregten außerdem vor allem die Erfolge österreichischer Fußballvereine Aufmerksamkeit. Erwähnenswert sind unter anderem deren vier Finalteilnahmen im UEFA-Cup (SV Austria Salzburg 1994), bzw. im Europapokal der Pokalsieger (Austria Wien 1978, Rapid Wien 1985 und 1996) sowie das Jahr 2000, in dem es Sturm Graz als erste österreichische Mannschaft schaffte, in der UEFA Champions League in die zweite Runde aufzusteigen. Rapid Wien spielte in der Saison 2005-2006 als erste österreichische Mannschaft seit Sturm Graz wieder in der UEFA Champions League, konnte aber keine Punkte erringen und schied nach den 6 Gruppenspielen aus.

Österreich war bisher zwei Mal Veranstalter olympischer Spiele (beide Male olympische Winterspiele in Innsbruck, 1964 und 1976). Insgesamt holten österreichische Spitzensportler 24 Gold-, 34 Silber- und 39 Bronzemedailles in der Geschichte olympischer Winterspiele sowie 26 Gold-, 38 Silber- und 40 Bronzemedailles bei olympischen Sommerspielen (Stand: 2005).

Bei den letzten Olympischen Winterspielen 2002 in Salt Lake City gewann das österreichische Team 3 Gold-, 4 Silber- und 10 Bronzemedailles. Bei den Olympischen Sommerspielen 2004 wurden 2 Goldmedaillen (durch Roman Hagara & Hans-Peter Steinacher im Tornado-Segeln sowie Kate Allen im Triathlon), 4 Silber- sowie eine Bronzemedaille erkämpft. (Quelle: ÖOC)

2008 wird Österreich gemeinsam mit der Schweiz Veranstalter der Fußball-Europameisterschaft 2008 sein.

Die höchsten Bauwerke Österreichs sind:

	Bauwerk	Standort	Höhe
1.	Donauturm	Wien	252 m
2.	Millennium Tower	Wien	202 m
3.	Funkturm Arsenal	Wien	155 m
4.	Hochhaus Neue Donau	Wien	150 m
5.	Vienna Twin Towers	Wien	138 m
6.	Stephansdom	Wien	137 m
7.	Neuer Dom	Linz	135 m
8.	Vienna International Centre	Wien	120 m
9.	Herz-Jesu-Kirche	Graz	110 m
10.	Wiener Rathaus	Wien	105 m
11.	Andromeda-Tower	Wien	103,5 m

In der Verfassung ist die Gleichberechtigung von Männern und Frauen geregelt. Die praktische Umsetzung lässt allerdings noch zu wünschen übrig. So nutzen nur 2 von 100 Männern in Österreich die Möglichkeit der Karenz zur Kinderbetreuung. Auch sind in leitenden Positionen zumeist Männer und nur wenige Frauen vertreten.

In fast allen Bereichen ist das Durchschnittsgehalt von Frauen geringer als das Durchschnittsgehalt von Männern. Dies ist einerseits auf eine unvollständige Umsetzung der Gleichbehandlung in der Praxis und andererseits auf die Tatsache, dass viele Frauen einer Teilzeitarbeit nachgehen und dabei kaum Aufstiegschancen wahrnehmen können, zurückzuführen.

Von staatlicher Seite ist zur Zeit ein Hang zur positiven Diskriminierung für Frauen erkennbar. Es wurden zahlreiche Förderungsmaßnahmen für Frauen ins Leben gerufen. Bei der Besetzung von öffentlichen Arbeitsstellen sollen Frauen, bei gleicher Qualifikation, Männern vorgezogen werden. In der Praxis scheinen diese Maßnahmen aber nur wenig Wirkung zu zeigen. Die offiziell gemeldeten Arbeitslosen in Österreich setzten sich 2004 aus 2/3 Männern und nur 1/3 Frauen zusammen, was auch damit zusammenhängen kann, dass Hausfrauen meistens nicht als arbeitslos gemeldet sind.

Fragen:

1. Durch welche kulturelle Bereiche ist Österreich bekannt?
2. Welche berühmtesten Komponisten lebten und wirkten in Österreich?
3. Wer gehört zu den bekanntesten Schriftstellern?
4. Was stellt ein weiteres Mitier dar?

5. Wann nahm Filmindustrie ihren Tiefpunkt und warum?

Aufgaben:

1. Klären Sie den Begriff „Kultur“.
2. Führen Sie ein Gespräch zum „Kulturforum“ in Österreich. Warum wurde Graz 2003 Kulturhauptstadt Europas?
3. Sammeln Sie Materialien von berühmtesten Komponisten und Schriftsteller Österreichs.
4. Nennen Sie den Autor von Hymnus.
5. Welche österreichische Filme sind bekannt? Diskutieren Sie darüber.

Wörterklärung:

1. Der Nobelpreis – von dem schwedischen Chemiker und industriellen A. Nobel bestifteter, jährlich für hervorragende, kulturelle und wissenschaftliche Leistungen verliehener Geldpreis.
2. Erlangen – eine Sache bekommen, erreichen, gewinnen.
3. Moderator – Leiter der Diskussion; Mitarbeiter der argumentierenden Sendungen.

Bildungssystem von Österreich.

Das österreichische Bildungssystem ähnelt stark dem Bildungssystem in der Schweiz und in Deutschland. Ein wesentliches Merkmal des österreichischen Systems ist die vierjährige Primarausbildung, gefolgt von einer Sekundarausbildung, die sich in zwei Abschnitte gliedert.

Die Unterteilung erfolgt nach der ISCED (International Standard Classification of Education) Klassifizierung der UNESCO. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur koordiniert wichtige Aufgaben wie Ausbildung der Lehrer/innen und Erhaltung der Schulen, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung übernimmt die Steuerung des Universitäts- und Hochschulsystems.

Unterrichtssprache in den Hochschulen ist meist Deutsch. Viele Institutionen bieten Lehrveranstaltungen auch in anderen Sprachen an.

Die meisten Universitäten und Fachhochschulen bieten:

- Bachelorstudium: 6-8 Semester
- Masterstudium: 2-4 Semester
- Doktoratsstudium: mind. 6 Semester
- Diplomstudium: 8-10 Semester
- Doktoratsstudium: 4 Semester

Auf oead.at/international-programmes finden Sie weitere Infos.

Vorlesung IV Liechtenstein.



Amtssprache
Hauptstadt
Staats- und Regierungsform
Fürst und Staatsoberhaupt
Amtausübender Stellvertreter
Regierungschef
Fläche
Einwohnerzahl

Deutsch
Vaduz
konstitutionelle Erbmonarchie
Hans-Adam II
Erbprinz Alois
Otmar Hasler
160 qv.km
34 600 (2005)

Geographischer Überblick.

Plan:

1. Liechtenstein-im Herzen Europas.
2. Liechtensteins Nachbarstaaten.
3. Das Klima des Landes.
4. Die Bevölkerung des Landes.

Stichwörter: *Binnenstaat, alpinenregionen, die Gebirgslage, die Gesamtfläche, der Grauspitz, überwiegend, alemannischer Dialekt, die Landessprache.*

Liechtenstein befindet sich im Herzen Europas umgeben von der Schweiz (Kanton St. Gallen) und Österreich (Vorarlberg). Die gesamte westliche Staatsgrenze zur Schweiz entspricht dem Rheinverlauf. Die östliche Staatsgrenze ist geprägt vom Alpen-Hochgebirge, dem Rätikon. Teilweise grenzt das kleine Land hier an die Schweiz (St. Luzisteig, Kanton Graubünden, Gesamtlänge der Grenze: 41,1 km) und an Österreich (Saminatal, Vorarlberg, Gesamtlänge der Grenze: 34,9 km). Der höchste Punkt Liechtensteins ist der Grauspitz mit einer Höhe von 2599 m. Der tiefste Punkt ist das Ruggeller Riet mit einer Höhe von 430 m. Das Land misst an seiner längsten Stelle 24,56 km und an seiner breitesten 12,36 km. Liechtenstein ist ein Binnenstaat zwischen zwei Nachbarbinnenstaaten.

Das Klima des Landes kann trotz der Gebirgslage als mild bezeichnet werden. Es wird stark durch die Einwirkung des Föhns (warmer, trockener Fallwind in den Alpen) geprägt. Er verlängert die Vegetationszeit im Frühling und im Herbst. Die Messungen der jährlichen Niederschlagsmengen ergeben rund 900 bis 1.200 Millimeter. Im Alpengebiet ergeben die Messungen Niederschläge bis zu 1.900 Millimeter. Im Winter sinkt das Thermometer selten unter minus 15 Grad, während im Sommer die mittleren Temperaturen zwischen 20 und 28 Grad schwanken.

Im Gegensatz zu anderen alpinen Regionen ist das Klima in Liechtenstein wegen des Föhns relativ mild. Im Winter wird in der Gebirgsregion um Malbun Wintersport betrieben. Weniger als zwei Drittel der Bevölkerung (65,8%) sind gebürtige Liechtensteiner; die ausländische Bevölkerung kommt mit 20,1% überwiegend aus dem deutschen Sprachraum (10,8% Schweizer, 5,9% Österreicher und 3,4% Deutsche), gefolgt von Italienern (3,3%), Einwohnern des früheren Jugoslawien (3,3%), Türken (2,6%) und anderen (4,8%).

In Liechtenstein wird - wie in der Schweiz (St. Galler Rheintal) und im österreichischen Bundesland Vorarlberg (Vorarlberger Rheintal) - ein alemannischer Dialekt als Variante des Deutschen gesprochen, wobei sich die höchstalemannisch-walserische Mundart von Triesenberg (deren Träger um 1300 im Zuge der Walserwanderung aus dem Kanton Wallis ins Land gekommen waren) bis heute deutlich abhebt von den hochalemannischen Dialekten der altansässigen Bevölkerung, die im Laufe des Mittelalters hier – wie im ganzen unterrätischen Raum – die alte rätoromanische Landessprache zugunsten des Alemannischen aufgegeben hatte. Die alemannischen Dialekte der einzelnen Gemeinden unterscheiden sich teilweise stark. Schrift- und Mediensprache ist Hochdeutsch. Liechtenstein ist der einzige Staat mit Deutsch als alleiniger (anerkannter) Amts- und Landessprache. Im übrigen deutschen Sprachraum sind auch nichtdeutsche Sprachen als Minderheitensprachen anerkannt.

Religionen

Im Juni 2003 gaben 75,7% der Bewohner ihre Religion mit römisch-katholisch an; 7,0% waren evangelisch, 4,2% islamisch, 10,9% machten keine Angaben.

Am 2. Dezember 1997 wurde das Erzbistum Vaduz von Papst Johannes Paul II. errichtet. Die Errichtung des Erzbistums ohne vorhergehende Konsultation oder Information der Regierung hat in Liechtenstein zu kritischen Äusserungen geführt. Engagierte Katholiken gründeten darum Anfang 1998 den Verein für eine offene Kirche.

Die **Katholische Kirche in Liechtenstein** war seit langem ein Teil der Katholischen Kirche in der Schweiz. Erst am 2. Dezember 1997 erhielt das Fürstentum mit Erzbischof Wolfgang Haas, Vaduz ein eigenes Erzbistum. Manche sehen darin die eindeutige Bestrebung der Katholischen Kirche, kirchliche und politische Grenzen auf einen Nenner zu bringen. Allerdings sieht der Erzbischof die Sache etwas

anders. Er plädiert für eine katholische Freikirche in Liechtenstein, so wie es in den USA praktiziert wird.

Vom Bistum Chur (Schweiz) abgetrennt, gab es zu Beginn heftige Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern des päpstlichen Entscheids, auch das Fürstenhaus fühlte sich übergangen. Nach anfänglichen Verwicklungen, wobei die Person des neuen Erzbischofs sicherlich auch eine Rolle spielte, war er als Bischof von Chur bereits umstritten. Trotzdem konnte sich die Diözese recht bald etablieren.

25.362 von 32.863 Einwohnern (77,2%) des kleinen Fürstentums sind katholisch. Sie leben in 11 Pfarreien, welche sich über 160 km² ausdehnen und werden von 19 Diözesan- und 12 Ordenspriestern seelsorglich betreut. Zugleich besitzt das Bistum 66 Ordensschwestern. Der katholische Feiertag Maria Himmelfahrt ist Nationalfeiertag.

Verwaltungsgliederung.

Plan:

1. Verwaltungsgliederung.
2. Die Besonderheiten der Gemeinden.

Stichwörter: Wahlkreise, der Ausgangspunkt, sich weiten, beliebte Souvenirs, die einzige Gebetsstätte, närrische Fasnachtstreiben, das Dorfmuseum.

Liechtenstein gliedert sich in elf Gemeinden, die auf die beiden Wahlkreise Unterland und Oberland verteilt sind:

Balzers

Fläche: 19.6 km²

Einwohner: 4511 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 230 Einwohner pro km²

Man behauptet, dass der "stürmischste Balzner" der Föhn sei. Er ist für vieles verantwortlich: für das Gedeihen der Reben genauso wie für so manche Feuersbrunst.

Historisch und optisch besticht die Burg Gutenberg, um deren Hügel heute Kirche, Schulen und Gemeindehaus angesiedelt sind.

Balzers ist Ausgangspunkt für zahlreiche Wanderungen, auch ins nahe Graubünden.

Eschen-Nendeln

Fläche: 10.3 km²

Einwohner: 4201 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 408 Einwohner pro km²

Am Südhang des Eschnerbergs liegt Eschen und weitet sich bis an den Westabhang der Dreischwesternkette aus, wo der Ortsteil Nendeln liegt.

Nendeln ist Ausgangspunkt für eine kleine Waldwanderung nach Planken. Von Eschen aus führt ein Rundweg zu den prähistorischen Siedlungsplätzen.

Die Keramik Werkstatt Schaedler in Nendeln gehört zu den ältesten Gewerbebetrieben des Landes. Ihre Produkte sind beliebte Souvenirs für Gäste aus aller Welt.

Gamprin-Bendern

Fläche: 6.1 km²

Einwohner: 1583 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 260 Einwohner pro km²

Eingebettet in die Hügellandschaft westlich des Eschnerbergs finden sich in Gamprin-Bendern hier und da geschichtsträchtige Orte sowie ruhige Plätze unberührter Natur.

Das "Lotzagüetle" ist eine historische Besonderheit des Weilers Gamprin. Der Fundort belegt eine Besiedelung bis in die jungsteinzeitliche "Pyfner-Zeit", etwa 4000 vor Chr.

Blickfang des Weilers Bendern ist ein kleiner Hügel mit Pfarrhaus. Hier oben schworen am 16. März 1699 die Männer des Liechtensteiner Unterlandes erstmals dem Fürsten von Liechtenstein die Treue. Eine Mariengrotte am Westhang des Kirchhügels ist die einzige Gebetsstätte dieser Art in der Region.

Mauren-Schaanwald

Fläche: 7.5 km²

Einwohner: 3884 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 518 Einwohner pro km²

Das Dorf der sieben Hügel, die als Schutt- und Geröllhalden vom letzten Gletscher am Ostfuss des Eschnerbergs gebildet wurden. Dank der privilegierten Lage bietet Mauren einen herrlichen Blick in alle Richtungen.

Von Mauren aus ist man zu Fuss in einer halben Stunde bei der Burgruine Schellenberg.

Die Freizeitanlage Weierring mit einem Pavillon für verschiedene Anlässe, einer Halfpipe- und Beach-Volleyballanlage ist zum beliebten Treffpunkt für Jung und Alt geworden.

Auch für Naturfreunde gibt es mit dem Naturschutzgebiet und dem Vogelparadies Birka im Maurer Riet eine besondere Naturoase.

Sehenswert ist auch die neu renovierte Pfarrkirche mit den unter der Kirche befindlichen Ausgrabungen. Sie belegen, dass hier schon vor vielen hundert Jahren Menschen das Dorf bewohnten.

Planken

Fläche: 5.3 km²

Einwohner: 422 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 79.6 Einwohner pro km²

Planken ist mit rund 360 Einwohnern die kleinste Gemeinde in Liechtenstein. Sie liegt an traumhafter Lage auf einer sonnigen Gebirgsterrasse hoch über dem Rheintal und am Fusse des Dreischwestern-Gebirgsmassivs.

Jedem Besucher bietet sich ein imposanter Blick auf die ganze Rheinebene sowie in die Schweizer Bergwelt, vom Pizol bis zum naheliegenden Bodensee.

Planken ist, wie übrigens auch Triesenberg, eine Walsergemeinde. Die Nachkommen der im 13. Jahrhundert eingewanderten Walliser Bergbauern erarbeiteten sich während Jahrhunderten ihr tägliches Brot im Existenzkampf mit der Natur.

Planken ist Ausgangspunkt für zahlreiche Spaziergänge und Wanderungen, die durch schöne Wälder bis hoch hinauf zum Dreischwestern-Massiv führen.

Ruggell

Fläche: 7.38 km²

Einwohner: 1966 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 266 Einwohner pro km²

Im Norden des Ortes breitet sich eine Fläche von rund 90 Hektaren aus, die zum Naturschutzgebiet erhoben wurde. Im so genannten Ruggeller Riet erleben Sie eine unglaubliche Pflanzenvielfalt.

Gefährdete Tierarten wie der sehr selten gewordene Tagfalter oder der Grosse Brachvogel finden dort ideale Plätze zum Überleben. Ein Naturereignis ist die Zeit der Lilienblüte anfangs Juni.

Auch der kürzlich renaturierte Auslauf des Binnenkanals in den Alpenrhein zieht viele Naturfreunde an.

Schaan

Fläche: 26.8 km²

Einwohner: 5788 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 216 Einwohner pro km²

Die einwohnermässig grösste Gemeinde des Landes bildet die "Grenze" zwischen Ober- und Unterland. Schaan wird von der Pfarrkirche St. Laurentius dominiert, die von weitem sichtbar ist.

Kunst und Kultur haben in Schaan einen hohen Stellenwert. Als Standort des Theaters am Kirchplatz (TaK) wurde Schaan weit über die Grenzen hinaus bekannt. Das Dorfmuseum (DoMuS) bietet einen interessanten Einblick in die Geschichte der Gemeinde und zeigt in Wechselausstellungen Werke einheimischer Künstlerinnen und Künstler.

Als Hochburg närrischen Fasnachtstreibens (Monsterkonzert, Umzug, Strassenfasnacht) hat sich Schaan einen Namen gemacht und zieht zur närrischen Zeit alljährlich Einheimische und Gäste magisch an.

Schellenberg

Fläche: 3.5 km²

Einwohner: 1018 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 291 Einwohner pro km²

Mit dem Namen der etwas höher gelegenen Gemeinde Schellenberg ist der Beginn der Geschichte des heutigen Fürstentums verknüpft: Im Jahre 1699 kaufte Fürst Johann Adam Andreas von Liechtenstein die Herrschaft Schellenberg, die aber das ganze heutige liechtensteinische Unterland umfasste. 13 Jahre später kaufte der Fürst dazu die Grafschaft Vaduz, das heutige Oberland.

1719 wurden Vaduz und Schellenberg schliesslich zusammen zum Reichsfürstentum Liechtenstein erhoben.

Die Gemeinde Schellenberg ist mit 355 Hektaren die flächenmässig kleinste Gemeinde im Fürstentum Liechtenstein. Sie zählt rund 950 Einwohner und liegt etwa 700 m ü.M. Schellenberg ist ein landschaftlich sehr reizvolles, durch Wälder reich gegliedertes Hügelland mit schönen Ausblicken auf die umliegenden liechtensteinischen, österreichischen und schweizerischen Alpenketten. Drei gut geführte Gasthäuser bieten dem Wanderer eine reiche Palette an kulinarischen Köstlichkeiten.

Triesen

Fläche: 26.4 km²

Einwohner: 4806 (31. Dezember 2009)[1]

Bevölkerungsdichte: 182 Einwohner pro km²

Triesen, die drittgrösste Gemeinde des Landes, ist das südliche Nachbardorf von Vaduz und liegt zwischen dem Rhein und der liechtensteinischen Bergwelt in einer wundervollen Landschaft.

Der romantische Dorfkern mit alten Häusern, flankiert von Rebbergen und zwei stilvollen Kapellen, kündigt von der jahrhundertlangen Geschichte des Ortes. Vom Aufbruch in die Moderne hingegen zeugt die denkmalgeschützte Anlage einer im Jahre 1863 erbauten Weberei. Zusammen prägen sie das Nebeneinander von Alt und Neu. Das Triesener Oberdorf zählt zu den schönsten alten Dorfbildern Liechtensteins.

Auf einer ausgiebigen Rundwanderung erschliesst sich dem Neugierigen ein Dorf in idyllischer Landschaft und mit weitreichenden Ausblicken.

Triesenberg

Fläche: 29.8 km²

Einwohner: 2511 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 84.3 Einwohner pro km²

Es waren einwandernde Walser, die 1280 diese Siedlung gegründet haben. Die Geschichte der Walser ist im Heimatmuseum Triesenberg dokumentiert. Die Einheimischen haben sich die Eigenart des Walserdialekts bis heute bewahrt.

Die Wintersportorte Steg und Malbun gehören zur Gemeinde Triesenberg. Das Feriengebiet entwickelt sich auch immer mehr zur Sommerdestination für Familien und ist beliebter Ausgangspunkt für Wanderungen im Berggebiet.

In Triesenberg geniesst man den weiten Blick ins Rheintal und zu den Ostschweizer Alpen.

Vaduz

Fläche: 17.3 km²

Einwohner: 5204 (31. Dezember 2009)

Bevölkerungsdichte: 301 Einwohner pro km²

Mit Sitz des Fürstenhauses, der Regierung und des Parlaments ist Vaduz der Hauptort Liechtensteins, der sich immer mehr zum Zentrum der Region entwickelt. Der lebhafte Hauptort mit der Kultur- und Flaniermeile lädt zum Verweilen ein und bietet eine Vielzahl kultureller Attraktionen.

Das Kunstmuseum Liechtenstein, das Landesmuseum, attraktive Geschäfte, Kino, Galerien und die vielen kulinarischen Ecken in der Fussgängerzone von Vaduz bündeln Charme und Attraktivität eines Aufenthalts im Hauptort Liechtensteins. Tennishalle und Squashcenter, Minigolfanlage und ein modernes Fussballstadion bieten unseren Gästen eine willkommene Abwechslung.

Vorlesung XV Geschichte von Liechtenstein.

Plan:

1. Das Fürstentum – aus dem Erwerb der Herrschaft Schellenberg.
2. Liechtenstein – als souveräner Staat.
3. Liechtenstein – Mitglied des EWRs.

Stichwörter: *Die Herrschaft Schellenberg, die Grafschaft Vaduz, die Burg Liechtenstein, der Rheinbund, Erbprinz Alois von Liechtenstein.*

Das Fürstentum ist hervorgegangen aus dem Erwerb der Herrschaft Schellenberg (1699) und der Grafschaft Vaduz (1712) durch die Fürsten von Liechtenstein. Die Familie Liechtenstein lässt sich bis in das 12. Jahrhundert nachweisen, sie war in Niederösterreich ansässig; ihr Name leitet sich von der Burg Liechtenstein bei Mödling vor Wien ab. Erst 1938 wurde Schloss Vaduz ständige Residenz. Kaiser Karl VI. Des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation erhob die Grafschaften 1719 zum reichsunmittelbaren Fürstentum im Besitz und mit Namen der Fürsten von Liechtenstein.

Nach dem Ende des mittelalterlichen deutschen Reiches 1806 wurde das Fürstentum Liechtenstein als souveräner Staat in den Rheinbund aufgenommen und war ab 1815 Mitglied im Deutschen Bund. Nach dessen Auflösung 1866 blieb es ein unabhängiger, neutraler Staat. Bis zum 1. Weltkrieg war Liechtenstein über ein Zweckbündnis stark mit dem Kaiserreich Österreich-Ungarn verbunden. Nach dessen Auflösung und Aufteilung in mehrere Einzelstaaten verbündete sich Liechtenstein mit der Schweiz, übernahm den Schweizer Franken als Währung und ging eine Zollunion ein. Mit der Verfassung aus dem Jahr 1921 wurde das Fürstentum Liechtenstein eine konstitutionelle Monarchie mit demokratisch-parlamentarischer Regierungsform. Vom zweiten Weltkrieg blieb es – wie die Schweiz – wegen seiner politischen Neutralität verschont. Liechtenstein erlebte danach – begünstigt durch den Zollvertrag mit der Schweiz, niedrige Steuern und die Neutralitätspolitik – einen

wirtschaftlichen Aufschwung. Erst 1984 wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. 1990 trat der kleine Staat als Vollmitglied der UNO bei.

Seit dem 1. Mai 1995 ist Liechtenstein Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Diese Mitgliedschaft wird als wesentlich für die Entwicklung des liechtensteinischen Finanzplatzes gesehen. 2003 trat nach heftigen Kontroversen eine vom Volk bestätigte neue Verfassung in Kraft, welche die Volksrechte, aber auch die fürstlichen Rechte stark ausbaute.

Am 15. August 2004 hat Fürst Hans-Adam II. Seinen Sohn und Erbprinzip Alois von Liechtenstein zu seinem Stellvertreter ernannt und ihn mit der Ausübung der dem Fürsten zustehenden Hoheitsrechte betraut. Der Fürstentitel wird allerdings erst nach dem Tod Hans-Adams auf seinen Sohn übergehen.

Fragen:

1. Wie ist die Verwaltungsgliederung in Liechtenstein?
2. Welche Besonderheiten haben diese Gemeinden?
3. Wodurch unterscheiden sich die Verwaltungsgliederung in Liechtenstein?

Aufgaben:

1. Zeigen Sie an der Karte die Gemeinden in Liechtenstein.
2. Vergleichen Sie die Größe der Gemeinden mit Wilajaten in Usbekistan.

Vorlesung XVI

Staatlicher Aufbau.

Plan:

1. Die Flagge und das Staatswappen Liechtensteins.
2. Geographie und das Klima des Landes.
3. Geschichte-Liechtenstein.
4. Politik des Landes.
5. Schulsystem Liechtensteins.
6. Verwaltungsgliedern.
7. Wirtschaft, Kultur und Sport von Liechtenstein.

Stichwörter:

Das Fürstentum, die Flagge und Staatswappen, der Grauspitz, der Binnenstaat, die Vegetationszeit, Schrift- und Mediensprache, Erzbistum, die Grafschaft, die Herrschaft, nachweisen, Erbprinz Alois, der Fürstentitel, der Regierungschef, der Landtag, eine konstitutionelle Erbmonarchie, die BMS, sich etablieren, Bankenwesen.

Das **Fürstentum Liechtenstein** ist ein souveräner Staat in Mitteleuropa zwischen Österreich und der Schweiz am Ostufer des Rheins.

Die **Flagge Liechtensteins** besteht aus zwei gleich großen, horizontalen Streifen: oben blau und unten rot. In dem blauen Streifen ist links ein goldener kronenähnlicher Fürstenhut dargestellt. Die Farben haben vermutlich ihren Ursprung in den Farben der Dienstkleidung am Liechtensteiner Fürstenhof des

18. Jahrhunderts. Der Fürstenhut wurde erst 1936 hinzugefügt, da das Liechtensteiner Team bei den Olympischen Sommerspielen 1936 sah, dass die Flagge ansonsten identisch mit der Flagge Haitis war. Die Darstellung des Fürstenhutes wurde 1982 leicht modifiziert.

Das Wappen des regierenden Fürstenhauses Liechtenstein ist zugleich das große Staatswappen des Fürstentums. Das Wappen besteht aus sechs Wappenschildern. Das Schild ist umgeben von einem mit dem Fürstenhut gekrönten Fürstenmantel (sogenannter Wappenmantel), von Purpur und innen mit Hermelin gefüttert.

Das kleine **Staatswappen Liechtensteins** ist das von *Gold* und *Rot* geteilte Stammwappen des Fürstenhauses unterhalb des Fürstenhutes. Es bildet den Herzschild des großen Staatswappens.

Liechtenstein ist eine konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage. Der aktuelle Regent Liechtensteins ist seit 1989 Fürst Hans Adam II. von und zu Liechtenstein. Die Staatsgeschäfte obliegen seit August 2004 dem Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein.

Die Legislative liegt beim Landesfürsten und dem Liechtensteinischen Landtag, bestehend aus 25 Abgeordneten, die nach dem Verhältniswahlrecht für vier Jahre vom Volk gewählt werden. In der Legislative sind folgende Parteien vertreten: Vaterländische Union (VU), Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein (FBP) und die Freie Liste (FL). Jedes Gesetz muss vom Landesfürsten sanktioniert werden. Wenn die Sanktion nicht innerhalb von 6 Monaten erfolgt, gilt sie als verweigert (Artikel 65 der liechtensteinischen Verfassung).

Die Exekutive bilden der Regierungschef – momentan Otmar Hasler (Ressorts Präsidium, Finanzen, Bauwesen) – und vier Regierungsräte. Auf Vorschlag des Landtages werden sie vom Landesfürsten ernannt. Seit der umstrittenen Verfassungsänderung vom 16. März 2003 kann der Landesfürst die Regierung jederzeit und ohne Angabe von Gründen entlassen (Artikel 80 der liechtensteinischen Verfassung) – damit ist er (nach dem Papst) einer der (innenpolitisch) mächtigsten Monarchen Europas. Dafür hat das Volk die Möglichkeit mittels einer Verfassungsinitiative die Monarchie abzuschaffen (Artikel 13 der liechtensteinischen Verfassung). Die einzelnen Gemeinden von Liechtenstein können überdies bei Mehrheit innerhalb der Gemeinde den Staatenbund verlassen (Artikel 4 der liechtensteinischen Verfassung).

In Krisenzeiten kann der Fürst sich auf ein Notrecht berufen (Artikel 10 der liechtensteinischen Verfassung).

Regierungsräte sind zur Zeit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschüscher (Ressorts Wirtschaft, Justiz, Sport), Rita Kieber-Beck (Ressorts Äusseres, Kultur, Familie und Chancengleichheit), Hugo Quaderer (Ressorts Bildungswesen, Soziales sowie Umwelt-, Raum, Land- und Waldwirtschaft) und Dr. Martin Meyer (Ressort Inneres, Gesundheit, Verkehr und Kommunikation).

Die Judikative bildet ein mit fünf Richtern besetzter Oberster Gerichtshof; die Richter werden von einem Gremium mit dem Fürsten als Vorsitz bestellt (Artikel 95 ff.).

Die aussenpolitischen Interessen Liechtensteins werden zumeist von der Schweiz wahrgenommen; liechtensteinische Botschaften existieren in Bern, Berlin, Brüssel, Washington, New York (UNO) und Wien.

Das Fürstentum hat seit der Abschaffung des Militärs 1868 keine eigene Armee mehr, jedoch ist in der Verfassung die allgemeine Wehrpflicht verankert.

Wirtschaft von Liechtenstein.

Der größte Teil des liechtensteinischen Bruttoinlandsprodukts wird in der Industrie erwirtschaftet. Die Industrie konzentriert sich auf die Erzeugung hochwertiger Spezialprodukte. Haupthandelspartner sind die USA gefolgt von der EU und der Schweiz. Des weiteren ist der Finanzsektor von Bedeutung. Mit der industriellen Entwicklung etablierte sich in Liechtenstein aber auch ein starkes Bankenwesen, welches allerdings bei den Justizbehörden der Hochsteuerländer der Europäischen Union im Ruf steht, in erster Linie der Geldwäsche zu dienen. Heute beschäftigen die fünf grössten Banken Liechtensteins rund 1.400 Angestellte und weisen zusammen eine Bilanzsumme von über 30 Milliarden Franken auf. Viele internationale Banken haben Niederlassungen in Liechtenstein. Die LGT Bank ist im Besitz der Fürstenfamilie. Wie in der Schweiz gilt auch in Liechtenstein das Bankgeheimnis. Das BIP betrug 2001 4,2 Mrd. Franken. Das sind pro Kopf 120.000 Franken (80.000 Euro).

Im Industriesektor sind die bekanntesten Unternehmen die Hilti AG (Bohrtechnik, Bauausrüstungen), Ivoclar Vivadent AG (Zahntechnik), ThyssenKrupp Presta AG (Automobilzulieferer), Hoval AG (Heiz- und Lüftungsgeräte), die Ospelt Gruppe (Lebensmittel) und die Hilcona AG (Lebensmittel) und Neutrik AG (Elektrotechnik) in Schaan sowie die Unaxis in Balzers (Elektronikbereich).

Der Schweizer Franken ist die offizielle liechtensteinische Währung. Gelegentlich prägt Liechtenstein auch eigene Münzen (ausschliesslich zu besonderen Zwecken).

Schulsystem Liechtensteins.

Das **Liechtensteiner Schulsystem** ist ganz ähnlich aufgebaut wie das Schulsystem in der Schweiz, so dass dortige Beschreibungen auch in Liechtenstein weitgehend gültig sind.

In der PISA-Studie 2003 belegte Liechtenstein in Mathematik, Lesefähigkeit und Naturwissenschaften den Platz fünf und führt somit im deutschen Sprachraum.

Zusammenfassung

Alter	Schule
5-6	Vorschule
7-11	Primarstufe
12-15	Sekundarstufe ¹

15-19	Weiterführende Schulen
ab 19	Studium

¹Nach Abschluss der Sekundarschule: Ende des Schulobligatoriums

Grundstufe und Weiterführende Schulen

Alter	Tiefes Niveau	Durchschnittliches Niveau	Höheres Niveau (Begabte)
5-6 Vorschule	Kindergarten ¹ Dauer: 2 Jahre		
7-11 Primarstufe	Primarschule Dauer: 5 Jahre		
12-15 Sekundarstufe	Oberschule Dauer: 4 Jahre	Realschule Dauer: 4 Jahre	Gymnasium Unterstufe Dauer: 3 Jahre
16-19 Weiterführende Schulen	Anlehre	Lehre (Schule im Ausland)	Lehre mit BMS (im Ausland) Fachschulen (im Ausland) Gymnasium Oberstufe

¹ Kindergarten für Kinder deutscher Muttersprache freiwillig. Für fremdsprachige Kinder ist das zweite Jahr obligatorisch.

Weiterführende Schulen und Studium

In den meisten Fachrichtungen muss das Studium im Ausland gemacht werden. Liechtenstein selbst bietet das Liechtensteinische Gymnasium, die Berufsmittelschule (Berufsbegleitende BMS nach Lehrabschluss) sowie die Hochschule Liechtenstein an.

Die Lehre, die BMS wie auch höhere Schulen werden - falls es das Angebot im Land nicht gibt - meistens im Kanton St. Gallen in der Schweiz absolviert.

Lehre	Lehre mit BMS	Gymnasium
Lehre 3-4 Jahre	Lehre mit BMS 3-4 Jahre	Gymnasium 4 Jahre
Höhere Fachschule (HF) ¹	Fachhochschule (FH) ¹ 3-4 Jahre	Universität/Seminare ¹² ca. 4 Jahre

Infrastruktur. Das gut ausgebaute Strassennetz umfasst 140 Kilometer. Es existiert keine Autobahn. Die Strassenverkehrsregeln wie auch die Beschilderung entsprechen von einigen Ausnahmen abgesehen – der Schweizer Norm. Die Ausnahmen betreffen unter anderem den Alkoholgrenzwert am Steuer von 0,8 Promille (in der Schweiz 0,5 Promille) wie auch die explizite Angabe der Höchstgeschwindigkeit ausserorts (Tafel "80 km/h" statt wie in der Schweiz "Ende 50 km/h generell"). Die Eisenbahn, die Liechtenstein auf 9,5 km von Buchs nach Feldkirch durchquert, wird von den Österreichischen Bundesbahnen betreut. Der *Liechtenstein Bus* (LBA), eine unselbständige öffentliche Anstalt und eine Tochter des Schweizer *Postautos*, verbindet die Liechtensteiner Gemeinden

untereinander. Die Busgesellschaft fährt auch die Schweizer Gemeinden Sargans, Buchs und Sevelen an.

Das Fürstentum ist zwar postalisch mit der Schweiz vernetzt, gibt aber eigene Briefmarken heraus und hat seit einigen Jahren eine eigene Telefonvorwahl (+423). (siehe auch Postgeschichte und Briefmarken von Liechtenstein)

In Liechtenstein gibt es über 19.000 Telefonanschlüsse, ca. 12.000 Mobiltelefone und ca. 20.000 Internetnutzer.

Die Autokontrollschilder sind von den Schrifttypen und der Anordnung her im Schweizer Design gehalten. Wie die Schweizer Militärkennzeichen führen die Liechtensteiner Schilder weisse Zeichen auf schwarzem Grund. Statt *M* und Schweizerkreuz führen sie *FL* und das Landeswappen gefolgt von bis zu 5 Ziffern.

Am 1. Januar 2001 wurde die Mautpflicht für LKWs (Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA) auf allen Strassen des Landes eingeführt. Sie soll der Finanzierung der Verkehrsausgaben und der Verringerung des Strassenverkehrs und somit dem Umweltschutz dienen

Für ein so kleines Land verfügt das Fürstentum über eine erstaunliche Anzahl an künstlerischen und kulturellen Aktivitäten und Vereinigungen, zudem über eine blühende Jugendkultur (beispielsweise eine Reihe hochwertiger und auch überregional recht bekannter Rock- und Popbands). Zahlreiche Vereine profilieren sich als Träger lokaler Kulturereignisse. In Liechtenstein gibt es neben verschiedenen kulturellen Einrichtungen ein neu gebautes und konzipiertes Landesmuseum (eröffnet November 2003), Kunstmuseum, Skimuseum, Postmuseum, mehrere moderne Ortsmuseen und im Ort Schaan das Theater am Kirchplatz. Seit Oktober 2003 gibt es in Vaduz das Kleintheater *Schlösslekeller*. Im Bereich Bildende Kunst sind unter anderem zu erwähnen der Bildhauer *Georg Malin*, der Maler *Bruno Kaufmann*, der Maler *Martin Frommelt* aus Schaan sowie die Vaduzer Künstlerin *Regina Marxer*.

Die Liechtensteiner Fussballvereine nehmen am Spielbetrieb des Schweizer Fussballverbandes teil. Den Cup jedoch führen die Liechtensteiner unter eigener Regie, so dass jedes Jahr eine liechtensteinische Mannschaft am UEFA-Cup teilnehmen kann. Diese Ehre erhält meistens der Cup-Seriensieger FC Vaduz, der in der zweithöchsten Schweizer Liga zu den besten Teams gehört und auch schon Barrage-Spiele bestritt.

Der grösste Erfolg im liechtensteinischen Vereinsfussball war 1996, als die Amateure des FC Vaduz, damals noch in der 1. Liga des SFV (dritthöchste Liga), den lettischen Gegner *FC Universitate Riga* (1:1, 4:2) im Pokal der Pokalsieger bezwangen. Sie scheiterten jedoch anschliessend gegen den lukrativen Gegner Paris St. Germain (0:4, 0:3).

Die Fussballnationalmannschaft Liechtensteins nimmt an WM- und EM-Qualifikationen teil. Der grösste Erfolg war das 4:0 gegen Luxemburg an der WM-Qualifikation 2006 am 13. Oktober 2004;

erst vier Tage zuvor hatte Liechtenstein ein sensationelles 2:2 gegen den gegenwärtigen Vizeeuropameister Portugal erreicht. Bekanntester Spieler der Nationalmannschaft ist Mario Frick (Ternana Calcio), der als erster Liechtensteiner in der italienischen Serie A debütierte (26. August 2001), in welcher er sieben Tore für Hellas Verona realisierte.

FC Vaduz und Nationalmannschaft bestreiten ihre Heimspiele im Rheinpark Stadion in Vaduz, dem 1998 eröffneten Nationalstadion des Fürstentums.

Im Ski Alpin hat Liechtenstein einige Erfolge vorzuweisen. Der Höhepunkt war – abgesehen von diversen Weltcup-Siegen –, als die Liechtensteinerin Hanni Wenzel zwei Goldmedaillen bei den Olympischen Spielen im Winter 1980 gewann. Zur Zeit ist Marco Büchel der bekannteste und erfolgreichste Skifahrer des Landes.

Fragen:

1. Liechtenstein hat eine Fläche von 160 km². Wieviel mal größer oder kleiner ist Ihr Land?
2. Welche Nachbarn hat Liechtenstein?
3. Welche Währung hat Liechtenstein?
4. Wie ist Staats- und Regierungsform?
5. Wer ist Staatsoberhaupt in Liechtenstein?
6. Worauf beruht das Fürstentum Liechtenstein?
7. Wie ist die Landesflagge und was gilt als Staatswappen?
8. Ab wann sind die Landesangehörigen wahlberechtigt?
9. Wie ist das Schulsystem?

Aufgaben:

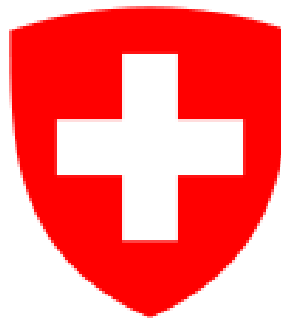
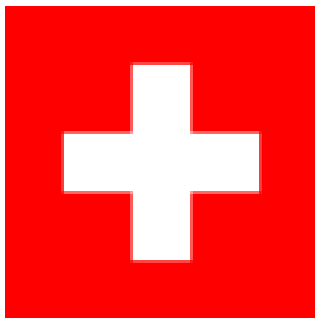
1. Sammeln Sie Materialien von Komponisten Joseph Gabriel Rheinberger und erzählen Sie von seinem Lebenslauf.
2. Was gehört zur liechtensteinischen Identität? Sprechen Sie über Brauchtum in Liechtenstein. Vergleichen Sie die Bräuche in DACH-Ländern.
3. Teilen Sie mit über die Bedeutung der Briefmarken für Liechtenstein.
4. Recherchieren Sie zum Thema „Print-Medien“ in Liechtenstein. Schreiben Sie die Namen der Tages- und Wochenzeitungen in Liechtenstein.

Wortklärung

1. Fürst (m) – Titel für einen Angehörigen des hohen Adels nach dem Kaiser.
2. Bistum (n) – Katholische Kirche; Verwaltungsbereich eines Bischofs.
3. Bischof (m) – Leitender Geistlicher in christlichen Kirchen; Leiter eines Bistums, der vom Papst ernannt wird.
4. Erzbischof (m) – Katholische Kirche
5. Konstitutionelle Monarchie – Staat mit der Staatsform der Monarchie

6. Monarch (m) – fürstlicher Alleinherrscher, gekröntes Staatsoberhaupt (durch Wahl oder Erbenspruch)

Vorlesung XVI DIE SCHWEIZ.



Landesfläche	41 293 qv.km
Einwohner	7,3 Mlo.
Hauptstadt	Bern
Sprachen	Deutsch, Französisch, Italeinisch, Rätoromanisch
Währung	Schweizer Franken
Gliederung	26 Kantone
Staatsform	Parlamentarische Bundesrepublik
Regierung	Bundesstadt aus 7 gleichberechtigten Mitgliedern

Geographischer Überblick.

Plan:

1. Nachbarstaaten von der Schweiz.
2. Landschaften der Schweiz.
3. Die Quellen Europas.
4. Die Städte der Schweiz .

Stichwörter: *große Vielfalt, der Jura, die zentrale europäische Verbindung, aufeinander treffen, regionale und geographische Unterschiede, das Wasserschloss, die Bergsteiger.*

Die Schweiz liegt zwar geografisch nicht genau mitten in Europa, spielt jedoch mindestens in verkehrstechnischer Hinsicht eine zentrale Rolle: durch die Alpen führt die zentrale europäische Verbindung von Norden nach Süden.

Ausserdem grenzt die Schweiz im Norden an Deutschland, im Osten an Österreich und das Fürstentum Liechtenstein, im Westen an Frankreich und im Süden an Italien. Auf diese Weise treffen in der Schweiz drei große europäische Kulturen aufeinander, nämlich die deutsche, die französische und die italienische.

Die Schweiz weist in geografischer Hinsicht eine große Vielfalt auf. Der Jura, das Mittelland und die Alpen bilden die drei geografischen Hauptregionen des Landes.

Im Durchschnitt ist die kleine Schweiz sehr dicht bevölkert (183 Menschen pro Quadratkilometer), auch wenn es große regionale und geografische Unterschiede gibt.

Auch betreffend Wetter und Klima ist die Schweiz sehr abwechslungsreich: je nach geografischer Lage innerhalb des Landes kann man, je nach Jahreszeit, sowohl sibirische Temperaturen als auch Mittelmeerstimmung erleben.

Die Fläche der Schweiz beträgt 41'285 Quadratkilometer. Der Jura, das Mittelland und die Alpen sind die drei geografischen Hauptregionen des Landes. Die Schweiz ist sehr dicht bevölkert: im Durchschnitt leben auf einem Quadratkilometer 183 Menschen. Je nach Region gibt es jedoch große Unterschiede: so leben z.B. in den Alpen, die flächenmässig einen großen Teil des Landes abdecken, nur gerade 10% der gesamten Bevölkerung.

Es gibt in der Schweiz nichts, was man nicht auch in andern Ländern sehen kann. Finnland hat mehr Seen, die Gletscher in Island sind größer, die Berge in Nepal höher, in Italien sieht man mehr Aprikosenbäume. Aber in der Schweiz liegt das alles nah zusammen. Auf einer Bahnfahrt von 2 bis 3 Stunden sieht man ganz unterschiedliche Landschaften.

Zwei Drittel der Bevölkerung lebt im Mittelland zwischen Genfersee und Bodensee auf 30 Prozent der Landesfläche. Auf 1 km² leben 450 Personen. Nur wenige Regionen in Europa sind dichter besiedelt. Die dichte Besiedlung und die Konzentration der Wirtschaft auf das Mittelland (30 Prozent der Landesfläche) führt dazu, dass immer mehr Kulturland verloren geht. Seit den 80-er Jahren verschwand jede Sekunde 1m² Boden unter Beton, Stein und Kunststoff. Drei Viertel der Bäche sind verbaut. 90 Prozent der Sumpfgebiete sind trocken gelegt.

Der Jura, ein flacher Gebirgsbogen aus Kalkstein vom Genfersee bis zum Rhein umfasst etwa 12 Prozent der Landesfläche. Auf einer Durchschnittshöhe von 700 Metern über Meer liegen landschaftlich reizvolle Hochebenen, durchbrochen von querliegenden Flusstälern.

Im Jura wurden viele Fossilien und Dinosaurierspuren gefunden. Der Name des Jurazeitalters stammt denn auch aus dieser Gegend: die Felsen des Jura bildeten sich vor etwa 200 Millionen Jahren. Felsen aus der Jurazeit wurden auch in anderen Ländern gefunden, die Felsen im Schweizer Jura waren

jedoch die ersten, die Ende des 18. Jahrhunderts wissenschaftlich erforscht wurden.

Die Durchschnittshöhe der Alpen beträgt 1700 m. Die Alpen bestimmen Klima und Vegetation und sie sind die kontinentale Wasserscheide. Die Alpen tragen viel zur Identität der Schweiz bei, wirtschaftlich konzentriert sich die Schweiz aber auf das Mittelland.

Es gibt keine riesigen Waldgebiete, aber es gibt auch keine Gebiete ohne Wald. Laubwald (Buchen, Eichen) wächst bis etwa 1300 Meter, Nadelwald (Tannen, Föhren, Fichten) bis etwa 1900 Meter.

Kastanienwälder gibt es nur auf der Alpensüdseite. Auch die Wälder sind gut mit Strassen erschlossen und gepflegt. Man darf keine Bäume fällen, ohne neue zu pflanzen.

Die Schweiz wird das Wasserschloss Europas genannt. Sechs Prozent der Süßwasservorräte von ganz Europa lagern hier, der Rhein entspringt hier, die Rhône, der Inn. Das Wasser fließt in die Nordsee, ins Mittelmeer, ins Schwarze Meer. Es gibt über 1500 Seen.

Das Wasser wird über gehalten. 95 Prozent der Haushalte sind an Kläranlagen angeschlossen.

Das Wasser ist der einzige Rohstoff des Landes. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Wasserkraft an der gesamten schweizerischen Elektrizitätsproduktion 58 Prozent. Die mächtige Grande Dixence ist mit 285 Metern der höchste Staudamm der Welt.

Die bekanntesten und höchsten Schweizer Berge liegen in den Alpen. Etwas weniger hoch sind die Berge des Jura, der vor allem durch zahlreiche Dinosaurierfunde berühmt geworden und nach dem die mittlere Periode des Erdmittelalters benannt ist.

Die durchschnittliche Höhe der Schweizer Alpen beträgt 1'700 Meter, die Schneegrenze liegt auf 2'500 Metern. Es gibt 1'800 Gletscher und 48 Berge, die 4'000 Meter oder höher sind.

In einem Land, das von Menschen bewohnt wird, die stolz auf ihre kontrollierbare Ordnung und Sauberkeit sind, bilden die Berge mit ihren Rissen, ihren Abgründen und dem unvorhersehbaren Wetter einen krassen Gegensatz.

Das Verhältnis der Menschen zu den Bergen hat sich über die Jahrhunderte verändert. Im Mittelalter nahm man an, dass sie von bösen Geistern bewohnt würden. Im 18. Jhd. begannen sich Wissenschaftler für die Berge zu interessieren und kurze Zeit später begannen sich - beeinflusst vom Zeitalter der Romantik - auch Künstler und Schriftsteller mit den Bergen zu beschäftigen und vor allem deren Schönheit zu preisen. Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wurden die Berge immer mehr zu einer Herausforderung für einheimische und ausländische Bergsteiger. Heute sind die Berge für den Tourismus eine der wichtigsten Einnahmequellen.

Fragen:

1. Wo liegt die Schweiz?
2. Welche Staatsform hat die Schweiz?
3. Wo liegt das Mittelland?
4. Was ist der Jura?

5. Welche Städte gibt es in der Schweiz?

Aufgaben:

1. Sprechen Sie über die Besonderheiten der Landschaften in der Schweiz.
2. Nennen Sie die größten Städte der Schweiz.

Kantone Schweiz

Aargau

Landesfläche	1404 km (Rang 10/CH)
Einwohner	540209 (Rang 4/CH)
Hauptstadt	Aarau (15600 E)
Amtssprache	Deutsch

Appenzell-Außerrhoden

Landesfläche	243 km (Rang 23/CH)
Einwohner	53700 (Rang 21/CH)
Hauptstadt	Herisau (15900 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch

Appenzell-Innerrhoden

Landesfläche	172 km (Rang 25/CH)
Einwohner	19400 (Rang 26/CH)
Hauptstadt	Appenzell (5630 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch
Regierungschef	Carlo Schmid-Sutter (CVP), 1950

Bazell-Landschaft

Landesfläche	518 km (Rang 18/CH)
Einwohner	258500 (Rang 10/CH)
Hauptstadt	Liestal (12850 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch

Bazell-Stadt

Landesfläche	37 km (Rang 26/CH)
Einwohner	188406 (Rang 14/CH)
Hauptstadt	Bazel (170000 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch

Bern

Landesfläche	5964 km (Rang 2/CH)
Einwohner	944380 (Rang 2/CH)
Hauptstadt	Bern (126440 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch, Französisch

Freiburg

Landesfläche	1671 km (Rang 8/CH)
Einwohner	234200 (Rang 12/CH)
Hauptstadt	Freiburg (32400 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch, Französisch

Genf

Landesfläche 282 km (Rang 21/CH)
Einwohner 401950 (Rang 6/CH)
Hauptstadt Genf (176500 Einwohner)
Amtssprache Französisch

GLarus

Landesfläche 685 km (Rang 17/CH)
Einwohner 38700 (Rang 22/CH)
Hauptstadt Glarus (5900 Einwohner)
Amtssprache Deutsch

Graubünden

Landesfläche 7106 km (Rang 1/CH)
Einwohner 186800 (Rang 15/CH)
Hauptstadt Chur (33850 Einwohner)
Amtssprache Deutsch, Rätoro, Italienisch

Jura

Landesfläche 839 km (Rang 14/CH)
Einwohner 68900 (Rang 20/CH)
Hauptstadt Delsberg/Delemont (11500 Einwohner)
Amtssprache Französisch

Luzern

Landesfläche 1492 km (Rang 9/CH)
Einwohner 344400 (Rang 7/CH)
Hauptstadt Luzern (60000 Einwohner)
Amtssprache Deutsch

Neuenburg

Landesfläche 796 km (Rang 15/CH)
Einwohner 166651 (Rang 16/CH)
Hauptstadt Neuenburg (3200 Einwohner)
Amtssprache Französisch

Nidwalden

Landesfläche 276 km (Rang 22/CH)
Einwohner 37480 (Rang 23/CH)
Hauptstadt Stans (6750 Einwohner)
Amtssprache Deutsch

Obwalden

Landesfläche 492 km (Rang 19/CH)
Einwohner 32200 (Rang 25/CH)
Hauptstadt Sarnen (9200 Einwohner)
Amtssprache Deutsch

St. Gallen

Landesfläche 2012 km (Rang 6/CH)
Einwohner 446400 (Rang 5/CH)

Hauptstadt
Amtssprache

Sankt Gallen (69800 Einwohner)
Deutsch

Schaffhausen

Landesfläche
Einwohner
Hauptstadt
Amtssprache

298 km (Rang 20/CH)
73800 (Rang 19/CH)
Schaffhausen (33250 Einwohner)
Deutsch

Schwyz

Landesfläche
Einwohner
Hauptstadt
Amtssprache

907 km (Rang 13/CH)
128200 (Rang 17/CH)
Schwyz (14100 Einwohner)
Deutsch

Solothurn

Landesfläche
Einwohner
Hauptstadt
Amtssprache

791 km (Rang 16/CH)
245400 (Rang 11/CH)
Solothurn (15000 Einwohner)
Deutsch

Tessin

Landesfläche
Einwohner
Hauptstadt
Amtssprache

2912 km (Rang 5/CH)
308198 (Rang 8/CH)
Bellinzona (17500 Einwohner)
Italienisch

Thurgau

Landesfläche
Einwohner
Hauptstadt
Amtssprache

990 km (Rang 12/CH)
227900 (Rang 13/CH)
Frauenfeld (21000 Einwohner)
Deutsch

Uri

Landesfläche
Einwohner
Hauptstadt
Amtssprache

1077 km (Rang 11/CH)
35560 (Rang 24/CH)
Altdorf (8700 Einwohner)
Deutsch

Vaud

Landesfläche
Einwohner
Hauptstadt
Amtssprache

3219 km (Rang 4/CH)
614800 (Rang 3/CH)
Lausanne (125000 Einwohner)
Französisch

Valais

Landesfläche
Einwohner
Hauptstadt
Amtssprache

5254 km (Rang 3/CH)
276600 (Rang 9/CH)
Sion (265000 Einwohner)
Deutsch, Französisch

Zug

Landesfläche	240 km (Rang 24/CH)
Einwohner	98100 (Rang 18/CH)
Hauptstadt	Zug (22650 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch

Zürch

Landesfläche	1728 km (Rang 7/CH)
Einwohner	1,197 (Rang 1/CH)
Hauptstadt	Zürich (361000 Einwohner)
Amtssprache	Deutsch

Städte der Schweiz.

Zürich ist mit 342'850 Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Schweizer Stadt. Die zweitgrösste Stadt ist Genf mit 178'500, gefolgt von Basel mit 164'800. In der Hauptstadt Bern leben 122'300 Einwohnerinnen und Einwohner und in Lausanne 116'800. Mit rund einer Million Einwohnern bildet die Stadt Zürich zusammen mit ihren Vororten die größte Agglomeration.

Etwa ein Drittel aller Schweizerinnen und Schweizer leben in den fünf grössten Städten, wobei in letzter Zeit ein Trend zur Abwanderung in die Vororte der Städte festzustellen war.

Die Schweizer Großstädte haben kleinstädtischen Charakter. Es sind Städte ohne imposante Skyline. Alles bleibt überschaubar, kontrollierbar und im Rahmen. Gestaltet und verwaltet, sicher und vertraut. Das Zentrum ist meist durch Jahrhunderte gewachsen. Zürich zum Beispiel ist 2000 Jahre alt. Die Berner Altstadt ist im UNESCO-Verzeichnis der Weltkulturgüter.

Es gibt noch viele Jahrhunderte alte, relativ intakte, kompakte Kleinstädte. Die dominanten Bauten in den Städten (vorwiegend Regierungsgebäude, Banken oder große Hotels) wurden zum größten Teil im 19. Jahrhundert errichtet.

Fragen

1. Wieviel Kantone hat die Schweiz?
2. Welche Besonderheiten gibt es in diesen Kantonen?
3. Warum ist die Schweiz mit ihren 26 Teilstaaten einer der komplexesten?

Aufgaben:

1. Nennen Sie die Hauptregionen der Schweiz und beschreiben Sie sie.
2. Sprechen Sie über die Besonderheiten der Landschaften in der Schweiz.
3. Nennen Sie die bekanntesten Exportartikel.
4. Die Banken der Schweiz sind weltbekannt. Warum? Sie locken an. Womit?

Vorlesung XVI

Die Schweizer Geschichte.

Die Schweizer Geschichte wurde geprägt durch die geografische Lage und Beschaffenheit des Landes, welche die Entwicklung der Gesellschaft entscheidend beeinflusst haben. So spielen die Nachbarländer der Schweiz eine zentrale Rolle: sowohl die Römer und die Alemannen als auch die Österreicher und Napoleon haben in verschiedenen Epochen um das Land gekämpft.

Der Staat Schweiz entwickelte sich über die Jahrhunderte hinweg aus einem losen Zusammenschluss (Rütli Schwur 1291) der drei so genannten Urkantone zu einem Bundesstaat aus 26 Kantonen und Halbkantonen.

Es gab Zeiten, in denen der lose Staatenbund wegen der unterschiedlichen Interessen der Mitglieder auseinander zu brechen drohte.

Erst 1848 wurde die Schweiz zu einem zentralisierteren Bundesstaat. Dadurch wurde die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gefördert und die Gefahr einer Abspaltung der einzelnen Kantone weitgehend abgewendet.

Die ältesten Spuren, die von menschlicher Existenz in der Schweiz zeugen, stammen von vor ca. 150'000 Jahren – und das älteste in der Schweiz gefundene Instrument zum Feuer entfachen ist ca. 100'000 Jahre alt.

Die ältesten landwirtschaftlichen Siedlungen wurden in Gächlingen (Kanton Schaffhausen) gefunden. Es wird geschätzt, dass sie bereits 5'300 vor Christi Geburt in Betrieb waren.

Erstes Metall (Kupfer) wurde in der Schweiz um 3800 v.Chr. hergestellt. Bronze folgte ca. 1'500 Jahre später. Die Eisenverarbeitung begann in der Schweiz um 800 v.Chr.

Zu den interessantesten archäologischen Funden gehören die Seeufer-Siedlungen aus Pfahlbauten. Die ältesten stammen aus dem 4. Jhd. v. Chr. Solche Pfahlbauten wurden in der ganzen Schweiz gefunden, so z.B. am Neuenburger- und Bielersee in der Westschweiz, am Zuger- und Zürichsee in der Zentralschweiz sowie am Bodensee in der Ostschweiz.

Die Siedler bauten ihre Häuser auf Pfählen an den Seeufern, damit sie kein wertvolles Agrarland verbauen mussten. Die Bewohner/innen der Pfahlbauten mussten jedoch flexibel sein: bei Hochwasser waren sie nicht selten gezwungen, ihre Häuser vorübergehend oder für immer zu verlassen. Trotz dieser Risiken wurde während rund 3'000 Jahren in Pfahlbausiedlungen gewohnt.

Nach der Niederlage Hannibals eroberten die Römer zu Beginn des 3. Jahrhunderts v. Chr. das Gebiet des heutigen Südtessins. Rund 75 Jahre später eroberten die Römer auch das Rhonetal (inkl. Genf), um den Weg von Italien nach Spanien kontrollieren zu können.

Im Jahre 58 v. Chr. hinderte Julius Caesar die Helvetier daran, das Schweizer Mittelland zu verlassen. Nach dem Tod Cäsars gelang es den Römern unter Kaiser Augustus, ihren Einfluss auf Schweizer

Territorium zu vertiefen. Die Rhätier gerieten im Jahr 15 v. Chr. unter römische Herrschaft.

Der Versuch der Römer, weiter nach Norden - in das Gebiet des heutigen Deutschland - vorzudringen, scheiterte jedoch. Bis ins 5. Jhd. (nach Chr.) bildete der Rhein die Nordgrenze des Römischen Reiches.

Während der römischen Herrschaft war die Schweiz keine politische Einheit. Das Gebiet war in fünf römische Provinzen unterteilt. Die römische Herrschaft hielt nicht viel von Unterdrückung. Wenn eine neue Provinz erobert war, behielten die lokalen Behörden ihre Funktionen und ihr Ansehen und die Bevölkerung wurde Schritt für Schritt romanisiert. Die offizielle Sprache war zwar Latein, die Umgangssprache blieb jedoch ein keltischer Dialekt.

Als administrative Zentren bauten die Römer Städte. In diesen Städten wurden auch Schulen errichtet, in denen in Latein unterrichtet wurde. Erst als auch auf dem Land Schulen (mit Unterrichtssprache Latein) errichtet wurden, verdrängte das Latein allmählich die keltischen Dialekte.

Das Gebiet der heutigen Schweiz spielte bereits unter den Römern eine wichtige Rolle für den Transitverkehr. Die Römer waren deshalb auch bemüht, die Passstrassen in Stand zu halten oder gar auszubauen. Entlang der Hauptverkehrsachsen wurden Städte gebaut. Die drei wichtigsten waren Aventicum (Avenches, wo sich zwei wichtige Handelswege kreuzten), Augusta Raurica (Augst, am Rhein in der Nähe von Basel gelegen) und Colonia Julia Equestris (Nyon, am Genfersee).

Octodurum (Martigny) wurde zu einem wichtigen Verwaltungszentrum am einen Ende Großen St. Bernhard-Passes, und Genava (Genf) erlangte große Bedeutung als Umschlagplatz für Güter, die vom Wasserweg auf den Landweg umgeladen wurden.

Im 3. Jhd. überwandten die germanischen Alemannen die römischen Festungen am Rhein und fielen ins Schweizerische Mittelland ein. Ab dem 4. Jhd. wanderten die germanischen Völker immer weiter westwärts, getrieben von Hunnen und anderen Völkern, die aus Zentralasien auswanderten.

Unter der Bedrohung der wandernden Völker zogen sich die römischen Legionen zu Beginn des 5. Jahrhunderts aus den Provinzen in den Süden der Alpen zurück. Sie wollten ihre Kräfte auf die Verteidigung ihres Kernlandes (Rom und Umgebung) konzentrieren.

Das Territorium der heutigen Schweiz durchlief eine ähnliche Entwicklung wie das übrige Europa.

Die ersten Jahrhunderte waren geprägt von Migrationsbewegungen (Epoche der Völkerwanderung). Dies führte dazu, dass das Gebiet der heutigen Schweiz von verschiedenen Völkern besiedelt wurde.

Das Christentum, das bereits von den Römern eingeführt worden war, breitete sich allmählich aus – vorwiegend durch Missionare. Die Kirche mit ihren Bistümern und Klöstern wurde zu einer wichtigen Landbesitzerin. Mit dem Land besass die Kirche auch das Recht, über die Menschen, die ihr Land bewohnten und bewirtschafteten, zu bestimmen. Gleichzeitig vermehrten adlige Familien ihre Macht durch Eroberungen, Erbschaften und geschickte Heiratspolitik.

Für eine kurze Zeit kontrollierte der Frankenkönig Karl der Große einen bedeutenden Teil

Westeuropas und gab sich im Jahre 800 den Titel ‚Kaiser des Westens‘. Jedoch auch unter Karl dem Großen gab es noch keine eigentliche Staatsidee. Auf jeder einzelnen Stufe der Gesellschaft basierten die Beziehungen zwischen Schwächeren und Stärkeren auf persönlichen Abhängigkeiten. Der Kaiser regierte über ein Netzwerk von adligen Familien. Während dieser Zeit waren die Machtverhältnisse zwischen Königen, Herzögen und der Kirche ständigen Änderungen unterworfen, da alle Parteien bemüht waren, ihre Privilegien zu erhalten oder auszubauen.

Eine weitere Machtebene kam 962 dazu, als der deutsche König Otto I. den Papst dazu überreden konnte, ihn zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches zu ernennen.

Das Jahr 1291 wird traditionsgemäss als Gründungsjahr der Schweizerischen Eidgenossenschaft betrachtet. In dieser Zeit schlossen sich drei ländliche Talschaften zusammen, um ihre Freiheit gegen allfällige Übergriffe von aussen besser verteidigen zu können.

Im 14. und 15. Jhd. entwickelte sich diese Gruppe zu einer lockeren Föderation mit ländlichen und städtischen Mitgliedern. Ende des 15. Jhds. war die Föderation stark genug, um die Machtverhältnisse in Europa zu beeinflussen. In verschiedenen Kriegen bewiesen die Eidgenossen Mut und Einfallsreichtum, was ihnen in Europa den Ruf eines gefürchteten Kriegsgegners eintrug.

Die Erweiterung der Eidgenossenschaft ging auf unterschiedlichen Wegen vor sich. Einige Gebiete traten der Eidgenossenschaft freiwillig und als gleichberechtigte Mitglieder bei, andere wurden mehr oder weniger gewaltsam erobert. Die Rechte der Einwohner/-innen waren von der Region, in der sie wohnten und von ihrer gesellschaftlichen Position abhängig.

Die Mitglieder der Eidgenossenschaft verwalteten im Allgemeinen vorwiegend die Angelegenheiten ihrer Region. Regelmässig trafen sich jedoch auch Abgeordnete der einzelnen Gebiete, um Fragen von allgemeinem Interesse zu diskutieren. Zu dieser Zeit wechselten sich Zürich, Bern und Luzern als Versammlungsorte für gesamt-eidgenössische Besprechungen ab. Jedes Mitglied der Eidgenossenschaft entsandte – je nach politischer Bedeutung - einen oder zwei Abgeordnete zu diesen Versammlungen.

Die zwei Reformatoren: Zwingli und Calvin

In der Schweiz waren zwei führende Reformatoren beheimatet: Ulrich Zwingli und Jean Calvin.

Wie überall in Europa löste die Reformation auch in der Schweiz Religionskriege aus. Einige Regionen waren papsttreu, andere unterstützten die Reformation.

Als erster Kanton bekannte sich Zürich 1525 offiziell zur Reformation. Zwingli gelang es, die Bevölkerung der meisten wirtschaftlich entwickelten Städte der Deutschschweiz zu überzeugen. Abgesehen von Solothurn und Freiburg konvertierten alle Städte zum Protestantismus.

Wenig erfolgreich war Zwingli jedoch in den ländlichen Gebieten der Zentralschweiz. Die – im allgemeinen weniger gebildeten – Menschen liessen sich nicht nur kaum von seinen Argumenten überzeugen, sie misstrauten grundsätzlich allem, was aus dem ihrer Meinung nach zu mächtigen

Zürich kam.

Die Kantone konnten sich auf keinen Kompromiss einigen. Auf der einen Seite schlossen sich die Reformierten zu einem Bündnis zusammen, auf der anderen bildeten die Katholiken eine Allianz mit dem österreichischen Herzog Ferdinand.

Zwingli wollte den Protestantismus unbedingt auf die ganze Eidgenossenschaft ausdehnen, die anderen protestantischen Kantone waren jedoch gegen einen Krieg gegen die Katholiken. 1529 lehnten sie einen entsprechenden Antrag Zwinglis ab. 1531 kam es dann doch zu einem Krieg (zweiter Kappelkrieg), bei dem Zwingli getötet wurde.

Im anschließenden Friedensvertrag wurde das Bündnis der Reformierten aufgelöst und die Konfliktparteien einigten sich darauf, künftig die Religionswahl der anderen zu respektieren.

Obwohl sich die Reformation in den einfluss- und bevölkerungsreichsten Teilen der Eidgenossenschaft schnell durchgesetzt hatte, gelang es den Katholiken, ihre Kräfte für einen Gegenschlag zu mobilisieren.

Auch in den katholischen Gebieten fand eine Entwicklung statt. Weltliche Behörden übernahmen Aufgaben, die vorher von Bischöfen wahrgenommen worden waren (Gerichts- und Finanzwesen) und ernannten manchmal sogar Priester.

Nach dem Beispiel der Reformatoren errichteten auch die Katholiken Schulen, welche von den Jesuiten geleitet wurden.

Einen wichtigen Beitrag zur Erneuerung des Katholizismus in der Schweiz leistete der Kardinal Carlo Borromeo (Karl Borromäus) (1538-1584). 1579 gründete er das Collegium Helveticum in Mailand, an dem die Schweizer Geistlichen ausgebildet wurden. Borromeo, der 1610 heilig gesprochen wurde, gilt als Schutzheiliger der Katholischen Kirche in der Schweiz.

Die Katholiken eroberten auch einige Gebiete zurück. Nach ihrem Sieg bei Kappel (1531) kamen einige gemeine Herrschaften unter ihren Einfluss. Nachdem 1567 Bern das Chablais und das Pays de Gex an die Savoyer zurückgegeben hatte, traten diese das Gebiet an die Katholiken ab. Auch das Wallis kehrte unter dem Einfluss der katholischen Kantone allmählich wieder zum katholischen Glauben zurück.

Andere Gebiete blieben protestantisch, obwohl sie großem Druck ausgesetzt waren. Ein Beispiel ist das Toggenburg, das trotz seiner Zugehörigkeit zum Kloster St. Gallen am protestantischen Glauben festhielt. Es gab auch Kantone, in denen man die Religion frei wählen konnte. In Glarus lebten sowohl Katholiken als auch Protestanten. Das Appenzell hatte damit etwas mehr Mühe und teilte sich 1597 in einen katholischen (Innerrhoden) und einen protestantischen (Ausserrhoden) Teil.

Ausgelöst durch den Dreissigjährigen Krieg (1618-1648) zeichnete sich im 17. Jhd. die Entwicklung zur modernen Schweiz ab.

Während weite Teile Europas an diesem Krieg beteiligt waren, blieb die Eidgenossenschaft neutral.

Damit wurde den einzelnen Mitgliedern klar, dass es für sie von Vorteil war, trotz der inneren Differenzen zusammen zu halten, um nicht in große europäische Konflikte hineingezogen zu werden. Sie bekannten sich ausserdem gemeinsam zur bewaffneten Neutralität, damit Grenzverletzungen durch Kriegsparteien verhindert werden konnten.

Eine wichtige Folge des Dreissigjährigen Kriegs war auch die Unabhängigkeit vom Heiligen Römischen Reich, die im Westfälischen Friedensvertrag festgehalten wurde.

Die Schweiz war jedoch trotz dieser Einigungen kein Hort des Friedens. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gipfelten soziale und religiöse Konflikte öfter in bewaffneten Auseinandersetzungen.

Das 18. Jhd. war eine relativ friedliche Zeit. Erst im letzten Jahrzehnt kam Unruhe in die Eidgenossenschaft, als französische Revolutionstruppen einmarschierten und das alte politische System zerstörten.

Geprägt war das 18. Jhd. durch große Fortschritte in Landwirtschaft und Industrie (vor allem Textil- und Uhrenindustrie). Ausserdem entstanden im ganzen Land viele intellektuelle und patriotische Gesellschaften. Die Intellektuellen pflegten einen regen Gedankenaustausch mit Kollegen aus dem Ausland. Gleichzeitig vertraten sie einen nationalen Patriotismus, der sich vom weit verbreiteten, auf ein Kantonsgebiet beschränkten Lokalpatriotismus unterschied.

Als Folge der französischen Revolution endete das Jahrhundert in ganz Europa mit Protestbewegungen gegen die europäischen Monarchien.

1798 fielen französische Truppen in der Schweiz ein, zerstörten die Macht der Führungseliten und vorübergehend auch das kantonale System und errichteten die zentralistische Helvetische Republik.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte war die Schweiz gezwungen, ihre Neutralität aufzugeben und den Franzosen Soldaten zur Verfügung zu stellen.

Der Grundstein für die moderne Schweiz wurde im 19. Jhd. gelegt. Das wichtigste Ereignis war zweifellos die Annahme der Verfassung von 1848, welche dem Land eine zentralistischere Form gab und einen einzigen Wirtschaftsraum bildete, der den kantonalen Rivalitäten ein Ende setzte und so eine wirtschaftliche Entwicklung ermöglichte.

Unter anderem schaffte die neue Regierung die internen Zölle ab, vereinheitlichte Währung Masse und Gewichte und monopolisierte das Postwesen.

Diese Voraussetzungen ermöglichten die Entwicklung verschiedener Industriezweige und Dienstleistungen (Chemie-, Maschinen-, Nahrungsmittelindustrie und Bankwesen), die bis heute Eckpfeiler der Schweizer Wirtschaft sind.

Trotz dieser Fortschritte war das 19. Jhd. eine schwierige Zeit für viele Menschen in der Schweiz. Armut, Hunger und schlechte Arbeitsaussichten führten zu einer Auswanderungswelle, u.a. nach Nord- und Südamerika.

In verschiedenen Kantonen – insbesondere Zürich - hatte die Einführung von mehr direkter

Demokratie großen Erfolg. Deshalb gab es bald Bemühungen, ähnliche Änderungen auch auf nationaler Ebene einzuführen.

Liberalen Wirtschaftskreise forderten ihrerseits eine Revision der Verfassung, da sie eine zentralistischere Gesetzgebung für die wirtschaftlichen Aktivitäten befürworteten.

Die revidierte Bundesverfassung wurde 1874 verabschiedet. Sie verlieh der Schweizer Bevölkerung direkt-demokratische Instrumente (Initiativ- und Referendumsrecht), die es ermöglichen, praktisch jeden Entscheid von Bundesrat und Parlament zu ändern oder zu widerrufen.

Das 20. Jhd. war allgemein geprägt von einer Reihe markanter Entwicklungen auf den unterschiedlichsten Gebieten.

Innenpolitisch fand ein Wandel in Richtung Mehrparteiensystem statt. Während zu Beginn des Jahrhunderts eine Partei alle Posten in der Regierung (Bundesrat) besetzt hielt, waren Ende des Jahrhunderts vier Parteien im Bundesrat vertreten.

Auch wirtschaftlich gab es riesige Veränderungen. Das Agrarland Schweiz entwickelte sich zu einem Industriestaat, was zur Folge hatte, dass mehr Menschen ein- als auswanderten.

Der Lebensstandard der meisten Schweizer/-innen erhöhte sich beträchtlich. Die Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherheit wurden immer besser und das Warenangebot immer reichhaltiger.

Mit der Entwicklung der Exportwirtschaft änderte sich auch das Verhältnis zu Europa und dem Rest der Welt.

Politisch blieb die Schweiz zwar neutral – sie beteiligte sich nicht aktiv an den beiden Weltkriegen –, die Neutralität war jedoch immer wieder Gegenstand heftiger Diskussionen. Vor allem die Fragen nach der Europäischen Integration der Schweiz und der allgemeinen Globalisierung stellten das Abseitsstehen der Schweiz immer wieder in Frage.

Fragen:

1. Worin besteht die administrative Gliederung der Schweiz?
2. Woraus besteht die Bundesregierung?
3. Was bedeutet ein Zweikammersystem?
4. Was verstehen Sie unter dem Wort „Neutralität“?
5. Wie war das Leben unter Römischer Herrschaft?
6. Warum war die Annahme der Verfassung von 1848 das wichtigste Ereignis?

Aufgaben:

1. Sprechen Sie über die Besonderheit der Regierung von der Schweiz.
2. Vergleichen Sie mit Ihrem Land.
3. Warum haben die Römer, die Alemanen, Österreicher und Napoleon um das Land gekämpft?
Diskutieren Sie darüber.
4. Nennen Sie die Gründe der Völkerwanderung. Wozu führte sie?

5. Führen sie ein Gespräch zum Eckpfeiler der Schweizer Wirtschaft.
6. Warum entwickelte sich das Agrarland Schweiz zu einem Industrie Staat? Nennen Sie Gründe dazu.

Worterklärung:

1. Eckpfeiler – starke Stütze, Grundsatz
2. das Christentum – religiöse, auf Jesus Christus zurückgeführte Lehre; Christlicher Glaube
3. Kanton (m) – Bundesland in der Schweiz; Verwaltungsbezirk in Frankreich und Belgien

Vorlesung XVII

Staatlicher Aufbau der Schweiz.

Plan:

1. CH: Confoederatio Helvetica
2. Die Bundesregierung und das Parlament
3. Die Rechte und Pflichten neutraler Staaten
4. Die Schweizer Geschichte

Stichwörter: *Der lockere Bündnis, die Kantone, National – und Ständerat, das Motto, die Neutralität, der zentralisierte Bundesstaat, Römische Herrschaft, Migrationsbewegungen, die Verfassung.*

CH: Confoederatio Helvetica

Auf der Welt gibt es etwa 30 Staaten mit föderativem Aufbau. Die Schweiz ist der kleinste föderative Staat. Mit 26 Teilstaaten (Kantonen) und 4 Landessprachen ist er aber einer der komplexesten.

Fährt man vom Genfersee an den Bodensee, fährt man nie durch unbewohntes Gebiet. Immer zeigt die Landschaft die Präsenz des Menschen. Fährt man von einer Stadt in eine andere, kommt man an vielen grösseren und kleineren Dörfern vorbei, die schließlich in die Agglomeration der nächsten Stadt übergehen.

Wenn man durch das Mittelland fährt, fällt auf, wie grün das Land ist; es wirkt wie frisch gestrichen. Und dann fällt auf, wie ausgerichtet alles ist; wie mit dem Lineal gezogen. Felder reihen sich an Felder, dazwischen ein dichtes Strassennetz, alles ist geordnet und übersichtlich. Nie fährt man an endlosen Feldern vorbei. Wiesen wechseln mit Feldern und äckern. Dazwischen sind kleine Waldparzellen. Das Land wird intensiv genutzt.

Die Gründung der modernen Schweiz geht auf das Jahr 1848 zurück. Vor dieser Zeit bestand die Schweiz aus einem lockeren Bündnis zwischen unabhängigen Kantonen. Jeder Kanton war im Prinzip frei, das Bündnis jederzeit zu verlassen.

1848 erhielt die Schweiz eine moderne Verfassung, welche aus dem Staatenbund einen föderativen Bundesstaat machte. Eine zentrale Regierung hielt die Kantone nun zusammen und übernahm in gewissen Bereichen (z.B. Aussen- und Finanzpolitik) die Macht der Kantone.

Es gibt deutschsprachige, französischsprachige und einen italienischsprachigen Kanton, und es gibt Kantone, in denen deutsch und französisch und einen Kanton (der Kanton Graubünden), in dem deutsch, italienisch und rätoromanisch gesprochen wird.

Es gibt Kantone, die praktisch nur aus einer Stadt bestehen, zum Beispiel den Kanton Genf, und es gibt Kantone, die fast nur aus Bergen und Tälern bestehen, wie der Kanton Uri. Im kleinen Halbkanton Basel-Stadt mit seinen 37 km² leben mehr Menschen (188'500) als im Kanton Graubünden (7105 km²), in dem sich die 186'000 Einwohnerinnen und Einwohner auf 150 Täler verteilen.

Der Kanton Zürich hat über eine Million Einwohnerinnen und Einwohner, andere Kantone füllen mit ihrer Bevölkerung nur ein kleines Fussballstadion, wie zum Beispiel der Kanton Appenzell Innerrhoden mit 14'900 Einwohnenden.

Es gibt ältere und jüngere Kantone, der jüngste ist der Kanton Jura, der sich 1979 vom Kanton Bern trennen konnte, nachdem diese Trennung 1978 von einer Mehrheit der Schweizer Stimmenden gutgeheissen worden war. Drei Kantone bestehen aus je zwei Halbkantonen.

Der Bundesrat hat 7 Mitglieder. Bundespräsidentin oder Bundespräsident ist jedes Jahr ein anderes Mitglied. Das Amt des Bundespräsidenten resp. der Bundespräsidentin beinhaltet in erster Linie Repräsentationspflichten - daneben führt er oder sie sein oder ihr Departement weiter.

Stabsstelle des Bundesrates ist die Bundeskanzlei. Die Kanzlerin oder der Kanzler, manchmal bezeichnet als "achte/r Bundesrat/-rätin", nimmt an den wöchentlichen Bundesratssitzungen teil, hat dabei beratende Stimme und kann Anträge stellen.

Die Mitglieder des Bundesrats werden vom Parlament gewählt. Theoretisch kann jede Schweizerin und jeder Schweizer gewählt werden. In der Praxis wurde bisher meistens eine/r von den Kandidierenden gewählt, die von der Partei, deren Bundesratssitz neu zu besetzen ist, vorgeschlagen wurde.

Die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung, die von 1959 bis 2003 bestand, wurde "Zauberformel" genannt. Dies bedeutete, dass im Bundesrat je zwei Mitglieder der Sozialdemokraten SP, der Freisinnigen FDP sowie der Christlich Demokratischen Partei CVP und ein Mitglied der Schweizerischen Volkspartei SVP vertreten waren.

In den Parlamentswahlen von 1999 und 2003 erzielte die SVP jedoch so viele Stimmen, dass ihr Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Regierung – auf Kosten der CVP, die ständig an Wähleranteil verlor – immer deutlicher wurde.

Bei den Gesamterneuerungswahlen des Bundesrats im Dezember 2003 wurde denn auch ein Mitglied der CVP durch einen Vertreter der SVP ersetzt. Am Kollegialitätsprinzip ändert diese neue Zusammensetzung jedoch nichts: die Regierung tritt als Kollektiv auf, d.h. die sieben Bundesrät/-innen müssen Kompromisse aushandeln, die sie als Kollektiv vertreten können.

Seit Anfang 2000 ist die so genannte Kantonsklausel, die vorschrieb, dass alle Bundesratsmitglieder aus verschiedenen Kantonen stammen müssen, nicht mehr in Kraft. Weiterhin wird jedoch darauf geachtet, dass alle Landesteile in der Regierung vertreten sind.

Legislative: das Parlament - ein Zweikammersystem

Die vereinigte Bundesversammlung (Parlament) besteht aus zwei gleichberechtigten Kammern, dem National- und dem Ständerat. Die 200 Mitglieder des Nationalrats repräsentieren die Bevölkerung, die Anzahl Nationalräte eines Kantons ist proportional zu dessen Bevölkerungszahl. Die 46 Mitglieder des Ständerats vertreten die Kantone (Stände). Jeder Kanton hat - unabhängig von seiner Bevölkerungszahl - zwei Sitze im Ständerat, jeder Halbkanton einen. Damit ist gewährleistet, dass auch die kleinen Kantone einen relativ großen Einfluss auf die nationale Politik ausüben können. Die Parlamentswahlen finden alle vier Jahre statt.

Die beiden Parlamentskammern beraten unter anderem sämtliche Verfassungsänderungen, entscheiden über Gesetzesänderungen und üben die Oberaufsicht über die Bundesverwaltung aus. Einmal jährlich tritt die vereinigte Bundesversammlung zusammen, um den Bundespräsidenten oder die Bundespräsidentin und dessen/deren Stellvertreter/-in zu wählen. Die Mitglieder des Bundesrats müssen sich alle vier Jahre neu wählen lassen.

In beiden Kammern wird das Präsidium im Rotationsprinzip besetzt, d.h. jedes Jahr werden National- und Ständerat von anderen Ratsmitgliedern präsiert. Der Präsident oder die Präsidentin des Nationalrats ist der/die höchste Schweizer/-in und nicht etwa der/die Bundespräsident/-in.

Eigentlich müsste das Parlament jede Vorlage des Bundesrates (Regierung) unterstützen, denn die stärksten Parteien sind ja im Bundesrat vertreten. Es geschieht aber oft, dass Vorlagen des Bundesrates vom Parlament oder vom Volk abgelehnt werden.

Dies führt in der Schweiz in der Regel jedoch nicht zu Regierungskrisen, Vertrauensfragen und Rücktritten, da Bundesrat, Parlament und Bevölkerung die Möglichkeit haben, gemeinsam Kompromisslösungen auszuhandeln.

Die Schweiz ist bemüht, ihre Aussenpolitik ständig auf die neuen Herausforderungen, welche durch die weltweite Entwicklung entstehen, auszurichten.

Gemäss einem im Jahre 2000 veröffentlichten Bericht zwingen Faktoren wie die Globalisierung, die revolutionären Fortschritte in Wissenschaft und Technik, die Zerstörung der Umwelt und die zunehmende Migration die Schweiz dazu, sich allmählich zu öffnen und mit anderen Staaten zusammen zu arbeiten, um die globalen Probleme zu lösen.

Das Verhältnis der Schweizer Bevölkerung zum Ausland ist nicht frei von Widersprüchen: während die Wirtschaft sehr auslandorientiert ist, ist gleichzeitig die Skepsis gegenüber politischen Bündnissen sehr gross.

Einerseits sind die Schweizerinnen und Schweizer sehr weltoffen, reisefreudig und an verschiedenen Sprachen interessiert, andererseits ist ihnen die Eigenständigkeit der Schweiz sehr wichtig. Deshalb fürchten sich viele davor, zu eng in internationale Bündnisse einbezogen zu werden.

Während mehr als 500 Jahren dominierte das Motto: "Mischt Euch nicht in fremde Händel" des bekannten Heiligen Niklaus von der Flüe (1417-1487) die Schweizer Politik. Die Schweiz ist seit 1515

neutral, was nach den Napoleonischen Kriegen 1815 von den europäischen Grossmächten auch anerkannt wurde.

Neutralität bedeutet, sich nicht in Kriege anderer einzumischen. Die Rechte und Pflichten neutraler Staaten zu Kriegszeiten wurden von der internationalen Gemeinschaft 1907 festgelegt. In Friedenszeiten können neutrale Staaten ihre eigenen Regeln bestimmen, es gilt jedoch allgemein als selbstverständlich, dass sie keinen militärischen Bündnissen wie der NATO beitreten.

Der Status der Neutralität hat die Schweiz nicht nur vor Kriegen bewahrt, sondern auch verhindern helfen, dass einzelne Sprachregionen in Versuchung geraten wären, sich ausserhalb des Landes zu verbünden und allenfalls ein Auseinanderfallen der Schweiz herbeizuführen.

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Schweiz ihr Neutralitätsverständnis etwas gelockert. Da sich die Rolle der NATO gewandelt hat - sie leistet vermehrt friedenserhaltende Einsätze - ist die Schweiz 1996 der NATO-Partnerschaft für den Frieden beigetreten mit der Option, jederzeit wieder austreten zu können.

Eine Umfrage von 2001 zeigte, dass 83% der Schweizer Bevölkerung zwar für die Beibehaltung der Neutralität sind, gleichzeitig jedoch auch die Akzeptanz für friedenserhaltende Auslandseinsätze der Armee zunimmt.

Am 10. Juni 2001 entschied sich denn auch eine (knappe) Mehrheit der Stimmenden für eine Öffnung der Schweiz: künftig sind sowohl (zum Selbstschutz) bewaffnete, friedenserhaltende Auslandseinsätze als auch eine vermehrte Übungs-Zusammenarbeit mit anderen Armeen erlaubt.

Wortekklärung:

1. CH; - Confoederatio Helvetica
2. Jura (m) – Name mehrerer Gebirge
3. Föhn – ein Wind, der vom Süden über Alpen kommt.
4. Wasserschloß (n) – in einem See oder Teich liegende Schloß.
5. Znüni – Imbiß am Vormittag
6. Zvieri – Imbiß am Nachmittag
7. Dreikönigstag – ein Feiertag in DACH-Ländern. An diesem Tag gehen die Kinder von Haus zu Haus und singen und sammeln Geld.

Vorlesung XiX Wirtschaft der Schweiz

Plan

1. Wichtige Bereiche der Wirtschaft in der Schweiz
2. Die Schweiz ist ein typisches Grasland.
3. Die Schweiz und Import
4. Exporte in verschiedenen Bereichen
5. Handelspartner der Schweiz
6. Firmen und Banken der Schweiz

Stichwörter *Arbeitskräfte, wichtige Bereiche, die Hauptsorgen, das Grasland, die*

Milchviehhaltung, die bekanntesten Exportartikel, die Bestandteile der Exportwirtschaft, internationalen Telekommunikationsmitteln, Banken und Finanzinstitute.

Die Schweizer Wirtschaft stützt sich auf hochqualifizierte Arbeit und gut ausgebildete Arbeitskräfte. Wichtige Bereiche sind die Mikrotechnik, die Hochtechnologie, die Biotechnologie, die Pharmaindustrie sowie das Know-how im Banken- und Versicherungswesen.

In der Schweiz arbeiten insgesamt am meisten Erwerbstätige in kleineren und mittleren Betrieben (KMU), die für die Wirtschaft des Landes eine enorm wichtige Rolle spielen.

Die Zeiten des unbeschränkten Wirtschaftswachstums sind jedoch auch in der Schweiz vorbei, und die Angst vor der Arbeitslosigkeit gehört seit mehreren Jahren zu den Hauptsorgen der Schweizer Bevölkerung.

Im Land der Bauern und Kühe' gibt es im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung weniger Bauern als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. Insgesamt arbeiten noch rund vier Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft. Diese produzieren etwa zwei Drittel der in der Schweiz konsumierten Lebensmittel.

Die Größe eines Bauernhofs betrug im Jahr 2003 im Durchschnitt 16,2 Hektaren. Die kleinen Betriebe haben jedoch immer mehr Mühe, zu überleben. Zwischen 1999 und 2003 ging die Anzahl Bauernbetriebe jedes Jahr um 2,5% zurück. Oft sind die Bauern auf einen Nebenerwerb angewiesen, um ihre Familie ernähren zu können.

Eine solche Familie zu gründen wird jedoch für viele Bauern immer schwieriger: für Ausbildung und berufliche Tätigkeit verlassen immer mehr junge Frauen ihre Dörfer. Obwohl das Leben einer Bäuerin heute nicht mehr so beschwerlich ist wie früher und die Partnerinnen der Bauern die Gelegenheit haben, teilszeitlich außerhalb des Hofes erwerbstätig zu bleiben (was aus finanzieller Sicht oft sogar nötig ist), hat das Landleben mit seinen beschränkten Möglichkeiten seinen Reiz verloren.

Die Schweiz ist ein typisches Grasland. Nahezu drei Viertel des landwirtschaftlich genutzten Landes bestehen aus Weiden und Wiesen. Berge, Hügel und auch das Klima lassen in vielen Gegenden keinen Ackerbau zu. Dieser beschränkt sich vorwiegend auf die tieferen Lagen des Mittellandes. Entsprechend konzentrieren sich mehr als zwei Drittel aller Betriebe hauptsächlich auf die Tierhaltung, wobei die Milchviehhaltung dominiert.

Die Produktion der Lebensmittel ist ziemlich anspruchsvoll: einerseits werden die Konsumierenden immer kritischer, was die Produktionsart betrifft, andererseits sollten die Lebensmittel auch nicht zu viel kosten. Die Nachfrage nach preiswerten Bio-Produkten (nach strengen Richtlinien und möglichst ohne chemische Zusätze produzierte Lebensmittel) ist so groß, dass die Großverteiler mittlerweile eine reiche Auswahl an Bio-Produkten in ihren Geschäften anbieten.

Die Schweiz ist ein kleines, dicht besiedeltes Land. Sie verfügt weder über nennenswerte Vorkommen an Rohstoffen noch über genügend landwirtschaftliche Nutzfläche, um die Bevölkerung ernähren zu

können. Die Schweiz muss also sowohl landwirtschaftliche Erzeugnisse als auch Rohstoffe für die industrielle Produktion importieren. Da der Schweizer Binnenmarkt ziemlich klein ist, hat sich die Industrie früh nach Absatzmärkten außerhalb des Landes umgeschaut, damit sich die Produktion auch lohnt.

Um auf dem internationalen Markt bestehen zu können, muss die Schweizer Wirtschaft ihre Konkurrenten qualitativ übertreffen, denn quantitativ kann sie nicht mithalten. Also importiert sie günstige Rohstoffe und verarbeitet diese zu qualitativ hochstehenden Produkten. (2000 betrug der Wert einer Tonne exportierter Waren gut drei Mal mehr als der Wert einer Tonne importierter Güter.)

Schweizer Unternehmen sind international ausserordentlich wettbewerbsfähig. In verschiedenen Bereichen werden bis zu 90% der Güter und Dienstleistungen exportiert. Die bekanntesten Exportartikel sind Uhren, Schokolade und Käse. Wichtiger für den Export sind jedoch Erzeugnisse aus der Maschinen-, Elektronik- und chemischen Industrie, die zusammen mehr als die Hälfte der Exporteinnahmen ausmachen. Neben diesen "sichtbaren" Gütern sind auch Beratungsdienste, Versicherungen und Tourismus wichtige Bestandteile der Exportwirtschaft.

Führend ist die Schweiz in der Produktion von Textil-, Papier- und Druckmaschinen, in der Stanztechnik, der Produktion und Entwicklung von Aufzügen und Rolltreppen sowie von Verpackungsanlagen und Zahnradbahnen. Viele der einzelnen Komponenten werden heute jedoch im Ausland produziert.

Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz sind Länder aus der EU. Der wichtigste Partner ist Deutschland, aber auch zu Frankreich, Italien und Großbritannien unterhält die Schweiz intensive Handelsbeziehungen. 2000 gingen 60% der Exporte in die EU und 78% der Importe kamen aus Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

Die Schweizer Exportindustrie hat sich immer am freien Handel mit geringen Importzöllen und praktisch ohne Importbeschränkungen orientiert - außer für landwirtschaftliche Produkte. Im Rahmen der ersten bilateralen Verträge mit der EU, denen die Bevölkerung im Mai 2000 zugestimmt hat, werden jedoch auch diese Beschränkungen längerfristig nur noch teilweise bestehen bleiben.

Als erster Industriezweig errichtete die chemische Industrie Filialen im Ausland. Auf diese Weise konnte sie protektionistische Massnahmen, die einige Länder nach dem ersten Weltkrieg einführten, umgehen.

Die Zahl der Angestellten von Schweizer Firmen im Ausland stieg eine Zeitlang ständig an: von 890'000 Personen im Jahr 1988 auf 1,61 Millionen zehn Jahre später. Am stärksten war der Anstieg im Dienstleistungssektor.

Einige internationale Unternehmen haben ihren Sitz in der Schweiz. Dies sind vorwiegend Firmen der chemischen, pharmazeutischen, Maschinen- und Lebensmittelindustrie sowie Banken und Versicherungen.

Die Schweiz ist offen für die Globalisierung. Gemäss einer 2004 veröffentlichten Studie der US-amerikanischen Zeitschrift Foreign Policy (Außenpolitik) gehört die Schweiz zu den drei am meisten globalisierten Ländern. Die Studie stützt sich auf Faktoren wie Anteil am Außenhandel, Investitionen im Ausland und pro-Kopf-Gebrauch von internationalen Telekommunikationsmitteln inklusive Internet. Noch offener für die Globalisierung sind gemäss dieser Studie nur die Republik Irland und Singapore.

In der Schweiz gibt es viele kleine und mittlere Betriebe. 1998 beschäftigten 99,7% aller Unternehmen weniger als 250 Vollzeit-Angestellte. Insgesamt waren 71% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Betrieben angestellt.

Der größte der Großen ist Nestl, der größte Nahrungsmittelkonzern der Welt. Er beschäftigte Ende 2002 254'200 Personen, 97% davon im Ausland. Viele Schweizer Betriebe werden von ihren Gründerfamilien resp. deren Nachfahren geleitet.

Dazu gehören auch so große Unternehmen wie der Pharmariese Serono. CEO ist Ernesto Bertarelli, ein Sohn der Gründerfamilie, der im Jahr 2003 vor allem mit dem Sieg am America's Cup (mit der Yacht 'Alinghi') Weltruhm erlangte.

Im Jahr 2002 gehörten gemäss der US-amerikanischen Zeitschrift 'Business Week' vier Schweizer Firmen zu den 50 weltweit mächtigsten Unternehmen. Dazu gehörte auch der Pharmeriese Novartis auf Rang 17.

Banken und Finanzinstitute spielen eine wichtige Rolle in der Schweizer Wirtschaft. Der Schweizer Geld- und Kapitalmarkt ist auf der ganzen Welt ein Begriff. Die beiden Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse gehören weltweit zu den führenden Banken.

Eine äußerst wichtige Funktion haben die Schweizer Banken im "Private Banking", der Vermögensverwaltung für Einzelpersonen. So erwirtschaften die UBS und die Credit Suisse mehr als einen Drittel ihres Gewinns in diesem Sektor.

Die Schweiz als Zentrum des Private Banking lockt auch ausländische Banken an: so haben u.a. die Deutsche Bank und Barclays in Genf Zentren für ihre Private Banking Aktivitäten eingerichtet.

Es gibt in der Schweiz verschiedene Privatbanken: im Jahr 2003 waren es 13. Diese Banken sind meistens im Besitz wohlhabender Einzelpersonen, welche die volle Verantwortung für die Aktivitäten ihrer Bank tragen.

Die Schweiz verfügt auch über ein Netz von genossenschaftlich organisierten Banken. Die 537 Filialen der Raiffeisen-Gruppe arbeiten autonom, die Mitglieder entscheiden gemeinsam über die Geschäftstätigkeit ihrer Bank und tragen auch gemeinsam die Verantwortung für die Geschicke der Bank.

In der Schweizer Arbeitswelt sind verschiedene geschlechtsspezifische Unterschiede zu beobachten. In den 1990-Jahren stieg zwar die Anzahl Frauen (über 15 Jahren), die erwerbstätig oder auf der Suche

nach einer Arbeitsstelle waren, stetig an, betrug jedoch im Jahr 2003 nicht mehr als 59%. Bei den Männern waren in der gleichen Altersgruppe 77% erwerbstätig oder auf Arbeitssuche.

Die Höhe des Einkommens hängt von verschiedenen Faktoren wie Ausbildung, Berufserfahrung und beruflicher Stellung ab. Obwohl Frauen allgemein nicht schlechter ausgebildet sind als Männer verdienen sie oft weniger, da sie häufig eine tiefere berufliche Stellung haben und in Berufen arbeiten, in denen die Löhne tief sind.

Frauen arbeiten ausserdem viel häufiger Teilzeit als Männer, was die Karriereplanung erschwert.

Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern ist in der Privatwirtschaft grösser als in öffentlichen Betrieben. Im Jahr 2002 verdiente eine Frau durchschnittlich 20,7% weniger als ein Mann. Im Jahr 1994 hatten die Frauen, die 23,8% weniger verdient als die Männer, 1998 betrug der Unterschied 21,5%. Im öffentlichen Bereich sind diese Lohnunterschiede deutlich geringer.

Im Gegensatz zu früher bleiben immer mehr Frauen nach der Geburt des ersten Kindes berufstätig: in den 1990-er Jahren waren dies rund 60%.

Obschon Frauen und Männer laut Gesetz die gleichen Rechte auf Bildung haben, verlassen mehr Frauen als Männer die Schule nach den neun obligatorischen Jahren. 1998 waren zwei Drittel aller Absolventen von Fachhochschulen und 59% aller Absolventen eines Hochschulstudiums Männer. Mittlerweile haben die Frauen etwas aufgeholt: im Jahr 2003 war die Mehrheit aller Hochschulabsolvent/-innen Frauen (53%). In leitenden Funktionen haben die Frauen jedoch nach wie vor das Nachsehen: laut einer Studie der OECD waren 1999 nur 21,5% der Management-Stellen von Frauen besetzt.

Bis Anfang der 1990-er Jahre war die Arbeitslosigkeit in der Schweiz so tief, dass sie kein Thema war. Für diese Stabilität gab es verschiedene Gründe:

- Das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage entwickelten sich weitgehend parallel, d.h. es gab genügend Stellen für die Arbeitssuchenden.
- Ausländische Arbeitskräfte glichen die konjunkturellen Schwankungen aus, d.h. in Zeiten der Hochkonjunktur wurden mehr AusländerInnen in die Schweiz geholt als in Zeiten der Rezession
- Die Unternehmen versuchten in Krisenjahren Massenentlassungen zu vermeiden, um den Arbeitsfrieden nicht zu gefährden.
- Es gab wenig Wirtschaftszweige, die für konjunkturelle Schwankungen besonders anfällig waren und sehr viele Arbeitskräfte beschäftigten (wie z.B. der Bergbau und die Stahlindustrie).

Während der Rezession in den 1990-er Jahren stieg die Arbeitslosenzahl jedoch drastisch an und erreichte 1997 den Spitzenwert von 5,7%. Dies war unter anderem die Folge von umfassenden Restrukturierungen, die zu Massenentlassungen führten.

Danach trat jedoch wieder eine leichte Erholung ein und die Arbeitslosenrate betrug Ende 2004 noch 4%.

Von der Arbeitslosigkeit sind nicht alle Regionen und sozialen Schichten gleich betroffen: in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz ist sie höher als in der Deutschschweiz, Frauen sind tendenziell häufiger betroffen als Männer und AusländerInnen haben mehr Mühe, eine Arbeit zu finden als SchweizerInnen. Die meisten Arbeitslosen finden jedoch innerhalb eines Jahres eine neue Stelle.

Um die Entwicklung und Forschung auf hohem Niveau zu halten, setzt man auf Internationalität. An der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH), an der schon Einstein studiert und gelehrt hat, haben ausländische Forscherinnen und Lehrer Tradition. Nur die Hälfte der Professorinnen und Professoren sind Schweizer Nationalität.

Die Schweiz ist für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktiv. «Hier kann sich einer entfalten, weil er auf jeder Stufe gute Leute um sich hat», sagt der Nobelpreisträger Heinrich Rohrer.

Und die Schweiz ist als guter internationaler Forschungsplatz anerkannt. Das Europäische Laboratorium für Teilchenphysik (CERN) steht in Genf (die Anlage erstreckt sich zum Teil auf französisches Territorium), das Eurolabor des amerikanischen High-Tech-Konzerns IBM ist in Rüschlikon bei Zürich.

In der Schweiz leben rund 7,4 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner, wovon rund 20% keinen Schweizer Pass besitzen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird immer höher und es gibt in der Schweiz immer weniger Erwerbstätige, welche über ihre Beitragszahlungen die Rente der Pensionierten finanzieren.

Demografische Entwicklung

In der Schweiz leben mehr als sieben Millionen Menschen. Davon sind rund 80% im Besitz eines Schweizer Passes.

Seit 1972 werden immer weniger Kinder geboren. 1998 war die Sterberate unter Schweizer Bürgerinnen und Bürgern höher als die Geburtenrate - dies erstmals seit der Einführung der Statistik über Todesfälle und Geburten im Jahre 1871.

Gemäss einer Prognose, die 2004 erstellt worden ist, wird die Zahl schulpflichtiger Kinder bis im Jahr 2012 auf 100'000 sinken.

Seit 1993 ist die Anzahl Schweizerinnen und Schweizer leicht gestiegen - dies ist vor allem auf die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern zurück zu führen.

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern werden relativ wenige Ausländer/-innen eingebürgert. 2001 hatte jede/r zehnte Schweizer/-in ihre Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erhalten.

Der Anteil an Ausländer/-innen an der Gesamtbevölkerung ist in der Schweiz relativ hoch: im Jahr 2002 waren 19,8% der Bevölkerung nicht Schweizer/-innen.

Am höchsten ist der Ausländeranteil unter den Kindern: die letzte Volkszählung (2000) ergab, dass 25,8% der Kinder unter sechs Jahren Ausländer waren. In den fünf grössten Schweizer Städten lag der Anteil an ausländischen Kindern gar bei 45%.

Familien werden in der Schweiz relativ spät gegründet. Die Frauen sind bei der Eheschliessung im Durchschnitt über 28 und die Männer über 30 Jahre alt. Häufig wird, wenn überhaupt, erst geheiratet, wenn das erste Kind unterwegs ist.

Die Zeit der Grossfamilien ist vorbei: heute ist die Kleinfamilie mit einem bis zwei Kindern die Norm. Mehr Kinder können sich viele junge Paare finanziell kaum leisten, denn große Wohnungen sind teuer und günstige Betreuungsmöglichkeiten selten.

Die Interessen der jungen Menschen sind in der Schweiz so vielfältig wie anderswo auf der Welt.

Es gibt Jugendliche, die sich vorwiegend für moderne Technologien begeistern und solche, die hauptsächlich in der unberührten Natur ihr Glück finden. Weiter gibt es politisch interessierte und engagierte junge Menschen und solche, die sich vor allem um ihr eigenes materielles Wohl sorgen. Viele Jugendliche vereinigen jedoch - wie dies bei (fast) allen Individuen der Fall ist - die verschiedensten Eigenschaften in sich und sind nicht einfach zu schubladisieren.

Der relativ große Wohlstand und die große Vielfalt an Freizeitangeboten haben dazu geführt, dass sich viele Jugendliche besser mit ihrer Freizeitbeschäftigung und der damit verbundenen Szene identifizieren können als mit ihrer Arbeit. Zu der Szene gehört auch das entsprechende 'Outfit': Für viele junge Schweizerinnen und Schweizer ist es sehr wichtig, die 'richtige' Kleidung der 'richtigen' Marke zu tragen, um gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten.

Im Gegensatz zu früher stark gewandelt hat sich in den vergangenen Jahren die Art der Kommunikation. Während früher noch Botschaften auf Zetteln vermittelt wurden, benützen die Jugendlichen heute ihre Mobiltelefone, um einander über so genannte 'short message services' Kurzbotschaften (SMS) zu senden. Zur Vereinfachung der Kommunikation hat sich eine eigenliche SMS-Sprache entwickelt, welche die älteren Generationen kaum mehr verstehen.

Fragen:

1. Welche Bereiche sind wichtige Bereiche in der Schweizer Wirtschaft?
2. Worauf konzentrieren sich die Betriebe?
3. Was wird exportiert und importiert?
4. Wie heisst der größte Nahrungsmittelkonzern der Welt und wo liegt er?
5. Gehört die Schweiz zu den globalisierdten Ländern?

Aufgaben:

1. Charakterisieren Sie die Schweiz als ein typisches Grasland.
2. Nennen Sie die wichtigsten Handelspartner der Schweiz.
3. Die Schweiz gehört zu den globalisierten Ländern. Warum?

4. Die Schweizer Banken locken die anderen Banken an. Wie meinen Sie dazu?

Sprechen Sie darüber.

Bildungssystem der Schweiz

Plan:

1. Die dezentrale Organisation der Bildung
2. Die obligatorische Schulzeit
3. Die allgemeinbildende Schulen, Fachhochschulen und Fachschule
4. Die Schweizer Kultur
5. Die Schweizer Flagge und Hymne

Stichwörter: *Die Hauptzuständigkeit, eigene Schulgesetze, Ansprüche, Integrationsfunktion, Berufsmatritutsschule, Erkennungszeichen, Hymne, Mario Botta und de Meuron, Kühen und Bänken, Heidi.*

In der Schweiz ist die Organisation des Bildungswesens auf allen Stufen eine Staatsaufgabe. Die Zuständigkeit für die Bildung ist zwischen dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden aufgeteilt, wobei die Hauptzuständigkeit bei den Kantonen liegt.

Das schweizerische Bildungswesen ist dezentral organisiert. Auf nationaler Ebene gibt es kein Ministerium für Bildung und Erziehung. Mit der dezentralen Organisation wird den unterschiedlichen Kulturen und Sprachen in der Schweiz Rechnung getragen. Gesamtschweizerisch einheitlich geregelt sind der Schuleintritt (Alter), der Beginn und die Dauer des Schuljahres sowie die Dauer der obligatorischen Schulzeit. Ansonsten hat jeder Kanton seine eigenen Schulgesetze und auch die Gemeinden verfügen über eine relativ große Autonomie, was lokal angepasste Lösungen ermöglicht.

Die gesamtschweizerische Zusammenarbeit der Kantone im Bildungsbereich erfolgt im Wesentlichen über die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Die EDK ist der Zusammenschluss der 26 kantonalen Regierungsmitglieder, die für Bildung zuständig sind. Die EDK harmonisiert heute wichtige Eckwerte im schweizerischen Bildungswesen. Weiter sind Projekte zur verbindlichen Harmonisierung der Volksschule im Bereich der Unterrichtssprache, der Fremdsprachen, der Mathematik und der Naturwissenschaften im Gange (vgl. Herausforderungen). Damit soll die Qualitätssicherung auf gesamtschweizerischer Ebene erreicht werden. Eine verstärkte Angleichung der kantonalen Bildungssysteme erleichtert zudem die Mobilität der Lernenden innerhalb der Schweiz.

Die obligatorische Schulzeit dauert in der Schweiz neun Jahre. Vorher besuchen die Kinder für ein oder zwei Jahre den Kindergarten. Der Schuleintritt erfolgt in der Regel im Alter von sechs bis sieben Jahren. Die Primarstufe dauert – je nach Kanton – vier bis sechs Jahre. Danach besuchen die Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I.

Je nach Kanton existieren verschiedene Strukturmodelle auf Sekundarstufe I: Die Mehrheit der Kantone führt Modelle, in denen die Schülerinnen und Schüler je nach Leistungsfähigkeit entweder in Züge mit Grundansprüchen oder in solche mit erweiterten Ansprüchen eingeteilt werden. Eine

Minderheit der Kantone verzichtet auf diese Trennung. Hier werden alle SchülerInnen im gleichen Strukturmodell (integrierte Form) unterrichtet.

Die öffentlichen Schulen genießen einen guten Ruf. Dies zeigen die Resultate der internationalen Schulleistungsvergleichsstudie PISA (2000, 2003), bei der die öffentlichen Schulen gegenüber den Privatschulen bessere Ergebnisse erzielten. 95% der Schülerinnen und Schüler absolvieren die obligatorische Schulzeit denn auch in der öffentlichen Schule ihres Wohnortes, lediglich 5% besuchen Privatschulen.

Die öffentlichen Schulen vermitteln nicht nur Fachwissen, sondern erfüllen eine wichtige Integrationsfunktion: Kinder mit unterschiedlichem sozialem, sprachlichem und kulturellem Hintergrund besuchen die gleiche Schule. Für die Schweiz mit ihren vier Landessprachen hat die Mehrsprachigkeit eine große Bedeutung: Bereits während der obligatorischen Schulzeit lernen die Kinder – neben der Erstsprache - eine zweite Landessprache und Englisch.

90% der jungen Schweizerinnen und Schweizer bilden sich nach der obligatorischen Schule weiter. Mit dieser Quote liegt die Schweiz an der Spitze aller OECD-Länder.

Berufsbildung: Berufsfachschulen und Berufsmaturitätsschulen

Die Berufslehre setzt sich aus einem praktischen und einem theoretischen Teil zusammen: in der Regel arbeiten die Auszubildenden drei bis vier Tage pro Woche in einem Betrieb und besuchen während ein bis zwei Tagen wöchentlich eine Berufsfachschule. Je nach Bereich dauert eine Berufslehre drei bis vier Jahre. Dieses duale Berufsbildungssystem kennt man in ähnlicher Form nur in wenigen anderen europäischen Ländern, z.B. in Deutschland.

Es gibt in der Schweiz rund 300 anerkannte Berufslehren. Die Eidgenössischen Fähigkeitszeugnisse, welche die Lernenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung erhalten, sind in der ganzen Schweiz anerkannt. Während 1970 nur 30% aller Lernenden Frauen waren, stieg deren Anteil bis im Jahr 2002 auf 43%. Es ist jedoch nach wie vor so, dass Frauen häufiger kürzere (3-jährige) Ausbildungen ergreifen als Männer.

Seit 1993 haben die Berufsschülerinnen und Berufsschüler während ihrer Ausbildung die Möglichkeit, die Berufsmaturität zu erwerben. Die Berufsmaturität kann während der Berufslehre, aber auch im Anschluss daran erworben werden und berechtigt zum prüfungsfreien Übertritt an eine Fachhochschule.

Allgemein bildende Schulen: Maturitätsschulen und Fachmittelschulen

Knapp 20% der Jugendlichen absolvieren in der Schweiz eine Maturitätsschule (Gymnasium). Der Maturitätsausweis berechtigt zum anschließenden Besuch einer Universität oder einer Eidg. Technischen Hochschule.

Neben den Maturitätsschulen gehören zu den allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe II die Fachmittelschulen (ehemalige Diplommittelschulen), die auf weiterführende Ausbildungen in den

Bereichen Gesundheit, Soziales, Erziehung und Kunst vorbereiten.

Die Schweiz bietet auf Tertiärstufe verschiedene attraktive Ausbildungsmöglichkeiten. Je nach beruflichem oder allgemein bildendem Erstabschluss können die angehenden Studierenden eine Ausbildung an einer Hochschule (Universität, Eidgenössische Technische Hochschule, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule) oder eine weitere Ausbildung auf Tertiärstufe (höhere Fachschule) beginnen.

Die Fachhochschulen sind praxisorientierte Ausbildungsinstitutionen auf universitärem Niveau und bieten attraktive Qualifikationsmöglichkeiten für Berufsleute. Die Ausbildungen sind eng mit konkreten Tätigkeitsbereichen verbunden. Die 15 Pädagogischen Hochschulen, die Lehrerinnen und Lehrer ausbilden, gehören ebenfalls zu den Fachhochschulen.

In der Schweiz gibt es über 100 eidgenössisch anerkannte höhere Fachschulen, wovon die Mehrheit Technikerschulen sind. In den höheren Fachschulen werden Qualifikationen vermittelt, die in anderen Ländern oft an Hochschulen erworben werden.

Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen liegen in der fachlichen Verantwortung von Berufsverbänden und werden von diesen durchgeführt. Sie stehen unter der Aufsicht des Bundes. Bisher sind über 150 Berufsprüfungen und über 150 höhere Fachprüfungen anerkannt.

Universitäre Hochschulen und Eidgenössische Technische Hochschulen

In der Schweiz gibt es zehn kantonale Universitäten, in denen entweder auf Deutsch (Basel, Bern, Zürich, Luzern, St. Gallen), Französisch (Genf, Lausanne, Neuchâtel), Italienisch (Lugano) oder zweisprachig (Deutsch und Französisch in Freiburg) unterrichtet wird.

Eidgenössische Technische Hochschulen (ETH) gibt es in Lausanne (Französisch) und in Zürich (Deutsch).

Die Schweizer Kultur ist geprägt durch die geografische Lage, die Mehrsprachigkeit und eine beachtliche Vielfalt in Bereichen wie Literatur, Kunst, Architektur, Musik, Religion und Brauchtum.

So unterscheidet sich die Schweizer Kultur in den Bergen mindestens teilweise von der Kultur im Mittelland, und das kulturelle Leben in der französischsprachigen Schweiz ist nicht identisch mit demjenigen in der deutschsprachigen Schweiz.

Sprachen in der Schweiz

Deutsch

In der deutschsprachigen Schweiz lebt die Mehrheit der Bevölkerung. In 18 von 26 Kantonen spricht man vorwiegend schweizerdeutsche Dialekte.

Französisch

Im Westen des Landes, in der Suisse romande, spricht man französisch. 4 Kantone sind französischsprachig: Genf / Waadt / Neuenburg / Jura. 3 Kantone sind zweisprachig: In Bern, Freiburg und im Wallis spricht man deutsch und französisch.

Italienisch

Im Tessin und in 4 südlichen Tälern Graubündens wird italienisch gesprochen.

Rätoromanisch

Der Kanton Graubünden ist mehrsprachig. Man spricht dort deutsch, italienisch und rätoromanisch. Die Rätoromanen sind mit 0,5% der Bevölkerung die kleinste Schweizer Sprachgruppe. Innerhalb dieser Gruppe gibt es fünf resp. sechs verschiedene Sprachen: Sursilvan, Sutsilvan, Surmiran, Puter und Vallader. Seit 1982 gibt es zusätzlich das Rumantsch Grischun, das ein sprachlicher Kompromiss zwischen den fünf rätoromanischen Sprachen ist.

Zur Sprachenvielfalt tragen ausserdem die vielen in der Schweiz wohnenden Ausländer/-innen bei. Mittlerweile gibt es in der Schweiz mehr Menschen, die 'nicht schweizerische' Sprachen sprechen als solche, deren Muttersprache z. B. Italienisch ist.

Schweizerisch: Gibt es so etwas?

In der Schweiz gibt es zwar vier offizielle Landessprachen, doch ausser dem Rätoromanischen ist keine dieser Sprachen eigentlich "schweizerisch". In der Westschweiz spricht man Französisch und hat deshalb häufig einen engeren Kontakt zur Kultur und Literatur aus Frankreich als derjenigen der anderen Schweizer Landesteile. Eine italienischsprechende Bewohnerin des Kantons Tessin liest wohl eher den 'Corriere della Sera' aus Mailand als die 'Neue Zürcher Zeitung' und Deutschschweizer lesen lieber das deutsche Magazin 'Der Spiegel' als die Zeitschrift 'L'Hebdo' aus der französischsprachigen Schweiz.

In den verschiedenen Sprachregionen gibt es auch unterschiedliche Traditionen und Ernährungsgewohnheiten. Die gemeinsame Geschichte der Sprachregionen ist erst rund 200 Jahre alt. Vor der Besetzung durch Napoleon 1798 kam es noch vor, dass einige Gebiete über andere herrschten. So waren die Bewohnerinnen und Bewohner des heutigen Kantons Waadt beispielsweise Bern untertan und hatten nicht die gleichen Rechte wie die Berner.

Manchmal haben die Schweizerinnen und Schweizer selber Mühe, zu beschreiben, was sie - ausser dem Pass - mit ihren Landsleuten aus den anderen Sprachregionen verbindet. In diesem Zusammenhang wird oft von der so genannten Willensnation gesprochen: man bildet freiwillig eine Einheit, ohne einheitlich zu sein.

Bis im 19. Jahrhundert kannten die Eidgenossen keine gemeinsame Fahne. Auf ihren Feldzügen trugen die Soldaten die Banner ihrer Kantone mit. Seit der Schlacht bei Laupen 1339 befestigten sie als gemeinsames Erkennungszeichen weisse Kreuze auf Kleidern und Rüstungen.

Die erste Vorgängerin der heutigen Schweizer Flagge - rote Flagge oder rote Flagge mit weißem Kreuz - diente Spezialtruppen, die sich aus Mitgliedern verschiedener Kantone zusammensetzten, als Erkennungszeichen.

Während der Helvetik (1798-1803) verbot Napoleon den Eidgenossen das Tragen des Kreuzes und

zwang ihnen eine Trikolore in den Farben grün, rot und gelb auf. Nach 1803 wurde die Trikolore jedoch wieder abgeschafft und durch die alten Erkennungszeichen (weisses Kreuz auf Kantonsbanner) ersetzt.

1815 wurden die ersten eidgenössischen Bataillonsfahnen mit Schweizer Kreuz geschaffen. Wegen der föderalistischen Stimmung zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte dieses gemeineidgenössische Symbol jedoch einen schweren Stand. Die Truppen zogen es weiterhin vor, in uneinheitlichen, kantonsspezifischen Uniformen aufzutreten und als Zugeständnis an den gemeinsamen Staat lediglich eine rote Armbinde mit weißem Kreuz zu tragen.

Durchsetzen konnte sich die Schweizer Fahne erst im so genannten Sonderbundskrieg 1847. Dieser Konflikt war eigentlich ein Kampf zwischen traditionellen Werten und lokaler Selbstbestimmung auf der einen Seite sowie dem Streben nach Modernisierung der Gesellschaft und Zentralisierung des Staates auf der anderen Seite. Mit dem Sieg der zentralistisch eingestellten Kantone konnte sich die Schweizer Fahne als nationales Symbol schließlich durchsetzen. In Anlehnung an die Bataillonsfahnen, auf welche die ersten Schweizer Kreuze geheftet worden waren, war auch die Schweizer Nationalflagge quadratisch.

Der ausgeprägte Schweizer Kantonsgeist ist manchmal auch heute noch anhand der Fahnenwahl erkennbar: so haben zum Beispiel an den Fussball-Europameisterschaften im Jahre 2004 einige Schweizer Fans anstelle der offiziellen Schweizer Fahne ihre Kantonsfahne geschwenkt.

Die Schweizer Fahne als Sonderfall

Als die Schweiz im Jahre 2002 den Vereinten Nationen (UNO) beitrug, sah sich die Organisation mit einem etwas ungewöhnlichen Problem konfrontiert: die Schweiz ist nämlich das einzige UNO-Mitglied mit quadratischer Flagge. Ein UNO-Reglement verlangt jedoch, dass die Flaggen, die vor dem Hauptsitz wehen, rechteckig sein müssen.

Glücklicherweise lässt eine weitere Verordnung Ausnahmen zu: wenn die Gesamtfläche einer (neuen) Flagge die Fläche der übrigen Flaggen nicht übertrifft, darf sie gehisst werden. Da die Schweiz mit dieser flächenmässigen Beschränkung einverstanden war, darf die quadratische Schweizer Fahne nun vor dem UNO-Hauptsitz in New York ungehindert wehen.

Mit der Entwicklung der modernen Nationalstaaten Ende des 18. Jahrhunderts erwachte das Bedürfnis nach staatlichen Symbolen: Flaggen und Wappen dienten fortan der optischen, Nationalhymnen der akustischen Repräsentation der einzelnen Staaten.

Da nur sehr wenige Länder über so etwas wie eine Nationalhymne verfügten, mussten solche erst geschaffen werden. In vielen Ländern wurden alte Volkslieder zu Nationalhymnen umgeschrieben, in anderen neue Lieder verfasst, was zum Teil in großer Eile geschah. So realisierte beispielsweise die Regierung von Costa Rica drei Tage vor einem diplomatischen Empfang, dass sie noch eine Hymne braucht.

Deshalb beauftragte sie einen jungen Komponisten, schnellstens eine Hymne zu schreiben, die dann am bevorstehenden Empfang auch als solche gespielt wurde und bis heute Gültigkeit hat.

Da brauchte die Schweiz schon etwas länger von der Entstehung ihrer aktuellen Hymne im Jahre 1841 bis zu deren definitiver Einführung 140 Jahre später.

"Trittst im Morgenrot daher...."

Wie bereits angedeutet tut sich die Schweiz schwer mit ihrer Landeshymne. Gemäss einer Umfrage, welche die "Coopzeitung" im Jahr 2000 durchführte, ist kaum jemand des ganzen Textes mächtig. Vor allem bei den jungen Schweizer/innen sieht es diesbezüglich düster aus: nur gerade ein Prozent der 15-29-Jährigen behaupten, alle Strophen ihrer Landeshymne auswendig zu kennen.

Die heute aktuelle Hymne, der so genannte Schweizerpsalm, wurde bereits 1843 uraufgeführt und bald einmal an verschiedenen patriotisch motivierten Feiern gespielt. Zwischen 1894 und 1953 kam es immer wieder zu Vorstössen, die den Bundesrat, die Schweizer Regierung, dazu aufforderten, diesen Psalm offiziell zur gültigen Nationalhymne zu erklären. Der Bundesrat sah jedoch zu wenig Akzeptanz in der Bevölkerung und vertrat die Ansicht, eine Hymne 'müsse vom Volk durch den regelmässigen Gebrauch frei gewählt' werden.

Als Repräsentationsgesang für politische und militärische Anlässe gab es das populäre und ziemlich blutrünstige Lied "Rufst Du mein Vaterland", das auf der gleichen Melodie beruhte wie die Hymne Grossbritanniens. Mit der Zunahme der internationalen Kontakte im 20. Jahrhundert führte dies jedoch zu peinlichen Situationen, wenn sowohl die schweizerische als auch die britische Hymne gespielt wurden.

Deshalb beschloss der Bundesrat 1961 die provisorische Einführung der neuen Nationalhymne. 1979 wurde ein Hymnen-Wettbewerb durchgeführt. Da sich unter den vielen eingesandten Vorschlägen jedoch keine überzeugende Alternative zum Schweizerpsalm befand, sah sich der Bundesrat gezwungen, diesen am 1. April 1981 definitiv zur schweizerischen Landeshymne zu erklären.

Die Suche nach einer neuen Hymne

Bis heute ist kaum jemand restlos von dieser Komposition überzeugt. Der Text gilt als schwülstig und zu pathetisch. Die Melodie ist zwar weniger umstritten, wird jedoch oft als zu wenig enthusiastisch empfunden. Es sind denn auch bis heute verschiedene Anläufe unternommen worden, die jetzige Hymne durch eine neue zu ersetzen.

"Mit aller Kraft will ich dem Lande nützen...."

Angeregt durch den Ideen-Wettbewerb von 1979 beschloss der musikalische Autodidakt und Unternehmensberater Christian D. Jakob, eine Landeshymne zu schreiben. Sein musikalisches Talent sowie seine Kenntnisse der Schweizer Geschichte ebneten ihm den Weg zur Umsetzung dieser Idee. Jakob komponierte nicht nur die Melodie, sondern schrieb auch den Text (in deutscher Sprache), der sich auf den Bundesbrief von 1291 bezieht. Wie Jakob gegenüber schweiz-in-sicht.ch erklärte, wurde

der Text zuerst in die noch junge rätoromanische Einheitssprache Rumantsch Grischun - ein Kompromiss zwischen den verschiedenen rätoromanischen Sprachen - übersetzt. Kurz darauf folgte die Übersetzung ins Italienische. Am längsten dauerte die Suche nach einer übersetzungswilligen Person für die französische Version.

1994 gründete Jakob zusammen mit seinem Geschäftsfreund Andrij Steullet und dem Top-Arrangeur Bela Balint die Stiftung "Pro CH 98" mit dem Ziel, zum 150-Jahr-Jubiläum des Schweizer Bundesstaates eine neue Hymne präsentieren zu können.

Erstmals der Öffentlichkeit präsentiert wurde dieser jüngste Hymnen-Versuch im Oktober 1998 am 110-Jahr-Jubiläum des Unternehmens Villiger und Söhne (Sponsoren der Hymne). Die schlichte, pathetisch ansteigende Melodie im 4/4 Takt fand im Publikum großen Gefallen. Beim Text, der sich auf eine Strophe beschränkt, gingen die Meinungen schon eher auseinander. Bereits der erste Satz "Mit aller Kraft will ich dem Lande nützen, vor keinen fremden Rechten je gebeugt" gab zu vielfältigen Diskussionen Anlass. Als problematisch gilt vor allem die Formulierung der "fremden Rechte", welche die Frage aufwirft, ob deren Ablehnung mit einem künftigen UNO- oder gar EU-Beitritt vereinbar wäre.

Zur Promotion der Hymne ließ die Stiftung "Pro CH 98" CDs und Musikuhren produzieren, ging jedoch bereits ein Jahr nach der Uraufführung Konkurs. Zur Rettung der Hymne wurde der Verein "Freunde der Hymne CH 98" gegründet, der rund 1000 CDs und 200 Musikuhren aus der Konkursmasse aufkaufte. Der Verein existiert noch immer, war jedoch in letzter Zeit nicht mehr sehr aktiv.

Die christlichen Kirchen haben in den letzten Jahren viele Mitglieder verloren.

In einer umfassenden Umfrage, die im Jahr 2000 durchgeführt wurde, sagten nur 16% der Befragten, Religion sei für sie sehr wichtig. Viel wichtiger waren Familie, Arbeit, Sport oder Kultur. Eine weitere Studie, die im selben Jahr publiziert wurde, kam zum Schluss, dass die Zahl der regelmässigen Kirchgängerinnen und -gänger in 10 Jahren um 10% zurückgegangen ist. Von den Katholiken sagten 38,5%, sie gingen nicht mehr in die Kirche, bei den Protestanten waren es gar 50,7%.

Trotz der großen Kirchenabstinenz erklärten immerhin 71% der Befragten, grundsätzlich an Gott zu glauben. Auch wenn die Religion an Bedeutung verloren hat, war sie doch maßgeblich an der Bildung der modernen Schweiz beteiligt.

In der Architektur findet ein reger internationaler Austausch statt. Einerseits sind viele Schweizer Architekten dank ihrer innovativen Arbeit auch im Ausland gefragt, andererseits schufen und schafften ausländische Architekten diverse Bauten in der Schweiz.

Schweizer Architekten von internationaler Bedeutung

Einer der bedeutendsten Architekten des 20. Jhd. war Le Corbusier (oder mit bürgerlichem Namen: Charles-Edouard Jeanneret; 1887-1965). Le Corbusier war sehr vielseitig und entwarf sowohl Städte

als auch Möbelstücke. 1922 propagierte er die architektonischen Prinzipien Rationalität, Wirtschaftlichkeit und Funktionalität.

Zu den bekanntesten Schweizer Architekten gehören der Tessiner Mario Botta und das Basler Duo Herzog und de Meuron.

Botta schuf sowohl in der Schweiz als auch im Ausland Kirchen, Banken und sogar einen Busterminal – nämlich denjenigen in seiner Heimatstadt Lugano. Der mehrfach preisgekrönte Architekt hat auch als Dozent an verschiedenen Universitäten unterrichtet.

Zu den bekanntesten Werken des Basler Architektenduos Herzog und de Meuron gehören unter anderem die Tate Modern und das Laban Dance Centre in London. Weiter haben sie in Basel das neue Fussballstadion gestaltet und sind ausserdem für das Design des Hauptstadions an den olympischen Spielen 2008 in Peking verantwortlich.

Neben den weltweit bekannten Botta und Herzog/de Meuron gibt es noch eine Reihe weiterer Schweizer Architekten, die viel beachtete Werke geschaffen haben. Innovatives Schweizer Design ist in verschiedenen Ländern anzutreffen: die schnittige Charles River Bridge in Boston ist das Werk des Schweizer Christian Menn. Und die Basler Architekten Diener+Diener erweiterten das Gebäude der Schweizer Botschaft in Berlin, indem sie den Bau aus dem 19. Jhd. mit zeitgenössischem Design verschmolzen. Ausserdem entwarfen sie das so genannte Orkanen-Gebäude in Malmö, das direkt am öresund steht und das Lehrerausbildungszentrum sowie die Universitätsbibliothek beherbergt.

Weitere architektonische Sehenswürdigkeiten sind die Valser Thermalbäder von Peter Zumthor und das Kirchner Museum in Davos (beides im Kanton Graubünden) von Annette Gigon und Mike Guyer.

Arbeiten ausländischer Architekten in der Schweiz

Verschiedene bekannte Bauten in der Schweiz wurden von ausländischen Architekten gestaltet. So wurde z. B. das Paul Klee-Zentrum in Bern vom Italiener Renzo Piano konzipiert, und das Luzerner Kultur- und Kongresszentrum ist das Werk des Franzosen Jean Nouvel.

Nouvel kreierte auch den so genannten Monolithen für die Landesausstellung , Expo 2002', einen Kubus aus rostigem Metall, der im Murtensee platziert war und einige Kontroversen auslöste. Trotz verschiedener Bemühungen, diesen Kubus auch nach der Ausstellung zu erhalten, wurde er schliesslich abgebaut und zerstört.

Denkmäler

Seit gut 100 Jahren investiert der Schweizer Staat in den Denkmalschutz, d.h. Bund, Kantone und Gemeinden leisten finanzielle Beiträge an die Erhaltung von mehr als 2000 Gebäuden, die von nationalem Interesse sind. Die Behörden führen Buch über das schweizerische Kulturerbe um sicher zu stellen, dass nichts vergessen wird. Neben dem Bund gibt es auch verschiedene private Organisationen, die sich für den Denkmalschutz engagieren.

Ende des 19. und zu Beginn des 20 Jahrhunderts gehörten die Maler Albert Anker, Arnold Böcklin

und Ferdinand Hodler zu den bekanntesten Schweizer Künstlern. Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts prägten dann Alberto Giacometti (1901-1966), den man vor allem als Schöpfer der filigranen menschlichen Figuren kennt und Paul Klee (1879-1940) das Kunstschaffen entscheidend mit.

Ebenfalls eine wichtige Rolle spielte Jean Tinguely (1925-1991) mit seinen kreativen und teils versponnenen Installationen, die er meist aus Altmetall schuf und die getreu seiner Philosophie keine eigentliche 'vernünftige' Funktionalität haben durften. Aus Altmetall baut auch Tinguelys Freund Bernhard Luginbühl bis heute einige seiner riesigen Skulpturen. Andere baut Luginbühl aus Holz, damit er sie in einem zweiten kreativen Schritt spektakulär verbrennen kann.

In den 1950-er Jahren entwickelte Max Bill die Richtung der so genannten 'konkreten' Kunst (als Gegengewicht zur 'abstrakten' Kunst) und bemühte sich, sie der Bevölkerung näher zu bringen. Die Prinzipien der konkreten Kunst lauteten: sparsamer Gebrauch des Materials und Rationalismus. Bill definierte die konkrete Kunst als 'reinen Ausdruck von harmonischem Mass und Gesetz'.

Möglicherweise ist es kein Zufall, dass die konkrete Kunst in der Schweiz entstanden ist, einem Land, das Vernunft und Ordnung zu lieben scheint.

Andererseits gibt es viele Schweizer Kunstschaffende, die sich mit surrealen und verspielten Werken einen Namen machten. Meret Oppenheims berühmtes Werk "Frühstück im Pelz", das im Museum of Modern Art in New York ausgestellt ist, hat jedenfalls relativ wenig mit reiner Vernunft zu tun...

Ein weiteres Beispiel für die verspielte Seite der Schweiz sind die Ausstellung von originell bemalten und gestalteten Kühen und Bänken, welche zwischen 1998 und 2000 die Strassen in Zürich zierten. Das Beispiel der Kühe machte bald einmal Schule: so wurden in Chicago, New York, London und Sydney ebenfalls bunte Kühe ausgestellt. In Washington D.C. wurde die Idee etwas abgeändert, und anstelle von Kühen zierten Esel und Elefanten die Strassen der Stadt. An der Gestaltung der Tiere in der US-Hauptstadt waren auch zwei Schweizer Künstler beteiligt.

"Heidi" ist weltweit die wohl bekannteste Figur aus der Schweizer Literatur - und bestimmt ist Heidi bekannter als seine Schöpferin Johanna Spyri. Wenn man im Ausland Menschen befragt, wer oder was für sie typisch schweizerisch sei, wird neben Schokolade, Käse, Banken und Uhren oft auch das Mädchen aus den Bündner Bergen erwähnt.

Selbstverständlich gab und gibt es neben Johanna Spyri noch eine Menge anderer bedeutender Schweizer Schriftsteller/-innen. Die bekanntesten Vertreter der Schweizer Literatur des 20. Jahrhunderts sind Max Frisch (1911-1991), der u.a. die Werke "Homo Faber", "Biedermann und die Brandstifter" sowie "Stiller" schuf, und Friedrich Dürrenmatt (1921-1990), der u.a. mit den Physikern und dem Versprechen (wurde unter dem Titel "The Pledge" im Jahr 2000 mit Jack Nicholson in der Hauptrolle gar in Hollywood verfilmt) weltweiten Ruhm erntete.

Wichtige Zeitzeugen des 19. Jahrhunderts waren Jeremias Gotthelf (1797-1854) und Gottfried Keller (1819-1890). Während Gotthelfs Werke im bäuerlichen Umfeld des Emmentals spielen (international

wohl am berühmtesten ist die "Schwarze Spinne"), porträtierte Keller das Leben der Mittelklasse. Keller war gegen die Schaffung einer nationalen Literatur und vertrat die Ansicht, dass Literatur in erster Linie der Sprache angehöre, in der sie verfasst werde. Entsprechend dieser Ansicht sah sich Keller als deutscher Schriftsteller.

Im frühen 20. Jhd. modernisierte Robert Walser (1878 -1956) die Literatursprache. Sein Name wurde im Zusammenhang mit der Sprache denn auch in Werken seiner Zeitgenossen Franz Kafka, Robert Musil und Hermann Hesse erwähnt. Letzterer erhielt 1923 das Schweizer Bürgerrecht. Auch einen Literatur-Nobelpreisträger hat die Schweiz: 1919 wurde Carl Spitteler für sein episches Werk "Olympischer Frühling" mit dem begehrten Preis ausgezeichnet.

Als Vertreter der französischsprachigen Schweiz erlangte Blaise Cendrars (bürgerlicher Name Frädrick Sauser, 1887-1961) internationalen Ruhm. Da er die meiste Zeit seines Lebens ausserhalb der Schweiz verbrachte, wird oft seine ursprüngliche Nationalität vergessen: 1910 hatte sich Cendrars in Paris niedergelassen und die französische Staatsbürgerschaft angenommen.

Fragen:

1. Woran grenzt die Schweiz?
2. Warum treffen in der Schweiz drei große europäische Kulturen aufeinander?
3. Warum wird die Schweiz als das Wasserschloss Europas genannt?
4. Was spielt eine wichtige Rolle in der Schweizer Wirtschaft?
5. Wieviel offizielle Landssprachen gibt es in der Schweiz?
6. Wie sieht die Schweizer Nationalflagge aus?
7. Welche Bedeutungen haben die Schweizer Architekten?
8. Wer ist die bekannteste Figur in der Literatur und warum?

Aufgaben:

1. Ist in Ihrem Land das Bildungssystem auch dezentral organisiert? Äußern Sie Ihre Meinungen dazu?
2. In Usbekistan ist es mehrsprachig. Stimmen Sie dazu?
3. Suchen Sie nach der Information von bekannteste Figur in der schweizerischen Literatur „Heidi“.
4. Die Straßen sind von bemalten Kühen und Banken geziert. Was bedenken Sie? 5. Ist Ihre Heimat auch von etwas bemalt und geziert? Diskutieren Sie darüber.

Wörterklärung:

1. Nationalrat - die direkte Vertretung des Volkes.
2. Der Ständerat – die Vertretung der Kantone.
3. Option (f) – Möglichkeit, Entscheidung zu etwas.
4. Matura (f) – Abitur in Österreich und Schweiz
5. Maturität (f) – Reifeprüfung, Abitur, eingeschult werden, der Fremdspracheunterricht, die mittlere Fach und Berufsausbildung, Studienplatzvergabe, das Fachgebiet.

Фойдаланиладиган дарсликлар ва ўқув қўлланмалар рўйхати:

Асосий адабиётлар:

1. Tatsachen über Deutschland. Frankfurt/Main, 2007/2008/2009/2010
2. Transparente Landeskunde. Bonn. 1992
3. Übersichten der BRD und ihre Länder. Bonn. 1993
4. Wirtschaft auf Deutsch. München. 1992
5. Meyers Lexikon. Mannheim. 1991
6. Klar-Sicht. Bonn. 1992
7. Umwelt. Wien. 1995
8. Jung sein. Wien. 1992
9. Kunst. 1996
10. Arbeitswelt. Wien. 1994
11. Österreich-Betrachtungen. Wien. 1992
12. Deutschland in Geschichte und Gegenwart. 2000.
13. Маърузалар матни. Тошкент 2009, 2010
14. Der Fischer Weltalmanach 2011 Zahlen- Daten- Fakten, Frankfurt am Main
15. Dadahodjaeva M., Landeskunde, Taschkent 2011

Қўшимча адабиётлар:

1. Wolfgang Kraus „Zukunft Europa“ Frankfurt am Main, 1993
2. Kürschners Volkshandbuch „Deutsch Bundestag“ 2004 by NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach
3. Schick-Schreiner „So arbeitet der Deutsche Bundestag“ 2003 by NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach
4. „So arbeiten Regierung und Parlament“ von Renate Georges 1992 by NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt, Rheinbreitbach
5. „Österreich“ Ein landeskundliches Lesebuch von Jürgen Koppensteiner. 1983 Verlag für Deutsch
6. Friedrich Koja – Gerald Stourz „Schweiz-Österreich“ 1986 Hermann Böhl – aus Nacht. Wien. Köln. Graz.
7. Die Schweiz in ihrer Vielfalt. (Natur, Bevölkerung, Staat, Wirtschaft, Kultur).